

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

45. Sitzung vom 18. und 19. November 2013 2. Sitzungstag (19. November 2013)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung	
Fortsetzung der Verhandlung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014 und der Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	S. 3	Rednerin bzw Redner:	
Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung		GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 53
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 55
GR Norbert Walter, MAS	S. 3	GR Anton Mahdalik	S. 57
GR Mag Christoph Chorherr	S. 4	GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 60
GRin Henriette Frank	S. 7	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 61
GR Georg Niedermühlbichler	S. 9	GR Mag Christoph Chorherr	S. 62
GR Martin Flicker	S. 11	GR Wolfgang Irschik	S. 63
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 12	GR Gerhard Kubik	S. 65
GRin Ilse Graf	S. 13	GR Karl Baron	S. 66
GR Manfred Hofbauer	S. 14	VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 67
Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 15		
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal		03623-2013/0001-GFW; MA 5, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014	
Rednerinnen bzw Redner:		03570-2013/0001-GFW; MA 6, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 18	Berichterstatlerin	
GRin Mag Martina Wurzer	S. 20	VBgmin Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 70
GR Mag Wolfgang Jung	S. 21	Abstimmung	S. 70
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 24	5. (03530-2013/0001-GFW; MA 5, P 3: Festsetzung der Wertgrenzen 2014	
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 25	Abstimmung	S. 73
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 27	6. 03536-2013/0001-GGS; KAV, P 4: Wirtschaftsplan für das Jahr 2014, Mehrjahresplanung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund; strategische Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2014-2018	
GR Senol Akkilic	S. 28	Abstimmung	S. 73
GRin Angela Schütz	S. 30	7. 03050-2013/0001-GGU; WKN, P 5: Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2014	
GR Franz Ekkamp	S. 31	Abstimmung	S. 73
GR Gerhard Haslinger	S. 33	8. 03370-2013/0001-GWS; WRW, P 6: Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen 2014	
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 34	Abstimmung	S. 73
Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 35	9. Ordnungsruf an GR Dr Wolfgang Aigner	S. 31
Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales		10. Ordnungsruf an GR Dr Wolfgang Aigner	S. 53
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Ingrid Korosec	S. 36		
GRin Dr Jennifer Kickert	S. 38		
StR David Lasar	S. 40		
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 41		
GR Christian Deutsch	S. 42		
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 44		
GRin Birgit Hebein	S. 45		
GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 47		
GRin Gabriele Mörk	S. 48		
GR Wolfgang Seidl	S. 49		
GR Ing Bernhard Rösch	S. 50		
GR Gerhard Haslinger	S. 50		
Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 51		

(Wiederaufnahme der Sitzung um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: So, wer zählt die Häupter meiner Lieben? Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf.

Entschuldigt sind für den gesamten Tag GRin Schubert und GRin Dr Vana.

Die Beratung des Voranschlagentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014 und des Gebärungsprüfungsantrages wird fortgesetzt.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit der Postnummer 6, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2014 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Stadt Wien - Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir auch für die Spezialdebatten heute während des gesamten Tages zweieinhalb Wiener Stunden vorgesehen haben. Das heißt, die SPÖ hat eine maximale Redezeit von 45 Minuten, die FPÖ von 42 Minuten, die ÖVP von 39 Minuten, die GRÜNEN von 36 Minuten und Kollege Aigner von 6 Minuten. Der amtsführende Stadtrat hat für seine Wortmeldung 15 Minuten zur Verfügung. Zum Wort gemeldet bezüglich der Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung hat sich GR Walter. Ich erteile es ihm. Die von ihm gewählte Redezeit beträgt 15 Minuten.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal einen wunderschönen guten Morgen. Es ist in der Tat für mich eine Premiere, in der letzten Geschäftsgruppe vom Vortag zu reden und gleich in der Früh wieder. Aber irgendwie denke ich, das ist eine gute Sache, weil ja auch die Ziesel mit dem Wohnbau zusammenhängen. (*GR Gerhard Haslinger: Ziesel-Wohnungen. – Heiterkeit bei der ÖVP und der FPÖ.*) So ist es, sie brauchen auch Wohnungen, aber nicht dort, wo wir sie nicht haben wollen. Herr Stadtrat, eigentlich sind Sie immer in der Bank gesessen und ich habe das super gefunden und ich wollte es eigentlich gerade loben. Aber heute sitzen Sie hinten und ich weiß nicht, ob das nicht ein bisschen ein schlechtes Gewissen ist, dass wir in Wien – (*GR Prof Harry Kopietz: Brauchst keines haben!*) nein, ich habe eh keines - wohnbaumäßig eigentlich sehr gut dastehen. Aber wir bauen zu wenig Wohnungen. Und ich sage hier ganz deutlich: Das Ziel muss sein, jährlich 10 000 geförderte Wohnungen zu bauen, denn das, was wir in den letzten Jahren (*Beifall bei der ÖVP.*) gebaut haben, war viel zu wenig, vor allem, wenn Sie sich die Zahlen beim geförderten Eigentum ansehen. Ich weiß schon, jetzt werden alle sagen,

das ist das Steckenpferd von mir. Ja, das ist es in der Tat. Gerade in Zeiten, wo die Sparbücher keinen Zinsertrag bringen, wo die Banken für Guthaben wenig bis gar nichts bezahlen, wäre es in der Tat spannend und interessant, das sogenannte Oma-Sparbuch für die Enkelkinder oder für die Kinder zu lukrieren. Aber dazu bedarf es eines Anschubs durch die Stadt. Dann könnten wir aus dem Privatvermögen ebenfalls Geld, das ja bei knappen Kassen weniger vorhanden ist, lukrieren.

Aber lassen Sie mich noch einmal was sagen: Sie haben eine Bauordnungsnovelle angekündigt und es gibt ja auch schon einige Punkte, die via Medien oder in diversen Veranstaltungen kommuniziert wurden. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Das, was da auf uns zukommt, lässt uns hoffen. Ich sage nur ein paar Beispiele: Die Ansteilung bei den Dachgeschoßen, die Möglichkeit, die Balkone über die Baufluchtlinie oder Straßenfluchtlinie maximal bis zur Hälfte der Gebäude zu verbauen, die Aufzüge außen dranzustellen, durchaus auch der Wegfall der Notkamine, wenngleich ich dazu auch sage, man könnte da vielleicht noch für die Schornsteinfeger zumindest den kleineren, niedrigeren Bautenkompromiss finden, wenngleich ich auch meine, bauen kann man es immer, es wird ja nicht verboten. Insoferne, glaube ich, sind wir weiterhin auf einem guten Weg. Und das stimmt schon, dass Wien - und wenn man durch Europa oder andere Teile der Welt fährt und speziell in Wien sich da den Wohnbau ansieht, dann glaube ich trotz alledem, dass man sagen kann, es funktioniert. Aber was funktioniert nicht? Menschen, die in Wien eine Wohnung suchen, haben im Moment das Problem, dass sie relativ lange warten und zwar nicht nur, weil es lange Vormerklisten bei Wiener Wohnen gibt, sondern weil es auch lange Vormerklisten bei den gemeinnützigen Bauträgern gibt. Ich weiß schon, dass da doppelt, dreifach und mehr Nennungen drauf sind.

Aber ich meine, das Ziel muss trotzdem sein: Mehr Wohnungen. Also bauen wir 10 000 Wohnungen. Was braucht es dazu? Es gab ja auch schon mal Ansätze. Zum einen hat auch die Bundesregierung einmal damit begonnen, aber auch die Stadt kann selber was tun: Eine Bodenmobilisierung, und zwar, wenn ich mir nur die Zahlen anschau, die alleine der Wohnfonds hat, sprich, Grundstücksreserven, dann sind wir dort bei ungefähr einer Million Quadratmeter. Ich denke, gerade in Zeiten, wo wir mehr Wohnungen bauen sollen, müssen, bedarf es dieser Mobilisierung und zwar so, dass sich die Grundkosten dann gemeinsam mit den Baukosten so ausgehen, dass sie nicht zu teuer sind. Aber was machen wir stattdessen? Wir bewegen uns immer noch am freien Markt und auch die Stadt Wien bewegt sich am freien Markt als Einkäufer, treibt dadurch natürlich noch zusätzlich die Preise in die Höhe, anstatt in diesem Moment in dieser Frage ihre eigenen Reserven zu mobilisieren. Ich bin schon dafür, dass auch die Stadt Wien nach Möglichkeit wieder Grundstücksreserven kaufen soll, aber nicht dann, wenn der Markt ohnehin überhitzt ist, weil gerade jetzt die eigenen Reserven zu mobilisieren, würde ja bedeuten, dass der Markt durchaus günstiger wird.

Aber was wäre noch zu tun? Die Entstaubung vieler Normen, von denen reden wir auch jedes Mal. Ich weiß nicht, wie oft wir bei jeder Budgetrede oder bei jedem Rechnungsabschluss schon davon gesprochen haben, ob das bei der Wohnbauförderung ist oder bei sonstigen Wohnbaurichtlinien, bei den Ö-Normen. Ich glaube, da ist noch einiges zu tun und einiges drinnen.

Es braucht aber auch, und davon bin ich felsenfest überzeugt, als Ziel, dass es zu Kosteneinsparungen kommt, denn wir haben einen immer dickeren Anforderungskatalog, gerade im Wohnbau. Wenn ich mir heute Standards anschau, die wir gefördert haben, auch unter dem Mäntelchen gemeinnützig zu bauen, dann bin ich der Überzeugung, dass wir da manches Mal über das Ziel schießen. Das ist für mich nicht der Auftrag, gefördert sozial wohnzubauen.

Was könnte man noch tun? Die Möglichkeit schaffen, das gemeinnützige Kapital der Wohnbauträger untereinander zu verleihen, zu mobilisieren. Sie wissen, es gibt einige Wohnbauträger, die haben ja doch einige Reserven und es wäre die Möglichkeit, dass man sich gegenseitig ein Darlehen gibt.

Was gibt es noch? Wir diskutieren seit längerer Zeit die Mobilisierung der Pensionskassengelder. Ein jeder von uns hört in den letzten Tagen immer wieder von klaffenden Lücken in den sogenannten Pensionsvorsorgen. Das wäre eine Möglichkeit, einerseits dem Wohnbau zu helfen, andererseits aber auch sozusagen das Kapital der Wohnbau- oder der Pensionskassen anschaulich anzulegen.

Und jetzt komme ich noch einmal zum Eigentum. Wir haben nach wie vor nichts bis gar nichts gebaut, und ich sage das ganz bewusst im Verhältnis zur Miete. Jetzt weiß ich schon, da kommt immer das Argument: „Na ja, wir bauen ja viele Wohnungen, die nach zehn Jahren dann ins Eigentum übereignet werden können.“ Ja, das ist richtig, aber Sie wissen, dass mit dem Nichtwegfall der Mehrwertsteuer die Wohnungen erstens teurer geworden sind und zweitens Oberösterreich bei der Ausfinanzierung der Wohnbauförderung darauf verzichtet, während Wien sie zurückzahlen lässt. Damit ist dieses Modell teuer geworden und unattraktiv. Wir vergeben im Eigentum keine Eigenmittelsatzdarlehen mehr. Das wäre auch wieder eine Möglichkeit, diese neu aufzulegen, oder? Auch wenn wir im Moment relativ niedrige Zinsen haben, so sind wir doch bei den Hypothekenzinsen im Privatbereich noch etwas höher. Da würde eine Bürgschaft für gute, sage ich jetzt einmal, werdende Eigentümerinnen und Eigentümer der Stadt Wien ebenso helfen, und nicht zuletzt noch einmal das Oma-Sparbuch zu attraktiveren. Ich glaube, gerade in Zeiten wie diesen wäre mehr drinnen.

Zum Schluss muss ich sagen, ein Appell, ich sage es noch einmal: Bauen wir wieder 10 000 Wohnungen. Das senkt die Mieten deutlicher und klarer als alles andere. Bauen wir aber nicht nur Mietwohnungen, sondern bauen wir auch echtes Eigentum. Vielleicht ist dann auch die Möglichkeit gegeben, die Effizienz der Wohnbauförderung, wenn man sie mit anderen Bundesländern vergleicht - und ich sage das bewusst und zwar gibt es nicht

im direkten Vergleich, sondern im Median-Vergleich doch einige Koeffizienten, die gerade in der Verwaltung etwas besser sein könnten, sowohl in der Sanierung als auch im Neubau. Und Molière hat einmal gesagt: „Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ Herr Stadtrat, bauen Sie wieder 10 000 Wohnungen! Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Seine Redezeit wird auf 20 Minuten eingestellt.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Lassen Sie mich durchaus das Thema aufgreifen, das der GR Walter angesprochen hat: Wien soll mehr Wohnungen bauen. Ja. Das ist halt nichts, wo man jetzt dem Wohnbaustadtrat irgendwie zuruft: „Na, bau halt mehr!“. Danke für die gute Idee. Lassen Sie mich den Rahmen einmal mehr setzen, vor dem wir uns bewegen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, letzten Freitag hat das Statistische Zentralamt die vorläufigen Daten der Bevölkerungsentwicklung Wiens publiziert. Das wird sich noch ein bisschen bewegen. Vom 1. Oktober 2012 bis 1. Oktober 2013 ist Wien um wieviel Menschen gewachsen? Ich weiß nicht, ob Sie es beobachtet haben, ich sage es Ihnen: Um 30 300 Menschen. Jetzt zur ... *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Bauen wir 10 000 Wohnungen!)* Ja, wir brauchen viele Wohnungen, ja, warten Sie ein bisschen, weil das nicht ganz so trivial ist, und erlauben Sie mir nur den Zwischenruf: Darf ich jetzt jedes Mal, wenn die ÖVP gegen eine Flächenwidmung stimmt oder sagt, das ist zu dicht oder das ist zu hoch, sagen, das ist ein bisschen inkonsistent? *(StR Mag Manfred Juraczka: Nein, das ist trivial!)* Ja ja ja ja ja ja. Lassen Sie mich die Zahl noch sagen. Diese Zahl ist beim Doppelten der langfristig erwarteten Entwicklung, sie ist aber ein bisschen ein Einmaleffekt insofern, und da sind sich die Experten nicht ganz einig, dass durch die Parkraumbewirtschaftung nicht wenige Menschen, die schon lange in Wien leben und eine Identität haben - ich weiß nicht, wer von Ihnen aus Niederösterreich oder aus Oberösterreich kommt. Man lebt gerne in Wien, man ist ein begeisterter Wiener, aber mit einer Nummerntafel hat man irgendwie eine Schwierigkeit. Das ist so eine Identitätsfrage, und erst durch das Parkpickerl haben sich manche gemeldet. Ob das, wie manche sagen, 500 bis 700 sind oder ob es 3 000 oder 4 000 sind, es sind viele. Also wird sich diese Zahl ... *(StR Mag Manfred Juraczka: Das Parkpickerl ist identitätsstiftend!)* Bitte? *(StR Mag Manfred Juraczka: Das Parkpickerl ist identitätsstiftend!)* Nein. Für viele Menschen - fragen Sie einmal in Ihrem Freundeskreis, die in Niederösterreich oder Oberösterreich geboren sind! Für sie ist die Nummerntafel eine nicht unwesentliche Frage, ob da MD oder W draufsteht. Es ist so. Viele haben sich umgemeldet und es entspricht auch der Tatsache, weil die schon lange in Wien leben.

Was ich nur sagen will: Nehmen wir an, es wären nur 25 000 oder nur 23 000 oder nur 20 000 und multiplizieren Sie das mit 10. Das heißt, die Stadt Wien wächst in 10 bis 12 Jahren um die Einwohnerschaft von Graz. Und

jetzt fange ich einmal ganz von hinten an: Addieren Sie einmal die Beamten der Stadt Graz und niemand kommt hier heraus und sagt, wir brauchen für Stadtplanung, Wohnbauförderung, für viele Bereiche um das, was die Stadt Graz hat, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Also ich merke das nur im Bereich jener Abteilungen, mit denen wir zusammenarbeiten, wo zwei Dinge kommen. Ich bin überzeugt, dass das beim StR Ludwig ähnlich sein wird. Auf der einen Seite ist es nicht nur der berechtigte Wunsch nach mehr BürgerInnenbeteiligung, der jedenfalls eines nach sich zieht: Mehr Dialog, mehr Aufwand im umfassenden Sinn, der einer Demokratie würdig ist und auf der anderen Seite den berechtigten Wunsch, schneller und mehr und das Gleiche mit einem Budget, wo wir alle wissen, dass wir durch Stabilitätspakt und Maastricht nicht üppig ausgestattet sind und das abwickeln müssen.

Und wenn Sie, Herr Kollege Juraczka, und ich halte mich jetzt bewusst am sehr sachlichen Ton vom GR Walter, sagen, es gibt ja einen Grund, warum wir gegen die Flächenwidmungen stimmen. Ich glaube Ihnen, dass es einen Grund gibt, dann gibt es halt überall einen Grund, warum gerade dort Dinge nicht passieren sollen. Es ist ja in der Tat nicht so, dass die Wiener Bevölkerung mehrheitlich mit großem Jubelgeschrei wie bei einem Fußballtor gegen Deutschland sagt, na endlich, super, danke, Wien wächst, und besonders cool finde ich, dass es vor meiner Haustür wächst. Danke, danke, Entwicklung, und Poster mit Herz an ihre Hausmauer oder ans Fenster: Wien wächst. Super. Wien ist offensichtlich klass, stolz, ja. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Die Anzahl jener Personen hält sich in Grenzen, wie wir alle wissen.

Es ist ja in der Tat so, dass dann eine Baustelle kommt, es dort dann zwei Jahre laut ist und in der Tat zusätzliche Menschen auch mit dem Auto fahren.

Das heißt, mehr Verkehr haben. Das stimmt ja alles. Und dass deswegen, wenn ich nur an mich selber denke, ich eigentlich sagen müsste, nein, das will ich nicht, das will ich nicht. Ich sage Ihnen ein Argument bei vielen Bürgerversammlungen, die durchaus kontrovers ablaufen, das ganz gut funktioniert, und dieses Argument lautet: Bitte alle jene aufzeigen, die nicht in Wien, sondern in den Bundesländern geboren sind. Dann zeigen überraschend sehr, sehr viele auf, wie wir alle wissen. Wien ist attraktiv für Menschen aus allen Bundesländern, die auch einmal nach Wien gekommen sind und froh waren, dass sie eine Wohnung gefunden haben. Vor dem Hintergrund fällt mir dieser wunderbare Vergleich von Hans Magnus Enzensberger ein, den wir alle in uns selber spüren, das ist die Geschichte mit dem Abteil im Zug. Man kommt als Erster in den Zug und geht in ein Abteil und das ist leer. Nein, nein, Entschuldigung, da sitzt schon einer drinnen, aber nur einer auf einem Platz. Man macht die Tür auf und sieht das Gesicht dieses Menschen, nicht gerade mit „Ah danke, dass Sie reinkommen, ich heiße Seppi, wie heißen denn Sie, wollen Sie nicht mit mir einen Kaffee trinken?“, sondern das Gesicht ist eher so, dass der Vorhang ein bisschen zugezogen ist und man froh ist, dass Sie wegsehen. Dann sagt er: „Ja bitte, ja, das ist frei.“, und dann sitzt man als Zwei-

ter unter den sechs. Und plötzlich ändert sich um 180 Grad die eigene Wahrnehmung, denn bei den anderen, die vorbeiziehen, hofft man, dass die auch vorbeigehen. Und wenn die dann die Tür aufmachen, sagt man: „Na, na, da liegt eigentlich schon ein Gepäck und da kommt vielleicht noch jemand.“

Ein nicht unähnliches Procedere haben wir im Bereich der Wohnungsentwicklung. Und es ist eine hervorragende Aufgabe, eine schwierige, aber notwendige Aufgabe der gesamten Stadtentwicklung, und da nenne ich jetzt den Wohnbau und das Ressort der Frau VBgmin Vassilakou gemeinsam, einen Dialog zu führen, der Zeit kostet, damit Projekte umsetzbar sind. Wenn man gleichzeitig, und das sage ich jetzt all jenen, die sagen: „Ja bitte, aber nicht zu hoch, und bitte nicht zu dicht, und wir wohnen in einer Reihenhaussiedlung, könnte man nicht eine Reihenhaussiedlung mit Dachgeschoß aufbauen“, und wir sagen, Leute, nein, aus einem zutiefst ökologischen Grund. Wenn wir langfristig 50 Prozent grün halten wollen, und ich hoffe, dass wir das auch im neuen Stadtentwicklungsplan festschreiben, dann bedarf es entlang von hochrangigen Verkehrsmitteln eines gewissen stadtverträglichen Ausmaßes an Dichte, das oft höher ist als das, was in einer Zeit gewidmet wurde, wo Wien geschrumpft ist. Ich glaube, das ist bei vielen, das unterstelle ich hier herinnen sicher niemandem, aber bei vielen in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt, dass von 1914, wo Wien 2,2 Millionen Einwohner hatte, bis Ende der 80er Jahre Wien geschrumpft ist. Erst seit 89/90 wächst Wien wieder und das Wachstum selber wächst. Wenn wir Grünteile, Parks freihalten wollen, das sage ich ungern, aber hier herinnen sage ich das, dann müssen wir dort, wo öffentliche Verkehrsmittel gut ausgebaut sind, wo Grundstücke verfügbar sind, (*GR Mag Wolfgang Jung: Kaltenleutgeben zum Beispiel ist sehr gut ausgebaut!*) die Dinge umsetzen.

Einen zweiten Punkt hat der Herr Kollege Walter richtig angesprochen, das ist die Frage der Leistbarkeit. Da gibt es einmal zwei Dinge, auf die Wien im internationalen Maßstab stolz sein muss und bleiben kann, das überhaupt nichts mit der Leistung der GRÜNEN zu tun hat, das ist eine große Tradition des Wiener Wohnbaus, und das ist einerseits der hohe Anteil an Genossenschaften, die bauen und ihrem Wesen nach preisgedeckt sind. Also es gibt schon einen Unterschied, einerseits Wohnung als Ware wie jede andere, wo eine Rendite erwirtschaftet werden soll, die zunehmend auch erwirtschaftet wird, weil das Gut knapp ist, und eine Gruppe von gesetzlich gebundenen Genossenschaften, die nichts ausschütten dürfen, unter anderem auch deswegen, das hat der Kollege Walter auch richtig gesagt, weil sie über einen durchaus beträchtlichen Eigenkapitalpolster verfügen, der jetzt dank der Initiativen des Wohnbauressorts bereits hilft, die Mieten in Grenzen zu halten. Da wird nämlich ein ganz Wesentliches vergessen, wenn man sich entscheiden muss, bauen wir mit einer Genossenschaft oder bauen wir auf dem freien Markt, und das ist die ganz wesentliche Frage, dass die Genossenschaft gezwungen ist - gesetzlich, das ist für sie eine Selbstverständlichkeit -, dann, wenn die Finanzierung ausgelaufen

ist, je nach Zinsniveau in 27, 30, 32 Jahren, die Miete abzusenken. Das heißt, das hilft jetzt uns und unserer Generation nicht, aber der nächsten Generation, weil was ist der sozial billigste Wohnraum, den diese Stadt hat? Das sind ausfinanzierte Gemeindewohnungen, ausfinanzierte Genossenschaftswohnungen, die noch immer im Unterschied zu sehr vielen anderen Städten den sozialen Sockel dieser Stadt darstellen. Darum hat neulich ein österreichischer Journalist, der in Berlin lebt, gesagt: „Man kann über Wien ganz viel motschkern, aber hier sage ich euch schon was: Es ist super, dass es in Wien eine deutliche Mehrheit gibt, die sagt, dieser sozialen Schatz, der wird nicht verkauft.“ (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Jetzt unterstelle ich Ihnen überhaupt nicht, dass Sie das wollen. Das werden wir immer wieder diskutieren. Mir geht es jetzt nicht um die Polemik. Den gilt es aber auch auszubauen. Wir leben von den Errungenschaften der Vergangenheit, dass wir diesen sozialen Schatz haben. Es kann dann jemand die Zahlen, weil man sagt, man sieht immer den Wohnbau, den Neubau, man muss auch sehen, dass ein noch größerer Anteil jedes Jahr sozial in diese Wohnungen ziehen kann, und den müssen wir aber weiter ausbauen. Das heißt, Stärkung dieses genossenschaftlichen Teils, damit in 30 Jahren Wohnungen da sind.

In einem einzigen Punkt ist es ein bisschen widersprüchlich, was Sie gesagt haben, Kollege Walter. Sie sagen, die Stadt Wien sollte sich nicht am Grundstücksmarkt engagieren. Na, warum hat denn der Wohnfonds Grundstücksreserven? Die hat er deswegen, weil er irgendwann einmal aufgekauft hat. Das ist der zweite Grund, den wir ausbauen sollten. Das heißt, einen kommunalen Zugriff auf die teilweise explodierenden ... - und da sage ich jetzt zynisch, wenn es einen Bereich gibt, wo ohne jeglichen öffentlichen Nutzen enorme Profite erwirtschaftet werden, dann im Bereich der Grundstückstransaktionen. Weil jemand das Glück hat, in der Nähe einen Acker zu haben oder den längst teilweise vom Bauern als Grundstücksanlage gekauft hat, und dann kommt eine U-Bahn in die Nähe, und dann verlangt jemand für Grünland Baulandpreise. Wenn man das auf die notwendige Fläche gibt, gibt es einige wenige Dutzend Menschen, die dadurch um Millionen und teilweise um zweistellige Millionenbeträge reicher geworden sind. Ich hab jetzt kein Instrument dagegen, kein aktuelles, aber ich sage einmal, es ist zutiefst ungerecht, weil das jene Menschen bezahlen, die dort einziehen werden. Alle, die sich am Immobiliensektor bewegen, wissen, was derzeit in Wien gezahlt wird. Eine Garage im 3. Bezirk - eine Garage, ist kein Grün -, die jetzt in Wohnungen umgenutzt werden kann, ist zu einem Quadratmeter nicht Grundpreis, sondern Quadratmeter erzielbare Nutzfläche, und die, die sich im Immobilienbereich auskennen, wissen das, von knapp 600 EUR weggegangen. Das heißt, wir sind bereits bei Grundstückskosten - und das ist irgendwo im 3. Bezirk. Nichts gegen den 3. Bezirk, aber es ist eine Garage in einem Gebiet, das jetzt nicht etwas ist, was man als freifinanzierte Lage bezeichnet, aber das ist astronomisch. Deswegen ist es wichtig, Herr

Kollege Walter, dass der Wohnfonds oder die Wirtschaftsagentur oder auch Genossenschaften weiter tätig sind, um für zukünftige Bereiche günstigen Wohnraum zu bekommen.

Ich glaube, weil Grund und Boden nicht vermehrbar ist, dass wir auch drüber nachdenken müssen, in den Grundstücksmarkt regulierend einzugreifen, wie es selbstverständlich in Holland oder anderen (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) westlichen Demokratien notwendig ist, weil der Gewinn für einige wenige ohne Leistungen für die Gesellschaft und der Schaden für alle kann nicht das Ziel einer rot-grünen Regierung sein. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ganz kurz, weil Sie es angesprochen haben, in den letzten wenigen Minuten die Bauordnung. Ja, wenn die demnächst in Begutachtung geht, werden einige Dinge wirklich wesentlich anders. Ich nenne das auch, weil es irgendwie das Los einer Regierung ist, dort, wo es wenig Protest gibt, es wenig Öffentlichkeit gibt. Also bleiben oft nur die Dinge im Bewusstsein der Öffentlichkeit, über die quasi gestritten wird, weil dort so wenig gestritten wird. Die Möglichkeiten, Balkone auch straßenseitig zu errichten, Sie haben es gesagt, wird das Bild der Stadt verändern und wird das, was viele Menschen auch im urbanen Bereich wollen, einen kleinen Anteil an Grün, im Freien sitzen, deutlich verbessern.

Die Notkamine haben Sie auch angemerkt. Da stelle ich nur fest, welche Dichte an Lobbyorganisationen es im Bereich der Notkamine gibt. Ich glaube, über ein Dutzend Organisationen waren bei uns, die alle Kaminhersteller sind, die wahrscheinlich auch bei euch und beim Herrn Stadtrat waren. Ich bin überrascht, wie viele es da sind. Denen will ich nur einmal auch laut und deutlich sagen: Zu glauben, dass man da für einen Notfall vorbereiten und eine Zwei-Millionen-Stadt aus dem Wienerwald mit Holz befeuern kann, das ist utopisch. Wir glauben, dass wir damit einen richtigen Schritt auch in Richtung günstigeres Wohnen setzen.

Einen letzten Punkt möchte ich ansprechen. Das ist jenes Konzept, das unter Smart City die gesamte Stadtregierung, alle Ressorts, beinhaltet und das im Wohnungsbau in der Diskussion allzu leicht vergessen wird, nämlich die Miete ist ein Element und die Energiekosten sind ein zweites. Wenn dieser Trend fortgesetzt wird, und das ist einerseits ein Welttrend, dass Energie teurer wird, weil wir etwas tun müssen, sei es über die Klimadiskussion, sei es aber auch über die Ressourcendiskussion knappes Öl, knappes Gas, die teurer werden, dann tun wir gut daran, den Trend zu verschärfen und über strenge Auflagen wärmetechnisch den Ruf Wiens zu verteidigen, wo wir weltweit Nummer 1 im Bereich Niedrigenergie, Passivhäuser, Plusenergiehäuser sind, dass dieser weiterentwickelt wird und sicherstellt, dass die Energiekosten im Rahmen bleiben. Jemand, der in einem Passivhaus wohnt, dem ist es wurscht, wo der Gaspreis und wo der Ölpreis ist. Er oder sie kommt mit einem sehr geringen Betrag aus.

Und wenn - jetzt bringe ich abschließend noch die städtebauliche Komponente hinein - ich nicht in ein Auto einsteigen muss, um einkaufen zu gehen, nicht in ein

Auto einsteigen muss, um in einem Wirtshaus Freunde zu treffen, nicht in ein Auto einsteigen muss, um die Kinder in den Kindergarten und in die Schule zu bringen, sondern dass das im fußläufigen Bereich vorhanden ist, der auch *(GR Mag Wolfgang Jung: Kaltenleutgeben! Herr Kollege, fußläufig! Drei Kilometer!)* gemeinsam mit den anderen Ressorts entwickelt werden muss, dann glauben wir, dass Smart City ein gutes Konzept ist. *(Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.)*

Zusammenfassend ist es eine enorme Herausforderung für alle Ressorts, auch für das Wohnbauressort, sozialen Wohnraum eingebettet in ein lebendiges Stadtviertel zu entwickeln. Wir müssen alle Ressourcen, und da meine ich auch alle intellektuellen, organisatorischen Ressourcen, mobilisieren. Angesichts dessen, dass sehr viele internationale Experten nach Wien kommen und sagen, schaut's her, denen gelingt es selbst in Zeiten des Immobilien-Booms, einen großen Anteil an günstigen Wohnungen in sehr, sehr hoher Qualität bereitzustellen, kann man stolz auf das Erreichte sein. Angesichts der Herausforderungen ist das aber zu wenig. Aber wir werden uns dem weiterhin engagiert widmen und bitten um Ihre Zustimmung. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ihre Redezeit wurde mit 14 Minuten gewählt und die stelle ich nun ein.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Ja, danke. Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Es hat mir bisher immer große Freude gemacht, nach dem Herrn Mag Chorherr meine Rede zu halten. Aber was ich heute gehört habe, übertrifft einfach alles. Ich muss schon sagen *(GR Mag Christoph Chorherr: Wieso?)*, gewisse Worte darf man hier nicht verwenden. Aber das ist es, was ich Ihnen sagen möchte.

Wie Sie hier als Regierungspartei angetreten sind, habe ich kritisiert, dass die Wohnbauförderung massiv zurückgeschraubt wurde. Vor allem nach dem Wahljahr 2010 war 2011 ein echter Einbruch. Was haben Sie damals gesagt? Bessere Qualität, mehr Wohnungen mit weniger Wohnbauförderung, und Holz haben Sie angeführt. Und jetzt kommen Sie und erzählen uns, Sie wissen nicht, wie Sie mit Wohnungen zusammenkommen. Wir brauchen nicht die neue Statistik, dass Wien in der Größe von Graz wächst. Seit 2004 mit der Fassmann-Studie ist bekannt, wir brauchen mehr Wohnungen. Aber die Stadt hat sie nicht gebaut. Das ist Faktum. Und da muss man halt auch einmal etwas tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bleibe jetzt gleich bei der Bauordnung. Wenn Sie jetzt an meine ... *(GR Mag Christoph Chorherr: In der letzten Stadtentwicklungskommission hat die FPÖ gegen alle Projekte gestimmt!)* Ja, ich bin dran, Herr Chorherr, macht ja nichts. Aber ich möchte jetzt ... *(GR Mag Christoph Chorherr: Keinem einzigen Projekt hat die FPÖ zugestimmt! Keinem einzigen!)* Na geh, krieg' ich zwei Minuten dazu, weil das ist ja peinlich! Also, ich bin am ... *(GR Mag Christoph Chorherr: Also was sagen Sie jetzt?)* Also gehen wir gleich zur Bauordnung. Lesen Sie bitte ... *(GR Mag Christoph Chorherr: Was sagen Sie jetzt?)* Geh

bitte, darf ich meine Rede halten oder soll ich Ihre machen? Dann kommen Sie wieder raus. Ich meine, das ist ja lächerlich. *(Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei GR Gerhard Kubik.)*

Bleiben wir gleich einmal bei der Bauordnung, weil Sie sie und auch mein anderer Vorredner heute angesprochen haben, zum Thema Notkamine. Herr Stadtrat, das hatten wir schon in den 70er Jahren. Nur kam die Ölkrise und dann war der große Aufschrei und Notkamine wurden wieder in die Bauordnung aufgenommen. Und jetzt sagen wir, obwohl es gerade vor ein paar Jahren auch eine Gaskrise gab - und so ein Kurzzeitgedächtnis, dass wir das vergessen hätten, haben wir alle nicht -, das nehmen wir raus, weil das die Baukosten so furchtbar einspart. Das spart nicht so hohe Baukosten. Aber was ist die Alternative für Leute, wenn sie nicht heizen können? Natürlich, in Relation zur Tundra ist es in einer Wiener Wohnung im Winter warm. Aber möchte ich in der Tundra sein? Nein. Aber auch nicht in einer kalten Wiener Gemeindewohnung, sondern ich möchte heizen können, wenn mir danach ist. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie verbieten das ja förmlich durch die Bauordnung. Lesen Sie ... *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Da gibt es ja eh einen Notkamin!)* Nein, das wollen Sie ja gerade wegmachen, die Notkamine. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Das wird aber nichts daran ändern, dass es in Gemeindewohnungen Notkamine gibt! Die gibt es ja schon!)* Ja, aber bei der neuen Bauordnung wollen Sie es jetzt raus tun und das, finde ich, ist ein Wahnsinn. Lesen Sie die Foren. Die Leute sind aufgebracht, die wollen das nicht.

Das Nächste war, dass der Herr Chorherr gemeint hat, ja, wir müssen was fürs Klima tun. Das Zauberwort für Klima in dieser Stadt ist die Wärmedämmung. Jetzt möchte ich Ihnen, und da gehe ich jetzt schon näher darauf ein, da muss ich Ihnen jetzt ein paar Dinge vorlesen: „Die große Lüge von der Wärmedämmung. Wer Dämmplatten an seine Fassade klebt, spart Heizkosten, glauben viele. Doch die Rechnung geht nicht auf. Eine Studie zeigt, die Kosten der Sanierung übersteigen die Einsparungen, und zwar deutlich. Würde man um 838 Milliarden EUR Geld ausgeben, um Energie einzusparen, dann würde man für 370 Milliarden Einsparungen machen.“ Das heißt, wir schreiben 500 Milliarden in den Kamin, jetzt einmal ganz global gesprochen. Aber das geht ja noch weiter: „Die bereits heute in Deutschland verbauten Wärmedämmstoffe würden sämtliche existierende Abfalldeponien weit überfordern, wenn wir das runternehmen.“ Und wir tun immer so, als gäbe es das alles nicht, als würden wir jetzt gerade das super Rezept für das Ganze erfinden. Und so ist es nicht. Dann schreibt da noch ein Professor, in Vorarlberg gab es jetzt eine Studie, dass für das Passivhaus der Sollwert mit 9,06 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr angesetzt wurde. Bei 36 liegen wir! Es wird ja nicht einmal das Ziel erreicht. Ebenso wird der Niedrighausstandard nicht erreicht. Auch das wird in einer Studie bereits festgelegt. Das heißt, wir sollen sehr wohl Dämmmaßnahmen machen. Wir haben immer gesagt, Obergeschoßdecke, Kellergeschoßdecke, und wenn es um 60er- oder 70er-Jahr-Bauten geht, die qualitativ wirklich schlecht

sind, ja natürlich, da muss man etwas tun. Aber ich kann doch jetzt nicht generell das ausschütten und sagen, jetzt machen wir nicht 16, sondern 20 cm. Es gab bei einem Versuch drei Häuser über elf Jahre. Zwei waren nicht gedämmt. Alle drei wurden zum selben Zeitpunkt mit derselben Ausstattung errichtet, und alle drei haben gleich viel Energie verbraucht. Das heißt, man muss das einfach einmal hinterfragen. Ich will ja nicht, dass wir es nicht machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich möchte jetzt von meiner Rede auch noch ein bisschen was anbringen, weil ich jetzt ja auf die anderen mehr oder weniger eingegangen bin, und zwar reden wir hier auch immer davon, Wohnen muss billiger werden. Große Wohnbauoffensive vor jeder Wahl. Der Herr Bürgermeister fordert 10 000 Wohnungen. Wie lange ist die SPÖ in einer Bundes- oder Landesregierung? Dass Sie das überhaupt fordern! Sie brauchen es ja nur zu machen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Hier sitzt die Macht, nicht hier! Machen Sie es!

Wir fordern immer mehr wie zum Beispiel die Balkone. Super, jeder Wiener wird sich denken: Endlich habe ich meinen Balkon. Wenn Sie wärmegeämmte Fassaden haben, brauchen Sie ISO-Körbe dazu. Das ist sehr, sehr teuer.

Und von einer Einsparung der Baukosten ist da gar nicht die Rede. Wenn ich bedenke, dass in Wien jeder Dritte an der Armutsgrenze leben würde, gäbe es keinen Sozialtransfer, dann kann ich das nicht in die Höhe treiben. Da müssen wir mit den Baukosten – und da hat der Wurm einmal gemeint, dass die gesunken wären. Aber es schlägt sich im Wohnbau nicht nieder, schon gar nicht in der Sanierung. Ich meine, ich habe hier vor Kurzem 1 700 Seiten Missstände gehabt. Wenn Glaser, Elektriker, Installateure, Maler völlig ungerechtfertigt die Kosten in die Höhe treiben, können wir doch nicht von einer Verbilligung beim Wohnen reden. Sie können nicht einfach ein Grundstück nehmen und sagen, individuell wie es der Regierungspartei passt, das wird jetzt förderbarer Wohnbau. Das ist Enteignung. Sie haben 1,6 Millionen Quadratmeter *(Beifall bei der FPÖ.)*, aber Sie können dann sagen: Meine Grundstücke sind Bürobauten, das kostet viel. Und für den förderbaren Wohnbau nehme ich den Privaten. Alles ist möglich, ich unterstelle das nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit oder die Möglichkeit ist gegeben. Das kann man nicht machen. Hier haben Leute vielleicht viel gespart, dass sie das Grundstück erwirtschaftet haben.

Aber gehen wir einmal zu den Wohnungen, wie sie errichtet werden. Die Frau Stadträtin hat von 6 500 bis 7 000 Wohnungen gesprochen. Beim Wohnservice stehen 7 000 Wohnungen, der Wurm hat von 3 800 Wohnungen gesprochen. Egal, gehen wir von 7 000 aus. Aber wenn 7 000 geförderte Wohnungen errichtet werden, bleiben nur 2 100 Wohnungen zur Vergabe bei der Stadt Wien, weil Sie ja das Geld den Genossenschaften geben. Und 2 100 Wohnungen, wenn in nächster Zeit 30 000 Leute kommen und wir 31 000 Wartende haben, das geht für mich nicht mehr zusammen. Da ist irgendein Planungsfehler und zwar ein ganz gehöriger.

Zudem werden ja im Jahr 2016 beim Finanzausgleich

– das hat man jetzt schon gesagt – 5 Milliarden EUR eingespart. Ja, glauben Sie nicht, dass davon vielleicht auch die Wohnbauförderung betroffen ist? Wir haben dann weniger Mittel und sollen mehr bauen, und so wie Sie es machen, immer teurer und energieeffizienter. Wenn kein Geld da ist, ist es aus. Darum müssen wir einen soliden Gemeindebau errichten, der zweckmäßig ist und der vor allem leistbar ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Wien verfügen 10 Prozent der Ärmsten über gerade einmal 8 300 EUR pro Jahr, in den übrigen Bundesländern sind es aber um 5 Prozent mehr. In Wien erhalten 12 Prozent der Haushalte Sozialleistungen ohne Pensionen, in den Bundesländern sind es nur 7 Prozent. Aber was läuft hier falsch? Vielleicht sollte man da auch einmal über die Stadtgrenzen hinausblicken. Und warum wohnen 400 000 Menschen im Speckgürtel? Vielleicht sollte man da auch einmal Ursachenforschung machen. Vielleicht ist eben Wohnen billiger, vielleicht krieg ich dort noch einen Park- und Kindergartenplatz. Das alles wird ja in Wien schon zur Mangelware.

Also ich glaube, wir sollten hier schon einmal versuchen, den Dingen ernsthaft auf den Grund zu gehen. Natürlich ist Wien im Vergleich zu anderen Städten wirklich super. Das kann man ... *(GR Gerhard Kubik: Bravo! Bravo!)* Ja, das muss man sagen, das streitet ja niemand von uns ab. Aber deshalb darf man auch sagen, dass vieles nicht so ist, wie es uns hier gerne dargestellt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte noch zwei Sparmaßnahmen anführen, und zwar, weil wir immer davon reden: Gespart muss werden. Nur, ich glaube, Herr Stadtrat, über die Dinge, wo man sparen kann, wo es nicht um 0,00 irgendwas Prozente geht, sondern um Millionen, denkt man nicht nach. Jetzt hat der Rechnungshof geschrieben, wie ineffizient Gebietsbetreuungen sind. Ich erinnere mich noch ... *(GR Gerhard Kubik: Also ich habe mit der Gebietsbetreuung gearbeitet!)* Es gibt einen Rechnungshofbericht, lesen Sie ihn, es steht Ihnen frei. Er ist öffentlich, wissen Sie. Da kann jeder drinnen stöbern, wenn er möchte. Aber das waren Aber-Millionen. *(GR Gerhard Kubik: Ja, keine Ahnung von nichts!)* Wenn man sich heute verschiedene Geschäftsstraßen anschaut, wo die Gebietsbetreuung hätte tätig werden können oder wo sie es teilweise auch geworden ist - sobald sie sich zurückzieht, ist das Chaos so wie vorher ohne das Nicht-Vorhandensein von Aktivitäten. *(GR Gerhard Kubik: Wirklich keine Ahnung von nichts!)* Das heißt, die Effektivität ist nicht so gut gegeben, wie Sie das jetzt gerne möchten. *(GR Gerhard Kubik: Taborstraße!)*

Aber ein viel größerer Sparfaktor ist, und da muss ich sagen, da bin ich schon auch betroffen, weil das Steuergeldvernichtung pur ist, Sie haben viel Werbung für die Kundenservicezentren gemacht: Wiener Wohnen vor Ort, Wiener Wohnen kann jeder besuchen. Und jetzt? Viele Leute wurden angestellt, viel Personal, von den Überstunden bei Wiener Wohnen rede ich nicht. Jetzt bauen wir eine Zentrale und sagen, alles muss zusammengepercht werden. Das erinnert mich an die Baupolizei: Jedem Bezirk seine Baupolizei, und plötzlich tut man sie zusammen. Wozu hat man das alles ausgebaut? Es

gäbe schon viel Sparpotenzial, wenn es der politische Wille wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Niedermühlbichler. Ich erteile ihm das Wort und stelle seine Uhr auf 15 Minuten.

GR Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat!

Bevor ich beginne, wollte ich noch einen Satz vom Norbert Walter aufgreifen. Er hat gesagt, wohnbaumäßig steht Wien eigentlich gut da. Ich möchte schon korrigieren: Wohnbaumäßig, wenn man so sagt aus dem Bereich des Wohnbau, steht Wien sehr, sehr gut da und darauf können wir stolz sein. Das ist die Arbeit der Sozialdemokraten der letzten 100 Jahre, dass Wien europaweit und weltweit Vorbild im sozialen Wohnbau ist. Das ist einfach so. Also nicht eigentlich, sondern tatsächlich steht Wien im Bereich des Wohnbaus gut da. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zur Kollegin Frank nur eines: Wenn Sie sagen, wir fordern mehr Wohnungen, tut's es einfach. Ich weiß nicht, ich glaube, weder der Herr Bürgermeister noch der Herr Wohnbaustadtrat haben im Keller eine Gelddruckmaschine stehen, die man anwirft und dann sagt, okay, jetzt bauen wir 10 000, 12 000 Wohnungen. Wir müssen uns natürlich auch nach den finanziellen Möglichkeiten richten. Ich wiederhole das, was die zuständige Finanzstadträtin immer wieder, auch in den letzten Jahren gesagt hat: Für uns ist die Krise erst dann vorbei, wenn die Arbeitslosenzahlen zurückgehen. Das hat sie immer wieder gesagt *(Aufregung bei der FPÖ.)*, wo andere schon gesagt haben, die Börse zieht wieder an und es ist alles bestens, der Konsum steigt, die Krise ist vorbei, tun wir so weiter wie vorher. Wir haben immer gesagt, die Krise ist erst dann vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Daher ist die Krise noch andauernd und daher müssen wir auch schauen, wie wir mit den Mitteln der Steuerzahler sorgsam umgehen *(GR Mag Wolfgang Jung: Wir sind mitten in der Krise!)*.

Wir halten den Budgetpfad ein. Das wurde auch gesagt. Und da kann man nicht einfach sagen, wir geben das Geld aus, so wie es passt. Trotzdem, und das ist ganz wichtig, geben wir heuer 300 Millionen EUR für die Neubauförderung aus. Sie haben es ja schon gesagt, Sie haben gestern gut aufgepasst, was die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat: Es sind 6 500 bis 7 000 geförderte Wohnungen. Das ist ganz, ganz wichtig, damit in Wien Wohnbau leistbar bleibt. Dazu, und das haben Sie nicht gesagt, geben wir auch 255 Millionen EUR für Sanierungsmaßnahmen aus. Das sind 13 000 bis 14 000 Wohnungen, die wir mit diesen Mitteln sanieren können und die sind ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze, denn jede Investition in diesem Bereich bedeutet Arbeitsplätze. Nur zum Vergleich: Allein 100 Millionen EUR Investition bedeuten 2 500 nachhaltige Arbeitsplätze im Bau- und Baunebengewerbe. Auch hier sind wir als Stadt Wien im Wohnbauressort Wirtschaftsmotor, und darauf können wir auch sehr stolz sein. Das sind wir auch, denn das sind wichtige Maßnahmen, die

wir ergreifen, damit eben die Arbeitslosigkeit nicht massiv steigt und vielleicht – und das muss unser Ziel sein – auch wieder zurückgeht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir dürfen aber, und das sage ich hier an dieser Stelle auch immer wieder, den privaten Wohnbau und den privaten Wohnungsmarkt nicht außen vor lassen. Auch der hat seine Verantwortung. Wir können in Wien auf zwei Drittel geförderten Wohnraum zurückgreifen, zwei Drittel aller Wienerinnen und Wiener wohnen im geförderten und damit leistbaren Wohnbau und Wohnungen. Aber ein Drittel wohnt im privaten Wohnungsmarkt und dieser private Wohnungsmarkt muss reguliert werden, denn Wohnung ist keine Ware, Wohnung ist nicht dem Markt unterzuordnen. Daher fordern wir seit Langem auch eine ganz klare Mietzinsobergrenze, und da ist schon auch bezeichnend, dass die einzigen beiden Parteien hier im Gemeinderat die GRÜNEN und die SPÖ sind, die für klare Mietzinsobergrenzen sind. Weder die FPÖ ist dafür, die sagt, das ist dann Enteignung, noch die ÖVP ist dafür. Wir brauchen dieses Mittel.

Wir haben jetzt Regierungsverhandlungen auf Bundesebene und hoffen, dass wir dieses Mittel durchsetzen können, weil das bringt einen wesentlichen Beitrag zum leistbaren Wohnen in Wien. Das ist für uns ganz, ganz wichtig und entscheidend! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Womit man Mieten oder auch Wohnkosten senken könnte, vor allem für Menschen, die im privaten Wohnbereich Wohnung suchen, das ist die Maklerprovision. Auch hier ist es eigentlich nicht einzusehen, dass diese von den Wohnungssuchenden bezahlt wird, auch wenn sie von drei auf zwei Monatsmieten reduziert wurde. Jeweils ganz, ganz entscheidend und wichtig ist, dass die Maklerprovision, und der Bundesminister Mitterlehner hat das auch schon einmal kurz angedacht, vom Auftraggeber, und das ist zu 98 Prozent der Hauseigentümer oder der Vermieter, bezahlt wird. Das wäre ein wichtiger Beitrag für weniger Kosten für Wohnungssuchende im privaten Bereich. Im Genossenschaftsbereich und im Gemeindebaubereich gibt es das ja Gott sei Dank nicht. Aber auch hier sperren sich die ÖVP und FPÖ dagegen, Maßnahmen zu setzen, weil es hier ja auch um die Privatwirtschaft geht, und da ist es so, dass der Private ja verdienen darf, nur die öffentliche Hand soll bei den Einnahmen zurückhaltend sein, aber dafür bei den Ausgaben großzügig. Wenn man ein Budget vorlegt, wo man einen Abgang hat, wird gesagt, man kann nicht wirtschaften. So kann das nicht funktionieren. Auch was die Herausnahme der Grundsteuer aus den Betriebskosten betrifft, sperren sich genau diese beiden Parteien dagegen, die hier in diesem Fall links von mir sitzen, weil sie nicht daran interessiert sind, im privaten Sektor Wohnen leistbar zu machen. Wir als Sozialdemokraten wollen das und fordern das in der Regierung gemeinsam mit den GRÜNEN.

Der Voranschlag ist in Zahlen gegossene Politik und das zeigen wir auch im Bereich Wohnen, wo wir investieren. Wir haben eine ganz wichtige Stelle, nämlich die Schlichtungsstelle, die manchmal vergessen wird. Die

Schlichtungsstelle ist ein ganz wichtiges Instrument für Menschen, damit sie zu ihrem Recht kommen, ohne hohe Verfahrenskosten fürchten zu müssen. Wir haben das in Wien. Die sind auch gut ausgestattet und arbeiten gut. Da können sehr, sehr viele Verfahren geführt werden, Menschen kommen sehr rasch, sehr schnell und kostengünstig zu ihrem Recht und die Gerichte werden entlastet. Jetzt gibt es aber solche Schlichtungsstellen leider nicht in ganz Österreich. In vielen Bezirken gibt es das nicht. Da gibt es eine Initiative der Mietervereinigung Steiermark, meine Freunde dort, die wollen, dass es Schlichtungsstellen auch Österreich-weit geben kann. Wir haben im Wahlkampf die Parteien abgefragt, wer denn dafür wäre, dass wir mehr Schlichtungsstellen einrichten. Und es ist schon ein bisserl enttäuschend und traurig, dass es genau eine Partei gegeben hat, die gesagt hat, nein, es gibt genug Schlichtungsstellen, mehr brauchen wir nicht, nämlich die ÖVP. Die hat gesagt, nein, nein, es geht schon. Im Hintergrund hat man gehört, es ist eh so ärgerlich, dass die Leute zu den Schlichtungsstellen gehen können, um zu ihrem Recht zu kommen. Also wenn wir das jetzt auf Landesebene auch noch haben, das wollen wir gar nicht. Wir geben nicht nach. Wir hoffen, dass wir das zustande bringen, weil es natürlich auch die Menschen in den Bundesländern verdient haben, einfach zu ihrem Recht zu kommen. Wir in Wien machen das. Wir geben dafür auch viel Geld aus, gut angelegtes Geld. Wir entlasten damit die Gerichte, aber was noch wichtiger ist, wir helfen den Menschen zu ihrem Recht. Das ist auch für uns als Sozialdemokraten ganz, ganz wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist so, dass gestern von der ÖVP ein Antrag eingebracht wurde, aber es ist auch gesagt worden, er wird von der FPÖ unterstützt, nämlich die Neubenennung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Sie wollen da gern Europa dazu haben. Jetzt weiß ich nicht, ob das ein Beitrag zum Sparen ist. Sie wissen, was so eine Umstellung kostet, was man alles machen muss, Briefpapier, und so weiter. Vielleicht ist das jetzt von Ihnen wirklich ein Sparbeitrag. Ich habe auch grundsätzlich nichts dagegen, wenn man so was sagt und meint, man wertet Europa damit auch in Wien auf. Wir haben das in Wien gemacht. Bei uns dürfen die Europaabgeordneten, ich glaube, im einzigen Parlament und im Landtag, auch reden. Das heißt, wir haben das Rederecht schon eingeführt. Wir haben einen Europa-ausschuss gegründet. Europa ist uns ganz wichtig. Das freut mich als glühenden Europäer.

Aber Überschrift alleine ist zu wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern man muss Taten setzen. Jetzt ist Wohnen ja nicht ein Bereich, der auf EU-Ebene vordergründig behandelt wird, aber es gibt schon den Versuch von liberalen und neo-konservativen Europapolitikern, diese Frage des sozialen Wohnbaues mit dem Wettbewerbsrecht ein bisserl aufzuheben. (GR Mag Wolfgang Jung: *Richtig! Richtig!*) Also da nehmen sie das Wettbewerbsrecht (GR Mag Wolfgang Jung: *Stimmt, in Holland!*) und sagen so wie in Holland: Zu viele soziale Wohnungen verzerren den Wettbewerb. Private würden

dann die Wohnungen nicht zu dem Preis vermieten können, den sie gern wollen (GR Mag Wolfgang Jung: *Die Franzosen haben sich gewehrt!*), und das ist ganz furchtbar. Daher haben sie Klagen eingereicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre ein ganz schwerer Angriff auf den sozialen Wohnbau in Wien, in Österreich, aber auch in Europa. Und weil uns das eben wichtig ist, diesen Angriff abzuwehren, setzen wir Maßnahmen. Ich sage nicht, das böse Europa, weil ich bin für Europa, sondern ich sage, den konservativen und liberalen Kräften in Europa, die das wollen, muss man was dagegen setzen. Und weil uns das ganz besonders wichtig ist, hat unser Bürgermeister und Landeshauptmann eine Initiative gestartet, eine europaweite Initiative. Zu einem sozialen Europa gehört (GR Mag Wolfgang Jung: *Aber es wurde darüber noch nicht geredet!*) sozialer Wohnbau. Er hat eine Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa ins Leben gerufen, den mittlerweile schon 27 Bürgermeister der größten Städte Europas (GR Mag Wolfgang Jung: *Wäre ein Thema gewesen für den Ausschuss!*) unterschrieben haben: Berlin, Hamburg, München, Paris, Rotterdam, Zürich, Budapest. Das ist ein ganz ein wichtiger Beitrag, weil uns als Wienerinnen und Wiener und als Wiener Sozialdemokraten natürlich auch Europa ganz wichtig ist. Das ist der richtige Weg und nicht eine Überschrift ändern, nicht ein Ressort umbenennen und Europa dazuschreiben, sondern Europapolitik tatsächlich leben. Das tun wir auch im Bereich Wohnen, wo es notwendig ist. Ich bin dem Bürgermeister für diese Initiative sehr, sehr dankbar, weil es eine ganz, ganz wichtige Initiative auch in Europa ist. Das ist unser Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wir geförderten und sozialen Wohnbau voranbringen wollen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Es gäbe jetzt noch vieles ... (GR Mag Wolfgang Jung: *Es liegt aber an der Bundesregierung, zu verhandeln!*) Na ja, in der Bundesregierung - dann fahren eure Minister (GR Mag Wolfgang Jung: *Dass sie es verhindern!*) hin wie der Böhmdorfer, der dort unterschreibt, dass die Gemeindebauten aufgemacht werden müssen, und dann streitet ihr es ab! (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, aber es liegt an ihr!*) Ja, also auf dieser Regierungsebene haben wir schon Erfahrungen mit der FPÖ, Herr Kollege Jung. (Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.) Da haben wir Erfahrungen, auf die können wir gern verzichten. Ich bin froh, dass die FPÖ in diesem Land keine Minister stellt. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: *Die SPÖ hat da zugestimmt, Herr Kollege, das wissen Sie ganz genau!*)

Sie haben sich in Ihrer Regierungszeit mehr als disqualifiziert und in der Europapolitik sowieso. Ich würde an Ihrer Stelle hier keine Zwischenrufe machen, da können Sie nur Zweiter sein. (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, Herr Kollege, Sie wissen das!*)

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss: Wir gehen in Wien gemeinsam mit dem Regierungspartner, den GRÜNEN, den erfolgreichen Weg des geförderten Wohnbaus weiter. Wir sorgen dafür, dass in Wien Wohnen leistbar bleibt. Wien bleibt Europahauptstadt des leistbaren Wohnens! (Beifall bei SPÖ

und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Flicker. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wird mit 10 Minuten vorgegeben.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Die von der ÖVP geforderte Erhöhung der Förderungen, der Kollege Niedermühlbichler hat es angesprochen, die Förderungen der Althausanierung und Revitalisierung der Kernzonen werden im vorliegenden Budget um rund 20 Prozent steigen, was uns sehr freut. Genau hier, aber auch bei den Dachbodenausbauten, also der innerstädtische Bereich, und der Kollege Chorherr hat das, glaube ich, nicht ganz richtig ausgedrückt, im innerstädtischen Bereich besteht bei der Verdichtung nämlich auch noch ein Riesenpotenzial. Hier könnte man eben bei den Dachbodenausbauten gleich einmal bis zu 75 000 Wohneinheiten neu errichten. Es sind dringende Maßnahmen notwendig, um die Nachfrage am Wohnungsmarkt einmal befriedigen zu können, weil Faktum ist schon, was gesagt wurde: Es werden zu wenig Wohnungen neu errichtet und für die Tausenden, die Wohnungen suchen, heißt es „Bitte warten.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es darf zu keinen weiteren Verknappungen am Wohnungsmarkt kommen, weil das nämlich auch zur Folge hätte, dass die Mietpreise weiter steigen und so weit steigen, dass sie für viele nicht mehr leistbar sind. Dabei vergessen wir nicht die Mehrbelastungen, die uns die rot-grüne Stadtregierung in den letzten Jahren eingebracht hat, und die Gebührenlawine hört ja nicht auf zu rollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Laut der von der ÖVP in Auftrag gegebenen Studie durch die EcoAustria gibt es aber bei den Wohnbauförderungen noch erhebliche Effizienzpotenziale, die angehoben werden sollten. Bei der Sanierungsförderung weist diese nämlich im Bundesländervergleich deutlich erhöhte Förderungen bei eher mittleren Ergebnissen auf. Ein weiterer Punkt in der Studie, wieder im Bundesländervergleich, ist eine unterdurchschnittliche Wohnzufriedenheit. Das klingt auch verbesserungswürdig.

Was wir weiterhin kritisieren, wie der Kollege Norbert Walter schon gesagt hat, ist, dass zu wenig Eigentumswohnungen errichtet werden. Der soziale Wohnbau ist ein wichtiges Instrument, keine Frage, dennoch muss es auch die Möglichkeiten geben, Eigentum zu erwerben und sich darin seine Existenz aufzubauen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was es noch zu sagen gibt, auch im Bereich sozialer Wohnbau, ist, dass von der Siedlungsunion von heute auf morgen die Mieten vervielfacht wurden. Bei diesen langfristigen Mietverträgen muss es zu einer Anpassung kommen, das ist keine Diskussion, aber hier könnte man durchaus auch schrittweise vorgehen. Das ist durchaus zumutbar für die Bewohnerinnen und Bewohnern. Aber dass hier mit einem Schlag mehr als verdoppelt wird, ist eher unsozial. Eine Weitergabe oder Vererbung an Enkelkinder auf dieses gleiche Niveau des Höchstsatzes

anzupassen, finden wir auch eher unsozial. Hier wurde anscheinend nicht berücksichtigt, dass Generationen die Häuser in Eigenleistung errichtet und erhalten haben und das auch weiter tun und deshalb der Mietzinssatz eher gering angesetzt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf nun kurz auf meinen Heimatbezirk, die Donaustadt, eingehen. Oft zitiert in den letzten Tagen, gestern und heute auch schon, die Seestadt Aspern. Verzögert, aber doch entsteht hier nun dieser neue Stadtteil. Unsere Forderung betreffend diese Seestadt darf ich auch wiederholen: Wir brauchen dringend die Betriebsansiedelung, Wirtschaftsbetriebe vor Ort, allein der Hoerbiger ist zu wenig, denn die Verknüpfung Wohn- und Arbeitsraum ist für alle eine Bereicherung.

Vor Kurzem wurde der Baustart des ersten Schulcampus begonnen, was für uns ein positives Zeichen ist. Man muss hier nur darauf achten, dass das als ausreichend gilt, denn im Verhältnis zur Ansiedelung brauchen wir auch dringend die gleiche Anzahl an Bildungsplätzen.

Beim öffentlichen Verkehr in diesem Bereich in der Donaustadt, rund um die Seestadt und auch insgesamt, hat sich auch einiges getan. Die Eröffnung der Verlängerung der U2 bis zur Endstelle, die von mir schon öfters kritisiert wurde, die leider nicht bis zur Stadtgrenze geht, sondern in der Seestadt endet, wurde gestartet. Auch das Zubringernetz wurde neu strukturiert. Das ist teilweise recht gut gelungen, man gelangt recht gut zur U-Bahn, teilweise ist es aber auch fürchterlich, man muss vier Mal umsteigen, bis man irgendwo ist. Ich nenne hier nur als Beispiel den 22A. In diesen Fällen ist es natürlich notwendig - das wurde uns auch zugesichert -, einzelne Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen, um die Bevölkerung in der Donaustadt an das hochrangige öffentliche Verkehrsnetz bestmöglich anzubinden. Dass leider nur jede zweite U-Bahn bis zur Endstation in die Seestadt fährt, ist wiederum nicht so positiv, besonders aus Sicht derjenigen, die in der Station Hausfeldstraße ein- und aussteigen. Nämlich besonders beim Aussteigen, wenn man nach Hause fährt, darf man dann bei der Aspernstraße die U-Bahn verlassen und entsprechend der Tageszeit vielleicht bis zu zehn Minuten warten, um noch eine einzige Station bis zur Hausfeldstraße zu erreichen.

Nebstbei ist es äußerst bedauernswert, dass im Nahbereich der U-Bahn-Stationen keine Parkmöglichkeiten geschaffen wurden. Im Gegenteil, bei der Station Aspern Nord hätte man Superparkplätze in der Nähe der U-Bahn gehabt. Dort wurden sie einfach vernichtet. Man hat die Oberfläche aufgerissen und die Stellflächen so zunichte gemacht, aus meiner Sicht, offen gesagt, eine reine Provokation.

Ich darf jetzt wieder zu Wiener Wohnen zurückkommen: Besorgniserregend sind weiterhin die Schlagzeilen um die Vergabe von Sanierungsarbeiten. Die SOKO Gemeindebau ist traurigerweise ein nötiges Instrument, um die nicht gelieferten Arbeiten bei der Wohnungssanierung zu finden. Hier wurden Arbeiten verrechnet und einfach nicht gemacht, und das alles auf Kosten der Steuerzahler. Es werden wahrscheinlich wieder die Mie-

terinnen und Mieter zur Kassa gebeten, um für den entstandenen Schaden aufzukommen. Wiener Wohnen wurde geprellt, aber es ist letztlich in Ihrer Verantwortung, dass hier ordnungsgemäß gearbeitet wird. Es liegt in Ihrer Hand, Herr Stadtrat, die tatsächlichen Schäden aufzudecken, die Bewohnerinnen und Bewohner dort abzugelten und des Weiteren die Vergabe in Zukunft genau unter die Lupe zu nehmen, damit es nicht zu Wiederholungen kommt. Es ist immerhin von bis zu 20 Millionen EUR die Rede. Das ist nicht unbedingt ein kleiner Betrag.

Abschließend darf ich mit meinen Kollegen Norbert Walter, Wolfgang Ulm und Bernhard Dworak einen Antrag betreffend Wintergärten bei Eklw-Widmungen einbringen. In vielen Bereichen von Kleingartensiedlungen finden wir immer mehr überdachte Terrassen. Hier besteht oftmals der Wunsch, diese zu schließen und als Wintergarten zu gestalten oder generell einen Wintergarten zu errichten. Dieser Faktor hebt die Lebensqualität erheblich und bringt den Bewohnern des Wohnraums zusätzlich Verschönerung dar. Diese langjährige Forderung der ÖVP bringe ich als Antrag ein und bitte in formeller Hinsicht um sofortige Abstimmung. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit stelle ich auf 10 Minuten ein.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Schönen guten Tag! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Herr Stadtrat!

Zum Antrag von der ÖVP, Kollege Flicker: Wir unterstützen diesen selbstverständlich, aber ihr wisst schon, dass meine Fraktion den schon mehrmals eingebracht hat. Aber wir unterstützen ihn selbstverständlich. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wer hat's erfunden?)*

Was wir in Wien brauchen, und da sind sich alle Fraktionen in diesem Hause einig - ich hoffe, dieses Vereinigende, das ich hier hervorhebe, wird jetzt als positiv empfunden, es wird sich eh gleich ändern, Herr Stadtrat -, sind ganz einfach Wohnungen. Dazu kommt noch, dass Wohnen in Wien zu teuer ist. Wenn wir uns die Vormerkungen auf Gemeindewohnungen anschauen, dann steigen diese unaufhaltsam. 31 200 Vormerkungen laut Quartalsbericht 2. Quartal 2013, 17 200 Jungwiener-Vormerkungen. Allein im 2. Quartal 2013 wurden 3 600 neue Vormerkungen vorgenommen, aber 1 700 wurden nur erledigt durch Zuweisung oder durch Löschung. Das ist schon eine gewaltige Lücke, die da klafft, eine Lücke, die immer größer wird. Meine Damen und Herren, vor allem an die regierenden Parteien, das kann jetzt bitte nicht so weitergehen, wenn immer mehr Wienerinnen und Wiener auf eine Wohnung warten.

Die Gemeinde sagt, ich höre das immer wieder, sie baut Wohnungen. Schon, aber offenbar bauen Sie diese Wohnungen im falschen Segment. Man verspricht sich viel von den Smart-Wohnungen, die in aller Munde sind. Aber ich darf Ihnen jetzt schon versichern, diese Smart-

Wohnungen, die in Wien gebaut werden, werden die Wohnungsnot nicht wirklich lindern. Ich habe mir die Preise angeschaut, insbesondere aus dem Bereich Sonnendviertel. Gar so billig, wie immer getan wird, sind die Smart-Wohnungen nicht. Eigenmittel sind auch zu leisten und diese muss man auch haben. Auch wenn das nur - unter Anführungszeichen - ein paar Tausend Euro sind, so ist es trotzdem für manche Leute sehr viel.

Wenn wir vorausschauend denken wollen, und ich hoffe, das wollen alle in diesem Haus, dann brauchen wir ein richtiges Wohnbauprogramm der Stadt mit tausenden Gemeindewohnungen jährlich, und zwar in einer Form, so oder so ähnlich wie das Wohnbauprogramm der Stadt, das vor etwas über zehn Jahren eingestellt wurde, schon einmal gewesen ist. Wenn wir das nämlich nicht durchführen, dann wird die Wohnungsnot zunehmen.

Selbstverständlich müssen letztlich das Wohnen und alles, was damit zusammenhängt, billiger werden. In der gestrigen Debatte ist schon mehrfach die Belastungswelle angesprochen worden, die uns Rot-Grün seit ihrer gemeinsamen Regierung und auch schon davor die rote Regierung allein beschert haben. Ich wiederhole das jetzt nicht alles. Ich ergänze nur, dass die Kategoriemietzinse im Gemeindebau um 5,5 Prozent gestiegen sind, dass die Mietzinse bei Neuvermietung um 10 Prozent gestiegen sind. Überdies, meine Damen und Herren, ist die Infrastrukturabgabe auch nicht vom Tisch und wird auch noch auf uns zukommen.

Solange, und auch das ist schon in der gestrigen Debatte angesprochen worden, Wasser und Müll in Wien noch mit einer Quasisteuer belegt werden, die auch noch nicht behoben ist, solange, glaube ich, sollten wir nicht von einem leistbaren Wohnen sprechen, sondern wir sollten diese Dinge reduzieren, wir sollten die Valorisierungsbestimmungen aussetzen, bis wir bei Müll und Wasser am Kostendeckungsgrad sind und wir sollten aufhören, das Wohnen für die Wiener Bevölkerung, die sich das zum Teil schon wirklich nicht mehr leisten kann, immer wieder noch zu verteuern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Während der Sondersitzung des Gemeinderates im Juni dieses Jahres habe ich, wie ich glaube und hoffe, nachhaltig darauf hingewiesen, dass wir wenigstens etwas an Wohnraum zur Neuvermietung aus den Gemeindebauten gewinnen könnten, indem wir nämlich - und „wir“ heißt, die Gemeinde, Wiener Wohnen - Konsequenzen bei berechtigten Mieterbeschwerden ziehen. Es hat sich hier nichts verändert. Ich wiederhole das ganz kurz noch einmal. Es geht nicht an, dass Hausordnungen nicht eingehalten werden. Bei groben Verstößen dagegen muss es ganz einfach zu Delogierungen kommen. Da braucht man nicht zimperlich zu sein und das braucht einem nicht leid zu tun, das muss ganz einfach durchgeführt werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Personen, die sich nicht in eine Hausgemeinschaft einfügen wollen oder können, sind ganz einfach zu delogieren. Wir haben im 2. Quartal, um wieder diesen heurigen Quartalsbericht zu zitieren, 272 Delogierungen bei Wiener Wohnen durchgeführt, 244 davon wegen Nichtbezahlung des Mietzinses. Jetzt stehe ich nicht an, zu sagen, dass ich das Entgegenkommen, das Wiener

Wohnen bei Mietzinsrückständen durchaus hat, positiv finde. Wenn natürlich nichts mehr geht und wenn es nicht mehr bezahlt werden kann, gibt es eh keine andere Lösung. Aber von diesen 272 Delogierungen sind nur 12 aus sonstigen Gründen durchgeführt worden. Unter diesen sonstigen Gründen ist offenbar auch das - ich nenne es jetzt einmal - unleidliche Verhalten. Meine Damen und Herren, zwölf Fälle kenne ich in Wien locker. Ich kenne mehr, bei denen eine Delogierung angebracht wäre. Ich kenne Fälle aus meinem eigenen Bezirk, dem 11. Bezirk, Geiselbergstraße. Ich kenne einen sehr bekannten Fall, 2. Bezirk, Handelskai. Beispiele, die noch zu vermehren wären, wo die Polizei schon lange resigniert hat und einzelne Bewohner ihre Mitbewohner regelrecht unterdrücken, um nicht ein anderes Wort zu sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Konsequenzen von Wiener Wohnen gibt es leider keine. Auch bei dem Ausländer, der seine Gemeindefremdwohnung im 10. Bezirk, die er noch gar nicht hat, über die „Presse“ zur Vermietung angeboten hat, weiß ich nichts von einer Konsequenz. Die Repräsentanten der Gemeinde sagen gerne: „Was sollen wir denn tun? Wenn wir ihn/sie delogieren, dann müssen wir ihm/ihr eine neue Wohnung geben.“ Nein, meine Damen und Herren, nein, sehr geehrter Herr Stadtrat, das müssen Sie nicht! Es gibt eben Personen, die auf Grund ihres Verhaltens das Recht auf eine Gemeindefremdwohnung ein für alle Mal verwirkt haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Achten Sie bitte darauf, sehr geehrte Damen und Herren von Rot und Grün und sehr geehrte Verantwortliche für den Wohnbereich, dass Wien nicht zu einer gescheiterten Stadt wird, so wie es gescheiterte Staaten gibt! Somalia gehört bekanntlich dazu.

Die Studie der EU-Kommission, die gestern mehrfach zitiert worden ist, zeigt die Unzufriedenheit der Wiener Bevölkerung mit der Leistbarkeit der Mieten. Unter 83 Städten liegt Wien nur auf dem 62. Platz, was die Leistbarkeit der Mieten anbelangt, auf dem 70. Platz bei der Nahversorgung und auf dem 72. Platz bei der Integration von Ausländern. Das ist eine Studie, die ernst zu nehmen ist, die nämlich Wertungen beinhaltet, die aus der hier lebenden Bevölkerung kommen und nicht von Topmanagern, die in Fünf-Sterne-Hotels residieren, die sie nicht einmal selber zahlen müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme ohnehin schon zum Schluss. Resümee: Beherzigen Sie bitte unsere Vorschläge, sehr geehrte Damen und Herren von den regierenden Parteien! Es könnte nämlich sonst sein, dass Sie wesentlich rascher, als Sie denken, in dieser Stadt keine verantwortliche Position mehr einnehmen, vielleicht sogar schon nach den nächsten Wahlen! Ich darf Ihnen versichern, meine Partei ist sehr gerne bereit, all das, was ich jetzt gesagt habe, und noch viel mehr für die Wienerinnen und Wiener und für deren Wohl umzusetzen! - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Graf. Ich erteile es ihr und stelle ihre Uhr auf 15 Minuten ein.

GRin Ilse **Graf** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter

Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich kurz auf meinen Vorredner eingehen, auch wenn seine Ausführungen teilweise doch von einer gewissen Weltfremdheit gezeichnet und geprägt waren. Aber man kann schon zugeben, dass es sicherlich Personen gibt, die im Gemeindebau wohnen und sich durch unleidliches Verhalten den Unmut ihrer Mitbewohner zuziehen. Ich gehe aber davon aus, selbst wenn Sie in jedem Bezirk drei, vier Fälle kennen *(GR Mag Wolfgang Jung: Die können Sie in den meisten Bauten finden!)*, werden Sie damit nicht die Wohnungsknappheit in Wien lösen.

Wenn Sie davon reden, dass wir aufpassen sollen, dass Wien nicht scheitert, können Sie sicher sein, wir passen darauf auf, dass Wien nicht scheitert! Gerade die Wohnungspolitik ist eine dermaßen vorbildhafte Politik, die in ganz Europa Nachahmer und Bewunderer findet. Keine andere Stadt errichtet so viele geförderte Wohnungen wie Wien. Die preisdämpfende Wirkung der Tatsache, dass zwei Drittel der Wienerinnen und Wiener im geförderten und sozialen Wohnbau wohnen, wurde an dieser Stelle schon mehrfach hervorgehoben.

Die hohe Dichte an sozialen und geförderten Wohnbauten quer durch die Stadt sorgte schon in der Vergangenheit für eine ausgewogene BewohnerInnenstruktur, auf die Wien zu Recht stolz ist. Diese soziale Durchmischung hat den äußerst positiven Effekt, dass es in Wien keine sogenannten No-go-Areas gibt. Dass es in Wien keine Jugendrevolten, wie zum Beispiel in Paris, gibt *(GR Mag Wolfgang Jung: Das wandert immer näher, Frau Kollegin! Hamburg, Berlin, Rheinland!)*, ist natürlich auch auf die zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeit, wie Ausbildungsgarantie, Jugend-Coaching, Kooperation mit Wohnpartnern und so weiter, zurückzuführen.

Leistbares Wohnen, auch wenn Sie das in Abrede stellen, ist in Wien kein leeres Versprechen, sondern Realität! Die Mittel der Wohnbauförderung werden zur Gänze nicht nur für den Neubau von geförderten Wohnungen und Sanierungen eingesetzt, sondern ein beträchtlicher Teil der Förderungsmittel wird für Subjektwertförderung verwendet, damit sich auch Menschen mit geringem Einkommen eine angemessene Wohnung in Wien leisten können, was leider in vielen Großstädten ganz und gar nicht mehr selbstverständlich ist. Konkret sind für 2014 im Budget für Wohnbeihilfe 72 Millionen EUR vorgesehen und für die Zurverfügungstellung von Eigenmittlersatzdarlehen 21 Millionen EUR geplant.

Der geförderte und soziale Wohnbau unterstützt das gute Zusammenleben, indem er Menschen unterschiedlicher Generationen, unterschiedlicher Einkommenshöhen und Herkunft unter einem Dach zusammenbringt. Damit dieses Zusammenleben gut funktioniert, gibt es bereits seit den 70er Jahren als bezirksbezogene Serviceeinrichtung im Rahmen der Stadterneuerung die Gebietsbetreuung. Für die Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Wohnhausanlagen sind die Wohnpartner Wien unterwegs. Durchs Reden kommen d'Leut zam *(GRin Henriette Frank: In welcher Sprache?)* - mit

diesem typisch wienerischen Zugang wurden schon viele Konflikte bereinigt. 80 Prozent der Fälle, mit denen die Wohnpartner befasst wurden, konnten positiv erledigt werden. 19 Millionen EUR sind für diese beiden Serviceeinrichtungen budgetiert. Das ist sicherlich gut investiertes Geld.

Ab 2014 ist zusätzlich als neues Stadtteilmanagement „asperm Seestadt PUBLIK“ vorgesehen. Dieses Stadtteilmanagement soll ein ergänzendes Instrument zur Förderung des Stadtteillebens sein. Es soll von Anfang an das Entstehen sozialer Netze fördern, örtliche Potenziale aufspüren und die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu Beteiligung und zu sozialem Engagement motivieren.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedanken! Ich freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer. Ich erteile es ihm und stelle seine Redezeit auf 7 Minuten ein.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2013 haben ich und meine Fraktionskollegen eine Gemeindebauaktion durchgeführt. Bei dieser Gemeindebauaktion haben wir den Kontakt zu den Mietern dieser Gemeindebauten gesucht. Ich selbst habe an sieben solchen Gemeindebauaktionen teilgenommen. Unter anderem war ich in Simmering in der Hasenleiten, im Schöpfwerk im 12. Bezirk, in der Per-Albin-Hansson-Siedlung im 10. Bezirk unterwegs. Ich habe mir nach diesen Gesprächen die Mühe gemacht und das Ganze ein bisschen analysiert und zusammengeschrieben, was die Mieter dieser Gemeindebauten mehr oder weniger bedrückt und was sie halt für Probleme in diesen Gemeindebauten haben. Das lässt sich in drei Themengruppen zusammenfassen.

Die erste Themengruppe, auf die ich kurz eingehen möchte, wurde heute schon mehrmals angesprochen. Das ist das leidige Thema der Nichteinhaltung der Hausordnung. Es nutzt gar nichts, meine Damen und Herren, wenn man dieses Thema schönspricht oder gar ignoriert! Mein Vorredner, Herr Prof Eisenstein, hat das auch schon angesprochen. Ich rede jetzt gar nicht von einfachen und leichten Überschreitungen der Hausordnung, ich meine wirklich schwere Verstöße gegen die Hausordnung, wie zum Beispiel Vandalismusakte, Verschmutzung der Anlage, Lärmbelästigung rund um die Uhr oder auch, und das kommt leider auch einige Male vor, Belästigungen bis zu Anpöbelungen von Mietern. Es kann und darf nicht sein, meine Damen und Herren, dass in großen Gemeindebauten am Abend sich größtenteils ältere Personen gar nicht mehr vor die Türe trauen, weil sie eben Angst haben, im Gemeindebau angepöbelt zu werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin aber der festen Überzeugung, meine Damen und Herren, dass sich dieses Thema leicht entschärfen lässt, in dem man ganz einfach einmal bei den Konsequenzen, die bei Verstößen gegen die Hausordnung

normalerweise in Kraft treten sollten, ein bisschen die Schraube andreht und diese Konsequenzen, und das ist ganz wichtig, dann auch entsprechend exekutiert.

Das zweite Thema, auf das ich noch ganz kurz eingehen möchte - die Zeit läuft leider -, ist das Thema, das immer wieder angesprochen worden ist, und zwar in Richtung Verbesserung der Kommunikation zwischen Mietern und zwischen den Wohnpartnern, sprich, zwischen Wohnservice und den anderen Stellen, die es da gibt. Ich möchte gleich einmal einleitend festhalten, dass ich überhaupt nicht die Mitarbeiter von Wiener Wohnen angreifen möchte. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass diese Mitarbeiter in den meisten Fällen eine gute Arbeit leisten. Das steht außerhalb der Debatte.

Ich möchte aber meine Ausführungen dahin gehend festmachen, indem ich Ihnen kurz ein Beispiel bringe, das mir selbst zugetragen worden ist, nämlich im Zuge von Geschäftsbesuchen in meinem Heimatbezirk Simmering. Da bin ich in ein ganz kleines Geschäft in der Geiselbergstraße hineingegangen. Das ist ein Geschäft, das Blumen verkauft. Die Dame dort hat mir Folgendes erzählt und mich ersucht, mich dieser Sache anzunehmen: Und zwar wurde dieser Gemeindebau in der Geiselbergstraße 27 in zwei Etappen, im Jahr 2007 und dann im Jahr 2008, wunderschön generalsaniert, die Fassade wurde hergerichtet, die Fenster wurden ausgetauscht und so weiter. Im Zuge dieser Sanierung wurde von Wiener Wohnen dieser Dame, dieser Geschäftsinhaberin, mitgeteilt, dass das Geschäftsportal nicht ausgetauscht werden kann. Nicht nur ihres, sondern auch die der anderen Geschäfte, die dort angesiedelt sind, wurden nicht ausgetauscht, und zwar auf Grund von budgetären Problemen. Soweit okay, mag sein. Die Sanierung wurde beendet. Das Jahr 2009 ging vorbei. Es ist nichts passiert. Das Jahr 2010 hat angefangen und ging auch zügig vorbei. Jetzt kommt das Komische und Seltsame, bei den anderen Geschäften, nicht bei dem Blumengeschäft wohlgermerkt, wurden die Eingangsportale hergerichtet. Diese Dame hat sich dann irgendwann einmal bemüht und versucht, eine Frage bei Wiener Wohnen zu deponieren, hat das auch gemacht, hat mehrmals bei Wiener Wohnen angerufen. Es wurde keine Auskunft erteilt. Klar, man kann das nicht gleich beantworten. Es wurde aber immer, das muss man ehrlicherweise auch sagen, ein Rückruf garantiert. Es waren ungefähr sieben, acht Anrufe. In der Zwischenzeit hat sich die ganze Situation bei dieser Dame noch verschärft. Es mag sein, weil das Geschäftsportal recht marode ist, dass zwei Einbruchversuche stattgefunden haben. Diese wurden auch polizeilich aufgenommen und an Wiener Wohnen weitergegeben. Es war einfach ein Handlungsbedarf, weil das Geschäftsportal beschädigt war. Die Dame hat dann persönlich vorgesprochen, auch keine Auskunft bekommen, nicht weil die Herrschaften dort unwillig waren, sondern weil sie das einfach nicht gleich stante pede beantworten konnten. Aber bei den persönlichen Gesprächen wurde der Dame zugesagt, sich mit ihr zu einem späteren Zeitpunkt in Verbindung zu setzen. Die Dame hat nicht aufgegeben, hat das Ganze über das Internetportal von Wiener Wohnen ge-

macht. Da gibt es ein Portal, wo man Anregungen, Beschwerden und so weiter eingeben kann. Das war im April des heurigen Jahres. Die Reaktion war die gleiche, nämlich keine.

Ich habe von dort, wie gesagt, alles, die ganzen Zahlen, Daten, Fakten, mitgenommen und habe mich dann hingesetzt und das Ganze in einer E-Mail noch einmal ausführlich mit der Bitte um Stellungnahme und Reaktion formuliert, habe diese E-Mail dann an die zuständige Servicestelle von Wiener Wohnen und auch an Sie, Herr Stadtrat, geschickt. Das Ganze ist jetzt vier Wochen her. Die Reaktion war leider auch bei mir, in meiner Funktion als Gemeinderat, die gleiche, nämlich keine.

Das ist jetzt nur ein Exempel gewesen. Es gibt einige solcher Fälle. Da bin ich doch der Meinung, dass man sich vielleicht Gedanken darüber machen könnte, wie man den Dialogprozess zwischen Mietern und Wiener Wohnen etwas durchleuchtet und ein bisschen verbessern könnte. Ich habe die ganzen Zahlen und Daten zu diesem Blumengeschäft mit. Herr Stadtrat, es würde mich freuen, wenn wir uns nachher vielleicht kurz zusammensetzen und das einmal durchgehen könnten. Ich bin überzeugt, mit ein bisschen gutem Willen ist das relativ schnell aus der Welt geschafft und wir haben zumindest dieser einen Dame geholfen.

Ganz kurz noch, die restliche Zeit von einer Minute und zehn Sekunden, zum dritten Thema. Das dritte Thema war und ist heute und auch gestern schon mehrmals angesprochen worden, die Mietpreise beim Wohnen. Da ist interessanterweise bei unseren Hausbesuchen zutage gekommen, dass die Leute nicht einmal die Grundmiete bemängelt haben, sondern die drastisch, vor allem seit 2010, gestiegenen Betriebskosten. Ich brauche es jetzt gar nicht aufzuzählen. Es ist eh oft genug gesagt worden, Gas, Strom, Kanal und so weiter. Ich möchte dazu zum Abschluss noch einen interessanten Beitrag vorlesen, nämlich aus der Tageszeitung „Österreich“ vom 15.11. Da schreibt ein gewisser Herr Rudolf Kaske, seines Zeichens AK-Präsident und der FPÖ sicher nicht nahestehend, unter der Überschrift „AK will steigende Mieten stoppen“: „Die Mietkosten reißen den Österreichern ein immer größeres Loch ins Geldbörstel. Allein im September legten die Mieten laut Statistik Austria gegenüber dem letzten Jahr mit 3 Prozent deutlich zu. Wer wenig verdient, bei dem geht rund die Hälfte vom Lohn nur für Essen, Wohnen und Energie drauf.“ - Das sind mehr als deutliche Worte eines AK-Präsidenten. Dann zeigte Kaske unter anderem noch auf, und das ist schon der Schlusssatz: „Es muss mehr gebaut werden. Wir haben zu wenig geförderte Wohnungen. Und eine Wohnbauförderung, die nicht nur in den Wohnbau geht, das macht Wohnen teuer.“, so Kaske. Meine Damen und Herren, dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen! - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Ich erteile es ihm und weise auch bei ihm auf seine Redezeitbegrenzung mit 15 Minuten hin.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat!

Ich möchte einleitend vielleicht etwas zu den Zahlen des Budgetvoranschlages sagen, weil ich glaube, dass auch in diesen Zahlen deutlich wird, dass Wohnbau in unserer Stadt eine sehr hohe Bedeutung hat. Wir werden im kommenden Jahr über 324 Millionen EUR für den Neubau und 256 Millionen EUR für die Sanierung vorsehen. Außerdem wird es ergänzend dazu mehr als 109 Millionen EUR für die finanzielle Unterstützung jener Mieterinnen und Mieter geben, die diese benötigen, um sich ihr Einkommen dadurch zu erhöhen, dass sie die Miete auch bezahlen können. Das heißt, 690 Millionen EUR werden zur Verfügung stehen. Das ist eine deutliche Steigerung auch zum heurigen Jahr und zeigt die hohe Relevanz und die hohe Zuwendung der Wiener Stadtpolitik zu diesem Thema Wohnbau.

Wir werden insgesamt mit diesem Geld in mehreren Bereichen, und zwar, wenn man den geförderten Wohnbau hernimmt, auch mit der Wohnbauintiative, zu der ich dann noch einige Anmerkungen machen möchte, und der Ergänzung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung, das ich auch mit einbeziehen möchte, für das nächste Jahr rund 7 500 Wohnungen zur Verfügung stellen können. Wenn ich in etwa noch 1 500 Wohneinheiten dazurechne, die aus dem freifinanzierten Bereich dazukommen, werden das mehr als 9 000 Wohneinheiten sein. Wir liegen damit im europäischen Spitzenfeld. Ich kenne keine andere europäische Großstadt, die im geförderten Wohnbau nicht nur so hohe Quantitäten, sondern auch so hohe Qualitäten zur Verfügung stellen kann.

Das hat seinen Grund darin, dass wir hier die entsprechenden Maßnahmen gesetzt und, wie ich meine, auch ein sehr gutes Mischsystem zwischen Objektförderung auf der einen Seite und Individualunterstützung auf der anderen Seite haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit, auch wenn wir das als gegeben annehmen. In anderen Städten funktioniert das ganz anders und, wie ich meine, nicht so gut wie in Wien.

Aber auch im Österreich-weiten Vergleich liegt Wien sehr gut. Wir haben verglichen zum Jahr 2012 im Vergleich mit allen österreichischen Bundesländern die höchste Steigerung mit mehr als 20 Prozent, auch in absoluten Werten mit 834 Millionen EUR beim Produktionswert und im Segment Wohnungs- und Siedlungsbau. Das heißt, wir sind österreichweit auch die Konjunkturlokomotive.

Wir haben auch schwierige Rahmenbedingungen, die es im heurigen Jahr gegeben hat, gut gemeistert. Ich möchte nur daran erinnern, dass mit dem Konkurs der Alpine, der immerhin drittgrößten Baufirma Österreichs, die auch international sehr stark präsent war, nicht nur für die Beschäftigten, die dort tätig waren, eine schwierige Situation aufgetreten ist, sondern natürlich auch für all jene Projekte, wo die Alpine beteiligt war. Wir haben das in Wien eigentlich aufgefangen, ohne dass das spürbar war, weder für Mieterinnen und Mieter, die in ein Bauprojekt einziehen wollten, noch mit größeren Auswirkungen am Wohnungsmarkt insgesamt. Das zeigt, dass unsere auch präventiven Maßnahmen in Kooperation mit Baufirmen und Bauträgern sehr gut funktionieren.

Was haben wir weiters vor? Wir haben vor, dass wir die derzeit in Bau befindlichen Wohneinheiten, und das sind 12 000 Einheiten, die derzeit ausschließlich im geförderten Wohnbau in Bau sind, im nächsten Jahr entsprechend umsetzen und dass dazu auch die Wohnbauinitiative dazukommt. Wir haben im heurigen Jahr in der Wohnbauinitiative bereits 2 200 Wohneinheiten zugesichert, vor allem in Großbauvorhaben, Aspern, Hauptbahnhof, aber auch das Grundstück des ehemaligen Preyer'schen Kinderspitals. Erste Projekte sind fertig, in der Donaustadt STAR22. Für das nächste Jahr haben wir weitere Projekte in der Wohnbauinitiative vorgesehen, zum Beispiel Hauptbahnhof, zweite Etappe, Zentralfriedhof oder auch Franzosengraben. Wir haben uns da auch sehr bemüht, das Konjunkturpaket des Bundes mit einzubeziehen. Auch das sollte vielleicht besonders erwähnt werden, dass die Bundesregierung schon vor der Nationalratswahl ein Konjunkturpaket für den Wohnbau beschlossen hat. Wien bekommt, wenn wir alles ausschöpfen, und davon gehe ich aus, 72 Millionen EUR. Es ist ein Zuschuss von 20 000 EUR pro Wohnung vorgesehen. Das bedeutet auch, dass wir in Wien in etwa zusätzliche 100 Millionen EUR in die Hand nehmen, um diese finanziellen Mittel der Bundesregierung in Anspruch nehmen zu können.

Aber man muss anfügen, dass Wien das einzige Bundesland ist, das diese Förderung des Bundes in Anspruch nehmen kann, alle anderen Bundesländer nicht, obwohl, wie ich meine, von der Bundesregierung ein sehr guter Schlüssel vorgesehen worden ist, diesen Zugang zu ermöglichen. Das heißt, Wien ist, auch was die Vorbereitung betrifft, auch was die Rahmenbedingungen der Wirtschaftskrise betrifft, hier sehr gut eingestellt im Wohnbau. Wir haben jetzt gemeinsam mit den anderen Bundesländern die Bundesregierung ersucht, die Zugangsbedingungen zu erleichtern. Das war ein Solidaritätsakt gegenüber den anderen Bundesländern. Aber Wien hat auf jeden Fall Vorkehrungen getroffen, auch diese Mittel zu bekommen.

Ich möchte vielleicht noch einige Zahlen in der Sanierung anfügen, weil zu Recht auch von einigen Rednerinnen und Rednern angemerkt worden ist, dass die Sanierung hier, ergänzend zum Neubau, ganz wichtig ist. Wir haben in der Sanierung derzeit 286 Objekte mit über 17 300 Wohneinheiten und mit 614 Millionen EUR Gesamtbaukosten. Also, wir stellen uns auch den Herausforderungen in der Sanierung. Wir haben im heurigen Jahr mit der Sanierungsverordnung einen zusätzlichen Impuls geschaffen, um auch privaten Hauseigentümern die Sanierungen zu erleichtern.

Ich möchte vielleicht in dem Zusammenhang noch auf die Wortmeldung der Kollegin Frank eingehen, die auch auf die Wärmedämmung Bezug genommen hat. Für uns ist natürlich der Umgang mit der Frage, wie wir im Klimaschutzprogramm der Stadt Wien unseren Beitrag leisten können, wichtig. Ich glaube, es ist hier außer Streit gestellt, dass wir wollen, dass nachfolgende Generationen in einer Welt leben, die menschenwürdig und die von den Umweltbedingungen her in Ordnung ist. Diesen Beitrag wollen wir leisten. Das kann auf ver-

schiedenen Etappen passieren.

Zum Vorschlag vom Kollegen Chorherr, Passivhaus zu machen. Ja, das tun wir. Wir errichten die größte Passivhaussiedlung Europas im Eurogate im 3. Bezirk. Aber ich war immer dagegen, dass wir Passivhausstandard wie andere Bundesländer verpflichtend einführen. Vorarlberg hat das gemacht, allerdings unter anderen Rahmenbedingungen, denkt auch wieder darüber nach, sich daraus zurückzuziehen. Ich glaube, in einer Großstadt wie Wien ist es möglichst gut, ein vielfältiges Programm im Wohnungsangebot zu haben. Natürlich soll es Passivhäuser geben. Es soll aber auch andere Formen geben, die allerdings im geförderten Wohnbau auf Niedrigenergiehausstandard sind. Wir sind stolz darauf, dass wir das seit über zehn Jahren durchführen, auch beispielgebend sind für andere Städte und Länder. Davon wollen wir prinzipiell nicht abrücken.

Was wir tun wollen, ist allerdings, dass wir stärker eine Lebenszyklusanalyse anstellen wollen. Das heißt, dass wir nicht nur das Gebäude sehen, wie es dort steht, sondern von der Planung über die Errichtung bis zur Besiedlung und zum Abbruch und Recycling hin eine Gesamtrechnung erstellen wollen, wie die ökologischen Maßnahmen, aber auch die wirtschaftlichen Maßnahmen in Verbindung zu bringen sind. Das ist für mich ein ganz wichtiges Thema, denn die Ökologie ist wichtig. Aber es ist genauso wichtig, dass sich die Menschen die Wohnungen auch leisten können. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns zweifellos in vielen Projekten. Allerdings muss man sagen, dass wir durch die Maßnahmen im Bereich des ökologischen Bauens auch jetzt schon sehr viel zum Energiesparprogramm beitragen konnten.

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir durch unsere Maßnahmen allein in der Sanierung pro Jahr 1 000 Gigawatt Strom einsparen. Das entspricht durch die Einsparungen, die wir durch die Sanierungen erzielen, beispielsweise der Größenordnung und der Kapazität des Kraftwerkes Freudenu in einem Jahr.

Das gilt auch für den CO₂-Ausstoß. Allein in einem Jahr sparen wir 341 000 t CO₂ durch unsere Maßnahmen in der Sanierung ein. Das ist so viel wie 100 000 Mittelklassewagen Ausstoß haben.

Das heißt, man kann uns im Wohnbau nicht vorwerfen, dass wir uns dieser Aufgabe nicht stellen. Ganz im Gegenteil, wir leisten hier unseren ganz wesentlichen Beitrag, immer in der Verbindung von klimaschutzrelevanten Maßnahmen auf der einen Seite und Leistbarkeit auf der anderen Seite. Auf diesem Weg wollen wir auch weitergehen.

Zur Leistbarkeit vielleicht auch noch der Hinweis, dass ich glaube, dass das Problem, das sich stellt, beispielsweise in der Leistbarkeit der Mieten und der Wohnungskosten, nicht primär, wenn man das kleine Segment der Privatwohnungen ausnimmt, wo die Neuvermietungen tatsächlich zu rasanten Preissteigerungen geführt haben, und es haben der Herr GR Niedermühlbichler und die GRin Graf darauf hingewiesen, dass das wirklich ein Problem ist, eine große Herausforderung zu sein scheint, da die Menschen am Arbeitsmarkt immer stärker unter Druck kommen und die Schere zwischen

den gleichbleibenden Wohnungskosten und den zum Teil stagnierenden Gehältern und Einkommen in der Tat eine Schere darstellt, die für manche Menschen und für manche Haushalte ein Problem darstellt. Daran wird man zweifellos arbeiten müssen.

Mein Programm sieht vor, dass wir mit den Smart-Wohnungen Wohnungen haben, die eine hohe Qualität mit besonders leistbaren Konditionen verbinden, insbesondere auch, was den Eigenkapitalbeitrag betrifft. Da gebe ich Ihnen völlig recht, das ist sehr oft auch die Hürde, um überhaupt zu einer Wohnung zu kommen. Dieser wird drastisch gegen null reduziert, um dadurch auch Personen eine qualitätsvolle Wohnung zugänglich zu machen, die sonst diese Möglichkeit vielleicht nicht haben.

Ich möchte ganz zum Schluss noch auf einige Maßnahmen im Gemeindebau hinweisen. Das kann ich nur streifen. Wir diskutieren ohnehin auch im Wohnbauausschuss öfters darüber. Aber ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass eine Delogierung auch wegen unleidlichen Verhaltens nicht von Wiener Wohnen ausgesprochen werden kann, sondern von einem Gericht. Die Entscheidung liegt nicht bei Wiener Wohnen, auch nicht beim Wohnbauressort. Das heißt, wir ermuntern Mieterinnen und Mieter, die hier ein Problem sehen, auch entsprechende Beiträge zu leisten, dass es vor Gericht entsprechende Entscheidungen gibt. Die Wohnpartner, die ich extra als Weiterentwicklung der Gebietsbetreuungen für städtische Wohnhausanlagen geschaffen habe, bieten eine solche Unterstützung. Auch die Wohnpartner können nicht alle Probleme lösen, aber in 80 Prozent aller Fälle ist es möglich, Konfliktfälle zu lösen. Ich würde mir wünschen, dass, so wie im Gemeindebau, auch in anderen Wohnformen solche Konfliktlösungsinstrumente existieren, denn Konflikte zwischen Nachbarn gibt es nicht nur im Gemeindebau, sondern auch in anderen Wohnformen. Ich würde mir sehr wünschen, dass man sich da auch diesen Fragen und Herausforderungen annimmt.

Ganz zum Schluss noch eine Anmerkung, ein Thema, an dem wir alle gemeinsam, auch im Wohnbauausschuss, gearbeitet haben, ist die Novelle der Bauordnung. Ich glaube, dass die derzeit in Begutachtung befindliche Novelle der Bauordnung eine gute Möglichkeit bietet, vielen der Themen, die heute angesprochen worden sind, zu begegnen. Ich denke nur daran, dass wir beispielsweise eine Widmungskategorie förderbarer Wohnbau vorsehen, dass wir städtebauliche Verträge vorsehen, dass wir beispielsweise auch Befristungen bei Widmungen einführen. Das wird die Möglichkeit bieten, dass wir bei der Bodenmobilisierung Akzente setzen. Das wurde mehrfach vom Herrn GR Chorherr, aber auch vom Herrn GR Norbert Walter eingefordert. Ja, es ist richtig, wir leisten mit unseren Instrumenten einen Beitrag, zum Beispiel mit dem Wohnfonds Wien, wo wir zwei Millionen Quadratmeter Grundstücke für den geförderten Wohnbau im Portfolio haben. Das stellen wir auch zur Verfügung. Das bedeutet aber auch, dass wir zusätzliche Grundstücke ankaufen müssen. Was der Herr GR Norbert Walter gesagt hat, ist richtig, wir bewegen uns

am Markt, aber wir müssen uns auch am Markt bewegen, um zusätzliche Grundstücke anzukaufen.

Ich habe erst gestern bei der Konferenz der gemeinnützigen Bauträger wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass jene Grenzen, die wir uns selbst gestellt haben, beispielsweise im Wohnfonds Wien, auch von den gemeinnützigen und gewerblichen Bauträgern nicht überschritten werden. Wenn wir uns hier gemeinsam zusammentun und stabile Grenzen einführen, ist das wichtig für die Stabilität der Grundstückskosten. Ich orte hier hohe Bereitschaft, dass es trotz aller Konkurrenzsituationen doch Abstimmungen gibt. Das ist eine Möglichkeit, die wir nutzen sollten, diese Stabilität am Grundstücksmarkt einzuhalten.

Ich glaube, dass diese Novelle der Bauordnung viele Maßnahmen bringen wird, um Wohnungskosten insgesamt zu reduzieren. Wir haben das in engster Abstimmung mit Bauträgern, Baufirmen, natürlich auch mit allen Fraktionen im Wohnbauausschuss, durchgeführt. Ich bin zuversichtlich, dass das hier gelingen wird.

Ganz zum Schluss noch eine Anmerkung zum Herrn GR Norbert Walter und der Frage der Finanzierung: Ich glaube, dass wir da gerade im heurigen Jahr einige Maßnahmen gesetzt haben, wie beispielsweise Ergänzungsfinanzierungen. Wir haben 80 Millionen EUR zusätzlich zur Verfügung gestellt, um Ergänzungsfinanzierungen zum Einsatz zu bringen und Projekte, die Schwierigkeiten haben, sich am Finanzmarkt Kapital aufzunehmen, zu unterstützen. Das hat sehr gut funktioniert. Das wollen wir auch weiterhin tun. Wir haben mit der Wohnbauinitiative ein Modell geschaffen, wo andere Städte, andere Länder zu uns kommen und sagen, das würden sie sich gerne anschauen, wie es möglich ist, dass in Wien alle Beteiligten zusammenarbeiten, Bauträger auf der einen Seite, Finanzdienstleister, Banken, Versicherungen auf der anderen Seite und die Stadt, und es möglich ist, dass wir 6 250 Wohneinheiten zu den Konditionen des geförderten Wohnbaus schaffen. Ich glaube, wir sollten stolz darauf sein und wir werden auch dieses Modell in andere Städte gerne exportieren.

Am Schluss möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts bedanken, die mitgewirkt haben, dass wir diesen Budgetvoranschlag heute vorstellen und auch diskutieren können! Ich bedanke mich ganz besonders herzlich auch bei allen Mitgliedern des Wohnbauausschusses, dass wir trotz unterschiedlicher Sichtweisen gemeinsame Projekte entwickeln können, wie zum Beispiel die Wohnbauinitiative und die Novelle der Bauordnung und freue mich sehr, wenn wir diesen guten Diskussionsstand auch im kommenden Jahr fortsetzen. - Danke und Glückauf! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Daher kommen wir nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnen-schutz und Personal. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr und stelle die Uhr auf

15 Minuten ein.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Bezüglich dieses Budgets haben wir vernommen, dass wir bei einem Budget von 12 Milliarden EUR ein Defizit von 4,6 Milliarden EUR haben. Das heißt, es ist ein Rekordschuldenstand, um 200 Millionen EUR mehr als im Vorjahr, um 800 Millionen EUR mehr, inkludiert man Wiener Wohnen. Das bedeutet, wir müssen wieder Boden für Wachstum schaffen, noch dazu mit einer Arbeitslosigkeit von über 10 Prozent. Ich habe diese Zahlen, die wir schon oft genug gehört haben, deshalb wiederholt, um in Vergleich zu stellen, wie hoch das Budget für die Geschäftsgruppe Frauen ist. Das Budget für die Geschäftsgruppe Frauen beträgt 8 Millionen EUR. Es ist zwar im Vergleich zum Vorjahr um 100 000 EUR erhöht worden, allerdings wurde es das Jahr davor um 800 000 EUR gesenkt. Das heißt, es ist nur eine relativ geringe Erhöhung im Vergleich dazu, in welchem Ausmaß das sowieso schon geringe Budget gesenkt wurde.

Das heißt, das Budget der MA 57 ist weniger als 1 Prozent des Gesamtbudgets. Dabei haben wir einen besonders dringenden Budgetbedarf für diese Geschäftsgruppe. Leider jedoch scheint es, dass diese Thematik, und es ist nicht nur eine Thematik, sondern eine gesamtgesellschaftliche, die in mehrere Gruppen aufzuteilen ist, was ich gleich machen werde, ein Randthema für die Stadtregierung ist. Dazu gehört vieles. Ich werde versuchen, die Zusammenhänge zu erklären, zwischen der Frauenarmut, zwischen den Einkommensunterschieden, zwischen Quoten oder Nichtquoten und der Senkung zum Beispiel der Wirtschaftsförderung von einst, vor 3 Jahren, 145 Millionen EUR auf mittlerweile 73 Millionen EUR, was weitere 10 Millionen EUR weniger sind als im Vorjahr, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Mindestsicherung von, vor 3 Jahren, 290 Millionen EUR auf 507 Millionen EUR.

Es gibt keinerlei Initiativen für Kostenoptimierungsprogramme und keine ausgabenseitigen Einsparungsmaßnahmen. Dabei hätten wir Einsparungspotenzial. Ich glaube, es geht nicht nur darum, dass wir nur einsparen, sondern es geht darum, wie wir das Budget verteilen und wie wir es aufteilen. Ich habe schon einmal, bei einer meiner letzten Reden gesagt, dass wir eine komplette Neuausrichtung und eine komplette Budgetneuaufteilung brauchen.

Ich gehe ganz kurz auf die Frauenarbeitslosigkeit ein, die zwar bei 9 Prozent liegt, im Gegensatz zur Gesamtarbeitslosigkeit, die bei 10 Prozent liegt, was aber hauptsächlich auf die Teilzeitquoten zurückzuführen ist, wo Frauen mit 39,8 Prozent mit Abstand führend sind. Wir haben eine Erwerbstätigenquote von 68,6 Prozent in Wien - könnte gesteigert werden, kann man steigern, muss man steigern - und eine Armutsgefährdung, und das ist beachtlich, für Frauen in Wien von 27,7 Prozent und für Personen unter 20 Jahren von 31 Prozent.

Am Internationalen Frauentag wurde positiv von der Statistik Austria bekannt gegeben, dass das Bildungsniveau und die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigen und

die Einkommensunterschiede im Verhältnis zu den Männern zumindest leicht rückläufig sind. Aber es gibt Daten, dass Frauen noch immer deutlich weniger verdienen als Männer, was sich in ihren niedrigen Pensionen und höherem Armutsrisiko niederschlägt.

Es haben die Frauen bei der Bildung stark aufgeholt. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt ebenfalls. Vielleicht ganz interessant, bei der Reifeprüfung haben die Damen die Herren schon in den 80er Jahren überholt, bei den Uni-Abschlüssen genauso, bei den Doktoraten liegen die Männer mit 58,5 Prozent noch in der Überzahl.

Aber es hat sich die Teilzeitquote bei den erwerbstätigen Frauen von 34,3 Prozent auf 44 Prozent erhöht. Aus 2011 sind diese Zahlen. Das hat sich nicht dramatisch verändert. Das heißt, rund 81 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind weiblich. 81 Prozent! Sie können sich wahrscheinlich vorstellen, was das für die Pensionshöhe bedeutet!

Jetzt kommt der wesentliche Punkt: Was sind die Gründe für die Teilzeitbeschäftigung von Frauen? Bei 38 Prozent der Frauen, aber nur bei 3 Prozent der Männer sind Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene ausschlaggebend. Was steht bei den Männern im Vordergrund? Aus- und Fortbildung, was eigentlich bei den Frauen auch im Vordergrund stehen sollte. Aber auf Grund der Betreuungspflichten und der Gründe, die die Frauen angeben, dass sie nicht genug Betreuung vorfinden und nicht ausreichend Betreuung vorhanden ist, müssen sie eben in die Richtung des Teilzeitjobs gehen.

Das heißt, 71,4 Prozent - ich wiederhole es noch einmal, 71,4 Prozent - der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind teilzeitbeschäftigt, aber nur 4,7 Prozent der Väter. Die Frauen geben an, dass sie besonders bei Kindern unter 15 Jahren die einzige Möglichkeit sehen, neben der Betreuungsaufgabe einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Während mit der Elternschaft bei Frauen meist eine Reduzierung der Arbeitszeit einhergeht, ist bei den Männern ein umgekehrter Trend zu sehen. Darüber möchte ich jetzt nicht spekulieren, was hier der Grund sein mag.

Wenn ich jetzt noch dazu generell zum Beruf gehe, dann ist es so, dass Frauen nach wie vor deutlich weniger als Männer verdienen, aber auch wenn ich die Teilzeit ausklammere, oder nicht ich, sondern generell, wenn man die Teilzeit ausklammert und nichtganzzährige Beschäftigung ebenfalls ausklammert, dann ist es trotzdem so, dass der Verdienst einen hohen Unterschied von 18,5 Prozent aufweist. Also, bereinigt um Teilzeit und nichtganzzährige Beschäftigung, sind noch immer 18,5 Prozent Einkommensunterschied. Das Schlimme aber ist, dass im EU-Vergleich Österreich nach wie vor zu den Staaten mit den größten Verdienstunterschieden zwischen Männern und Frauen zählt.

Auf Grund all dieser Punkte, die ich gerade aufgezählt habe, kommt es dazu, dass die Alterspension von Frauen um rund 52,5 Prozent - also, 52,5 Prozent, ich habe mich nicht versprochen - unter jener der Männer liegt. Niedrigere Erwerbseinkommen und Versicherungsverläufe, die vor allem durch Kindererziehung Lücken

aufweisen, führen bei Frauen im Mittel auch zu niedrigeren Pensionen.

Dazu möchte ich sagen, alleine lebende Pensionistinnen und Alleinerzieherinnen sind besonders armutsgefährdet. Das heißt, wir leben in einer Gesellschaft, wo Frauen, die Kinder bekommen, die Kinder erziehen, die dafür sorgen, dass diese Kinder in den Arbeitsprozess eintreten, ausgebildet werden und nachher für die Pensionen im Generationenvertrag sorgen, in der Armut leben müssen, zumindest armutsgefährdet sind, dass sie keine Rahmenbedingungen haben, einem Job nachzugehen, der sie in der Pension verdienstermaßen auch in eine Pensionshöhe bringt, die ihnen gerecht wird für diese Doppelbelastung, für die Erziehungsaufgaben und auch dafür, dass sie gearbeitet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bringe folgende Anträge ein: Einen Antrag betreffend Ausbau des vorschulischen Bildungs- und Betreuungswesens in Wien, weil der Schlüssel zur Gleichstellung von Männern und Frauen liegt in der Vereinbarkeit, bei der Familie zu sein und gleichzeitig einem Beruf nachgehen zu können. Die vorschulischen Wiener Betreuungseinrichtungen erleben einen noch nie da gewesenen Ansturm. Die Gründe sind vielfältig, aber wir wissen, dass mit den derzeitigen Kapazitäten an Plätzen und Gruppen und Standorten bei Weitem noch nicht das Auslangen gefunden wird. Dazu kommt, dass wir auch flexiblere Öffnungszeiten brauchen und nachdem in allen Statistiken mittlerweile der Grund für die erhöhte Teilzeitbeschäftigung beziehungsweise für die Altersarmut angegeben wird und es an den Betreuungseinrichtungen und an der Flexibilität liegt, bringe ich eben diesen Antrag ein:

„Durch die Erarbeitung und Umsetzung eines Planes betreffend Betreuung soll entstehen, dass kein einziges Wiener Kind mehr auf einer Warteliste geführt werden soll.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe einen zweiten Antrag zur Betreuung, und zwar geht es mir um die flächendeckende Nachmittagsbetreuung an den Wiener Pflichtschulen. An den Wiener Pflichtschulen ist es noch immer so, dass nur bei 30 Prozent Nachmittagsbetreuung gegeben ist, während bei Gymnasien die Betreuung zu fast 100 Prozent, also 98,9, quasi 100 Prozent, gegeben ist. Jetzt muss man an ein Kind nach der Volksschule im Alter von 10 Jahren denken. Das geben auch die Frauen in allen Statistiken und Befragungen an. Von 10 bis 15 Jahren würde das bedeuten, dass das Kind am Nachmittag alleine zu Hause ist oder sich alleine beschäftigt, weil es eben an 70 Prozent der Pflichtschulen keine Nachmittagsbetreuung gibt. Das ist ein dringender Aufholbedarf. Ich sage es seit Jahren. Ich glaube, es ist notwendig, dass hier Handlung stattfindet und man diese Betreuung dringend an allen Schulen einführt. Dies ist mein nächster Antrag, wo auch in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt wird.

Warum diese zwei Anträge? Weil diese die Rahmenbedingungen dafür sind, dass Frauen arbeiten, Teilzeit verlassen und nicht in die Pensionsfalle der Altersarmut

kommen.

Ich habe jetzt noch einen Antrag, den ich gerade auf Zuweisung geändert habe, weil wir besprochen haben, dass wir in unserem Ausschuss Programme für den WAFF und das AMS besprechen. Daher Zuweisung. Darauf mache ich alle aufmerksam, weil das haben wir ganz kurzfristig gemacht. Betreffend Bekämpfung von Frauenarbeitslosigkeit und Frauenarmut, dazu habe ich jetzt schon viel gesagt. Es ist eben ein Antrag auf Zuweisung.

Ein wichtiges Anliegen ist mir noch der Österreichweit einheitliche Frauenkurznotruf. Ich bringe ihn immer wieder. Man hat mich gefragt, warum die Frauen nicht einfach die Polizei anrufen, wenn sie ein Problem haben. Warum machen sie das nicht? Weil viele Frauen wissen dann, dass ihr Mann gleich, wie man so schön sagt, hopsgenommen wird und auch nicht mehr nach Hause kommt. Jugendliche trauen sich gar nicht, die Polizei anzurufen. Es kommt halt doch zu einem großen Eingriff, wo ein Strafverfahren aufgenommen wird oder wie auch immer. Das ist eine Hemmschwelle. Daher haben wir den Frauennotruf. Allerdings hat dieser in jedem Bundesland und für jedes Thema eine andere Nummer und eigentlich ist diese so lang, dass man sie sich auch nicht merken kann, im Stress überhaupt nicht. Daher plädiere ich dafür, dass wir eine Kurznummer haben, wo dann jede Frau anrufen kann, die man sich merkt, die man vielleicht auch als App downloaden darf. Das ist so modern, das habe ich mich schon gar nicht getraut, in den Antrag zu schreiben. Es wäre uns, glaube ich, damit viel geholfen, wenn das die vierte Kurznnummer wäre, ein Österreichweiter Frauennotruf und dann weitergeleitet wird zu einem Callcenter oder einer Zentrale. Das ist möglich. Das muss auch für uns möglich sein.

Dann will ich nur zwei Dinge sagen, die mich sehr erfreut haben. Ich habe zwei Sachen gelesen. Ihr werdet es auch gelesen haben. In Deutschland werden zwei Dinge geplant und gemacht.

Das eine betrifft die Frauenquote, die für DAX-notierte Unternehmen gemacht wird. Mich hat weniger gefreut, dass ich den Ländervergleich gelesen habe, wo steht, irrsinnig peinlich, gleich nach Portugal, eine ganz niedrige Frauenquote hat Österreich, 8 Prozent. Der Frauenanteil bei Neubesetzungen beträgt 12,5 Prozent. Okay, wir sind wieder einmal die Vorletzten. Wir sollten hier ebenfalls noch einmal in diese Thematik gehen, nicht aufgeben, an unserer Quote zu kämpfen. Meine eigene Partei mag das auch nicht, aber ich hätte es gern. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Sie darf sagen, was sie will!)*

In Frankreich wird es ebenfalls gemacht. Ich glaube, es ereilt Österreich auch. Das ist meine Hoffnung. Weiterhin verhandeln Union und SPD an der Lohngleichheit für Mann und Frau. Das ist ganz frisch in „Zeit online“, wer es lesen will, zur Verringerung dieser Lohnunterschiede. Da gibt es ganz tolle Sachen, nämlich, dass es eine Tarifkommission geben wird, wo ausgewogen besetzt wird, eine Dokumentationspflicht für Unternehmungen und auch, dass die Arbeitnehmerinnen Auskunftsrechte über die Lohngleichheit und darüber, was andere

verdienen, bekommen.

Ich habe jetzt leider nur noch 50 Sekunden, erwähne nur noch, dass ich den Einkommensanwalt schon mehrfach eingebracht habe, der doch für Wien, nachdem wir Österreich-weit den Rest nicht ändern können, ein irrsinniges Vorbild und erster Schritt wäre, diese Lohnspanne zu verringern. Vielleicht können wir das doch schaffen!

Ich stimme aber dem Budget nicht zu, denn es gibt folgenden Punkt: Wenn die Wiener Linien 1 Million EUR pro Tag Zuschuss an Betriebsmitteln brauchen und an 8 Tagen 8 Millionen EUR Zuschuss bekommen, unser Frauenbudget aber 8 Millionen EUR ist, dann ist das für mich so ein dramatisches Missverhältnis in der gesamten Budget- und Zahlengedankenkonstruktion, dass ich diesem Budget auf Grund der Unausgewogenheit auf keinen Fall zustimmen kann! - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Mag Wurzer. Selbstgewählte Redezeit 11 Minuten.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Liebe Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Feldmann!

Wenn Ihre Partei, die ÖVP, frauenpolitisch nur dort stehen würde, wo Sie gerade standen und was Sie gerade erläutert haben: Unsere Welt und dieses Österreich wären so viel besser! Das wäre schön! Hoffen wir, dass es irgendwann doch so weit kommt!

Bis dahin betreibt die rot-grüne Regierung in dieser Stadt ja kräftige feministische Frauenpolitik, und ich möchte mich in meiner Rede gerne zwei Arbeitsschwerpunkten des kommenden Jahres widmen, nämlich erstens der Einkommensgerechtigkeit und zweitens dem Gewaltschutz. Beide Themen bilden zwei sehr große und gewichtige Arbeitsschwerpunkte. *(Zwischenruf von GRin Mag Barbara Feldmann.)* Ja, Frau Kollegin Feldmann! Wir sprechen von einer geringen Summe an Gesamtausgaben, es sind leider nur 8 Millionen EUR. Wir sehen das ähnlich, dass es nämlich Erhöhungsbedarf gibt.

Ich komme zu unserem Schwerpunkt der Einkommensgerechtigkeit für Frauen und rede dabei über nichts Geringeres als über eine der größten Ungerechtigkeiten in diesem Land und vor allem über deren Bekämpfung. Die wirksame Bekämpfung des inakzeptablen Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern wird hierzulande leider mittlerweile sogar weniger diskutiert. Vielmehr beschäftigt man sich, das Ausmaß in Frage zu stellen und herunterzuspielen. Es ist jetzt immer wieder und immer öfter zu hören und auch zu lesen, dass der Unterschied eh nicht so eklatant sei.

Häufig heißt es auch, dass die Lohnungleichheit daran liege, dass Frauen schlechter bezahlte Berufe ergreifen. Das ist ein Satz, der schnell dahingesagt ist, den viele aus ihrer eigenen Alltagserfahrung heraus wahrscheinlich auch bestätigen werden. Dieser Satz ist aber gefährlich und zwar in mehreren Hinsichten. Zum einen verschleiert er, dass Frauen auch in den sogenannten Männerberufen schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen und dass selbst nach Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigung und Babypausen immer noch

eine Lohnlücke bleibt, und zum anderen macht diese Aussage die Frauen zu Anwältinnen in ihrer eigenen Sache, ohne dass sie etwas an den Ursachen ändern könnten.

Mit der Zuweisung der Verantwortung für schlechtere Bezahlung an die Frauen selbst stiehlt sich diese Gesellschaft aus ihrer eigenen Verantwortung. Auch die Politik hat es damit bequem: Sie hat damit einen schönen Vorwand dafür, weshalb die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen werden, warum in der Öffentlichkeit dieser Missstand als individuelles Problem dargestellt und damit die gesellschaftliche Ungerechtigkeit als individuelles Problem wahrgenommen wird.

Es ist aber kein individuelles Problem, wenn Gehaltseinstufungen von Arbeitgebern intransparent vorgenommen werden. Es ist kein individuelles Problem, wenn Lücken in der Erwerbsbiographie, die durch Erziehungszeiten oder das Muttersein an sich entstanden sind, als nichtkalkulierbares Ausfallkriterium eingeschätzt werden. Es ist auch kein individuelles Problem, wenn von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Arbeitswelt immer mehr Flexibilität gefordert wird. Nein! Es ist ein riesengroßes gesellschaftliches Problem, wenn ausgerechnet die sogenannten Frauenberufe, die Berufe der Alten- und Krankenpflegerinnen, der Friseurinnen, der Frauen im Gesundheitswesen, der Volksschullehrerinnen, der Kindergartenassistentinnen, die schlechtbezahlten Berufe sind.

Wer hat das Recht, die Arbeit dieser Frauen durch eine schlechte Bezahlung derart herabzuwürdigen? Und wer hat das Recht, auch noch mit dem Finger auf diese Frauen zu zeigen und ihnen vorzuhalten, hättet ihr einen Männerberuf gewählt, dann hättet ihr dieses Problem jetzt nicht! – Niemand hat dieses Recht!

Warum bekommt eine Frau, die drinnen Räume und Toiletten sauber macht, weniger als der Mann, der draußen für die Pflege der Außenanlage zuständig ist? Warum ist das Putzen von Klos eigentlich geringer zu bewerten als das Abkratzen von Kaugummis auf Parkbänken? Warum erhält der Leiter einer Kfz-Werkstatt deutlich mehr Lohn als die Leiterin einer Küche? Warum ist die Kindergartenpädagogin so viel niedriger bezahlt als der Universitätsprofessor? – Weil Arbeit eben nicht geschlechtsneutral bewertet wird, weil diese Unterschiede eben keine Naturgewalt sind! Die Bewertung von Arbeit findet keinesfalls im macht- und geschichtsleeren Raum statt. Wie sehr sich das sehr wohl verändern kann, können wir am Beispiel des Lehramts sehr schön beobachten. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Noch vor 50 Jahren war der Herr Lehrer neben dem Herrn Pfarrer eine Autoritätsperson mit sicherer, gut bezahlter Anstellung. Seit Frauen diese ehemalige Männerdomäne erobert haben, geht es bergab mit Ansehen und Bezahlung. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Ebenso war der Sekretär im 19. Jahrhundert eine geschätzte, respektierte Persönlichkeit. Heute ist das der Job einer „Tippse“.

Frauenarbeit ist niedriger bewertet als Männerarbeit. Die Arbeit an Menschen und Dienstleistungen, die allen anderen die Arbeit überhaupt erst ermöglichen, wie etwa

die Arbeit der Raumpflegerinnen, wird viel zu niedrig bewertet. Deshalb muss es nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die Neubewertung und Umverteilung der Arbeit ist das Gebot der Stunde, auch auf unserer kommunalpolitischen Ebene, und die Stadt Wien nimmt ihre Verantwortung sehr wohl wahr: Die Stadt Wien ist die größte Arbeitgeberin Wiens und hat daher enorme beschäftigungspolitische Vorbildwirkung. Wir haben mit der Einführung von Einkommenstransparenzen einen wichtigen ersten Schritt in Richtung Einkommenstransparenz gesetzt und bleiben da sicherlich auch gemeinsam dran. Die Geschlechtergerechtigkeit des öffentlichen Dienstes ist einer der Schwerpunkte dieser Legislaturperiode.

Das gilt aber nicht nur für den eigenen Wirkungsbereich. Ich halte es generell für unsere Pflicht und Schuldigkeit, uns in persönliche Aushandlungsprozesse zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern einzumischen und auch politische Verantwortung für individuelle Probleme für Frauen zu übernehmen. Denn es kann nur das Prinzip gelten, dass man für gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit gleiches Geld bekommt, unabhängig davon, welches Geschlecht man hat.

Damit komme ich zum zweiten großen Schwerpunkt im nächsten Jahr, nämlich der Überwindung von geschlechtsspezifischen Rollenstereotypen und der Überwindung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Eine der jüngeren „Bravo“-Studien belegt, dass fast die Hälfte aller Mädchen zwischen 11 und 17 unzufrieden mit ihrem Körper und ihrem Gewicht sind. Jedes vierte Mädchen wäre gerne schlanker. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich auch!*) Und das ist keine typische Pubertätsproblematik, sondern die diesbezüglichen Zahlen steigen. Ein Drittel aller Mädchen hat beim Essen ein schlechtes Gewissen. Mit 17 hat bereits die Hälfte aller Mädchen die erste Diät hinter sich, das heißt, bereits die Hälfte aller Mädchen hat schon einmal gehungert, um schlanker zu werden, und 80 Prozent aller Jugendlichen glauben, dass es Dünne im Leben leichter hätten als Dickere.

Die gleiche Studie zeigt auch, dass Mädchen weniger aktiv sind, wenn es um ihre Sexualität geht. Fast die Hälfte aller Mädchen gibt an, dass das erste Mal von ihrem Freund ausging und somit nicht von beiden gemeinsam. Darüber dürfen wir uns aber nicht wundern, denn wie sollen sie sexuell aktive Menschen werden, wenn sie die ganze Zeit lernen, dass sie passive Sexualobjekte sein sollen?

Der Aufschrei vieler Tausender Frauen am Anfang des Jahres hat gezeigt, dass Frauen nicht nur medial als Gegenstände gezeigt werden, sondern täglich in allen Lebenslagen auch so behandelt werden. Wir wissen, dass knapp 60 Prozent aller Frauen in ihrem Leben Opfer von sexuellen Übergriffen werden. Bei behinderten Mädchen und Frauen sind die Zahlen noch einmal höher. So lange Frauen in der Werbung als Gegenstände dargestellt werden, wenn sie mit den Produkten verschmelzen, die sie bewerben, und so lange wir jeden Tag immer nur weiße, gesunde, heterosexuelle Männer als Helden,

als Tuende und als Macher sehen, wird sich das nicht ändern, denn wer macht, hat recht. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen beginnt in den Köpfen, und die Medien geben jeden verdammten Tag Rechtfertigung für Gewalt gegen Frauen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Bilder schaffen Realität, Medien schaffen Realität. Das Problem besteht nicht darin, dass wir all diese Zahlen, Studien und Fakten nicht kennen würden. Wir können sie gar nicht übersehen, wir kennen sie. Das Problem ist aber vielmehr, dass wir als Gesellschaft daran vorbeischauchen. Wir wollen daran vorbeischauchen, weil es so bequemer ist. Wir sind daran gewöhnt beziehungsweise haben uns daran gewöhnt.

Ich habe aber einfach keinen Bock mehr auf Gewohnheiten! Das nervt. (*Zwischenruf von GR Gerhard Haslinger.*) Frauen sind nicht zum Vergnügen von Männern hier. Frauen sind eigenständig. Wir handeln jeden Tag, wir machen, wir gestalten, und wir lassen uns das nicht mehr absprechen. Wir sind Heldinnen, Macherinnen, Kämpferinnen, Denkerinnen, Expertinnen. Frauen erfinden, gestalten, schreiben, denken, und ich habe es satt, dass die Bilder, die uns jeden Tag umgeben, all das nicht zeigen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Deshalb hat die rot-grüne Regierung vor zwei Jahren die Wiener Werbe-Watchgroup gegen Sexismus ins Leben gerufen, deshalb unterstützt Wien ein breites Gewaltschutznetz mit vielen Hilfs- und Beratungsstellen und betreibt regelmäßige Antigewaltkampagnen. Mehr als die Hälfte des diesbezüglichen Budgets fließt in diesen Schwerpunkt. Ein sexismus- und gewaltfreies Wien bedeutet, dass Werbeflächen respektvolle Bilder von Frauen zeigen, Opfer rasch Hilfe bekommen und dass sich Frauen sicher in dieser Stadt bewegen können. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist GR Mag Jung. Die Redezeit wird auf 14 Minuten eingestellt.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Man traut sich nach Ihnen und Ihren Vorwürfen als Mann fast nicht mehr zu reden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich kann Ihnen zu Ihrer Beruhigung sagen: Ich habe zum Beispiel in meiner Bezirksleitung 50 Prozent Frauen, und zwar ohne Quote oder sonst etwas, weil sie etwas können und nicht nur große Sprüche führen und in Wirklichkeit nichts weiterbringen. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Ich komme aber ... (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Schauen Sie! Wenn Sie so jammern über die schlechte Bezahlung in den Sozialberufen, dann haben Sie durchaus recht. Die Bezahlung ist nicht gut. Aber Sie sind doch in der Stadtregierung! Bezahlen Sie die Kindergärtnerinnen besser! Warum ist denn die Tochter der Frau Ex-Stadträtin Laska nicht in Wien geblieben, sondern nach Niederösterreich gegangen? – Weil sie dort besser bezahlt wird! Nehmen Sie sich daher selbst an der Nase, Frau Kollegin! Machen Sie es besser, und jammern Sie nicht!

So. Jetzt aber zum eigentlichen Bereich und zum Ressort der Frau Stadträtin, welches in Wirklichkeit eines

der ganz großen Problemressorts in dieser Stadt ist. Ich spreche der Frau Stadträtin die Bemühungen nicht ab, aber wie Sie aus Personalbeschreibungen wissen, ist „bemüht“ halt nicht die ideale Beschreibung. Es genügt nicht, „bemüht“ zu sein. Das ist noch lange nicht genug. (GR Armin Blind: *Man muss etwas machen!*)

Man muss etwas machen, man muss etwas weiterbringen und darf nicht nur „bemüht“ sein, und Sie tun etwas, das in die falsche Richtung geht, Frau Stadträtin! Sie nehmen sich nämlich, wie wir vorher gehört haben, genau nur um diese Personengruppen an und nicht um die breite Mehrheit der Frauen und Mädchen bei uns in Wien. Sie wenden sich an diese antiheteronormativen Randgruppen mit Binnen-I, Unterstrich und Sternchen. Das dürfte allerdings nicht die Hauptzielgruppe der Arbeit Ihres Ressorts sein! Familie ist überhaupt ein Wort, das in Ihrem Ressort schon fast verpönt ist! – Auf den Frauenbereich wird dann noch jemand anderer bei uns eingehen.

Beim Personal gibt es das nächste Problem: Sie jammern jetzt gerade in der Bundesregierung über die Frühpensionen. – Na, wie schaut es denn bei uns in Wien aus? – Hier sind wir fast Weltmeister in Frühpensionieren und auch im Verteilen von Versorgungsposten.

Aber kommen wir zum Hauptproblem, nämlich zur Frage der Integration, die seit Jahren beziehungsweise jetzt fast schon seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner in Wien ist. Sie reklamieren für sich in diesem Bereich ganz tolle Leistungen, liegen aber, wie wir heute auch schon gehört haben, auf Platz Nummer 72, und zwar nicht in einem Ranking der Freiheitlichen, sondern in einer Studie der Europäischen Union.

Ich werde dieses Thema jetzt in weiterer Folge an einem Pressedienst von Ihnen, Frau Stadträtin, abarbeiten. Die Überschrift dieses Pressedienstes war: „Lasse mir erfolgreiche Wiener Integrationspolitik nicht schlecht machen.“ – Und was steht da? – „Frauenberger: Wien steht seit mehr als 15 Jahren für eine sehr erfolgreiche Integrations- und Diversitätspolitik, die mittlerweile in vielen europäischen Städten“ – den Spruch haben wir heute auch schon einmal gehört – „als Best-Practice-Beispiel gilt.“ – Ihre Redenschreiber suchen sich anscheinend nur die Pressedienste bei der SPÖ zusammen!

Ich zitiere weiter: „Dieser Politik ist es zu verdanken, dass“ – hören Sie sich das einmal an! – „es in Wien weder soziale Konflikte noch verschärfte Ghettoisierungstendenzen gibt.“

Dazu zitiere ich Ihnen jetzt den „Standard“ vom Juli 2008, und die Situation hat sich seither wesentlich verschärft: „Im Gemeindebau sind ein Drittel der Bewohner Ausländer oder haben Migrationshintergrund. Das kann man auch vom ‚Bau‘ auf dem Friedrich-Engels-Platz behaupten.“

In diesem Zusammenhang sagt Wohnen-Chefin Daniela Strassl im Gespräch mit dem „Standard“: „Standard: Was halten Sie von der Aussage der ÖVP, dass die Stadt in der Wohnpolitik versagt hat und sich Ghettos gebildet haben? Strassl: Hier muss man wahrscheinlich diskutieren, wie man den Begriff Ghetto definiert. Wenn

man darunter nur versteht, dass sich bestimmte Volksgruppen auf bestimmte Gebiete konzentrieren, dann gibt es das sicher auch hier.

Standard: Eine Studie der Akademie der Wissenschaften besagt, dass es einen Ghettoisierungsprozess in Wien gibt und dass die Generation der Gastarbeiter teilweise noch immer in Substandardwohnungen lebt.“

Vor zwei Jahren haben Sie versucht, die Probleme in diesen Ghettos zu lösen. Man hat die Wiener Hausordnung erfunden und eingeführt, und der Bürgermeister hat diese in den höchsten Tönen gelobt. – Der Herr Bürgermeister, der den Erfolg lobt, sollte einmal ins Schöpfwerk oder in ähnliche Bauten in Wien gehen, dann wird er sehen, wie es dort wirklich aussieht, meine Damen und Herren! Dort verelenden und verdrecken ganze Bereiche, der Müll stapelt sich in den Gängen, und die Wände sind beschmiert. Und es gibt es noch viel ärgere Plätze.

Wer nur in Ansätzen, meine Damen und Herren, Bürgernähe aufweist, kennt Hunderte solcher Beispiele für die massiven Probleme in diesen Vierteln, aus denen die ursprünglichen Bewohner, soweit sie es sich leisten können, stetig hinausziehen. Das ist auch einer der Gründe für die vielen Wohnbauten im Speckgürtel und am Stadtrand von Wien: Wer fliehen kann, flieht aus diesem Bereichen hinaus, und auf der Strecke bleiben die Älteren und die Ärmeren, die es sich nicht leisten können.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie mit diesen Problemen und Klagen nicht befasst wurden. Ich höre nämlich von SPÖ-Mitgliedern und wir hören von Mietervertretern, dass das so ist. Daher kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie das nicht zu hören bekommen! Sie wollen das halt nicht wahrhaben, Sie leugnen es.

Ich halte Ihnen einen guten Spruch vor: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ – Das hat Lassalle gesagt und nicht Wolfgang Jung. Und Sie sind genau diejenigen, die bemänteln und verschweigen und dadurch auf den Kern der Probleme gar nicht kommen und diese somit auch nicht lösen können. Sie sind zu feige, den Tatsachen ins Auge zu sehen, oder Sie wollen nicht darüber sprechen.

Sie kennen dieses berühmte Bild: Nichts sehen, nichts hören und nicht darüber reden. – Ich glaube, diese Wesen sollten nicht Vorbild für Sie sein!

Weiter im Pressedienst: „Sie, Frauenberger, sei von Beginn an für ein breites Bündnis für Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit eingetreten. Dieses Bündnis ist jedenfalls in Wien von Erfolg getragen. Sie stehen nach wie vor dazu, dass es nicht darum gehe, Probleme im Zusammenleben zwischen jenen, die schon seit Generationen in dieser Stadt leben, und den ZuwanderInnen schönzureden.“

Wir hören doch dauernd, wie wunderbar es ist und wie toll es funktioniert. Dann haben wir aber die Studie vor uns, wonach wir die 72.-schlechteste Stadt sind. Das ist Realität!

Ja. Wir haben diese Hausordnung, und wir haben

jetzt auch die Charta, aber was hat das wirklich bewirkt? Was hat sich zum Positiven verändert? Die Probleme steigen von Jahr zu Jahr, und mit jeder Statistik, die in diesen Bereichen herauskommt, zeigt sich eine Zunahme.

Wir haben heute schon über den Wohnungsbereich gehört. Die Leute sagen, wenn eine Jungfamilie mit einem Kind in Wien kaum noch eine Chance hat, zu einer Wohnung zu kommen, dann ist das Problem nicht gelöst. Warum? – Wir hatten im Gemeindebau eben diesen berühmten Zuzug der Ausländer, die zum Großteil größere Familien haben und vorgereicht werden, und die eingesessenen Familien haben keine Chance.

Was hat der Herr Bürgermeister einmal gesagt? – Keine Ausländer im Gemeindebau! Aber das war eines der vielen Wahlversprechen, die wir ja von der SPÖ kennen.

Wenn es bei den Mietern Beschwerden mit den Nachbarn gibt, trauen sich diese nicht, etwas zu unternehmen. Fragen Sie einmal, was wirklich los ist, wenn sich jemand beschwert und ihm die Autoreifen zerstochen oder Türen zugeklebt beziehungsweise Wände besprüht werden. Wissen Sie wirklich nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ, was sich in den Gemeindebauten zuträgt? Anrainer rufen in einer Nacht fünf Mal die Polizei, die dann schon resigniert, oder sie müssen auch die Feuerwehr rufen. Daraufhin zerstört man ihnen den Gartenzaun oder wirft brennendes Papier oder Fetzen in den Garten.

Glauben Sie wirklich, dass es all das nicht gibt? – Oh ja! Ich kann Ihnen auch Beispiele aus meinem Bezirk bringen: Bewohner eines Grätzels müssen sich wochen- oder gar monatelang gegen Hausbesetzer zur Wehr setzen beziehungsweise kann es vorkommen, dass bestimmte Personen, damals auch Hausbesetzer, erst nach massenhaften Protesten und nachdem wir uns mit den Medien eingeschaltet haben, entfernt werden können, und vorher fahren die noch mit Lastwagen, in denen interessanterweise Dachrinnen und ähnliches Zeug gesammelt ist, weg. – Das ist nicht die Qualität des Wohnens, die wir den Bewohnern hier in Wien bieten wollen! Aber Sie zitieren halt die Mercer-Studie und reden alles schön.

Weiter zum Pressedienst der Frau Stadträtin: „Integration, erklärt sie, sei keine Einbahnstraße. Für ein gutes Zusammenleben müssen alle an einem Strang ziehen, und das wird Wien intensiv fördern.“

Aber wie schaut es denn aus? Wen fördern Sie denn? – Die absurdesten Programme werden gefördert! Ein Beispiel nur: LEFÖ, ein Programm für die Prostituierten. Die Themen sind: Wien als Kulturstadt, bildende Kunst, Architektur, Theater/Tanz, Exkursionen, Museumsbesuche, Exkursionen in den Tiergarten. – Meine Damen und Herren! Glauben Sie wirklich, dass Sie dadurch für die Damen auf der Brunner Straße eine Veränderung bringen werden? Das ist doch Augenauswischerei und hinausgeschmissenes Geld!

Und dann lobt – wiederum aus dem Text – die Stadträtin die Erfolge bei der Vermittlung von Deutschkenntnissen: „Kein Kind kommt mehr ohne entsprechende

Deutschkenntnisse in die Schule.“, hat der Bürgermeister gesagt, und es wurden sogar Tests und ein verpflichtendes Vorschuljahr eingeführt. Was hat es gebracht? – Nichts! Die Kenntnisse sind schlechter denn je, und in der PISA-Studie stürzen wir ab.

Das sagen nicht die Freiheitlichen. Ich lese Ihnen dazu aus der „Neuen Zürcher Zeitung“ vor: „Fast ein Drittel der österreichischen Jugendlichen hat eine Leseschwäche. Laut der im vergangenen September von der Europäischen Union präsentierten Studie belegt Österreich mit 27,5 Prozent den drittletzten Platz.“ – das schreiben die Schweizer über uns! – „Noch schlechtere Werte gibt es nur in Bulgarien und Rumänien. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der leseschwachen Schüler seit 2000 deutlich ansteigt.“ Wieso? – Damals hat die massive Migration begonnen. „Von 2006 bis 2009 wies das Land mit einem Plus von 6 Prozentpunkten die stärkste Zunahme aller EU-Länder auf.“

Ist das das gelöste Problem? Ist das die gelöste Integrationsproblematik? Das ist in Wirklichkeit ein Katastrophenszenario, meine Damen und Herren, und nicht die von Ihnen behauptete unbestritten geglückte Integration!

Ich zitiere weiter die „NZZ“: „Die PISA-Studie ergab zudem, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Schnitt wesentlich geringere Kompetenzen erreichen als einheimische Schüler. Die Differenz in der Lesekompetenz betrug in Österreich 2009 68 Punkte, das entspricht einen Vorsprung von eineinhalb Jahren und ist der zweithöchste Wert nach dem in Italien.“ – Das sind, bitte, nicht unsere Erfindungen, das ist die Realität, wie sie von neutralen und sehr seriösen Zeitungen wie zum Beispiel der „Neuen Zürcher Zeitung“ dargestellt wird.

Eine weitere Schlagzeile: „Arbeitslosigkeit bleibt historisch hoch“. – Klar. Die Arbeitslosigkeit bleibt deswegen historisch hoch, weil die Leute, die nicht entsprechend lesen, schreiben und sich ausdrücken können, keinen Arbeitsplatz finden. Aber die Integrationsstadträtin hebt – wie in ihrem Text steht – die Bedeutung von gezielten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hervor: „Frauenberger: Je schneller und besser die MigrantInnen in den Arbeitsmarkt integriert werden, umso schneller entwickelt sich die soziale Mobilität.“

Und wie schaut es in Wien aus? – Die Arbeitslosigkeit ist steigend. – Ich zitiere wiederum einen Pressedienst: „Die Zahlen sind wirklich schlecht.“, sagt Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich, zu den aktuellen Arbeitsmarktdaten.“ Und die Zahlen sind weiter steigend. Es wird, wie wir schon gehört haben, ein Anstieg auf 400 000 und 450 000 Arbeitslose in Wien befürchtet. Herr Kopf sagt: „Die Krise trifft Randgruppen besonders stark: So legt die Ausländerarbeitslosigkeit seit Monaten stark zu.“

Meine Damen und Herren! Dazu kommt ein anderes Problem: Es gibt eine breite Personengruppe, die sich zunehmend daran gewöhnt, in diesem Arbeitslosigkeitsstatus zu leben. Lesen Sie einmal Herrn Buschkowsky, der da schreibt: „In Berlin gibt es schon Familien und ganze Stadtteile, in denen die Arbeitslosigkeit zur normalen Lebensform geworden ist, wo man schon in der drit-

ten Generation arbeitslos ist und sich darauf eingerichtet hat. Das führt natürlich auch zu einer Mentalitätsänderung.“

Was sagt die Frau Stadträtin? „Bei uns laufen die konkreten Projekte an. Das ist beispielgebend für ganz Österreich. Generelles Ziel muss es sein, Zuwanderung klar und transparent zu regeln und unabdingbare Integrationsmaßnahmen zu setzen.“ – Wir setzen ja keine wirklichen Maßnahmen, meine Damen und Herren! Wir lassen uns pflanzen. Und zu diesem Bereich gehört natürlich auch eine extrem negative Entwicklung im Bereich der Kriminalität.

Sie alle kennen die Zahlen und wissen, dass die Zahlen extrem hoch sind bei bestimmten Bevölkerungsgruppen. Das gilt vor allem für die Asylwerber, bei denen die Rate ganz extrem hoch ist. Und genau von denen lassen wir uns auf der Nase herumtanzen! Jetzt wurden von diesen Gruppierungen ja schon wieder Aktionen in der Votivkirche angekündigt, und das Schleifenlassen beziehungsweise Durchrutschenlassen ist der Grund, warum so gern nach Österreich gegangen wird. Eigentlich dürften diese Leute gar nicht bei uns landen, wenn man die Drittstaatsregelungen wirklich durchsetzen würde!

Frau Stadträtin! Sie verwalten ein schwieriges Ressort. Aber gerade deswegen ist es wichtig, bei der Problemanalyse ehrlich zu sein und nicht schönzureden und Wunschträumen nachzuhängen. Aber Sie und die SPÖ schließen die Augen, Sie buttern viel Geld der Wiener hinein, natürlich auch unter dem Druck der GRÜNEN, und zwar in sinnlose Projekte. Das steuert darauf hin, dass wir Zustände bekommen, wie sie in Paris, in Marseille, aber auch in Malmö, in Berlin und in Hamburg schon herrschen. Sie sagen, wir haben diese Zustände noch nicht. – Ja! Wir haben sie noch nicht! Dort gibt es Bereiche, in welche die Polizei nur noch mit Panzerwesten geht, wie es neulich in Paris der Fall war. Dort patrouilliert das Militär, nicht mehr die Polizei, am Flughafen mit Schutzwesten, und die Feuerwehr braucht Polizeischutz, wenn sie in kritische Stadtviertel fährt.

Das ist nicht das, was wir wollen, aber das werden Sie mit Ihrer Politik erreichen, und das ist schlimm. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. 5 Minuten 30 stehen zur Verfügung.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Hier steht nun ein Beispiel für das personalisierte Feindbild von Frau Kollegin Wurzer: Ein weißer heterosexueller Mann. – Ich hoffe, dass ich nicht der Einzige bin, aber man bekommt es fast mit der Angst zu tun, wenn man Ihnen zuhört! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was das mit dem Budget zu tun hat, weiß ich nicht im Entferntesten. Sie bringen pauschale, in den Raum gestellte Anwürfe, dass Männer in Frauen nur ein Vergnügungsobjekt sehen. – Auf Sie bezogen: Wie Sie auf die Idee kommen können, dass Sie jemandem Vergnügen bereiten können, das weiß ich nicht! Da braucht man viel Phantasie. *(Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ. – GR*

Mag Rüdiger Maresch: Was war denn das jetzt? Ordnungsruf! – GR Heinz Vettermann: Das ist ein Skandal! – GR Mag Rüdiger Maresch: Entschuldigen Sie sich sofort! – Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege! Ich werde ... *(Weitere heftige Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Bitte um Ruhe! Ich werde mir diese Passage ausheben lassen. Ich habe akustisch schwer verstanden, was Sie gesagt haben. GR Dr Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: Das ist ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie sind ein unglaublicher Sexist! – Weitere Zwischenrufe bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege! Warten Sie noch ein bisschen! Wir werden das ausheben lassen und überprüfen. Sollten hier Beleidigungen gefallen sein, werden wir die entsprechenden Konsequenzen ziehen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist einfach unglaublich!)*

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(fortsetzend)*: Ich habe nur darauf reagiert, dass man den Männern pauschal unterstellt, dass man in Frauen nur ein Vergnügungsobjekt sieht. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Ja! Es ist kein Vergnügen, Ihnen zuzuhören! Das zu sagen, wird ja wohl gestattet sein! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN. – GR Mag Rüdiger Maresch: Sie sind wirklich ein totaler Sexist!)* Ja, das halte ich aus! Aus Ihrem Mund ist das fast ein Kompliment, Herr Kollege!

Eigentlich geht es jetzt aber in erster Linie um das Budget, und darauf möchte ich zurückkommen. Ich habe nicht viel Zeit, und daher möchte ich mich mit dem Integrationsthema beschäftigen. – Ich meine, dass es im Bereich der Integration in Wien sehr große Versäumnisse gibt. Das geht dahin, dass wir Parallelgesellschaften schon längst entstehen lassen haben und dass viele Konflikte, die in anderen Ländern stattfinden, in unser Land hereingetragen werden, und das trotz der Tatsache, dass eigentlich sehr viel Geld für sogenannte Integrationsprojekte ausgegeben wird.

Wenn in Österreich für einen türkischen Ministerpräsidenten demonstriert wird, der sich mittlerweile sogar darüber aufregt, dass es gemischtgeschlechtliche Studentenheime geben soll, dann frage ich mich wirklich, ob wir diese Konflikte hier in Österreich haben möchten. Und ich sage ganz ehrlich: In einer solchen Parallelgesellschaft möchte ich nicht leben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das stellt eine große Herausforderung auch für die Kommunalpolitik dar, denn gerade diese Konflikte sind in Wien sehr stark fokussiert.

Als Nächstes möchte ich sagen: Wir haben gestern Herrn Kollegen Akkilic zuhören dürfen, und es war auch kein Vergnügen, ihm zuzuhören, als er gesagt hat: Zu Hause haben wir Multikulti, und deswegen hat der Staat die Aufgabe, diese Multikulti-Gesellschaft mit ihrer Mehrsprachigkeit und ihren Parallelitäten zu fördern. – Auch dazu sage ich: So kann das nicht sein!

Bei vielen, die als Analphabeten nach Österreich kommen, kann man sogar die Frage stellen, ob man da von Multi-Kulti sprechen kann, oder ob man nicht sagen sollte: Hier ist gar nichts Kulti. Da ist wahrscheinlich schon einmal irgendeine Kultur besser als gar keine

Kultur. (*GR Senol Akkilić: Was soll das?*) Was heißt: Was soll das? Lassen Sie mich reden! Lassen Sie mir meine Meinung!

Das ist genau das grüne Modell: Die GRÜNEN wollen alle letztendlich in ein großes Umerziehungslager stecken. Wer nicht so denkt und wer nicht so spricht wie Sie, der gehört weg. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Hallo, was ist denn das? – Heftige Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Da gibt es Vorschriften für alles! Ich mache jetzt von meiner Rede- und Meinungsfreiheit Gebrauch, und das lasse ich mir von Ihnen nicht nehmen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte mir das Verkehrsmittel selber aussuchen dürfen, ich möchte meine Meinung hier sagen, und wenn das in einem Parlament nicht mehr geht, dann lesen Sie einmal nach, was parlamentarische Immunität bedeutet! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie wollen all das den Menschen sowieso verbieten. Sie stülpen Ihre ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: All das ist sexistisches Zeug!*) Hören Sie auf! Sie wollen bestimmen, was Sexismus ist! Die Männer hier müssen sich von Frau Wurzer anschütten lassen, und wenn man sich dagegen wehrt, dann ist man ein Sexist. Das ist ja nur ein reaktiver Sexismus, wenn es denn schon einer sein soll! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Ich will bei einer Budgetdebatte keine Debatte darüber, wer beim ersten Mal den aktiven oder passiven Part spielt. Das hat doch eigentlich bei einer Budgetdebatte nichts zu suchen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber das muss man sich anhören, und wenn man sich dagegen wehrt, dann muss man sich ... (*Zwischenruf von GR Senol Akkilić.*)

Das ist ja unglaublich! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das ist ungeheuerlich!*) Ich reagiere auf eine Ungeheuerlichkeit! Es ist schade, dass immer ich derjenige bin. Warum traut sich nicht einmal jemand anderer, das zu sagen? Das ist ja auch im Endeffekt eine Feigheit! (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ja, ich halte das von Ihnen aus, Herr Maresch, aber das ist eine Unglaublichkeit. Ich kann der SPÖ nur zu ihrem Koalitionspartner gratulieren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Ich darf wiederholen: Ich werde die gesamte Rede des Herrn Kollegen ausheben lassen. Wir werden uns die Positionen durchschauen und dann entsprechende Konsequenzen ziehen, falls solche notwendig sind.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Die Redezeit ist auf 15 Minuten eingestellt.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich bin so etwas von sprachlos und entsetzt ob der Rede des Kollegen Aigner! Na ja. Dennoch möchte ich

mich den wichtigen Fragen und Anliegen, die die Zielgruppe der Frauen betreffen, die aber alle Wienerinnen und Wiener auch unter dem Motto beziehungsweise im Hinblick auf das Anliegen der Integration betreffen, widmen, obwohl ich, wie gesagt, mehr als sprachlos bin.

Die heutige Debatte zeigt wieder einmal sehr deutlich, dass Frauenanliegen von Seiten der FPÖ mehr als abgetan werden, dass es Ihnen wirklich schnurzegal ist, was mit Frauen in dieser Stadt weitergeht. Ich möchte Sie hier auch noch einmal zitieren, Kollege Jung: „Um die Frauen (*Handschwenk*) wird sich dann wer anderer kümmern.“ – Sie sagen nicht einmal, wer in Ihrer Fraktion sich um Frauenanliegen annimmt. (*Zwischenrufe von GR Armin Blind und StRin Veronika Matiassek.*)

Was mich freut, ist die Auseinandersetzung mit der Zielgruppe der Frauen bei der ÖVP. Wenn Sie auch – das sei jetzt mit einem Augenzwinkern Kollegin Feldmann gesagt – gebetsmühlenartig immer wieder gewisse Anliegen einbringen: Der Wille ist immerhin da! Aber gewisse Forderungen sind halt doch leider auch redundant. Jedenfalls ist aber die Zusammenarbeit hier in gewissen Fragen gegeben.

Wir von den rot-grünen Regierungsparteien unter Sandra Frauenberger arbeiten gemeinsam vehement an dem Credo, das wir wirklich sehr stark vertreten, dass jede Frau hier selbstbestimmt und unabhängig leben kann. Kollege Jung! Diese Worte Selbstbestimmung, Sicherheit und Unabhängigkeit sind für Sie Fremdwörter, ich weiß. Für uns sind das aber keinesfalls Schlagworte, sondern wir arbeiten hier stetig, vehement und sehr engagiert daran, dass für die Frauen und Wienerinnen in ihrem Leben, sei es privat oder beruflich, viel weitergeht.

Ich möchte das in aller Kürze an einzelnen Maßnahmen und Ereignissen im letzten Herbst, aber auch anhand von zukünftigen Maßnahmen darstellen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Die einen reden darüber, die anderen tun es.*)

Kollegin Wurzer hat es schon sehr eindringlich und schön dargestellt: Es geht um Einkommensgerechtigkeit. Vor Kurzem war Equal Pay Day. Und ich möchte hiermit stolz sagen, dass in Wien der Equal Pay Day wieder um drei Tage später stattgefunden hat als im letzten Jahr, und wenn wir uns den Zeitraum der letzten drei Jahre anschauen, dann sieht man, dass wir uns, was die Einkommensgerechtigkeit betrifft, um fast zwei Wochen verbessern konnten. Die Lohnschere ist in Wien bei 19,2 Prozent beziehungsweise umgelegt 71 Tagen, und bundesweit sind wir bei 23,2 Prozent dieses Gap oder umgerechnet 75 Tagen.

Man sieht hier sehr schön, dass die vielen verschiedenen Maßnahmen, die wir setzen, greifen. Ich denke jetzt an unser Vorzeigeprojekt, die Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung, an die interne Quote im Magistrat, aber auch an die selbstaufgelegte Einkommenstransparenz. Wir haben jetzt im Oktober den 2. Wiener Einkommensbericht veröffentlicht, der verdeutlicht, dass sich unsere Maßnahmen wirklich in den Geldbörsen der Wienerinnen auswirken. Das ist etwas Gutes, und das kann man keinesfalls wegredden. Das gehört hier sachlich und intensiv diskutiert und nicht abgetan à la:

Um Frauenanliegen soll sich jemand anderer kümmern!
(Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt noch viel zu tun. Das wissen wir. Unsere Forderung nach gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist aufrecht. Daran halten wir fest. Und wir halten auch fest an dem Prinzip Halbe-Halbe. Das ist keinesfalls Retro. Uns geht es dabei um die gerechte Einkommensverteilung zwischen Männern und Frauen, die unter anderem auch durch eine gerechtere Aufteilung der unbezahlten Arbeit erreicht werden kann. Wir haben hier eine Initiative gestartet. Viele wissen es, die FPÖ vielleicht nicht: „4Wände 4Hände“.

Jetzt gibt es hier auch die Folgekampagne „Heimwerker gesucht“, die unsere Frauenstadträtin initiiert hat und gemeinsam mit Kollegin Wurzer angegangen ist. Wir wollen Männern nicht nur motivieren, in Karenz zu gehen, sondern in diesem Rahmen wird auch der Aspekt der Pflege und Betreuung der älteren Generation mitbehandelt. Wir wissen – sicherlich auch aus eigener Erfahrung, aber viele Statistiken zeigen das ebenfalls –, dass zum Beispiel unsere Mütter oder unsere Schwiegerväter immer noch vor allem von den Töchtern betreut werden, und es ist neben dem beruflichen Alltag, den Frauen haben, eine sehr große Doppelbelastung, wenn man auch noch die Angehörigen pflegen muss. Viele nehmen sich dann auch eine berufliche Auszeit zur Pflege ihrer Angehörigen.

Damit sind wir dann auch wieder – Frau Kollegin Feldmann hat das in ihrem Antrag behandelt – bei Frauenerbeitslosigkeit und bei Frauenarmut in der Pension, wenn man einfach weniger Berufsjahre hat.

Zum Thema Arbeitsmarkt: Auch dieses wurde im ÖVP-Antrag behandelt. Es ist uns sehr wichtig, auch weiterhin daran festzuhalten, dass wir Frauen auf dem Arbeitsmarkt fördern und dass wir das weiter ausbauen. Es geht uns dabei vor allem um Chancengerechtigkeit.

Dabei ist es für mich immer wieder erstaunlich – ich denke jetzt an die gestrige Debatte, Kollege Juraczka ist gerade nicht im Raum –, wenn von Seiten der Opposition der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds immer wieder schlechtgeredet wird, obwohl uns doch so viel Gutes hier gelingt und auch viele Bundesländer uns um dieses einzigartige arbeitsmarktpolitische Instrument beneiden.

Der WAFF hat gute Wiedereinsteigerinnenprogramme. Aber es gilt natürlich, auch diese immer wieder anzuschauen, sie zu adaptieren, was derzeit auch geschieht. Im Hinblick darauf danke ich der ÖVP-Fraktion, Frau Kollegin Feldmann, dass es sich um einen Antrag auf Zuweisung handelt, damit wir uns wirklich genau ansehen können, was jetzt beim AMS geschieht, wie sich der WAFF genau ausrichten wird, wie wir noch punktgenauer und zielgerichteter Wiedereinsteigerinnen unterstützen werden.

Im Antrag wurde auch das Thema Teilzeit beleuchtet. Und genau das haben auch wir vor einiger Zeit getan. Das Thema Teilzeit wurde im WAFF genauer beleuchtet, damit wir Frauen auch dahin gehend beraten können, was es bedeutet, Teilzeit zu arbeiten, welche Folgen in Zukunft auch betreffend Pension zu erwarten sind und

was das auch finanziell bedeutet, wie viel Geld Frau jeweils in der Tasche hat. – In Wien befinden sich übrigens mit 38,9 Prozent weniger Frauen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis als im bundesweiten Durchschnitt.

Ich möchte noch kurz auch auf den zweiten Antrag eingehen, der von der ÖVP gestellt wurde: Es gilt nicht immer, Bewährtes neu zu erfinden. Es ist wichtig, bestehende Einrichtungen der Stadt vermehrt an die Frau zu bringen. Ich denke etwa an den Frauennotruf, der 24 Stunden verfügbar ist. 71 71 9 ist die Nummer des Frauennotrufs. Ich glaube, diesen bundesweit zu vereinheitlichen, ist nicht sehr zielführend, denn wenn sich Frauen, die in einer Notsituation sind, Hilfe brauchen und Opfer von Gewalt sind, an eine Bundesnummer wenden, werden sie sicherlich postwendend wieder nach Wien zurückgeschickt. Damit verliert man sicherlich auch Zeit. Außerdem ist uns die Gefahr einfach zu groß, dass wir vielleicht viele Frauen verlieren, die in Not sind und die Bundesnummer anrufen und dann nach Wien zurückgeschickt werden.

Nun einige Zahlen, was der Frauennotruf in einem Jahr abarbeitet: Es gibt über 7 000 telefonische Kontakte, rund 700 persönliche Beratungen und über 150 Beratungen via E-Mail. Es wird also von den Mitarbeiterinnen des Frauennotrufs wirklich tolle Arbeit geleistet. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Wir stehen weiterhin für umfangreichen Gewaltschutz, bei welchem rasch und unbürokratisch Hilfe geleistet wird. Das spiegelt sich auch im Budget wider. Kollegin Wurzer hat das auch sehr umfangreich dargestellt. Darum möchte ich jetzt neben den Themen Sicherheit und Unabhängigkeit noch kurz zum Thema Selbstbestimmung kommen, wo wir nächstes Jahr auch einen großen Schwerpunkt haben.

Wir alle kennen den Wiener Töchterttag. Wer live mit dabei ist und dieses Leuchten in den Augen der Mädchen sieht, wenn sie hier nichttraditionelle Berufe ausprobieren und in andere Berufe als Einzelhandelskauffrau oder Friseurin hineinschnuppern können, wird mir beipflichten, wie wichtig und toll das ist. Aber es gilt auch, diese Mädchenarbeit und dieses Aufbrechen von Rollenstereotypen fortzusetzen. Es wird nächstes Jahr in diesem Bereich einen Arbeitskreis geben: „Töchter können mehr.“ Damit wollen wir Mädchenförderung wirklich punktgenau und noch effizienter vorantreiben.

Rollenklischees greifen nämlich zu kurz, sie behindern Frauen, sie engen Frauen und Mädchen ein, und es ist wichtig, entsprechende Spielräume zu entfalten und auszubauen. StRin Frauenberger hat das rund um den Töchterttag sehr schön ausgedrückt: Rollen sind veränderbar. Bestimme deine Rolle selbst! Und wir als Stadt unterstützen dich dabei.

Ein Projekt aus dem Frauenbereich möchte ich hier auch noch erwähnen, weil es mir große Freude bereitet hat, dabei mitzuarbeiten. Es gab bei der MA 57 tolle Vorarbeiten zum Wiener Gleichstellungsmonitor, der nächstes Jahr erstmals präsentiert wird und den Grad der Gleichstellung in Wien messbar und sichtbar macht. Wir haben 14 Lebensbereiche von Frauen ausgewählt, um den Status quo zu heben, aber auch Entwicklungen

bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern zu identifizieren.

Apropos Gleichstellung: Ich komme jetzt zu einem anderen Bereich, in dem Gleichstellung in Wien auch sehr stark gelebt und weitergetragen wird und das kein Kampf gegen die sogenannten Windmühlen ist, sondern wo es konkrete Ergebnisse gibt: Ich spreche jetzt von der WAST, von der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, die seit mittlerweile 15 Jahren hervorragende Arbeit für die Community macht, und wir setzen mit dem „Rathaus unterm Regenbogen“ wirklich sehr vehement und energisch ein politisches Zeichen gegen Homophobie und Transphobie und stehen für Akzeptanz und Vielfalt in dieser Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es gab erst kürzlich eine große Konferenz, bei der es zu einer Standortbestimmung kam, aber auch der Blick in die Zukunft gerichtet wurde. Die WAST ist international gut vernetzt. Wir schauen uns auch andere Städte an. Wir sind dem Rainbow-Cities-Netzwerk beigetreten. Wir sind national gut abgestimmt und auf kommunaler Ebene immer daran, Vielfalt zu fördern und Wien als Ort der Offenheit zu gestalten. – Ich möchte dem Team der WAST auch hier mein großes Dankeschön für die engagierte Arbeit im Kampf gegen die Diskriminierung sagen.

Wien als Ort der Offenheit und Vielfalt: Für dieses Bild brennen wir SozialdemokratInnen gemeinsam in der Koalition, und wir arbeiten engagiert dafür. Wien will, Kollege Jung, allen die Möglichkeit geben, die Zukunft in dieser Stadt mitzugestalten. Und es stimmt, ich habe es letztes Mal auch in der Schwerpunktdebatte gesagt: Es ist wichtig, den Menschen das notwendige Handwerkszeug in die Hand zu geben.

Wir konnten – und das freut mich sehr – wieder ein Jubiläum begehen, die Stadt Wien hat ein Fünf-Jahres-Bestehen gefeiert, und wir gehen da den Weg, dass nämlich weit über den Spracherwerb hinaus strukturiert Informationen gegeben werden, wie das Zusammenleben in Wien funktioniert. Dazu gehören die Kenntnis über das Bildungssystem und ein Interesse für die Lebensweise und geschichtlich gewachsenen Identitäten von WienerInnen. Neben Ihrer groben Kritik, bei der Sie Kreuz und quer Äpfel mit Birnen verglichen haben, Kollege Jung, habe ich eigentlich nicht gehört, was Sie von dieser Maßnahme halten! – Ich denke, weil Sie diese so ganz ausgespart haben, muss sie wirklich besonders gut sein! Und das wissen wir auch, denn seit fünf Jahren haben wir hier guten Zuspruch von NeuzuwanderInnen, die Zahlen sprechen für sich. 85 Prozent der NeuzuwanderInnen haben in den letzten Jahren an dem Programm teilgenommen und bei 31 000 Modulbesuchen damit klar ein Ja zu Wien gesagt.

Die Wiener Charta wurde von Ihnen auch angeführt. Es ist dies durchwegs ein Vorzeigeprojekt. Erst kürzlich haben wir in Frankreich einen großen Preis entgegennehmen können. Daher auch ein herzliches Dankeschön an die MA 17 für die tollen Vorarbeiten und die Durchführung! Ich danke aber auch allen Wienerinnen und Wienern, die mit diesen Dialoggruppen Wien wiederum ein Stück besser, vielfältiger und offener gemacht haben.

Die Wiener Charta wird weitergeführt. Sie wird auch in der Donauraumstrategie verankert. Ich möchte hier noch einmal aus der Präambel zitieren, die letztens schon beim Schwerpunkt erwähnt wurde, weil sie mir so gut gefällt. Sie spiegelt sehr schön das Bild wider, wie Wien ist und wie wir Wien haben wollen, dass nämlich Wien Heimat und Zuhause für Frauen und Männer, für Junge und Alte, für hier Geborene und Zugewanderte, für Menschen mit unterschiedlichen Lebens- und Weltanschauungen und Bedürfnissen ist. Und was wir brauchen, ist Respekt, und das bedeutet, dass wir Menschen so akzeptieren, wie sie sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte zum Abschluss meiner Ausführungen einen Appell an alle richten. Ich spreche von dem von unserer Integrationsstadträtin gezeichneten Bild des Hauses der Wiener Integrationspolitik. Richten wir es weiter gemeinsam ein! Wir haben hier ein Fundament, vier Säulen und ein Dach. Richten wir das Integrationshaus gemeinsam weiter ein! Schauen wir, wie es einfach noch schöner und offener für alle Wienerinnen und Wiener wird. Ich lade Sie ein: Schauen wir auf unser Haus, halten wir es offen, richten wir es gemeinsam weiter ein!

Zu aller Letzt – und es freut mich, dass ich mit meiner Redezeit auch wirklich zurande komme – möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien recht herzlich danken, vor allem auch jenen, die bei der Budgeterstellung federführend waren. Ich schließe mit der Bitte um Zustimmung zum vorliegenden Budget 2014. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Die Uhr steht auf 10 Minuten. Die Restredezeit der ÖVP beträgt 14 Minuten 15.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich gleich mit der Integration beginnen, weil mir das ein persönliches Anliegen ist. Ich muss aber zuerst doch auch die Ausführungen, die Frau Wurzer hier getätigt hat, reflektieren. Ich bin selber eine Frau. Und egal, wie man über Frauen redet, man zeichnet damit Bilder. Sie haben allerdings kein sehr schönes Bild von Frauen gezeichnet. Dieses Bild, das von Ihnen überkommt, suggeriert nämlich, dass wir in der Opferrolle sind. Und ich sehe mich, ehrlich gesagt, als Frau nicht in der Opferrolle, sondern wir Frauen sind stark! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wir haben schon sehr viel bewegt. Und wenn Sie von einer „Tippse“ reden, dann sage ich Ihnen: Dieser Begriff ist in der Erwerbstätigkeit gar nicht mehr vorhanden! Vielmehr ist diese Arbeitskraft eine Assistentin. Und eine Sekretärin hat immer noch einen hohen Stellenwert auch in der Berufswelt. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Es tut mir wirklich sehr leid, wenn Sie dieses Bild einer Frau immer noch zeichnen. Wir Frauen haben durch zahlreiche Aktivitäten wie zum Beispiel die der Suffragetten das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Diese wahnsin-

nige Stärke haben wir letztes Jahrhundert geschaffen. Wir bestimmen maßgeblich, wie wir unsere Kinder erziehen. Und es liegt an uns, wie wir die Männer zeichnen. Wolfgang, bitte nicht böse sein! Wir zeichnen die Männer nicht böse! Aber es liegt schon an uns Frauen, wie wir unsere Kinder in die Gesellschaft einführen und was wir ihnen an Werten und gesellschaftlichen und politischen Anschauungen mitgeben. Das liegt an uns Frauen, diese Stärke haben wir, und diese kann uns niemand nehmen! – Ich bitte Sie jedenfalls, uns nicht mehr in eine Opferrolle zu drängen, uns als „Tippsen“ zu bezeichnen.

Noch etwas: Sie sagen, dass Frauen ein gesellschaftliches Problem haben. Sie sitzen jetzt seit drei Jahren hier in der Regierung. Sie reden davon, dass eine Kinderpädagogin gegenüber einem Universitätsprofessor viel zu wenig verdient. Ändern Sie das! Setzen Sie das um! Sie sitzen hier jetzt ja seit drei Jahren! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Sie halten hier eine Rede, in der Sie aufzeigen, welche Probleme wir haben. Noch einmal: Ändern Sie es! Sie sitzen hier seit drei Jahren!

Zur Integrationspolitik: Ich denke auch – und das wurde jetzt schon in einigen Reden erwähnt –, dass wir hier einen Erhebungsbedarf haben. Ein Aspekt, der mir besonders abgeht, ist eine Verzahnung dort, wo Integration notwendig ist, also eine Verzahnung mit der Wirtschaft, mit Arbeitsplätzen, Bildung, Sprache, Pflege, Gesundheit. Hier muss noch sehr viel getan werden.

Sie haben auch in Ihrem Regierungsübereinkommen festgeschrieben, dass die Sprache einen wichtigen Stellenwert hat. Die Sprache – das wurde auch von Sebastian Kurz oft angesprochen, und ich sage es auch immer wieder sehr gerne –, ist der Schlüssel für die Integration. Und wir haben nach wie vor das Problem, dass jedes vierte Volksschulkind nicht oder unzureichend lesen kann oder der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Das ist für die Biographie der Kinder verheerend, und da müssen wir auf alle Fälle ansetzen, etwa im Bereich der Weiterbildung. Entsprechende Statistiken zeigen immer wieder, dass diese Kinder aus der Erwerbstätigkeit herausfallen, und wir hören das auch immer wieder. Wir haben diese Problematik, Frau Stadträtin, schon oft angesprochen, dass man genau hier ansetzen muss, dass man die Jugendlichen erstens gar nicht aus dem Bildungsweg hinausfliegen lassen darf beziehungsweise dass man sie, wenn das doch der Fall ist, so schnell wie möglich wieder integrieren muss.

Diesbezüglich hat unser Staatssekretär Sebastian Kurz sehr gute Ansätze entwickelt und einige auch schon umgesetzt. Ich möchte diese nur kurz taxativ aufzählen: Deutsch als Kriterium für die Schulreife. Weiters nenne ich den Pakt gegen Schulpflichtverstöße: Gerade Menschen mit Migrationshintergrund lassen ihre Kinder nicht in die Schule gehen, wenn irgendwelche Probleme auftauchen. Ich meine, dass uns bewusst sein muss, dass gerade die Schulpflicht eine Pflicht ist, und dass wir den Eltern mit Strafen vor Augen führen müssen, dass sie ihren Kindern und deren Biographien damit nichts Gutes tun. Und auch eine zweite Chance für Schulabbrecher nach der Ausbildung müsste hier forciert werden.

Wir haben letztes auch schon darüber gesprochen: Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sollte auch gesetzlich geregelt werden, weil wir da wahnsinnige Potenziale auch für die Wirtschaft haben. Die Wirtschaft ist wichtig und auch die Arbeitsplätze, die wir schaffen. Sprich, auch der Standort Wien ist wichtig. Das heißt, wir müssen gut ausgebildete Migranten oder Ausländer besser integrieren und deren Qualifikation anerkennen, um ihnen auch die Möglichkeit zu geben, entsprechende Jobs auszuüben.

Handlungsbedarf besteht – ich habe das auch letztes in meiner Rede angesprochen – im Bereich Gesundheit und Soziales. Ich denke, das Ganze liegt noch ein bisschen im Argen: Gerade Personen mit Migrationshintergrund gehen deutlich seltener zur Vorsorgeuntersuchung als Einheimische oder Österreicher. Jetzt gibt es das Projekt MiMi. Ich denke, Sie haben davon gehört. Ich halte es für eine sehr gute Idee, dass befähigten Personen mit Migrationshintergrund nahegebracht wird, wie sie selbstverantwortlich und selbstbestimmt quasi die Gesundheit beziehungsweise die Vorsorgeuntersuchung angehen können. Es ist immer besser, vorher zu investieren, als später zu reparieren, was dann für uns alle ein Budgetloch reißt.

Ich möchte jetzt noch einmal auch auf den Bereich der Freizeit zu sprechen kommen, wo meines Erachtens Migration all die Jahre schon stattfindet. Das gilt aber auch für die Ehrenämter, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, in Elternvereinen, in Schulvereinen. Auch da soll versucht werden, gerade Kinder mit Migrationshintergrund besser einzubinden, ihnen Aufgaben zuzuteilen, denn gerade in der Gemeinschaft lernt man nicht nur die Sprache besser, sondern man lernt auch die Kultur und die Werte eines Landes kennen, und das sind ganz wesentliche Punkte, die gefördert werden sollen.

Das geschieht, wie ich hier auch immer wieder erwähne, in zig Vereinen. Diese tun etwas, das reicht aber nicht aus, denn sonst hätten wir nicht nach wie vor dieses Integrationsproblem. Daher ersuche ich Sie noch einmal, auf den Handlungsbedarf, den es hier gibt, entsprechend zu reagieren und die Vorschläge, die auch von Sebastian Kurz kommen, anzunehmen. Ich weiß, dass sie mit ihm zusammenarbeiten, aber vielleicht sollten Sie diese Arbeit mit dem Integrationsstaatssekretariat forcieren. Man sollte sich bemühen, da etwas weiterzubewegen, denn wir brauchen die Arbeitsplätze, wir brauchen den Wirtschaftsstandort, und wir brauchen auch die Personen, die uns hier Perspektiven geben. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Selbstgewählte Redezeit 11 Minuten.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrter Vorsitzender!

Herr Aigner! Sie sind ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Wien noch über mehr Dinge reden müssten. Sie sind aber auch ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Wien über diese Dinge nicht so reden dürfen. Ihre Wortwahl

war unter der Gürtellinie. Sie waren sexistisch, sie waren rassistisch. (*Zwischenruf von GR Dominik Nepp.*)

Sie haben vom Umerziehungslager gesprochen, sie haben Menschen Kulturlosigkeit unterstellt, und Sie haben Frau Wurzer persönlich in einer Weise angegriffen, die in puncto Sexismus nicht mehr überboten werden kann. Ich erwarte von Ihnen eine Entschuldigung! Das wäre ganz, ganz wichtig! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wir reden hier über Frauen. Ich sage nicht, Frauenfragen. Wir sollten nämlich darüber nachdenken, ob wir nach wie vor die Bezeichnung Frauenfragen im Titel des Ressorts haben wollen oder ob es nicht einfach „Frauen“ heißen sollte. Ich denke mir, das wäre gescheiter.

Emanzipierte Frauen setzen emanzipierte Männer voraus. Die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft setzt voraus, dass Männer auch einen emanzipierten Zugang zum Haushalt, zum Gesellschaftsleben, zu Frauenrechten auf allen Ebenen der Gesellschaft haben. Die Emanzipation der Männer beginnt dann, wenn wir zu Hause im Haushalt die Aufgaben teilen, wenn wir uns nicht dagegen stellen, dass Frauen für die gleichen Jobs den gleichen Lohn bekommen und wenn wir nicht irgendwelche prinzipielle Einstellungen, die meine Kollegin Martina hier zum Ausdruck gebracht hat, in Frage stellen.

Frau Anger-Koch! Sie vertreten hier eine Partei, halten nach Herrn Aigner eine Rede und haben für Herrn Aigner nur übrig: Lieber Wolfgang! Sei mir nicht böse! Und dann stürzen sich auf Frau Wurzer. – Ich erwarte mir von der ÖVP klare Worte, was die Aussagen von Herrn Aigner betrifft. (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) So geht das nicht! (*Zwischenruf von GRin Mag Ines Anger-Koch.*)

Zur Integrationsfrage: Migration und insbesondere Immigration sind Themen, die uns ständig bewegen und ständig begleiten. Es ist dies nicht nur eine neue Aufgabe, vor der wir jetzt stehen und mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Migration, das heißt Völkerwanderung, hat immer wieder stattgefunden. Die Frage ist, in welchen Formationen wir heute darüber reden.

Bei der ÖVP orte ich immer, dass sie den defizitären Ansatz wählt, indem sie nur die Defizite der Immigration in den Vordergrund stellt: Sprachdefizite, Anpassungsprobleme, ein mangelndes Sich-Auskennen mit der neuen Kultur, und so weiter, und so fort. – Ich glaube, dass wir sowohl Aufholbedarf als auch Verbesserungsbedarf in der Frage des Erlernens der Sprache haben. Wir haben auch einen Aufholbedarf, was die Qualifikation der Menschen anbelangt.

Außerdem haben wir auch Aufholbedarf insofern, als viele Menschen aus der Aussichtslosigkeit in Abschottungstendenzen geraten. Diese Abschottungstendenzen gibt es, diese sind keine Erfindung der FPÖ. Diese Abschottungstendenzen entstehen dadurch, dass die Menschen, wenn sie immigrieren, zunächst einmal Unterstützung in ihren eigenen sozialen Netzwerken suchen, die oft ein Begleiter im Leben dieser Menschen werden. Die Frage wird sein: Wie brechen wir diese Abschottungstendenzen?

Es gibt aber zahlreiche Beispiele in unserer Gesellschaft, dass es Menschen gibt, die diese Abschottungstendenzen durchbrochen und sich in die Gesellschaft eingegliedert haben – so wie wir hier nach 35 oder 37 Jahren – und die auch die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, dennoch aber dazu stehen, dass wir eine Immigrationsbiographie haben.

Jede Anspielung mit einem negativen Ansatz betreffend Migration trifft auch mich. Das muss Ihnen bewusst sein! Als ich nach Österreich gekommen bin, konnte ich null Deutsch. Ich bin mit null Deutschkenntnissen in die Hauptschule Märzstraße gegangen. Und was ist aus mir geworden? – Ein Landtagsabgeordneter in Wien! Das ist möglich. Wien macht es möglich. Das ist in Wien möglich.

Die zentrale Frage ist: Worüber reden wir, wenn wir von Migration reden? Worüber reden wir, wenn wir über Integration reden? Ich glaube, dass es eine sehr starke Realitätsverweigerung und Realitätsablehnung von bestimmten Kreisen in dieser Gesellschaft gibt, die die ImmigrantInnen einfach nicht als Teil dieser Gesellschaft akzeptieren wollen, vor allem bestimmte ImmigrantInnengruppen, hinsichtlich welcher auch pauschaliert wird. Ständige Anspielungen auf Türken oder Moslems lösen das Problem jedoch nicht.

Wir müssen unseren Blick schärfen, um zu sehen, wie sich unsere Gesellschaft durch die Immigration verändert. Ich habe das schon einmal erzählt und erzähle es gerne noch mal: Durch die Immigration hat sich die österreichische politische Landschaft verändert. Und wenn Herr Strache nach Serbien geht – ich wiederhole das noch einmal – und sich mit einer serbischen Sängerin fotografieren lässt, dann finde ich das nicht okay, weil ich seine politische Einstellung nicht okay finde. Aber Sie müssen ja zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile Kosovo- und Serbien-Politik ein Teil der freiheitlichen Politik geworden ist. Das heißt: Die Internationalisierung der kommunalen Politik beziehungsweise der nationalen Politik findet immer statt. Sie haben ja auch Kontakte zu serbischen Dachverbänden, mit denen Sie hier Politik machen.

Also ich denke mir, wenn es zum Beispiel um den Herrn Erdogan geht oder um seine Anhänger und Anhängerinnen, da spreche ich wieder die ÖVP an. Das habe ich schon einmal gemacht und mache es gerne noch einmal. Der Herr Juraczka ist jetzt nicht da, aber der Herr Juraczka saß neben dem Herrn Hasan Vural in einem türkischen Veranstaltungssaal, als Herr Hasan Vural über die GRÜNEN hergezogen ist, weil wir Kondome verteilen. Außer der Herkunft, dass wir aus demselben Land kommen, ich und der Hasan Vural, verbindet uns gar nichts, überhaupt nichts, wir sind politisch gegensätzlich. Die ÖVP, die immer wieder Öffnung einfordert, gegen Ghettos kämpft, gegen Abschottungstendenzen kämpft, müsste sich fragen, ob der Hasan Vural die richtige Person in ihrer Partei ist. Hasan Vural ist jemand, der zu Erdogan-Demos aufgerufen hat, zu Solidarität für Erdogan-Demos.

Ich stehe auf der Seite der Gezi-Park-Leute, wir GRÜNEN stehen auf der Seite der Gezi-Park-Leute, und

wir lehnen alle Einflüsse, die konservativer Natur sind, die nationalistischer Natur sind, die aber im globalen Vergleich auch hier stattfinden, ab. Wir lehnen die Erdogan-Anhänger in Wien ab, wir haben nichts für sie übrig. Und es gibt sehr viele Parallelen zwischen Erdogan-Anhängern und Ihnen, meine lieben Freiheitlichen, sage ich jetzt einmal. Schärfen Sie den Blick dafür, wo Ihre ideologischen Übereinstimmungen sind.

So, jetzt einmal zum Allgemeinen. Ich glaube, dass wir mit diesem Budget auf der einen Seite sehr viel Geld für die Erwerbung der deutschen Sprache reserviert haben, wir haben sehr gute Angebote in diesem Bereich. „Start Wien“, „Mama lernt Deutsch“, das sind alle Willkommenspakete der Stadt Wien, das sind alle Maßnahmen, die die Leute befähigen, die deutsche Sprache zu erlernen. Wir sind davon überzeugt, das Erlernen der deutschen Sprache ist eine Schlüsselfrage in der Integrationspolitik. Aber wir sind nicht blind, wir wissen auch, dass die Menschen andere Fähigkeiten haben, andere Fähigkeiten wie andere Sprachen, andere Berufe, aber auch mitgebrachte Ansichten, die das kulturelle Leben in dieser Stadt bereichern, und wir wollen auch, dass diese Menschen diese Seiten gefördert bekommen.

Auch wenn der Herr Aigner meinen Multikulturalismus persönlich angreift, ich bestehe darauf – ich bestehe darauf und dafür kämpfe ich auch –, ich möchte, dass mein Kind auch von mir was abbekommt, nämlich von meiner Jugendzeit, von meiner familiären Erziehung, von meiner Geschichte. Das heißt nicht, dass ich nicht will, dass mein Kind Deutsch lernt oder sich hier einbindet. Ich glaube, wenn wir dieses Problem lösen wollen – und das ist eine riesengroße Herausforderung, die Migrationsfrage ist eine riesengroße Herausforderung, die uns in den nächsten Jahren noch mehr begleiten wird, denn unsere Stadt wird vielfältiger –, können wir dieser vielfältigen Entwicklung nicht mit einer eindimensionalen Antwort begegnen. Das geht nicht. Wir müssen diese Vielfalt in ihren Potenzialen aufgreifen, damit wir die Kreativität unserer Gesellschaft fördern können. Es bringt mir überhaupt nichts, wenn ein Kind total unglücklich in die Schule geht, weil es Angst hat: Soll ich zu meiner Muttersprache stehen oder nicht? Wie soll ich meine Muttersprache verstecken vor den anderen, damit ich zum Zug komme?

Gestern hat der Herr Nepp ein Beispiel gegeben, dass es mittlerweile Schulen gibt, wo es nur drei Kinder mit Deutsch als Muttersprache gibt. Wenn diesen Kindern unrecht getan wird, dann bin ich dagegen. Alle Kinder, die in Wien auf die Welt gekommen sind, sind Kinder dieser Stadt und verdienen unsere Aufmerksamkeit gleichermaßen. Ich glaube, ein bisschen nachdenken, bevor man redet, ist angebracht, denn dieses Thema ist ein Zukunftsthema, das uns weiterhin beschäftigen wird. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Meine Vorrednerin von der ÖVP hat eigentlich alles

gesagt, was es zu den vorhergehenden Reden zu sagen gab, ich will nur so viel sagen: Ich bin stolz, eine Frau zu sein, und ich sehe mich nicht in den gezeichneten Bildern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Rot-Grün hat beim Haushalten wohl beim Ausspruch eines Amerikaners Anleihe genommen, der da meinte: „Wir haben eigentlich unser Budget nicht überschritten, die Budgetierung war nur einfach tiefer als unsere Ausgaben.“ So ist es nicht verwunderlich, dass wir vor 4,9 Milliarden EUR Schulden stehen.

Das führt mich zur Subventionspolitik dieses Ausschusses, der in Gießkannenmanier Millionen verteilt, die wir eigentlich nicht haben. So zum Beispiel für die Projekte Station Wien – Verein zur Förderung des kulturellen Austausches zwischen In- und Ausländern, Verein Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten und die Interface Wien GmbH, die zusammen fast 5 Millionen EUR kassieren. Dann gibt es auch noch das Projekt „4Wände 4Hände“, eine Sensibilisierungskampagne der Stadt Wien für mehr Mitarbeit von Männern im Haushalt. Das lässt sich die Stadt Wien 1,2 Millionen EUR kosten. Das staatliche Halbe-Halbe-Modell ist allerdings schon unter Frauenministerin Konrad gescheitert.

Es stimmt, nur ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern sichert eine gedeihliche Zukunft. Dies bedeutet allerdings nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten, vor allem aber Chancengleichheit. Zweifelsohne gibt es in unserer Gesellschaft immer noch Benachteiligungen von Frauen. Das politische Ziel muss es allerdings sein, die Situation zum Besseren zu verändern, nicht das geschlechtsspezifische Verhalten durch Zwang zu verändern oder zu unterdrücken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Übrigens der immer wiederkehrenden Forderung der politischen Linken nach einer expliziten Frauenquote, sei es im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft, können wir in dieser Form nichts abgewinnen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das haben wir auch nicht erwartet!)* Damit werden Frauen so dargestellt, als ob sie diese Position nur unter gesetzlichem Zwang erreichen könnten. Dort, wo Frauen selbstbewusst und selbstbestimmt auftreten und die entsprechenden Qualifikationen besitzen, werden sie sich durchsetzen. Unterstützen und fördern wir sie dabei. Bis dahin sollte gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise viel eher ein Maßnahmenpaket geschnürt werden, um den zig Tausend armutsgefährdeten Frauen und ihren Kindern zu helfen. Aber was macht die Stadtregierung stattdessen? Sie belastet besonders alleinerziehende Frauen mit ihrer Gebührenpolitik. Sie hat ein Belastungspaket geschnürt, welches seinesgleichen sucht. Das bedeutet eine enorme Belastung für diesen Kreis.

In diesem Zusammenhang muss auch die soziale Sicherheit von Frauen ein wichtiges Ziel sein. Wir sollten auf der einen Seite ein Augenmerk auf die Wiedereinsteigerinnen in einen Beruf legen, auf der anderen Seite sollten wir uns um die Förderung der 50-plus-Generation kümmern. Daher müssten wir auch der hohen Arbeitslosenrate in Wien von über 10 Prozent massiv entgegenwirken. Das Verbringen von Arbeitslosen in Schulungs-

maßnahmen zum Schönen der Budgetzahlen ist nicht in Ordnung und ist auch nicht die Lösung. Wien ist unter Rot-Grün zum Schlusslicht im Bundesländer-Ranking geworden.

Ein weiteres Problem ist die Zuwanderung, wie wir sie im Moment in Wien praktizieren. Sie reduziert die Chancengleichheit von vielen Frauen. Parallelgesellschaften, die deutliche Signale einer Unterdrückung von Frauen leben, wie Zwangsehe oder Kopftuchzwang, können und wollen wir nicht akzeptieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Für Rot-Grün ist ja bekanntlich ein selbstbestimmtes Familienleben ein Feindbild, und es ist Ihnen auch noch in Zeiten einer angespannten Finanzsituation nichts zu teuer, um die Kernzelle der Gesellschaft systematisch zu zerstören. Kaum ein Cent dieser Millionen an Subventionen aus dem Topf der Frauenförderung kommt einer bedürftigen Frau zu Gute. Unter dem Vorwand, die Verteilungsgerechtigkeit zu stärken, werden somit ausschließlich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Werbeträger aus dem rot-grünen Netzwerk gefördert. Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Frauen, wie zum Beispiel die Umsetzung aller politischen und rechtlichen Maßnahmen zur Schaffung echter Chancengleichheit für Frauen und Männer, sucht man in Wien genauso vergeblich wie eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung, wenn man überhaupt einen Kindergartenplatz bekommt in Wien. Auch das haben wir.

Wichtig ist uns auch die pensionsrechtliche Absicherung der 50-plus-Generation sowie der Ausbau flächendeckender Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger.

Und jetzt zu einem anderen Thema, denn auch das gehört zum Bereich Personal, Frauen, Integration und Konsumentenschutz, nämlich der Konsumentenschutz. Er ist schwerpunktmäßig zwar eine Bundesmaterie, aber wir haben natürlich viele Querschnittsbereiche, die auch die Wienerinnen und Wiener betroffen machen, und ich würde mir gerade in Zeiten von Scheinverpackungen, Kennzeichnungsmängeln, gentechnikveränderten Lebensmitteln, Lebensmittelproblemen und vielem mehr eine eindeutige Stellungnahme der Stadträtin wünschen.

Den Bereich Personal hat mein Kollege Jung ja schon angesprochen. Dazu möchte ich vielleicht nur noch ergänzen, dass Rot-Grün seine Klientel über Sonderdotierung und neue Jobs wunderbar versorgt, was wir entschieden ablehnen.

Zum Schluss kann ich mich nur den Worten der StRin Brauner anschließen, in denen sie gemeint hat, dass das Budget die in Zahlen gegossene Politik der Stadtregierung ist, und da wir diese Politik ablehnen, werden wir das Budget auch ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Bevor wir in der Rednerliste weitergehen – entschuldigen Sie, Herr Gemeinderat –, noch ganz kurz: Ich habe jetzt das wörtliche Protokoll ausgehoben bekommen, habe dieses studiert und darf diese Passage vorlesen, um die es hier geht. Ich lese nur den Halbsatz vor und nicht den ganzen Satz: „aber diese pauschal in

den Raum gestellten Anwürfe, also dass Männer in Frauen nur ein Vergnügungsobjekt sehen, also auf Sie bezogen, wie Sie auf die Idee kommen können, dass Sie jemandem Vergnügen bereiten können, das weiß ich nicht, da braucht man viel Phantasie.“ - Der Kollege Dr Aigner ist nicht hier. Ich erteile ihm für diese persönliche Beleidigung einen Ordnungsruf und werde ihm dann auch persönlich mitteilen, dass das aus Sicht des Vorsitzes auf alle Fälle einen Ordnungsruf wert ist.

Wir schreiten weiter in der Rednerliste. Als nächster Redner ist Herr GR Ekkamp gemeldet. Redezeit 15 Minuten. Die noch zur Verfügung stehende Gesamtredezeit der SPÖ beträgt 18 Minuten 45 Sekunden.

GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich werde in meinem Debattenbeitrag, obwohl es reizvoll wäre, auf andere Wortmeldungen kurz einzugehen, auf zwei Themen kurz eingehen, die noch nicht behandelt worden sind. Vorweg möchte ich aber bemerken – auch in der Budgetdebatte seit gestern ist viel über Studien gesprochen worden, ob das die Mercer-Studie war, die Studie über die Lebensqualität und, und, und –, es gibt viele Studien, die Wien bezeugen, dass es hier gut zu leben ist, dass es eine tolle Stadt ist, dass es eine florierende Stadt ist, dass es für Kongresse eine gute Stadt ist und auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Beispiel eine Herzeigestad ist. Smart City sei nur nebenbei erwähnt. Ich weiß schon, die Politik, wir hier herinnen im Wiener Gemeinderat und Landtag geben die Rahmenbedingungen vor, aber diese tolle Leistung erbringen die Wienerinnen und Wiener, erbringt die Wirtschaft, erbringen vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zirka 72 700 an der Zahl, tagein, tagaus, jahrein, jahraus in dieser Stadt. Und dafür möchte ich mich einmal bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Thema Open Data: Ich denke, es ist bisher ein erfolgreicher Weg zum Thema Informationsfreiheit gewesen, und diese Offensive, die unsere Frau StRin Frauenberger vorantreibt, kann sich natürlich sehen lassen, auch im Vergleich zu anderen Städten. Mehr als 170 Datensätze, die bereits veröffentlicht wurden, und über 100 intelligente Anwendungen haben, denke ich, gezeigt, dass die Open-Data-Initiative der Stadt Wien, die sie als erste Stadt in Österreich gesetzt hat, sowohl wirtschaftlich wie auch im Bereich der Wissenschaft sehr sinnvoll ist. Ich verweise nur auf die kürzliche Freigabe der Datensätze von den Wiener Linien. Da wurden in kurzer Zeit sechs Apps entwickelt – ich kenne auch schon diesen Begriff, ich bin auch so ein User dieser Mobiltelefone, ich habe zwar kein iPhone, ich habe was anderes, aber es funktioniert genauso –, es wurden also sechs Apps entwickelt, und die sind, glaube ich, im praktischen Leben sehr, sehr hilfreich. Verweisen möchte ich auch darauf, dass es seit September auch im Pass- oder Meldewesen faktisch so ein App gibt, auf dem die aktuellen Wartezeiten abrufbar sind. Ich denke, das ist für die

Menschen ein riesiger Vorteil in einer immer hektischer werdenden Zeit. Keiner hat mehr Zeit, jeder muss dringend irgendwo hin, da kann man sich das gut einteilen.

Das Interesse ist wachsend. Wir haben bereits 1,2 Millionen Zugriffe, also User, das bedeutet eine Steigerung von 11 Prozent. Wien reagiert mit dieser Offensive auf das Nutzungsverhalten der Menschen, und ich denke, das ist gut so. Die Strategie und die Maßnahmen, die gesetzt wurden und auch weiter gesetzt werden, unterstreichen das moderne Erscheinungsbild unserer Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der zweite Punkt – und das ist ein wesentlicher Punkt für mich, weil ich auch die tollen Leistungen erwähnt habe, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt erbracht werden – betrifft das Thema Personal. Damit man gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, muss man auch eine Lehrlingsausbildung machen, und die macht die Stadt Wien vorzüglich und sie nimmt sie auch sehr ernst. 238 neue Lehrlinge für 2013! Derzeit sind insgesamt 641 Lehrlinge in Ausbildung, über 400 davon sind weiblich. Ich denke, die Ausbildung, die die jungen Menschen in der Stadt Wien genießen, steht auf hohem Niveau. Das hat auch die Freisprechungsfeier 2013, die vor Kurzem erst abgehalten worden ist, gezeigt, bei der zirka 30 Prozent der ausgelernten Damen und Herren Lehrlinge ausgezeichnet wurden. Wien bietet den jungen Menschen eine Vielfalt an Berufen an, und das ist gut für die Stadt, weil man Nachwuchs benötigt, aber auch gut für die Jugendbeschäftigung, damit junge Menschen wieder eine Zukunft haben.

Aber jetzt zu zwei Punkten, die mir in der Budgetdebatte seit gestern aufgefallen sind, wo Kritik gekommen ist zum Thema Personal und wo auch das Einsparungspotenzial für das Budget gefunden wird. Die ÖVP geriert sich da insbesondere, und da möchte ich schon einiges klarstellen; vielleicht nicht zum ersten Mal, vielleicht schon öfter, aber ich sage es trotzdem. Da wird mit Zahlen umhergeschmissen, 350 Millionen kann man bei der Harmonisierung des Pensionssystems einsparen. Ich weiß, das war eine Schätzung des Rechnungshofes, aber das Einsparungspotenzial hat sich nicht, so wie man es immer wieder verkündet, auf wenige Jahre bezogen, sondern es hat sich auf weit über 30 Jahre bezogen.

Wien hat ja eine Pensionsreform gesetzt, aber eben eine Pensionsreform mit Augenmaß und ohne Kahlschläge. Wenn man – ich sage das jetzt ganz bewusst – früher in den 70er Jahren zum Beispiel oder in den 60er Jahren, vielleicht noch in den 80er Jahren einen Vergleich gemacht hat zwischen Privatwirtschaft und der Stadt Wien bei der Bezahlung, bei der Entlohnung, dann haben einige sich entschieden: Okay, mir ist der Arbeitsplatz lieber, ich verzichte auf Geld. Und die haben auf viel Geld verzichtet, weil die Privatwirtschaft in diesem Zeitraum weitaus besser bezahlt hat, um mehr als 10 Prozent, mehr als 20, 30, 40 bis 50 Prozent mehr bezahlt hat als die Stadt Wien. Und wenn man jetzt hergeht und eine Pensionsreform macht, würde man damit genau diese Menschen, die sich damals entschieden haben, für die Stadt Wien zu arbeiten, und die auf viel Einkommen

verzichtet haben, treffen. Also das wird es mit der Sozialdemokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht geben.

Man soll aber, wenn man von so etwas spricht, auch erwähnen, dass zum Beispiel Beamte – es trifft immer wieder die Beamten – keine Abfertigung haben, wie wir wissen, dass die Wiener Beamten zum Beispiel – und das ist der Unterschied zum Bund – keine Hackler-Regelung haben und dass man im Bund – da mache ich wieder einen Vergleich zu den ASVG-Versicherten, die 540 Beitragsmonate brauchen – nur 40 Beitragsjahre braucht und nicht 45 Beitragsjahre wie ASVG-Versicherte. Die Zulagen werden lebenslang durchgerechnet, Pensionssicherungsbeiträge und höhere Pensionsbeiträge wurden eingeführt, desgleichen Solidarbeiträge für höhere Pensionen von 5 bis 10 Prozent, und es gibt auch ein Abschlagsystem, wenn man früher in Pension geht, sogar wegen Berufsunfähigkeit oder langer Krankheit zwischen 3,4 und 4 Prozent.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise schon darauf hin, dass Wien kein Pensionsparadies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, wie es manchmal dargestellt wird. Und wenn wir die Reform so wie im Bund gemacht hätten, was glauben Sie, wer die großen Verliererinnen gewesen wären? Sie hören es schon: die Frauen. Und da haben wir in Wien einen Anteil von über 58 Prozent. Daher ist eine Reform mit Augenmaß und sozialer Verträglichkeit notwendig gewesen, und ich glaube, das war auch der richtige Weg.

Einen zweiten Punkt möchte ich noch ansprechen, das ist das Thema Frühpensionierung. Das kommt immer wieder in den Ausschüssen, in der Personalkommission, und da sei mir auch ein Vergleich gestattet, denn da wird auch mit einem jährlichen Einsparungspotenzial von 200 Millionen umhergeschmissen. Wenn man das Eintrittsalter bei der Invaliditätspension Österreichweit vergleicht, dann liegt das im ASVG-Bereich bei 53,2 Jahren bei den Männern und 49,1 Jahren bei den Frauen. In Wien schaut es so aus, dass die Männer um zirka 1,47, also 1,5 Jahre später in Pension gehen bei den sogenannten Frühpensionierungen und die Frauen sogar um 3,15 Jahre.

Zudem denke ich, dass man die Beschäftigten in dieser Stadt nicht mit jenen im Bund vergleichen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die sind in über 200 Berufen beschäftigt, die haben eine andere Beanspruchung. Sie können doch nicht einen Feuerwehrmann, einen Kanalarbeiter, jemanden, der im Krankenhaus Schichtarbeit leistet, mit jemandem vergleichen, der vielleicht im Büro sitzt und einen geregelten Arbeitstag hat. Dass der andere gesundheitliche Anforderungen hat, ist ganz, ganz logisch, und dass er seinen Bewegungsapparat wahrscheinlich früher abnützt, ist auch ganz klar.

Zweitens: Wenn man die vorzeitige Ruhestandsversetzung hernimmt, so erfolgt diese nicht irgendwie aus Willkür, sondern wird vom Amtsarzt oder der Amtsärztin festgestellt und unterliegt einem medizinischen Gutachten. Auch das Kontrollamt hat das bestätigt, dass die gehandhabte frühzeitige Pensionierung bei körperlich –

und ich betone das – schwerer beanspruchten Berufsgruppen, wie ich eben schon gesagt habe, der richtige Weg ist, denn wenn man sich den Kernbereich im Verwaltungsbereich anschaut, dann ergibt das sicher ein anderes Bild.

Was wir noch zusätzlich machen, damit wir die Menschen länger in Beschäftigung haben – aber das ist auch kein neues Thema –: Es wird viel Anstrengung unternommen, zum Beispiel von der MA 3, damit die Menschen länger gesund am Arbeitsplatz ihrer Beschäftigung nachgehen können. Da gibt es Anti-Aging-Programme, psychosoziales Screening, die Gesundenuntersuchung, Stress- und Burn-out-Prävention, also eine Fülle von Maßnahmen durch die MA 3. Ich verweise auch auf das hervorragende Gesundheitszentrum in der Hera, das von vielen Menschen, auch freiwillig, in Anspruch genommen wird, das großen Anklang findet. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiger, ein richtiger Schritt, und da sieht man auch, dass die Stadt den Arbeitnehmerschutz und die Fürsorgepflicht sehr, sehr ernst nimmt.

Experten bestätigen – weil so oft der Ruf kommt, man sieht nichts, man spürt nichts –, solche Maßnahmen in der Gesundheitsförderung kann man nicht von einem Jahr auf das andere messen. Nachhaltig wird das wahrscheinlich in einigen Jahren zum Tragen kommen. Ein wenig spürt man es ja schon, aber in einigen Jahren wird man es deutlicher spüren. Das ist zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn meines Erachtens ist es auch besser, wenn sie einmal gesund in Pension gehen – das Regelpensionsalter, das darf ich hier noch einmal erwähnen, liegt in der Stadt Wien bei 65 Jahren –, und natürlich ist es auch für die Stadt Wien besser, wenn die Menschen gesund in Beschäftigung sind.

In diesem Sinne ersuche ich Sie noch einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Kenntnis zu nehmen, dass neben vielen anderen Maßnahmen, die wir in der Stadt getroffen haben und noch treffen werden, dann, wenn es um Reformen geht, die Sozialdemokratie selbstverständlich für Reformen steht, aber mit Augenmaß und sozialer Verantwortung.

Die Gesundheitsförderung – das habe ich schon angedeutet – wird weiter ausgebaut, mit dem Ziel, die Menschen länger im Arbeitsprozess zu halten.

Aber meine Bitte richtet sich an Sie, das sogenannte und beliebte, teilweise auch bei den Medien beliebte, Beamten-Bashing zu beenden. Bitte hören Sie auf damit! Setzen wir uns sachlich mit den Dingen auseinander. Es gibt, glaube ich, immer Wege und Diskussionen, wie wir einem Thema nähertreten können. Vielleicht ist die eine oder andere Idee dabei, die man wirklich stärker diskutieren sollte, aber nicht so nonchalant daherreden, da braucht es 200 Millionen pro Jahr, das gehört gemacht. Was bei so etwas herauskommt, haben wir schon einmal gesehen. Ich kann mich gut erinnern, da wurde auch so schnell und nonchalant gesagt, da machen wir Pensionsreformen. Da hat es dann Demonstrationen gegeben und das ist dann drei Mal nachgebessert worden, weil es hinten und vorne nicht funktioniert hat.

Davon halte ich nichts. Das haben sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt nicht verdient.

Sie leisten eine hervorragende Arbeit, und ich möchte mich noch einmal bei allen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses für ihre Arbeit bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Selbstgewählte Redezeit 8 Minuten. Die Freiheitlichen haben insgesamt noch 10 Minuten 30 Sekunden.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Hoher Gemeinderat!

Frau Kollegin Berger-Krotsch, ich muss Sie enttäuschen, aber wir werden dem Budget natürlich nicht zustimmen, und ich werde das natürlich erklären. Aber seit einer Dreiviertelstunde ungefähr weiß ich, warum die GRÜNEN dem Budget zustimmen, und die Frau Kollegin Wurzer hat uns das ja ausführlich erklärt: weil Frauen ungerecht behandelt werden, weil sie von Männern als Lustobjekt gesehen werden, weil sie diskriminiert werden, und, und, und. Darum stimmen Sie zu. Das war Ihre Budgetrede, denn wir reden ja da über das Budget und nicht über feministische Einstellungen, Erkenntnisse, die Sie uns hier zum wiederholten Male näherbringen. Das mag schon Ihre Meinung sein, passt aber nicht ganz dazu.

Aber wissen Sie, wo Ihre Rede hinpasst? Gehen Sie einmal in Moschee-Vereine. Das sind diese Kulturkreise, die den Frauen das Autofahren verbieten oder sonstige Normalitäten untersagen. Gehen Sie dorthin! Nehmen Sie sich gleich den Kollegen Maresch mit, denn vielleicht ist man dort nicht einverstanden mit dem, was hier gesagt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)* Der könnte Sie ja wieder verteidigen, so wie er das schon gemacht hat. Bitte machen Sie es dort oder machen Sie es vor der grünen Basis, aber langweilen Sie uns hier nicht mit Ihren Ausführungen zur Frauenpolitik. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Schauen Sie sich selber an! Das genügt!)* Langweilen Sie uns nicht mit Ihren Ausführungen! *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Na, jetzt kommt was. Jawohl. *(GR Siegi Lindenmayr: Es geht um Anständigkeit! – GRin Martina Ludwig-Faymann: Meinungsfreiheit!)* Gut. *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dass die GRÜNEN auch nicht ganz einverstanden sind mit dem Budget, hat man gestern leicht durchklingen lassen bei der Wortmeldung des Kollegen Margulies. Der hat nämlich bei seiner Rede zu den Finanzen gesagt, die FPÖ ist immer dagegen, wenn es um Frauen- und Fremdenförderungen geht, da muss eingespart werden, gibt aber gleichzeitig zu, dass es einen ineffizienten Einsatz von Budget gibt. Stimmt das? *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* In Ihrer Rede haben Sie gesagt, es kann zu Ineffizienzen kommen, wenn es um das Budget geht, und genau diese Ineffizienzen sind auch der Grund dafür, warum wir dem Budget nicht zustimmen.

Eines ist wirklich nicht sehr häufig erwähnt worden, eigentlich noch gar nicht in den Reden meiner Vorredner, nämlich womit wir uns in unserem Ausschuss im Bereich der Integration auseinandersetzen. Es ist eigentlich nichts anderes, als dass wir Subventionsansuchen vor-

gesetzt bekommen. Da wird von der Summe X bis zur Summe Y etwas gefordert. Die Stadt Wien steht dazu, es ist alles überprüft. Es handelt sich dabei um Vereine, die halt vorgeben, entweder Migranten zu unterstützen, den Spracherwerb zu forcieren oder sonst irgendwie zu beraten. Was normal ein Personalvertreter bei einem Inländer macht – wenn jemand fragt, hör einmal, wie geht das, sagt man ihm, geh zu deinem Personalvertreter –, gilt nicht, wenn man aus dem Ausland kommt, da geht man dann hin zu einem Verein. Dort wird man beraten, wie man eine Firma gründen kann, welche Sozialleistungen man lukrieren kann und, und, und. Das Ganze wird subventioniert mit Steuergeld. Und das wollen wir nicht.

Und was ist noch das Traurige an der Geschichte? Wir kriegen nur die Ansuchen jener Vereine zu Gesicht, die die Stadt Wien für gut hält, dass sie subventioniert werden, alle anderen Ansuchen von Leuten, die vielleicht auch Geld haben wollen von der öffentlichen Hand, weil sie auch eine gute Idee haben, weil sie auch etwas für die Integration tun wollen, bekommen wir gar nicht zu Gesicht. Wir wissen, alles, was in den Ausschuss kommt, wird von der SPÖ und den GRÜNEN goutiert und unterstützt. Da sehe ich eigentlich keinen wirklichen Zusammenhang, warum wir da mitgehen sollen. (*Ironische Heiterkeit bei GRin Martina Ludwig-Faymann.*)

Was macht die Stadt Wien noch? Das fällt nicht in das Ressort der Integrationsstadträtin, sondern das ist bei der Gesundheit, der Fonds Soziales Wien. Sie macht die Grundsicherung für Asylwerber, die einen negativen Bescheid haben. Da wird in der Stadt Wien weiterhin die Grundversorgung sichergestellt. Jetzt gibt es dann Leute bei der Stadtregierung in Form von Herrn Akkilic und in Form von Herrn Werner-Lobo, die Asylwerber in der Votivkirche dabei unterstützten, den Staat zu erpressen. Warum sollten wir da dabei sein? Warum sollen wir da mitstimmen? Warum sollen wir dem Budget zustimmen? Sie gehen dorthin, gaukeln den Menschen vor, dass Sie ihnen helfen, dass sie eine Chance haben und, und, und. Sie erpressen den Staat, das ist für Sie alles in Ordnung. Gezahlt wird es von der öffentlichen Hand. – Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ. – GRin Martina Ludwig-Faymann: Sie stimmen ja nie einem Budget zu!*)

Asylwerber: Das wird ja nicht weniger. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Oh ja!*) Es ist ja nicht so, dass es um die Asylwerber geht, die da sind, sondern alleine im Vergleichszeitraum des 1. Halbjahres 2012 und des 1. Halbjahres 2013 gibt es um 11,75 Prozent mehr Asylwerber in Österreich. Die meisten kommen dann, egal, wo sie untergebracht werden, nach Wien. Dabei ist es leider so – da sind wir jetzt wieder bei den bösen Männern –, dass 8 201 Asylwerber gekommen sind, davon sind nur 2 127 Frauen. Und dann kommt es natürlich auch zu Situationen, wo man sich dann nicht wirklich wohl fühlt und mit der Zuwanderung und mit der Migration nicht so einverstanden ist, wenn man als Frau in der U-Bahn ausgesucht wird als Objekt und dann vielleicht irgendwo in einer Seitengasse vergewaltigt wird.

Das ist Ihre Unterstützung für diese Leute, die da zu uns kommen, die nirgends Platz finden, dass Sie ihnen

vorgaukeln, sie hätten eine Chance. Und das wollen wir nicht. Das ist Ihre Integration.

Die Integration in der Stadt Wien schaut auch so aus: Da brennt, wie es leider sehr oft vorkommt, in Wien eine Wohnung in einem Haus, und auf einmal werden dort 200 Leute evakuiert. Aus einem Haus mit 31 Wohnungen werden 200 Leute evakuiert! Zum überwiegenden Teil, wenn nicht ausschließlich – ich will jetzt nicht sagen, dass es alle waren – waren das Asylwerber, Fremde, Zugewanderte aus aller Herren Länder. Es ist jetzt nicht so, dass man sagt, jessas na, das haben wir nicht gewusst, nein, die Stadt Wien weiß das seit 2002, dass es sich dort um ein Massenquartier handelt. Das weiß man. Die MA 36, 37, 15, die Magistratsdirektion, alle haben davon Kenntnis, die Bezirksvertretung Brigittenau hat davon Kenntnis und, und, und. Man macht dort nichts.

Also wenn ich jetzt für Integration bin, wenn ich mich jetzt wirklich darum kümmern will, was mit den Menschen passiert, dann muss ich dort einschreiten, nämlich gegen den Hausherrn. Das passiert nicht. Was ist aber nach dem Brand passiert? Dort wurden die Menschen evakuiert, dort haben sich dramatische Szenen abgepielt. Normal, wenn das in einem Gemeindebau ist, kommt eine Reinigung, die das Stiegenhaus sauber macht. Gar nichts ist dort passiert! Die Leute hat man wieder zurückgeschickt, man hat auch keine Ersatzquartiere gefunden. Gar nichts! Das ist die Integration in Wien.

In Wirklichkeit ist die Integration in Wien so: Wir subventionieren Vereine, die leider immer wieder, wie man draufkommt, einen Zusammenhang zur SPÖ, zu SPÖ-nahen Mitgliedern, auch zu Gründungsmitgliedern haben. Und die werden hier subventioniert, die schaffen Arbeitsplätze. Das ist die Integration in Wien. Und dazu stehen wir in dieser Form nicht. Wir wollen ehrlich sein, auch zu denen, die zu uns kommen. Wir machen ihnen keine Hoffnungen wie Sie.

Jetzt habe ich einen Bericht von der Ute Bock gesehen, wo die Frau Ute Bock selber gesagt hat: Man muss denen – damit meinte sie Zuwanderer – nicht immer die Wahrheit sagen. Bezug genommen hat sie da auf eine Bedienstete der Fremdenpolizei, die jemandem gesagt hat, er hat keine Chance. Das sind Ihre Leute, die sich in Wien um Integration kümmern und kümmern wollen. Aber in Wirklichkeit geht es Ihnen nur um das Geld, das Sie für die Vereine lukrieren, damit Sie Arbeitsplätze haben. Alles andere ist offensichtlich egal. Und darum stimmen wir nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist noch die Frau GRin Kickert. Restredezeit der GRÜNEN 6 Minuten insgesamt.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich in einer kurzen Wortmeldung wieder an den Beginn der Debatte bewegen. Ich möchte darauf Bezug nehmen, dass die Frau Kollegin Wurzer in einer durchaus politischen, programmatischen Rede eine Auseinandersetzung zu Rollenbildern, Frauenbildern geboten hat. Worum es bei solchen programmatischen

Auseinandersetzungen geht, ist, sich mit Mechanismen auseinanderzusetzen, mit Mechanismen, die in der Gesellschaft vorherrschen, die strukturell da sind und zu diesen Rollenbildern führen.

Das, was ich mir bei einer solchen Debatte wünsche – das mag sehr ungewöhnlich sein, dass eine Mandatarin in einer Budgetdebatte einen Wunsch äußert –, ist, dass man sich zumindest die Mühe macht, die Gedanken, die in Reden eingebracht werden, und seien sie noch so kompliziert, nachzuvollziehen und sich vielleicht tatsächlich damit auseinanderzusetzen, ob man diese strukturellen und gesellschaftlichen Mechanismen nachvollziehen kann.

Es geht hier nicht darum, einer Meinung zu sein, es geht nicht darum, wem auch immer pauschal eine Diskriminierung vorzuwerfen, es geht nicht um Stolz oder um Opferbilder, es geht vor allem darum, dass wir als ProtagonistInnen unserer Gesellschaft eine gewisse Sensibilität entwickeln, eine Sensibilität genau gegenüber diesen gesellschaftlichen Mechanismen. Und so gesehen war die Reaktion auf die Rede der Frau Kollegin Wurzer geradezu ein Lehrbeispiel, wie diese Mechanismen funktionieren. Bevor wir in reflexhafte Anschuldigungen, Reaktionen und Ähnliches gehen, würde ich doch darum ersuchen, manchmal nachzudenken, was Rednerinnen und Redner hier versuchen zu sagen, statt einfach nur auf Schlüsselreize bestimmter Wörter zu reagieren.

Gerade im Bereich der Diskriminierung jeglicher Art, der Diskriminierung, was Gender betrifft, Diskriminierung zwischen Frauen und Männern, Diskriminierung zwischen sexuellen Orientierungen, Diskriminierung auf Grund von Religionen und Ethnien – in all diesen Bereichen ist jedenfalls mehr Sensibilität gefragt, als wir zu Beginn dieser Debatte aufgebracht haben. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gelangt die Frau Amtsf StRin Frauenberger. Die Uhr steht auf 15 Minuten. Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren unseres Hohen Hauses!

Was in unserer Gesellschaft keinen Platz haben soll, soll auch in diesem Haus keinen Platz haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und daher sage ich: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Sexismus, Diskriminierung haben in diesem Haus nichts verloren. Es geht nämlich bei allen politischen Differenzen immer um eines, nämlich darum, dass man trotzdem einen respektvollen Umgang pflegt, und ich denke mir, jede Mandatarin und jeder Mandatar haben sich diesen respektvollen Umgang auch entsprechend verdient. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn ich von respektvollem Umgang spreche, dann ist das gleich eine sehr, sehr gute Überleitung zum Themenbereich des Personals. Ja, diese Stadt entwickelt sich, diese Stadt hat eine enorme demographische Entwicklung, und das stellt uns vor große Zukunftsherausforderungen, gerade auch in dem Bereich eines strategischen Personalmanagements. Hier gilt es zu reagieren, und 2014 werden wir konkret unter dem Titel „Arbeiten für Wien“ hier mit den Potenzialen unserer MitarbeiterIn-

nen und Mitarbeiter die Stadt auch entsprechend weiterentwickeln. Es geht darum, dass gerade die Stadt ein sehr, sehr starker Dienstleister ist, eine sehr, sehr starke Dienstleisterin ist, und der Erfolgsfaktor für Dienstleistungen ist nun einmal der Mensch. Deswegen kommt es darauf an, unsere MitarbeiterInnen auf der einen Seite entsprechend zu fördern, aber natürlich auch entsprechend wertzuschätzen.

Was sind unsere Ziele im Bereich „Arbeiten für Wien“, im Bereich unseres strategischen Personalmanagements? Es geht auf der einen Seite darum, die Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend auszugestalten, es geht darum, moderne, an den menschlichen MitarbeiterInnenbedürfnissen ausgerichtete Arbeitszeitmodelle zu kreieren, zu gestalten, es geht aber auch ganz konkret um ein diversitätsorientiertes Personalmanagement, und es geht darum, den Wissensaustausch unter den MitarbeiterInnen, unter den älteren MitarbeiterInnen, den erfahrenen MitarbeiterInnen und den jungen nachkommenden MitarbeiterInnen auch entsprechend zu gestalten.

Das heißt, es geht darum, ein zukunftsweisendes Dienst- und Besoldungsrecht zu gestalten, das uns weiterhin exzellent ausgebildete und hochmotivierte MitarbeiterInnen bringt, es geht darum, dass wir in die Aus- und Weiterbildung unserer MitarbeiterInnen investieren, es geht eben um dieses diversitätsorientierte Personalmanagement, es geht um Karrierechancen für Frauen und Männer in unserer Stadt, und es geht um eine qualitätsvolle Lehrlingsausbildung.

Ich möchte diesen Personalblock sozusagen auch von meiner Seite her mit einem Dank an unsere MitarbeiterInnen schließen, die in ihrer Arbeit sehr, sehr viel Verantwortung tragen und immer das öffentliche Interesse in den Vordergrund stellen. Ihr Engagement, das Beste für diese Stadt zu tun, macht letztendlich diese Stadt zu dieser wunderbaren lebenswerten Stadt Wien. Ich möchte mich daher bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz, ganz herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Themenschwerpunkt 2014 im Integrationsbereich lautet Inklusion durch Bildung. Was meinen wir damit? Es geht zunehmend darum, bei den Menschen nicht auf ihre örtliche Herkunft abzustellen, sondern ganz, ganz viel Zukunft von jungen Menschen hängt davon ab, wie ihre soziale Herkunft aussieht. Unser Ziel muss es daher sein, diesen jungen Menschen auch einen entsprechenden sozialen Aufstieg zu gewährleisten, diesen sozialen Aufstieg voranzutreiben. Und der Hebel dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Bildung. Unabhängig von Herkunft, von Alter, von Geschlecht, von sexueller Orientierung müssen alle Wienerinnen und Wiener die Chance haben, gleichberechtigt an unserer Stadtgesellschaft teilhaben zu können.

Es gibt zwei Wege, die sich heute hier wieder einmal dargestellt haben: Ausschließen, Einschließen, gestern und morgen. Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen eine Integrationspolitik entwickeln, die in Richtung Inklusion, in Richtung Einschließen geht. Es geht darum, dass wir zunehmend wissen, wie schon

gesagt, dass es nicht um die örtliche Herkunft geht, es geht um die soziale Herkunft. Deswegen ist es so entscheidend, diesen Aufstieg auch zu fördern, die Fähigkeiten, die Potenziale der Menschen, die in dieser Stadt leben, auch einbringen zu lassen, sie mitbauen zu lassen an dieser Stadt, an dieser enorm wachsenden Stadt. Und es geht auf jeden Fall nicht darum, Menschen auf Grund der vermeintlichen Leistung auszuschließen. Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft, wir brauchen eine gemeinsame Zukunft und dabei ist Bildung ganz, ganz zentral.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn mittlerweile fast die Hälfte der Menschen, die in dieser Stadt leben, einen sogenannten Migrationshintergrund hat, dann geht es darum, dies konsequent gemeinsam zu gestalten. Meine Aufforderung an Sie ist daher: Stoppen Sie Ihre migrantInnenfeindliche Rhetorik! Bedienen Sie sich nicht ständig des Mythos der Überfremdung! Ihre Angstszenerien dividieren die Menschen auseinander, und das lassen wir in dieser Stadt nicht zu! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Es ist egal, ob jemand aus Mistelbach kommt, aus Simmering kommt oder aus Ankara. Wir alle sind Wien, und es geht darum, diese Vielfalt als Potenzial und als Stärke dieser Stadt wahrzunehmen und auch dafür zu kämpfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Geschlechterpolitik. Wirtschaftskrisen sind immer Faktor für einen Backlash in unserer Gesellschaft. Was noch damit einhergeht – und das spürt man auch so; gerade auch in diesem Haus, und das, muss ich sagen, finde ich ja besonders entsetzlich –: Es führt auch zu einem Erstarren antifeministischer Ideologien. Es gibt einen Aufschwung der Männer, die sich als Opfer von Feminismus sehen. Ein Blick in Richtung Väterrechtler reicht hierfür. Und auf einmal liest man in den Medien: Die Einkommensschere ist eigentlich erfunden. Wer die Windeln wechselt, ist doch wirklich wohl noch Privatsache. Sexismus, na ja, das muss man schon ein bisschen mit Humor tragen. Und Gewalt an Frauen wird verharmlost.

Das dürfen wir in unserer Stadt auf gar keinen Fall zulassen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und deshalb ist der Leitsatz in der Wiener Frauenpolitik „Stark durch Selbstbestimmung“. Diese großen Themen, die uns hier beschäftigen, die sind bekannt. Es geht um Einkommen, es geht um Bildung, es geht um Mädchen- und um Frauenförderung, es geht darum, Working-Poor-Biographien zu bekämpfen, indem wir die Frauen unterstützen, es geht darum, den Qualifikationsplan Wien gerade für die niedrigqualifizierten Frauen gut zu pushen, gut sozusagen in die Wiener Stadt hineinzutragen, damit die Frauen ihr Recht und ihre Chance auf Bildung auch gleichmäßig wahrnehmen können. Es geht darum, mit einem Gleichstellungsmonitor zu sehen, an welchen Rädern wir noch drehen müssen, um Gleichstellung tatsächlich zu erreichen. Und es geht um Mädchenförderung, denn die Frauen in Wien brauchen gerechte Löhne, die ihre eigenständige Existenz sichern, die Frauen in Wien brauchen ein Leben ohne Sexismus und Rollenzuschreibungen, und die Frauen in Wien brauchen Verteilungsgerechtigkeit und Vereinbarkeit.

Auch 2014 gilt es daher, die Strukturen so zu schaffen, dass die Frauen in dieser Stadt gleichberechtigt leben können. Denn nur wenn Frauen und Männer den gleichen Zugang haben zu Bildung, zum Einkommen, zu den Karrieren, dann haben wir eine tatsächliche Gleichstellung erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute nach dieser Debatte scheint mir mehr denn je ein Zitat von Johanna Dohnal angebracht: „Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, für die Rechte von Frauen zu kämpfen, denn unser Ziel ist es, dass Frauen in dieser Stadt sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können.

Ich danke Ihnen und ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Ausschussmitgliedern. Danke. Und ich bitte um Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. - Ich schlage vor, die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe mit Postnummer 4, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2014, die Mehrjahresplanung 2014 bis 2018 der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund sowie die definierten strategischen Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2014 bis 2018 gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderats ersuchen, so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum allgemeinen Budgetentwurf gäbe es ja sehr viel zu sagen, und ich tu mir da bei einer Debatte für Spezialbereiche immer schwer, weil ich natürlich zum Allgemeinen schon so viel sagen könnte, dass die 15 Minuten nicht auslangen würden. Daher nur einige Sätze.

Auch im Jahr 2014 werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern ungemein tief in die Tasche greifen, und trotzdem liegt das Budgetziel in weiter Ferne. Das ist kein Zukunftsbudget, meine Damen und Herren der rot-grünen Stadtregierung. Fast 5 Milliarden fehlen, und das, muss man sagen, hat sich in den letzten 3 Jahren verdreifacht. Aber, meine Damen und Herren, nicht die Menschen in dieser Stadt haben über ihre Verhältnisse gelebt, nein, Sie, die rot-grüne Stadtregierung.

In den letzten Tagen haben wir ja von wissenschaftlicher Seite bestätigt bekommen, Effizienzsteigerung ist

möglich. Natürlich ist das möglich, und zwar ohne Qualitätsverlust. Hier gibt es sehr viel Spielraum: bei der Verwaltung, bei den Spitälern, bei der Pflege, um nur einiges zu nennen. Der Ökonom Dr Schuh sagt das in sehr anschaulicher Art und Weise, er sagt nämlich, in Wien in der Verwaltung ist es so, wie wenn jemand einen VW-Golf fährt, aber einen Mercedes bezahlt. Und dieses Zahlen für einen Mercedes geht zu Lasten Dritter, das zahlen nämlich die Bürgerinnen und Bürger. Dazu wäre noch sehr viel zu sagen, aber ich komme zur Gesundheit und Sozialpolitik.

Frau Stadträtin – ich habe Sie nicht begrüßt, entschuldigen Sie –, Ihr Ressort ist äußerst umfangreich, daher möchte ich zu Beginn einmal auf ein Problem eingehen, das für die Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig ist. Repräsentantinnen und Repräsentanten sind heute hier auf der Galerie, und ich darf Sie, meine Damen und Herren, ganz, ganz herzlich hier begrüßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worum geht es? Es geht um das Otto-Wagner-Spital. Das Otto-Wagner-Spital ist Teil des Spitalskonzepts 2030, aber bis heute ist die rot-grüne Stadtregierung den Wienerinnen und Wienern wirkliche Details über die Nachnutzung schuldig geblieben. 65 000 Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Kulturjuwels ausgesprochen. Für uns, die Wiener ÖVP, ist es ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, dieses Kulturgut zu schützen und eine ausufernde Bebauung zu verhindern. Aber obwohl wir die Stadt schon mehrmals aufgefordert haben, für dieses Areal den Weltkulturerbe-Status bei der UNESCO zu beantragen, sind Sie weiterhin säumig. Frau Stadträtin, dieses Thema betrifft auch Sie, denn hier geht es um die Gesundheit und einen enorm hohen Erholungswert für die Menschen in dieser Stadt. Daher bringen wir einen Antrag betreffend Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital ein:

„Beschlussantrag: Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Aufnahme des Jugendstilensembles Otto-Wagner-Spital in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aus. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen die diesbezüglich erforderlichen Schritte einleiten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Gesundheits- und der Sozialbereich ist ein ganz wichtiger und ein ganz spannender Teil der Budgetdebatte, geht es doch um existentielle Entscheidungen für Menschen, um lebensnotwendige Bereiche für Menschen in dieser Stadt. Fast 30 Prozent des Gesamtbudgets sind für Gesundheit und Soziales vorgesehen, und wir bekennen uns dazu. Allerdings – und das ist auch nicht neu, Frau Stadträtin – kann man ja wirklich fast, wie Kollege Wagner das bei der letzten Debatte gesagt hat, die Reden der Vorjahre hernehmen und wieder bringen, weil sich so wenig verändert. Daher kann man nur immer wieder wiederholen und auch ich muss es wiederholen, was ich seit Jahren zu dem Aspekt der Sparsamkeit, der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit und der Transparenz sage, denn die Zahlen des Budgets zeigen, dass das derzeit nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Bezüglich der Gesundheitsreform, wie sie geplant ist, und des Spitalskonzepts 2030 gibt es sehr vernünftige Überschriften, und wenn diese Überschriften Realität werden, bekennen wir, die Wiener ÖVP, uns durchaus zu diesen Reformen. Aber das ist noch Zukunftsmusik, derzeit sind wir noch in den Ebenen der Tagespolitik.

Dazu einige Sätze zum AKH. Frau Stadträtin, wir haben ja schon oft darüber gesprochen. Es gibt Zusagen, dass es ab dem Jahr 2015 eine Betriebsgesellschaft geben wird, damit die Streithähne AKH, Versorgung, MedUni sozusagen zu einem Team vereint werden. Ich hoffe, dass das tatsächlich passiert. Gesprochen wird ja seit vielen Jahren davon. Ich bin seit zwölf Jahren in diesem Haus. Seither verlange ich das, und immer wird gesagt, ja, ja es kommt. Ich hoffe, wir sind jetzt endlich doch in der Zielgeraden.

Im „Kurier“ vom 15.11. hat Präsident Moser vom Rechnungshof gesagt: „Wir fahren gegen die Wand.“ Und als negatives Beispiel führt Moser das AKH mit der getrennten Aufgabenteilung zwischen Bund und der Stadt Wien an.

Und weil wir beim Rechnungshof sind: Es gibt ja auch einen Bericht des Rechnungshofs von 2013, wo gravierende Mängel aufgezeigt werden und festgestellt wird, dass es keine Anreize für sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Führung gibt. Frau Stadträtin, hier ist unbedingt Handlungsbedarf. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss es einen ganz respektvollen Umgang mit öffentlichen Geldern geben.

Da komme ich gleich auf einen Schildbürgerstreich zu sprechen. In der Tageszeitung „Heute“ ist ein Bericht über Blutgruppenuntersuchung. Frau Stadträtin, das kann man ja wirklich fast nicht glauben, dass im AKH Blutgruppenuntersuchungen händisch durchgeführt werden und nach drei Wochen entsorgt werden. Also im Weltspital AKH gibt es keine EDV-Lösung! Das ist tatsächlich ein Schildbürgerstreich, und da sieht man, da wird das Geld mit beiden Händen hinausgeworfen. Da ist Änderung angesagt.

Oder: Es ist nicht zu verstehen – auch das, glaube ich, sage ich seit Jahren bei jeder Debatte –, dass Ärzte im AKH, aber auch in den anderen Spitälern viele Arbeiten verrichten müssen, die selbstverständlich von Stationsassistenten, von Sekretärinnen erledigt werden könnten. Ich habe immer wieder darauf aufmerksam gemacht, passiert ist nichts. Daher bringen wir wieder einen Antrag ein betreffend Anstellung von Stationssekretärinnen in allen Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Die Lyrik erspare ich mir.

„Beschlussantrag: Die zuständige amtsführende Stadträtin wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Aufnahme von Stationssekretärinnen vorbereitet und so rasch wie möglich umgesetzt wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun noch einige Worte zum zweiten, auch sehr wichtigen Kapitel, nämlich zur Sozialpolitik. Frau Stadträtin, wir werden nicht müde, Ihnen den Heizkostenzuspruch

ans Herz zu legen. Acht von neun Bundesländern leisten sich diese so wichtige Unterstützung für sozialbedürftige Bürger, nur Wien nicht. Es darf nicht sein, dass man als Mindestpensionist, als Mindestpensionistin – und das sind in Wien ungefähr 40 000 – oder als Mindestsicherungsbezieher zu Hause in einer eiskalten Wohnung sitzt, nur weil Sie Ihr soziales Anliegen nach 2010, kurz nach den Wahlen verloren haben.

Da möchte ich ganz im Besonderen die Frau Kollegin Hebein ansprechen. Frau Kollegin, Sie haben vor einigen Tagen im „Falter“-Interview – ich zitiere Sie wörtlich – gesagt: „Die Energieunterstützung kann nur ein Beitrag zur Armutslinderung sein, wie etwa auch die Kindermindestsicherung, mit einer Maßnahme alleine kann steigende Armut nicht bekämpft werden.“ – Wie wahr, wie wahr, da sind wir völlig einer Meinung. Ich erinnere Sie, Frau Kollegin, dass ich das, als wir das letzte Mal über den Heizkostenzuschuss gesprochen haben, sehr klar gesagt habe. Ich habe gesagt: das eine tun und das andere nicht lassen. – Deshalb verstehe ich dann nicht, warum Sie hier eine besonders emotionale Rede gehalten haben. Offensichtlich haben Sie versucht, mit besonders lauter Stimme Ihre Unsicherheit und Ihr schlechtes Gewissen zu kaschieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn ich kenne Sie ja jetzt seit einigen Jahren, ich schätze Sie auch als Politikerin mit sozialem Tiefgang, und es ist mir unverständlich, warum Sie wider besseres Wissen etwas vertreten, das Sie in Ihrem Innersten nie vertreten können. Damit stellen wir heute wieder den Antrag auf Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, den Heizkostenzuschuss auf 250 EUR anzuheben und als Geldleistung an bedürftige Wienerinnen und Wiener wieder auszus zahlen. Die Maßnahmen der Wien-Energie-Unterstützung sollen parallel dazu als nachhaltige Unterstützung zur Senkung der Energieausgaben in einkommensschwachen Haushalten durchgeführt werden. – In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und stimmen Sie diesmal zu. Sie brauchen nur die Hand zu heben und über 60 000 Wienerinnen und Wiener haben wieder eine warme Wohnung. Hier geht es nicht um Wählerstimmen von dem einen zum anderen, hier geht es um die Tatsache, dass Sie als Abgeordnete Menschen eine warme Wohnung geben können.

Meine Damen und Herren, ich halte zum Abschluss fest – *(auf die Uhr blickend)* ich bin noch im Zeitlimit, schau, schau –, es gibt viele Bereiche in der Gesundheitsreform, aber auch das Spitalskonzept 2030, zu dem wir als Wiener ÖVP, wenn es sich so weiterentwickelt und wir dementsprechend mitgestalten können, durchaus Ja sagen werden und hoffentlich können. Voraussetzung dazu ist natürlich, es muss zum Wohle der Patienten sein, es muss transparent, es muss wirtschaftlich und es muss effizient und sparsam sein. Allerdings, wie ich schon anfangs gesagt habe, sind das derzeit nur Überschriften und in den Mühen der Ebene der täglichen Gesundheits- und Sozialpolitik, meine Damen und Her-

ren, erleben wir leider wenig Effizienz, wenig Sparsamkeit, wenig Wirtschaftlichkeit und wenig Transparenz. Daher können wir Ihnen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger für diesen Budgetentwurf keine Absolution erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer – MitstreiterInnen in Sachen OWS, die mich ja in den letzten eineinhalb Jahren durchaus auch bei schwierigen Gesprächen und Verhandlungsrunden im Rahmen der Mediation begleitet haben!

Die Frau Korosec hat jetzt gerade gemeint, die ÖVP könne dem vorgelegten Budgetentwurf nicht die Absolution erteilen. Ich glaube nicht oder bin ziemlich sicher, ich brauche keine Absolution dazu. Was ich gerne hätte, wäre nur Ihre Zustimmung. Und da zitiere ich Sie, Frau Kollegin Korosec: Es wäre so einfach, Sie müssten nur die Hand heben. *(Heiterkeit bei GR Mag Gerald Ebinger und GR Gerhard Kubik.)*

Jetzt möchte ich kurz auf die bereits angesprochenen Überschriften eingehen. Überschriften sind es sehr wohl, aber diese Überschriften sind große strategische Projekte der Strukturveränderung. Meiner Meinung nach lassen sich die ersten Veränderungen durchaus sehen und erkennen, nämlich faktisch an neu zu errichtenden Gebäuden, aber auch praktisch und materiell in Form von geänderten Zahlen. Es sind also nicht nur Überschriften, es sind sehr wohl auch Fakten dahinter, die zeigen, wohin die Stadt Wien mit dem Spitalskonzept 2030 gehen möchte, wie weit die sehr viel früher angesetzte Reform der Geriatrie gehen soll – da geht es ja schon in die letzten Umsetzungsschritte – und wohin auch die Psychiatriereform geht.

All diese sogenannten Überschriften sind große strukturverändernde Maßnahmen, die nicht nur baulicherseits Strukturen ändern, denn es geht auch um den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den – jetzt sage ich es ganz banal – Einsatz der Mittel, seien das finanzielle Mittel bis hin zum Einsatz der tatsächlichen Mittel, von den Medikamenten bis hin zum Material, das bei der Gesundheitsvorsorge und bei den Gesundheitsberufen verwendet wird, siehe zentraler Einkauf. All das verbirgt sich unter den sogenannten Überschriften. *(GRin Ingrid Korosec: Davon reden wir seit zwölf Jahren!)* – Ja, das freut mich, dass Sie seit zwölf Jahren, wie Sie gesagt haben, darüber reden. Ich rede seit genau zwei Jahren darüber und ich sehe in diesen zwei Jahren – anders als offensichtlich Sie in den letzten zwölf Jahren – tatsächlich einige Fortschritte. Ich sehe Änderungen alleine dadurch, dass es eine jetzt faktisch vorhandene Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und dem AKH gibt. Davor wurde vielleicht darüber geredet, jetzt gibt es die Vereinbarung. *(Zwischenruf von GR Dkfm Fritz Aichinger.)* – Immerhin als Punktation, Herr Kollege Aichinger, besser als offensichtlich das, was in

den zehn Jahren davor passiert ist, auch offensichtlich besser als das, was Sie in einer allfälligen Regierungsbeihilfung zusammengebracht haben.

Nachdem Sie erstaunlicherweise unter diesem Ressortteil das OWS angesprochen haben, möchte ich zum wiederholten Male darauf eingehen, was in Sachen Otto-Wagner-Spital passiert ist und noch passieren wird. Sie wissen, als Ausgangspunkt steht wieder die Spitalsreform 2030, mit der die Spitalsversorgung schrittweise vom Otto-Wagner-Spital in andere Spitäler verlegt wird: Pulmologie und Thoraxchirurgie ins neue Krankenhaus Nord, Pulmologie teilweise auch in das Kaiser-Franz-Josef-Spital, Verlagerung der Psychiatrie – wie auch in der Psychiatriereform vorgesehen – auf mehrere regionale Standorte.

2006, also lange vor meiner Zeit hier im Gemeinderat, wurde ein neuer Flächenwidmungsplan beschlossen – ich möchte nur der Vollständigkeit halber erwähnen, mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ –, der eine durchaus dichte Bebauung dieses Geländes zulässt. 2008 gab es einen weiteren Beschluss, nämlich zum Verkauf von Grundstücken im sogenannten Ostareal, also im östlichsten Areal dieser Krankenhausanlage – wieder mit Zustimmung der ÖVP und der FPÖ. Dann gab es Abtretungen an die Vamed, um dort entsprechend der regionalen Gesundheitsversorgung ein Rehabilitationszentrum zu errichten. Und mit den Bauarbeiten zum Rehabilitationszentrum und den Plänen zu Errichtung von Wohnungen gab es eine ausgesprochen große Aufregung – aus meiner Sicht durchaus berechtigt – und einen sehr gut organisierten Widerstand gegen diese Baupläne. Daraufhin hat die Stadt damit reagiert, dass im Zuge eines Mediationsverfahrens überlegt worden ist, aus den verschiedensten Anliegen zu einer Lösung zu kommen. Ich habe hier oft genug erwähnt, was die Ergebnisse dieses Mediationsverfahrens sind. Die wichtigsten aus meiner Sicht sind eine wirklich große Bandbreite von Vorschlägen zur zukünftigen Nutzung der frei werdenden Pavillons. Ausgehend von dieser Mediation und der Frage, wie eine Bebauung im Ostareal erfolgen soll, wurden eine ExpertInnenkommission und daran anschließend ein sogenanntes Entwicklungsplanungsverfahren eingesetzt, das bestimmen sollte, in welcher Form, in welcher Kubatur und in welcher Ausprägung in diesem Ostareal gebaut werden konnte.

Nach jetzt – ich glaube, es sind – fast zwei Jahren, jedenfalls mehr als eineinhalb Jahren Prozess liegen viele sehr gute, gleichwertige Vorschläge zur Nachnutzung, zum Schutz des Ensembles und zur Verhinderung weiterer Bebauung vor. Und all diese Vorschläge werden umgesetzt. Einer der wesentlichsten Forderungen ist, dass die Grundstücke, dass das gesamte Areal im Eigentum der Stadt Wien bleibt. Diese Forderung der Bürgerinitiative – sie wurde auch von den ExpertInnen noch einmal stark unterstützt – wird umgesetzt. Einer der nächsten politischen Schritte und Aufgaben dieses Hauses wird es sein, den bereits gefassten Verkaufsbeschluss in eine Vergabe des Baurechtes umzuändern. Daran erkennt man, wie sehr die Stadt ihrer gegebenen Zusage, die Ergebnisse der Mediation auch tatsächlich

ernst zu nehmen, nachkommt.

Die zweite wesentliche Forderung war, eine dem kulturhistorischen Ensemble entsprechende Bebauung zu finden. Das war zugegebenermaßen der umstrittenste Teil, denn hier war die Frage zu lösen, in welchem Rahmen eine respektvolle Bewertung dieses kulturhistorisch einzigartigen Stücks erfolgen kann: mit gar keiner Bebauung oder mit einer Bebauung, die das architektonische Konzept übernimmt und im östlichsten Areal dieser Anlage fortsetzt, und zwar auf eine Art und Weise, dass dann für die – wage ich zu behaupten – nächsten Jahrzehnte keine weitere Bebauung ohne Zerstörung des gesamten Areals mehr möglich ist. Diese jetzt vorgeschlagene Bebauung bedingt tatsächlich einen städtebaulichen Abschluss und wird verhindern, dass in Zukunft jemals daran gedacht wird, hier noch weiterzubauen.

Als nächster Schritt – und ich mache das deswegen so ausführlich, weil ich damit meinen Respekt gegenüber den Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Zuschauergalerie ausdrücken möchte – kommt es zu einer Änderung der Flächenwidmung. Damit wird auch die zweite wesentliche Forderung erfüllt, die von der Bürgerinitiative kommt, aber auch von den ExpertInnen unterstrichen worden ist, dass nämlich keine weiteren Bauwerke in das historische Pavillonsystem eingesetzt werden. Das machen wir, indem wir die Flächenwidmung auf das reduzieren, was dann Stand sein wird.

Der umstrittenste Punkt ist die Frage, ob es beim Neubau Wohnungen geben darf oder nicht. Ich sage hier noch einmal öffentlich – das habe ich auch gegenüber den VertreterInnen der Bürgerinitiative immer gesagt –, ich halte Wohnen für eine ausgesprochen soziale Frage. Wohnen ist – wie wir heute Morgen bei der Debatte zu Wohnen gesagt haben – kein Luxus, Wohnen muss möglich sein, und Wohnen in einer wachsenden Stadt dort anzulegen, nämlich auch regional verteilt, ist eine eminent politische und eine eminent soziale Aufgabe. Das heißt, ja, das, was jetzt an Neubau in dieser Form zugelassen werden soll, wird auch Wohnen betreffen, wird gefördertes Wohnen betreffen. Es wird ein erklecklicher Anteil betreuter Wohnformen mit sozialen Trägerorganisationen umgesetzt werden, es wird soziale Wohngemeinschaften geben und möglicherweise auch Wohnungen für Studierende. Das ist aus meiner Sicht eine ausgesprochen sinnvolle zusätzliche Nutzung in dem Bereich, in dem wir eine Nutzungsänderung mitbeeinflussen müssen.

Der Punkt, an dem die unterschiedlichen Argumente keine Übereinstimmung finden, ist, dass aus meiner Überzeugung eine Nutzung des gesamten Areals ab dem jetzigen Zeitpunkt – also mit der noch laufenden Spitalsnutzung – mit der zukünftigen Wohnnutzung zusätzlich und Schritt für Schritt für die Zukunft entwickelt werden muss. Was nicht passieren kann, ist eine Beauftragung – von wem auch immer –, auf dem Reißbrett für den Zeitpunkt 2020 – wenn das OWS abgesiedelt ist – eine Nutzung zu skizzieren. Das ist das, was mit einem sogenannten Nutzungskonzept gemeint ist. Ich bin überzeugt davon, dass es auf diese Art nicht geht. Was es

jetzt geben muss, ist, ausgehend von der Ausgangslage, wie wir sie jetzt geschaffen haben, mit der Spitalsnutzung, mit der zukünftigen Wohnnutzung Zwischennutzungen, temporäre Nutzformen und in weiteren Schritten dann auch die spätere Nutzung der frei werdenden Pavillons zu finden.

Ich glaube, dass das trotz der großen Herausforderung machbar sein wird, und ich bin überzeugt davon, dass wir mit dem Ergebnis, das jetzt vorliegt, eine ausgesprochen gute Ausgangslage haben, um die zukünftige Nutzung für das Otto-Wagner-Areal in einer diesem Geiste – dem architektonischen, aber auch dem Visionär und Geiste des Namensgebers – entsprechenden Form umsetzen zu können. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Die Frau Kickert hat 15 Minuten gesprochen – nur als Information für die nachfolgenden Redner der GRÜNEN. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wenn wir heute über das Budget im Gesundheitsbereich sprechen, muss ich wieder einmal feststellen, dass hier eine große Chance vertan wurde, um erstens das Gesundheitssystem effizienter zum Wohle der Patienten umzugestalten und zweitens eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen einzudämmen. Ich glaube, es kann niemand hier bestreiten, dass unser Gesundheitssystem reformbedürftig ist. Aber dass es trotz allem noch immer so gut funktioniert – das muss man auch einmal sagen –, verdanken wir einzig und allein den Ärzten, den Krankenschwestern, den Pflegern und allen, die hier noch im Spitalsbereich daran beteiligt sind. Da muss man einmal herzlich Danke sagen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Frau Stadträtin, zu einigen Kritikpunkten, warum wir dem Budget auch nicht zustimmen werden: Zum Ersten geht es um diese „neverending story“ AKIM. Mittlerweile fragt man sich, ob man das AKIM nicht in ACIM umtaufen oder umbenennen sollte. Das klingt fast gleich, würde aber den Zustand des Systems besser beschreiben. Ich würde „Ärztliches Chaos im Management“ sagen, das würde auf das System besser zutreffen. Fakt ist, dass bis heute noch immer kein Ende in Sicht ist, und nach dem bisherigen ablauftechnischen und kostentechnischen Desaster ist das freundlich ausgedrückt. Es funktioniert einfach nicht und es wird auch in der nächsten Zeit nicht funktionieren.

Jetzt gibt es ja noch einige Probleme, Frau Stadträtin. Nachdem nun noch mehr Stationen dazukommen, die das im Versuch starten, wird das System immer langsamer und langsamer. Mittlerweile braucht man schon bis zu zwei Minuten, um die Daten eines Patienten aufzurufen. Das heißt, was wird passieren, wenn das alle oder fast alle haben? Das System wird so langsam sein, dass es ja fast nicht mehr funktionieren wird, weil man dafür dann einige Minuten braucht. Sie werden dann natürlich wieder investieren müssen, und das heißt nichts anderes, als dass Sie eine neue Hardware kaufen. Und das wird wieder Millionen kosten. Fachleute werden

Ihnen erklären, dass nicht einmal ganz sicher ist, ob, wenn hier eine schnellere und bessere Hardware kommt, das System auf der neuen Hardware dann überhaupt funktionieren wird. *(GR Kurt Wagner: Es muss kompatibel sein, so heißt das auf Computerdeutsch!)* Frau Stadträtin, in diesem Bereich hat man vor allem im Management mit Sicherheit in keiner Weise einen Fortschritt gebracht, im Gegenteil. Es hat vor genau 13 Jahren begonnen, wie gesagt, dieses AKIM ist für mich eine „neverending story“.

Nun zum AKH: Die Abteilung für pädiatrische Kardiologie für Kinder, Frau Stadträtin, ist ja sozusagen der nächste Anschlag auf die Steuerzahler. Es wurde jetzt ein Umbau beantragt. Ich gebe Ihnen recht, nach 40 Jahren gehört im AKH natürlich einiges umgebaut, aber das soll auch sinnvoll sein. Sie bauen jetzt um, das heißt, hier gibt es eine Erweiterung. Erwünscht ist die Adaptierung von bestehenden Loggien in Richtung Süden und Norden und ein Verbauen des südlichen Teils des Dachgartens. Die Kosten sind mit 8 Millionen EUR veranschlagt.

Wir wissen immer, wie das ausgeht. Wenn einmal etwas mit 8 Millionen veranschlagt ist, ist es oft das Doppelte bis Dreifache. Aber lassen wir das jetzt weg, Frau Stadträtin. Wenn Sie jetzt schon etwas Sinnvolles machen wollen – und ich finde, dass es sinnvoll ist, dass man etwas umbaut –, warum integrieren Sie das nicht in die Kinder-Herzchirurgie? Die wurde im AKH um 40 Millionen EUR gebaut, dort gibt es bis heute keinen Vollbetrieb. Und warum nicht? – Weil dort nämlich auf das Personal vergessen wurde. Das ist Ihr Problem. Heute passiert dort eine Operation in der Woche, und mehr nicht, den Rest der Zeit steht sie leer. Da wäre es doch mehr als sinnvoll, wenn man schon für einen Umbau Geld in die Hand nimmt, dass man das gleich dort integriert und dieses in Zukunft auch besser genutzt hätte. Aber, wie gesagt, Management, das ist ein großes Fragezeichen bei Ihnen. Ich glaube, in dieser Richtung sollten Sie auch einmal Ordnung schaffen, damit das endlich funktioniert.

Ein anderes Beispiel ist das Wilhelminenspital, das schlägt ja schon dem Fass den Boden aus. Ich lese jetzt vor, was das Wilhelminenspital im Zusammenhang mit den pränataldiagnostischen Screenings geschrieben hat:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen Sie leider nach dem überraschenden und bedauerlichen Ausscheiden von Frau Dr Silvia Amberger und der Pensionierung von OA Dr Lange darüber informieren, dass wir ab 1.12.2013 keine pränataldiagnostischen Screenings für Schwangere anbieten können. Trotz allen Bemühungen“ – Das muss man sich einmal vorstellen, wer sich da bemüht hat, möchte ich wissen! – „haben wir bis dato keinen Nachfolger gefunden. Wir bitten Sie daher, alle Schwangeren, die bei uns entbinden“ – und so weiter – „und dieses Screening erwünscht wird, an auswärtige Institute wie Gynschall, Fetomed oder andere spezialisierte Fachinstitute zu überweisen.“

Jetzt frage ich Sie, Frau Stadträtin: Man weiß ja zumindest ein Jahr im Vorhinein oder noch länger, dass eine Kollege in Pension geht. Ist man im KAV nicht fähig,

eine geplante Pensionierung rechtzeitig nachzubeseetzen? Denn es ist das Mindeste, was jeder draufhaben muss, dass man weiß, es geht jemand in Pension. Dort stehen jetzt die Geräte ungenützt herum, und die kosten ja nicht wenig. Es ist ja nicht so, dass das dort nur ein Staubsauger ist, für den ich jetzt keine Putzfrau habe. Das sind ja Leute, die diese Geräte auch bedienen können müssen. Das ist ja nicht so, dass man da jemanden schnell einschulen kann. Also, wie wollen Sie das bewerkstelligen? Und die Krönung ist der Schlusssatz: „In der Hoffnung“ – man hat wenigstens die Hoffnung, denn die stirbt bei Ihnen ja anscheinend zuletzt – „für unser Team, dass sie in Zukunft jemanden gewinnen können.“

Frau Stadträtin, ich frage Sie: Wie soll das weitergehen mit dem Gesundheitsbereich, Sie können nicht einmal eine Pensionierung nachbeseetzen? (*GR Kurt Wagner: Genauso gut wie die letzten 15 bis 20 Jahre. Da müssen Sie sich keine Sorgen machen!*) – Das habe ich eh gesehen! Kurti, Kurti! Was soll man jetzt sagen?

Vielleicht soll ich kurz die Linearbeschleuniger ansprechen, da ist ja das gleiche Problem. Ich bin schon froh, dass hier zwei neue Linearbeschleuniger kommen. Das hat ja jahrelang gedauert, und dank der „Kronen Zeitung“ – das muss ich auch einmal sagen –, die immer wieder berichtet hat, dass wir zu wenig Linearbeschleuniger haben, kommen sie nun endlich. Ich hoffe, Niederösterreich zahlt Ihnen jetzt auch etwas mit, damit das dort endlich kommt.

Und was machen wir jetzt? Jetzt kriegen wir zwei Linearbeschleuniger, daher frage ich Sie heute und hier: Frau Stadträtin, haben wir auch das geeignete Personal dafür? Denn daran wird es ja wieder scheitern, wir werden zwar zwei weitere Linearbeschleuniger haben, aber kein Personal. Man sieht das ja auch in anderen Krankenhäusern, wo nur bis 15 Uhr bestrahlt wird. Sie wissen ganz genau, dass es besonders bei der Bestrahlung Riesenprobleme gibt. Im SMZ-Ost gibt es überhaupt nur einen Linearbeschleuniger.

Beim Wilhelminenspital habe ich etwas zu sagen vergessen, Frau Stadträtin. Dort sind durch einen Buchungsfehler plötzlich 135 000 EUR verschwunden, die sind nie wieder aufgetaucht. Und dieser Fehlbetrag wurde nicht einmal bemerkt, da musste erst eine Tageszeitung berichten, nicht dass es irgendjemandem beim KAV aufgefallen wäre. Sind die dort alle so reich, oder liegt das Geld dort auf der Straße? Ich weiß es nicht, das ist ja das Problem, das muss man sich ja vorstellen, wie es bei Ihnen zugeht. Und zu den Linearbeschleunigern, Frau Stadträtin, erklären Sie mir bitte nachher, wie Sie das Personal nachbeseetzen wollen! Falls Sie das schon getan haben, bin ich sehr zufrieden.

Eigentlich gibt es ja gar nichts, was man positiv berichten kann, mir fällt gar nichts mehr ein, Frau Stadträtin. Meine Redezeit ist gleich aus. Ich sage Ihnen nur noch eines bezüglich Linearbeschleuniger und Personal. Auch der Patientenanwalt, Gerald Bachinger, hat kritisiert, dass es nicht nur bei der Beschaffung der neuen Geräte bleiben sollte. Sie sollten in Zukunft auch darauf schauen, dass man für diese Geräte auch Personal hat und nicht nur bis 15 Uhr Bestrahlungen durchführt. Ich

weiß, im SMZ-Ost wird – Gott sei Dank, muss man sagen – bis 20 Uhr am Abend bestrahlt, und das ist ganz wichtig.

Abschließend, Frau Stadträtin, möchte ich Ihnen noch sagen, dass wir das Budget ablehnen. Zum Geld noch einen Satz: Wissen Sie, Geld ist ja – wenn man sieht, dass man sogar auf 135 000 EUR vergisst – an und für sich wirklich genug vorhanden. Das Problem bei Ihnen und Ihrer Partei ist nur, Sie müssen es natürlich auch richtig einsetzen. Das ist das Problem. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Die Redezeit ist 5 Minuten 30.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte in meiner kurzen Redezeit zwei Themenbereiche ansprechen. Das eine ist das vielzitierte Allgemeine Krankenhaus, das AKH, unser Vorzeigehospital. Es ist irgendwie schon traurig, wenn uns aus dem AKH neben tollen Erfolgsmeldungen im medizinischen Bereich auch immer mehr Hilferufe von besorgten Klinikvorständen erreichen. Ich weiß, dass es schwierig ist, auf der einen Seite eine Uni-Klinik, für die der Bund zuständig ist, und auf der anderen Seite ein allgemeines öffentliches Landes- und Gemeindespital aufrechtzuerhalten. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir das AKH – so wie das ein Klinikvorstand gesagt hat – vor die Hunde gehen lassen.

Prof Krepler und alle anderen Professoren, Dozenten, Assistenzprofessoren und sonstige Ärzte, die Schwestern, die Pfleger, das Verwaltungspersonal leisten dort einen ganz tollen Job unter schwierigen Umständen, sie haben sowohl wissenschaftliche Forschung und Spitzenmedizin und dennoch einen allgemeinen Versorgungsauftrag zu erfüllen. Und deshalb ist es wichtig, dass die Probleme, die zwischen den Gebietskörperschaften entstehen mögen, nicht zu Lasten des Personals im AKH gehen, und damit auch nicht zu Lasten der Patientinnen und der Patienten.

Da ist es vielleicht auch in vielfacher Hinsicht notwendig, mutige Schritte dahin gehend zu setzen, dass man sich eben die Frage stellt: Braucht man wirklich eine Uni-Klinik-Ambulanz für 08/15-Beschwerden? Wie bekomme ich die Menschen wirklich weg aus den teuren Ambulanzen und hin in den niedergelassenen Bereich? – Ich weiß, dass der niedergelassene Bereich da auch eine Holschuld und eine Bringschuld hat, dass also dort sehr viele Mankos sind. Man hört immer, man soll zum niedergelassenen Arzt gehen, aber wann immer man diesen braucht, ist er nicht da und hat nicht offen. Das ist natürlich auch ein Problem. Aber es müsste doch jetzt langsam gelingen, nachdem es eine Gesundheitsplattform gibt, bei der die Krankenkassen und die Ärztekammer dabei sind, dass diese nicht notwendigen Ambulanzbesuche, die den Spitalsbetrieb so maßgeblich beeinträchtigen, auf das reduziert werden, wofür die Ambulanzen da sind, dass man nur dann in die Spitalsambulanz fährt, wenn wirklich mitten in der Nacht etwas pas-

siert und sonst niemand da ist, und nicht, dass man Dinge, die man planen kann, einfach deshalb im Spital wahrnimmt, weil man davon ausgeht, dass man dort zwei, drei Stunden wartet und sonst niemand da ist. Daher bitte: Zusammenarbeit mit dem Bund, wir brauchen ein ordentliches AKH. Wir sind stolz auf das AKH, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Zum Zweiten: Wir wissen ja, dass auch unser Sozialbudget natürlich endend wollend ist und Grenzen hat. Es gibt schon das Phänomen, dass im Zuge der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft – die ja in erster Linie für Arbeitnehmer gedacht ist, für Menschen, die anderswo arbeiten wollen –, diese immer weiter ausgenützt wird, um Sozialleistungen zu beziehen. Und ich beziehe mich jetzt ganz konkret auf die Obdachlosenthematik. Wir sind stolz in Wien, dass es uns gelungen ist, denjenigen Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, eine adäquate Unterkunft und Versorgung zu bringen, nämlich denjenigen, die hier bei uns gelebt haben. Wir sind völlig überfordert damit, wenn Menschen aus anderen EU-Staaten zu uns kommen, die obdachlos sind. Und dafür sind wir im Prinzip auch nicht zuständig. Daher habe ich auch vollstes Verständnis dafür, dass man diese Quartiere, diese menschenunwürdigen Quartiere im Stadtpark geräumt hat.

Ich glaube, man muss auch dafür Sorge tragen, dass Obdachlosigkeit nicht ein Phänomen ist, das einfach exportiert wird. Es kann nicht sein, dass seitens der EU Unterstützungen für manche Bevölkerungsgruppen gegeben werden, damit in den Ländern die Bedingungen verbessert werden, und diese nehmen sich das Geld und schicken dann die Leute, die kein Obdach und keine Unterkunft haben, erst recht woanders hin. Das kann es nicht sein. Die EU soll keine Obdachlosen-Union sein, sondern die EU soll vor Ort dafür Sorge tragen, mit den nicht unerheblichen Mitteln, die im Sozialfonds enthalten sind, die in den Regionalförderungen enthalten sind. Wir können nicht allen Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, ein Dach bieten. Und da gefällt mir nicht alles, was von katholischer Seite gemacht wird. Besonders gut finde ich die Aktionen von Pater Sporschill, der dort ist, wo die Menschen sind, wo die Straßenkinder in Bukarest sind, der vor Ort eine Verbesserung herbeiführen möchte. Weniger gut gefallen mir Aktionen, bei denen gesagt wird, kommt zu uns mit dem Autobus, wir sorgen für euch! – Da gibt es leider auch einen Flügel der christlichen oder der katholischen Fürsorge, der an sich nicht so toll ist. Da muss man schon ganz klar sagen, wir haben große Probleme, unseren eigenen Sozialstandard aufrechtzuerhalten, wir können nicht auch für hundertausende oder Millionen Obdachlose in anderen Ländern Europas zuständig sein. Dafür sind andere verantwortlich. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GR Christian **Deutsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Schwerpunkte des Wiener Budgets 2014 sind Investitionen in Zukunftsbereiche bei fortgesetztem Konsolidierungskurs. Das war die wesentliche Ansage bei der Einleitung der Generaldebatte durch unsere Finanzstadträtin, denn es geht dabei um Effizienzsteigerungen ohne Qualitätsverlust, um Kosteneinsparungen und auch um neue Finanzierungswege. Von den rund insgesamt 12 Milliarden EUR Gesamtausgaben beziehungsweise Gesamteinnahmen wird jeder 4. Euro in Gesundheit und Soziales investiert. Das heißt, es ist das Ziel, diesen Wachstumsbereich der Stadt modern sowie für alle leistbar und zugänglich zu halten.

Im Bereich des Wiener Krankenanstaltenverbundes stehen strategisch die Umsetzung des Spitalkonzepts 2030, die adäquate Weiterentwicklung des Gesundheitssystems, entsprechend den Vorgaben des Regionalen Strukturplans Gesundheit Wien 2020, sowie die Umsetzung des Geriatriekonzepts weiterhin im Vordergrund. Und damit das auch hier gesagt ist: Hier werden großartige Leistungen erbracht, die von den Kollegen Korosec und Lasar völlig ignoriert werden, denn anders sind deren Redebeiträge nicht zu erklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Budgetjahr 2014 ist im Wirtschaftsplan des KAV ein Investitionsvolumen von mehr als 442 Millionen EUR vorgesehen. Die Fortsetzung des Geriatriekonzepts, insbesondere mit dem Neubau der Pflegehäuser Baumgarten und Donaustadt sowie die Bauträgermodelle in Favoriten und Rudolfsheim-Fünfhaus, die Umsetzung des Neubaus Kaiser-Franz-Josef-Spital, Teilprojekt 2, die Errichtung des Gebäudes Juchgasse 22, die Weiterführung des Krankenhauses Nord sind hier wesentliche Schwerpunkte. In den Bereich der Krankenanstalten wird investiert. Vieles ist in Veränderung, vieles wird investiert in die Zukunftsprojekte der Stadt. Und dann kann man sich nicht so einfach hier herstellen, wie Sie das getan haben, Frau Kollegin Korosec und Herr StR Lasar, offensichtlich mit einer alten Rede der vergangenen Jahre, und so tun, als wäre hier nichts in Bewegung, nichts in Umsetzung.

Beim Bauprojekt Krankenanstalt Rudolfstiftung, Juchgasse 22 handelt es sich, wie Sie wissen, um die Errichtung eines Neubaus, zu dessen Inbetriebnahme es im Zuge der Dezentralisierung der Psychiatrie voraussichtlich schon im Herbst nächsten Jahres kommen wird, mit 60 Betten, und mit dem auch die Verlagerung der 5. Psychiatrischen Abteilung aus dem OWS ermöglicht wird.

Beim Neubau des Krankenhauses Nord werden sich – nachdem es sich um eine Budgetdebatte handelt – die zu aktivierenden Errichtungskosten auf 825 Millionen EUR, Preisbasis 2009 belaufen, wobei die tatsächlichen Gesamtinvestitionskosten auch die entsprechende Valorisierung umfassen werden.

Entsprechend dem Wiener Spitalkonzept 2030 wird das Wilhelminenspital am bestehenden Standort neu errichtet. 2014 wird die Planung hier weitergeführt. Im Donaospital werden Infrastrukturanpassungen durchgeführt, um auch hier wieder über zeitgemäße und wirtschaftliche Strukturen zu verfügen. Derzeit erfolgen

bereits die Planungsarbeiten. Das Krankenhaus Hietzing wird ebenfalls entsprechend dem Wiener Spitalskonzept 2030 am bestehenden Standort in Form einer Zentralklinik mit 882 Betten vollständig neu errichtet. Im Wirtschaftsjahr 2014 liegt der Schwerpunkt hier an der weiteren Erarbeitung der konzeptionellen Gestaltung dieses Spitalsstandortes. Der gesamte Gesundheitsbereich ist im Umbau, auch das Kaiser-Franz-Josef-Spital, das im Zuge des Spitalskonzeptes 2030 am bestehenden Standort neu errichtet wird. Damit werden auch hier die Voraussetzungen für eine zeitgemäße und wirtschaftliche Betriebsführung für die Erfüllung der Vorgaben des Regionalen Strukturplanes Gesundheit ermöglicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das AKH wurde von meinen Vorrednern angesprochen. Hier sind etwa im Rahmen der zwischen Bund und Stadt Wien von 2007 bis 2015 vereinbarten Investitionsmittel für 2014 auch Großinvestitionen geplant, wie die Erneuerung der pädiatrischen Kardiologie an der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde. Mit dieser wichtigen Maßnahme wird die kardiologische Versorgung der kleinen Patientinnen und Patienten unter Einbeziehung der Angehörigen auch weiter qualitativ und quantitativ verbessert. Und selbstverständlich werden auch medizinische Großgeräte erneuert.

Im Projekt Universitätsmedizin Wien 2020 wird an wesentlichen Zukunftsfragen gearbeitet. Der Rektor der Medizinischen Universität Wien, Wolfgang Schütz, und unsere Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely als Vertreter der beiden Rechtsträger haben hier auch bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der das Bekenntnis zur Zusammenarbeit und die Bedeutung des Projektes für die gemeinsame Vorbereitung, Abstimmung und Umsetzung der strategischen Weichenstellungen – wie es heißt – für die Zukunft auch ganz klar artikuliert wird, um das Ziel zu erreichen, hier eine gemeinsame Betriebsführung, die Anfang 2015 in Kraft treten soll, jetzt bereits in zahlreichen Arbeitsgruppen abzustimmen und zu akkordieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusätzlich zu diesen umfangreichen Investitionen, die im Jahr 2014 anlaufen, eingeleitet beziehungsweise fortgesetzt werden, und zusätzlich zu den vielen strukturellen Maßnahmen, werden auch Maßnahmen zur Kostendämpfung ergriffen. Die Aufwandsteigerung beim Sachaufwand wird sich trotz Leistungssteigerungen deutlich unter dem durchschnittlichen Gesundheitsbranchenindex bewegen. Und die Durchsetzung der Dämpfungsmaßnahmen erfolgt im Rahmen eines umfassenden, auch extern begleiteten Sachkostenoptimierungsprojektes. Dabei wird auf die effizientere Beschaffung, auf die Preisoptimierung, die Standardisierung, die Bedarfs- und Verbrauchssteuerung sowie auf die Logistiko Optimierung abgezielt – eine wesentliche Frage, um das Ziel der Kostendämpfung bei Aufrechterhaltung der Qualität zu erreichen.

Bezüglich der Entwicklung der Personalkosten ist festzustellen, dass der Krankenanstaltenverbund für 2014 mit 28 659 Bediensteten einen plangemäß geringeren Personalstand aufweisen wird als 2013. Die für 2014 geplanten Leistungsdaten in den Wiener Krankenanstal-

ten weisen hier eine leicht steigende Tendenz auf. Im AKH etwa liegt die Anzahl der geplanten Aufnahmen geringfügig über dem Niveau. Aber durch den Betrieb von Tages- und Wochenkliniken beziehungsweise durch die Verkürzung der Verweildauer von Patientinnen und Patienten im stationären Bereich werden auch hier die Vorgaben des Regionalen Strukturplans Gesundheit für Wien umgesetzt und damit auch eine entsprechende Reduktion von Betten im stationären Bereich ermöglicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vorliegende Mehrjahresplanung 2014 bis 2018 bildet zugleich auch den Beitrag Wiens zu der im Rahmen des Stabilitätspaktes 2012 von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung vereinbarten Zielsteuerung im Gesundheitswesen ab, mit der ab 2013 die Zuwächse im österreichischen Gesundheitswesen schrittweise auf ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 3,6 Prozent im Jahr 2016 gedämpft werden sollen.

Wie im Wiener Spitalskonzept 2030 definiert, wird die Konzentration auf sieben zentrale Spitalsorganisationen in Wien fortgesetzt. Für die Bevölkerungsentwicklung in Wien, die auch einem dynamischen Wachstum unterliegt, wurde hier das Wachstum in der Zeitperiode zwischen 2010 und 2020 mit 7 Prozent prognostiziert und auch in die Mehrjahresplanung 2014 bis 2016 mit folgenden Planungsparametern einbezogen: nämlich mit der Annahme, dass die Zahl der systemisierten Betten um 5,6 Prozent sinken wird, auf der anderen Seite die Frequenz der ambulanten Patientinnen und Patienten genau um diese 5,6 Prozent ansteigen wird, also die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich stattfinden soll.

Die Zahl der Aufnahmen in den Akutkrankenanstalten wird sich um 3,1 Prozent erhöhen, aber gleichzeitig werden auch die Ein-Tages-Pflegen um 7,6 Prozent zunehmen. Die Pflage tage werden um 0,1 Prozent, die Belagsdauer wird um 3,4 Prozent sinken, da durch den Betrieb der Tages- und Wochenkliniken sowie durch die Verkürzung der Verweildauer von Patientinnen und Patienten im stationären Bereich auch hier die Vorgaben des Regionalen Strukturplanes Gesundheit umgesetzt werden. – Konkrete Ziele, konkrete Antworten auf aufgeworfene Fragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umsetzung der Gesundheitsreform steht auch 2014 im Vordergrund, mit vielen konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten. Wien hat am 30. September dieses Jahres als erstes Bundesland auch den Landeszielsteuerungsvertrag unterschrieben und damit gemeinsam mit der Wiener Gebietskrankenkassa die Leitlinien der Umsetzung der Gesundheitsreform in Wien fest umrissen. Ziel dabei ist es, die medizinische Versorgung effizienter zu gestalten, die Qualität zu erhöhen und gleichzeitig auch den Kostenanstieg im Gesundheitsbereich erfolgreich einzubremsen.

Damit wird vieles neu im Wiener Gesundheitswesen: etwa eine raschere Primärversorgung auch am Abend – das kann, muss aber nicht zwingend im Spital sein, wenn es auch darum geht, die Ambulanzen zu entlasten; eine

bessere Förderung für Kinder mit Entwicklungsstörungen, wo etwa bereits in diesem Jahr die Anzahl der Betreuungsplätze verdoppelt werden konnte, aber in weiterer Folge 2014 700 weitere Therapieplätze geschaffen werden sollen; der weitere Ausbau von Tageskliniken zur Entlastung der Spitäler und mit nachfolgender weiterer Betreuung im niedergelassenen Bereich; eine bessere Versorgung von Demenzkranken durch Früherkennung und eine bessere Vernetzung auch von Angeboten, um die Angehörigen zu entlasten; die Versorgung in Notfällen in Pflegeeinrichtungen und vieles mehr. – Also lauter konkrete Maßnahmen, über die meine Vorrednerinnen und Vorredner ebenfalls hätten reden können, wenn sie sich intensiver damit befasst hätten.

Das Wiener Spitalskonzept – und ich bin bereits darauf eingegangen – wird auch im kommenden Jahr Schritt für Schritt umgesetzt, mit einem Bündel von Maßnahmen, um damit der demographischen und technologischen Veränderung auch gesundheitsplanerisch Rechnung zu tragen. Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht die Stadt Wien bewusst einen anderen Weg als andere Städte: nicht den Weg der Privatisierung von städtischen Krankenanstalten, sondern sie sichert vielmehr die Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung für die nächsten Jahrzehnte und übernimmt damit auch klar einen Versorgungsauftrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen des Wiener Geriatriekonzeptes werden 2014 noch weitere wichtige Meilensteine umgesetzt. Auch durch eine Vielzahl von begleitenden Maßnahmen wird sichergestellt, dass der Wunsch der Menschen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben zu können, auch umgesetzt wird. Jeder 4. Euro – und ich komme damit zum Schluss – wird in Gesundheit und Soziales investiert, in die Gesundheit der Bevölkerung, in die medizinische und pflegerische Versorgung, in die Prävention sowie in die soziale Sicherheit. Und zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen Tag für Tag, Nacht für Nacht, 365 Tage rund um die Uhr dafür. Zehntausende MitarbeiterInnen, denen ich für ihre Arbeit im Dienste der Wienerinnen und Wiener auch von dieser Stelle ganz herzlich danken möchte. Vielen Dank, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 10 Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender!

Sie wissen alle, dass das Ressortbudget Gesundheit und Soziales wohl das größte Budget der Stadt Wien ist, auch wenn wir nur 3,024 Milliarden EUR ausgewiesen haben. Aber bekanntermaßen kommen ja noch 600 Millionen aus dem Wiener Gesundheitsfonds dazu. In diesen 600 Millionen ist auch der Abgang für das Hanuschkrankenhaus, der voraussichtlich sehr ähnlich wie im Vorjahr sein wird. Offensichtlich wirken sich manche Sparmaßnahmen im Hanuschkrankenhaus aus. Der letzte Abgang war 44,57 Millionen, diesmal plant man

44,62 Millionen. Wir hoffen, dass diese Linie, den Abgang des Hanuschkrankenhauses deutlich in Grenzen zu halten, nachhaltig ist.

Einen Punkt, den ich vorab noch erwähnen möchte, ist das Thema Linearbeschleuniger, das der Herr StR Lasar schon angesprochen hat. Meine Damen und Herren, wir haben wirklich deutlich zu wenige, und es ist nicht intelligent, wenn wir die Patienten für die Therapie quer durch Österreich schicken müssen.

Ich komme zum Ansatz „Dotierung, Sucht und Drogenkoordination“: Wir haben im letzten Ausschuss darüber gesprochen, dass neue Schwerpunkte geschaffen werden. Es soll vor allem bei den sogenannten legalen Substanzen Tabak und Alkohol sowie natürlich auch bei synthetisch hergestellten Substanzen das Ziel sein, dass hier wirklich mehr Mittel ausgegeben werden. Hier gibt es eine Steigerung von 20 Millionen auf 27 Millionen. Ich hoffe, dass sich auch für die Bekämpfung der Drogen an den Hot Spots – ich nehme hier das Stichwort Praterstern – und auch für die Bekämpfung der legalen Substanzen deutlich mehr Mittel einsetzen lassen, damit auch dieses Thema in den Griff gebracht werden kann.

In diesen Unterlagen steht unter anderem, dass die Schaffung eines zweiten Standortes für Spritzentausch vorgesehen ist. Offensichtlich ist das Jedmayer im 6. Bezirk deutlich überlastet und soll entlastet werden. Außerdem steht in diesem Plan, dass an anderen Orten der Stadt Wien dezentral mehrere dieser Stellen eingerichtet werden sollen. – Ja, selbstverständlich, ich glaube auch, dass es notwendig ist, dass mehr Stellen eingerichtet werden, aber man muss auch mit der Übersiedlung oder Ansiedlung solcher neuen Stellen behutsam umgehen. Ich denke da besonders an das TaBeNo im 4. Bezirk, welche Problem dort rundherum um dieses ... *(GR Kurt Wagner: Das war gekünstelt!)* – Ja, aber ich kann nur sagen, mit dem TaBeNo hat es schon Probleme gegeben. Natürlich sind immer wieder Spritzen in den Hauseingängen gefunden worden und hat es Anrainerbeschwerden gegeben. Das zeigt natürlich, dass man sensibel mit dem Thema umgehen muss, und es ist meine Aufgabe, dass ich darauf hinweise. *(GR Kurt Wagner: Wenn wir überall so wenig Probleme gehabt hätten, könnten wir froh sein!)* Ich kann nur darauf hinweisen. In den Unterlagen findet sich eine deutliche Ausweitung der Spritzentauschstellen, und ich glaube, damit muss man einfach sensibel umgehen.

Ich komme zu einem Thema, das immer wieder zu hohen Wellen in diesem Haus führt, zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wir wissen, Wien ist und bleibt das Bundesland mit der mit Abstand höchsten Zahl von Mindestsicherungsbeziehern, auch wenn ich sofort wieder von der Frau Stadträtin die berühmten 9 Prozent hören werde. Wir sollten und können natürlich nicht auf diese Zahl stolz sein. Wir wissen, dass wir im Jahr 2014 voraussichtlich mit 152 000 Menschen, die Mindestsicherung brauchen werden, rechnen können, sprich, das sind um 8 000 mehr als bisher ... *(GR Kurt Wagner: Brauchen täten es sehr viel mehr, aber in den anderen Bundesländern gehen sie nicht hin!)* – Ja, aber bei uns sind sie ... *(GR Kurt Wagner: Bei uns ist der Wirkungsgrad 70*

Prozent, dort ist er 60 Prozent!) – Ja, wir wissen das. Wir wissen, wie das in anderen Bundesländern passiert. Wir wissen, dass es hier in dieser Stadt Wien vielleicht durchaus zu wenige Kontrollen gibt, durchaus zu wenige hintangehaltene, untersuchte Fälle. Ich glaube, dass das eine oder andere vielleicht durchaus mit einer intensiven Nachschau in den Griff zu bekommen wäre. Aber man muss natürlich bei der allgemeinen Sozialhilfe – sie steigt im Ansatz von 544 Millionen auf knapp 586 Millionen, das sind 7,7 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr – auch wissen, dass darin 30 Millionen für die Personalkosten der MA 40 und auch die Indexanpassung nach dem ASVG Auslagen-, Zulagen-Richtsatz enthalten sind.

Aber trotzdem sind 8 000 Menschen mehr eine in meinen Augen nicht zu akzeptierende Zahl, denn wir bewegen uns in Richtung von fast 170 000 oder 180 000, und das kann für die Stadt Wien kein Vorbild sein. Knapp über 10 Prozent der Wienerinnen und Wiener wären dann sozusagen Mindestsicherungsbezieher. (GR Kurt Wagner: Die Betriebe bräuchten nur mehr zu zahlen!)

Wir wissen aber auch, dass dieses Problem immer mehr Menschen trifft, die geringe Ausbildung haben. Und wir glauben auch nicht, dass in der Zeit von Dienstleistung und erhöhten Anforderungen an die Menschen die Chance, dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher in dieser Stadt sinken wird, eintreten wird.

Es ist deswegen unserer Ansicht nach auch ein Fokus auf die Schuldenprävention notwendig. Wir wissen alle, es gibt eine Generation, wo in der Familie die Devise lautet, der Papa oder die Mama zahlt alles, wo kostenpflichtige Apps für Tablets und Handys jede Menge kosten und nachträglich eben Schulden entstehen. Wir wissen auch, dass Modeaccessoires bei den jungen Menschen immer wieder Vorbildwirkung, leider negative Vorbildwirkung haben.

Die Schuldenprävention ist für uns einfach auch ein Fokus, auf den man achten muss, und wir wollen daher einen sogenannten Finanzführerschein für Jugendliche vorschlagen und mit dieser konkreten Maßnahme eine Möglichkeit aufzeigen, wie die jungen Leute lernen können, mit ihrem Geld besser umzugehen. In Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg gibt es diesen Finanzführerschein schon. Er wird in Kooperation von einer Schuldnerberatungsstelle, den Ländern, der Arbeiterkammer und der Wirtschaftskammer und einzelnen Bankinstitutionen durchgeführt. Ich möchte daher mit meinen Kollegen und Kolleginnen Korosec, Leeb, Anger-Koch und Flicker folgenden Beschlussantrag einbringen:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, einen Wiener Finanzführerschein für Jugendliche nach dem Vorbild der Bundesländer Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg ins Leben zu rufen.

Die zuständige Stadträtin möge dafür Sorge tragen, in Absprache mit dem Ressort für Bildung, Jugend, Information und Sport unter Einbeziehung der Schuldnerberatung Wien, der Landesstelle Wien des AMS ein Konzept für die Umsetzung des Wiener Finanzführscheins zu erarbeiten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an den Gemeinderatsausschuss für Gesundheit

und Soziales sowie an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“

Ja, wir haben schon etliches gehört, Kollege Deutsch hat uns den Inhalt der letzten Gemeinderatsausschusssitzung nähergebracht. Wir sind ihm sicherlich sehr dankbar, dass er eine Menge Zahlen geliefert hat. Aber trotz allem, meine Damen und Herren: Wir werden diesem Budget nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP und von StR David Lasar.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Die selbstgewählte Redezeit ist 14 Minuten. – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (Grüner Klub im Rathaus): Werter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Vielleicht noch vorweg: Die ÖVP verblüfft mich immer wieder, weil ihre Vertreter in ihren Reden Folgendes sagen: Sie wollen, dass die Mindestsicherung gekürzt wird, eingeschränkt wird, aber sie wollen den Heizkostenzuschuss vermehren. Vielleicht kann man einmal wirklich ernsthaft über Zusammenhänge von Armut und Auswirkungen sprechen, denn das ist irgendwie eine Spur widersinnig.

Das heißt konkret: Wenn wir hier ein Budget für den Sozial- und Gesundheitsbereich in Höhe von 3,4 Milliarden vorlegen, treffen wir von Rot-Grün eine politische Entscheidung, die da heißt: Wir wollen den Menschen in der Stadt soziale Sicherheit gewähren. Wir wollen, dass die Menschen in der Stadt sich auf uns verlassen können.

Die Summen sind sehr wohl beeindruckend. Lassen Sie mich nur ein paar nennen: FSW 908 Millionen, die allgemeine Sozialhilfe 586 Millionen, Sucht- und Drogenkoordination 27 Millionen, der Behindertenbereich 140 Millionen. Dahinter stecken konkrete Projekte, dahinter steckt unser Ziel, dass wir die Qualität – ich spreche jetzt vor allem für den Sozialbereich - aufrechterhalten wollen. Ja nicht nur das, wir wollen die Angebote erweitern. Wir wollen die Probleme, die es in unserer Stadt gibt, ernst nehmen. Lassen Sie mich dazu ein paar konkrete Projekte nennen, um zu veranschaulichen, was sich hinter den Zahlen verbirgt.

Das eine ist: Ja, selbstverständlich braucht die MA 40 genügend Geld, um jene Menschen zu unterstützen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Selbstverständlich! Was sollen wir tun? Sollen wir irgendwie den Leuten sagen: Seid so nett und kommt mit 400 EUR im Leben aus!? - Das ist eine politische Entscheidung, die wir treffen.

Und wir haben es schon x Mal diskutiert, wirklich in aller Sachlichkeit - Sie wiegeln es immer so ab -: Die Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben und auch von der Arbeitslosigkeit. Wir würden uns in Wien leichter tun, hätten wir eine höhere Nettoersatzrate, hätten wir Mindestlöhne, von denen die Menschen sicher leben können. Diese Zusammenhänge muss man, bei aller Sachlichkeit, doch erkennen.

Ein weiteres Beispiel, weil es auch angesprochen worden ist, ist die Wohnungslosenhilfe. Ja, hier arbeiten wir konkret an einer Erweiterung. Ich halte das Housing-

First-Modell, wo obdachlose, wohnungslose Menschen eine eigene Wohnung erhalten und bei Bedarf mobil betreut werden, für eine extrem wichtige und gute Sache, die wir hier in dieser Stadt machen; auch das Winterpaket. Ich bin nicht stolz darauf, dass wir jetzt 140 000, 150 000 MindestsicherungsbezieherInnen haben, ich bin stolz darauf, dass die Menschen, die Hilfe brauchen, sie erhalten. Das ist der Unterschied. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich bin auch stolz darauf, in einer Stadt zu leben, wo wir das Ziel haben, dass niemand in der Stadt erfrieren darf. Das ist doch bitte eine klasse Geschichte! Heute habe ich gerade wieder telefoniert, wir haben heuer früher begonnen mit dem Winterpaket, gemeinsam mit NGOs. Wir haben noch mehr Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Es gibt eine gute Kooperation. Die nächsten Ausbaupläne werden bereits umgesetzt. – Das bedeutet eine Herausforderung vor allem für die Leute, die in diesem Bereich arbeiten, mit dem politischen Ziel, dass niemand in unserer Stadt erfrieren darf. Das ist eine hochpolitische Entscheidung, und das steckt hinter diesen Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein weiteres Beispiel, das ich erwähnen möchte - einfach weil es immer so weggewischt wird -, ist die Kindermindestsicherung. Frau Abg Korosec, bei aller Wertschätzung: Wenn Sie über Armut sprechen, dann sprechen wir auch über Kinderarmut! Dann sprechen wir auch darüber, dass die Stadt Wien im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern 70 EUR mehr pro Kind im Monat zahlt! Dann reden wir über den Gratiskindergarten! Dann reden wir auch, wenn wir Sozialpolitik in der gesamten Dimension begreifen wollen, über den Ausbau von Kindergartenplätzen, die Erweiterung der pädagogischen Ausbildungen! Dann reden wir über Bildung, über leistbares Wohnen, über den Zugang zu Gesundheit! - Das ist im Grunde ein Grundverständnis von Sozialpolitik.

Und jetzt komme ich noch schnell zu dem immer wieder aufkochenden Thema der Energiearmut. Ich will Ihnen, Frau Abg Korosec, echt nichts Böses unterstellen, aber mein Eindruck ist immer: Wenn es draußen kalt wird, dann erwärmt es innerlich die Herzen, und dann spricht man von Kälte und dann spricht man von Armut. Jene Menschen, die die Armut wirklich betrifft, haben diese Armut aber das ganze Jahr über! Und ja, Sie haben mich richtig zitiert: Eine einzelne Maßnahme wird Armut nicht bekämpfen.

Und wenn wir jetzt hergehen und mit der Energieunterstützung ein neues Modell erproben, wo wir sagen, wir kürzen keinen einzigen Cent, es gibt auch weiterhin 6 Millionen EUR, dann bitte ich Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Dann bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass es hier um Hilfe in besonderen Lebenslagen geht, dass die Menschen oft Strom- und Gasrechnungen nicht zahlen können. Dann reden wir über Nachhaltigkeit! Gehen Sie doch bitte in Wohnungen, Sie werden sehen, es macht Sinn, die Fenster abzudichten (*GRin Ingrid Korosec: Ja, ...*), die alten Geräte auszutauschen!

Ja, Frau Abg Korosec, Sie werden mich erst zufrieden hier am Rednerpult erleben, wenn es keine Armut

mehr gibt auf dieser Welt und in Wien. (*GR Mag Alexander Neuhuber: ... die ganze Welt?! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann werden Sie mich zufrieden erleben. Aber bis dahin haben wir die soziale Verantwortung, bestmöglich sozial verantwortlich in der Stadt umzugehen, bestmöglich die Probleme ernst zu nehmen, und zwar durch konkrete Hilfe und auch nachhaltig. - Das sind die Ziele der rot-grünen Stadtregierung, und die spiegeln sich in diesen Zahlen wider.

Und weil auch das Thema der Sucht- und Drogenhilfe in Wien angesprochen worden ist: Herr Dworak - er ist gerade nicht im Saal -, selbstverständlich muss man und wird man sensibel damit umgehen, wenn neue Einrichtungen geschaffen werden, wenn das Jedmayer entlastet wird, denn das ist unsere soziale Verantwortung, die wir übernehmen: für die Betroffenen auf Augenhöhe Unterstützung anzubieten - und die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft alle Schichten. Und ja, das ist ernst zu nehmen, es werden nicht weniger. Wir haben sorgsam damit umzugehen und haben das auch - wie haben Sie es genannt? - sensibel anzugehen. Ja, wir wissen es.

Und jetzt erlauben Sie mir, etwas Grundsätzliches zu sagen: Über Sozialpolitik zu reden und über Armut zu reden, ist für viele nicht angenehm. - Na eh klar, da kann man keine lustigen Schmähs machen, keine schönen Bilder produzieren. Das ist nicht das Thema, sondern das Thema ist, mit einer Ernsthaftigkeit die Auswirkungen von Armut zu sehen und zu handeln, immer wieder zu hinterfragen, zu schauen: Welche Probleme gibt es? Welche Lösungsansätze können wir hier wählen?

Herr GR Aigner, der heute schon unangenehm genug aufgefallen ist, indem er hier persönliche Untergriffe gegen eine Kollegin geäußert hat, sagt, wenn ich es richtig verstanden habe, er ist zufrieden, dass man - ich zitiere - die Obdachlosen im Stadtpark geräumt hat. Punkt. - Ich will in keiner Stadt leben, wo obdachlose Menschen verdrängt und kriminalisiert werden. Niemand will in einer solchen Stadt leben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Oh?*) Und ja, wir können nicht alle Probleme der gesamten Welt hier lokal lösen, aber wir können sorgsam damit umgehen, denn es ist niemandem geholfen, wenn man obdachlose Menschen kriminalisiert oder verdrängt. Das halte ich für einen falschen Ansatz. Da wollen wir sozialpolitisch verantwortlicher damit umgehen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Diese Möglichkeit war ja gegeben, Frau Kollegin! Es gab Schlafplätze!*)

Und ja, natürlich müssen wir auch diese Campiervorordnung hinterfragen. Nur, noch einmal in aller Deutlichkeit: Oft ist es so, dass die Globalisierung und die Finanzmärkte natürlich in einem Konflikt stehen mit einer verantwortungsvollen Sozialpolitik, die vor allem Menschen schützen soll, die ökonomisch nicht die Möglichkeit haben, angemessen für sich selbst zu sorgen. Ja, das wissen wir. Aber wir werden nicht an Stelle einer verantwortungsvollen Sozialpolitik in Wien eine Kontrollpolitik einführen oder mit mehr Polizei oder so auf Sicherheitsfragen oder Unsicherheiten antworten. Es ist unser aller Aufgabe, bei den Problemen, die jetzt auf uns zukommen - und es werden nicht weniger -, sozial verantwortlich und sozial verträglich damit umzugehen und

Sicherheit als das zu definieren, was sie letztendlich ist: soziale Sicherheit für alle Menschen, die hier in unserer Stadt leben.

Da haben wir viel vor, es ist eine Herausforderung. Im Budget haben wir Ihnen gezeigt, dass, wenn es jemand schaffen kann, das vor allem Rot-Grün in Wien ist. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Ironische Heiterkeit bei GR Ing Udo Guggenbichler.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich gerne eine Delegation begrüßen, die aus Thailand heute den Weg hierher zu uns gefunden hat. Und entgegen dem Protokoll werde ich das jetzt auch auf Englisch machen - ich hoffe, ich bekomme keinen Ordnungsruf dafür -:

Dear guests from Thailand! Welcome here in the Vienna City Hall! You are attending a meeting of the Viennese parliament. I was told that you also have visited the Austrian parliament. So I hope you enjoy your stay and have a good day and a good week - or however long you are staying in Vienna. Welcome! *(Allgemeiner Beifall.)*

Zum Wort gemeldet ist nun Herr GR Univ-Prof Dr Frigo. Die selbstgewählte Redezeit ist 8 Minuten. – Bitte schön. *(GR Univ-Prof Dr Peter Frigo, an das Rednerpult tretend: 10 Minuten! – 8 Minuten nur? - Dann muss ich „anzahn“!)*

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Das diesjährige Budget des Krankenanstaltenverbundes wird von der Budgetkrise überschattet, und die Klausel der Anlehnung der jährlichen Gesundheitsausgaben an das BIP wird angesichts der 24 oder gar 40 Milliarden Schulden zur gefährlichen Drohung, meine Damen und Herren. Bei solchen Dunkelziffern beziehungsweise Unschärfen fällt es einem wirklich schwer, an einen Fünfjahresplan zu glauben, in dem Ziele vorgegeben werden, die ja bis jetzt weder zeitlich noch budgetär erreicht wurden.

Jüngstes Beispiel ist das SMZ-Nord. Hier wurde ja die Eröffnung mittlerweile auf Mitte 2016 verlegt. Die Gesamtkosten von genau 708 581 272 EUR, wie sie im Budget angeführt werden, sind zum Beispiel gegenüber vergleichbaren deutschen Spitälern zirka 4 Mal so hoch. In Hamburg zum Beispiel oder auch in Kempten kostet ein 700-Betten-Spital 200 Millionen EUR. Bei uns wird es wahrscheinlich, nehme ich einmal an, 1 Milliarde EUR kosten. Ich kann daher nur sagen: Schluss mit dieser Misswirtschaft, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Spitalskonzept 2030 ist nichts anderes als letzten Endes eine längst überfällige Sanierung der Wiener Spitäler - die jahrzehntelang nicht saniert wurden -, und das, ohne auf die Wiener Bevölkerung zu hören; man denke zum Beispiel an das Kaiserin-Elisabeth-Spital.

Aber was passiert eigentlich mit diesen aufgelassenen Spitälern, vor allem mit den wertvollen Gründen, wie zum Beispiel jenen der Semmelweis-Klinik? - Das kaufen irgendwelche neuseeländischen Milliardäre, investieren in Elitemusikschulen und bauen dort Wohnungen in

Grünzonen oder machen sogar nicht davor Halt, ganze Parks für Garageneinfahrten zu planen. Daher stelle ich folgenden Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Volksbefragung zur Nachnutzung des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof unter den Bezirksbewohnern von Währing aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrags verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im KAV ist sowieso die Bauwut ausgebrochen - ich glaube manchmal, ich bin in einer Baubesprechung anstatt in einer Gesundheitsdebatte. Vergessen wird zum Beispiel auf das AKH, das ja auch schon einige Jahre auf dem Buckel hat und auch eine Generalsanierung braucht. Dafür sind zwar 60 Millionen im Budget veranschlagt, aber, wie wir alle wissen, allein dieses AKIM-System, das wir alle jetzt schon ausreichend kennen, braucht ja Millionen. Zum AKIM möchte ich nicht viel sagen. Die von StR Lasar erwähnten 1 bis 2 Minuten pro Patient - man lasse sich das nur einmal kurz auf der Zunge zergehen -, das sind bei einem Ambulanzvormittag bei 50 Patienten auch 1 bis 2 Stunden Wartezeit länger.

Nun zu den erwähnten Linearbeschleunigern: Da gibt es ja einen Wirtschaftsplan, der sich auf den RSG bezieht, auf den Großgeräteplan. Hier fällt auf, dass eigentlich ein Controlling fehlt. Der KAV schafft Linearbeschleuniger um hunderttausende Euro an, und dann werden die Geräte zum Beispiel im Wilhelminenspital nur bis 15 Uhr betrieben, weil zwei RTA-Stellen fehlen. Die sind seit einem halben Jahr ausgeschrieben, aber nicht nachbesetzt. - Das ist ganz lustig, wenn man darüber schmunzelt, aber letzten Endes wird dadurch die Wartezeit für die Krebspatienten länger, und ab einer gewissen Wartezeit, nämlich ab sechs Wochen, verringern sich die Heilungschancen - und darüber kann man nicht mehr lachen. Für dieses Management haben weder wir, aber schon gar nicht die Patienten, und damit letzten Endes auch Ihre Wähler, Verständnis. Deswegen stellen wir folgenden Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass alle Möglichkeiten zur Verkürzung der Wartezeiten auf eine Strahlentherapie durch Linearbeschleuniger für Krebspatienten, vor allem durch Installierung einer Controlling-Einrichtung, umgesetzt werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an den Gemeinderatsausschuss Gesundheit und Soziales verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Viele Unternehmen, nicht zuletzt der KAV, aber vor allem auch der FSW, der Fonds Soziales Wien, sind ausgegliedert. Gerade der Pflegebereich, und damit der Fonds Soziales Wien als größter Arbeitgeber im Sozialbereich in Wien, sollte eigentlich der direkten Kontrolle des Gemeinderates unterstehen. Daher stelle ich folgenden Beschlussantrag:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, den Fonds Soziales Wien in den Magistrat der Stadt Wien wieder einzugliedern.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der FPÖ.)

Mehr Transparenz, meine Damen und Herren, ist das Gebot der Stunde, damit nicht weitere Milliardenlöcher zutage kommen.

Ganz kurz noch zum Wiener Konzept: Im gesamten Konzept findet sich kein Wort über eine Zusammenarbeit mit dem niedergelassenen Bereich. - Wir wollen den Wiener Hausarzt an erster Stelle sehen und nicht wegen jedem Schnupfen eine teure Spitalsambulanz bemühen. Meine Damen und Herren, der Wiener Hausarzt muss erhalten bleiben!

Daher können wir diesem Budget nicht zustimmen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mörk. Ihre selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten. – Bitte.

GRin Gabriele **Mörk** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind die Schwachen, die einen starken Staat brauchen, vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mehr denn je. Deshalb ist Sozialpolitik eine Kernaufgabe des Staates, und die Sozialdemokratie und vor allem die Wiener Stadtverwaltung stehen zu diesem Grundsatz.

Für das Sozialbudget werden im nächsten Jahr rund 1,5 Milliarden EUR bereitgestellt. Wir kümmern uns darum, dass dieser Bereich für alle Wienerinnen und Wiener zugänglich und leistbar ist, und wir lassen niemanden alleine. Vor allem achten wir aber darauf, dass die Leistungen dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf, Menschen mit Behinderung, wohnungslose Menschen, Menschen mit Schuldenproblematik und Flüchtlinge, das sind die Zielgruppen, die der Fonds Soziales Wien unterstützt. Der Fonds Soziales Wien sichert bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Rahmen des Wiener Sozialsystems und baut diese bei Bedarf auch aus. Die nötige individuelle Unterstützung erfolgt rasch, zuverlässig und leistbar. Rund 95 000 Wienerinnen und Wiener erhalten vom FSW Beratung und Förderung beziehungsweise geförderte Leistungen vermittelt. Der zahlenmäßig größte Bereich ist der Bereich Pflege und Betreuung, ambulant und stationär, mit nicht ganz 60 000 KundInnen.

Dass die Umsetzung des Wiener Geriatriekonzeptes erfolgreich ist, zeigt auch die Zufriedenheitsstudie unter den KundInnen im stationären Bereich. 96 Prozent der Befragten sind mit der Lage und Ausstattung der Pflege- und Wohnheime sehr beziehungsweise eher zufrieden. Ebenfalls 96 Prozent sind mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr beziehungsweise eher zufrieden, und 91 Prozent sind sehr oder eher zufrieden mit der stationären Pflege und Betreuung.

Daher werden auch im nächsten Jahr weitere wichtige Meilensteine im Rahmen des Geriatriekonzeptes umgesetzt: die Pflegewohnhäuser des Krankenanstaltenverbundes Baumgarten, Innerfavoriten und Donaustadt, die neuen Wohn- und Pflegehäuser Rosenberg und

Liebhartstal II des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser sowie das Pflegehaus Stadlau der Caritas werden fertiggestellt. So sorgt die Stadt Wien im Jahr 2014 mit über 1 500 neuen Pflege- und Betreuungsplätzen von hoher Qualität für pflegebedürftige Wienerinnen und Wiener - eine wichtige und zukunftsweisende Investition in die Menschen in unserer Stadt.

Die KWP-Häuser Föhrenhof, Laaer Berg und Augarten werden bei laufendem Betrieb generalsaniert und 2015 fertiggestellt. Außerdem wird im KWP das Leistungsangebot erweitert. Um den steigenden Bedarf an Tagesbetreuung für BewohnerInnen mit dementieller Erkrankung zu decken, werden drei weitere „Tag.Familien“ in den Häusern Trazerberg, Rosenberg und Liebhartstal 2014 in Betrieb gehen. Und im Haus Mariahilf wird eine zweite Tagesbetreuung für Menschen mit Behinderung eingerichtet.

Im Bereich Behinderung und Chancengleichheit werden rund 11 000 Wienerinnen und Wiener begleitet und gefördert, um ihnen vollständige Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Daher wird 2014 das Angebot des selbstständigen teilbetreuten Wohnens weiter ausgebaut. Hier wird besonderer Wert darauf gelegt, die Kompetenzen der Bewohnerinnen und Bewohner, ihren eigenen Alltag zu meistern, zu fördern und zu entwickeln, ganz im Sinne der UN-Konvention.

Auch im Bereich der Entwicklungsförderung von Kindern mit Entwicklungsverzögerung wird im nächsten Jahr ein weiteres Zentrum seinen Betrieb aufnehmen. Im heurigen Jahr wurden zwei Zentren eröffnet, und zukünftig werden jährlich rund 4 500 Kinder Unterstützung erhalten.

5 000 Plätze in der Wiener Wohnungslosenhilfe stehen Menschen, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, zur Verfügung. Das betreute Wohnen in Wohnungen verzeichnet nach wie vor hohe Zuwächse. Diese Wohnform, die auch dem Housing-First-Prinzip entspricht, hat gegenüber heimähnlichen Unterbringungen den Vorteil, dass soziale Kompetenzen, die für ein selbstständiges Wohnen unerlässlich sind, besser gefördert werden. Housing First baut auf dieser Erkenntnis auf und stellt den Einbeziehungsweise Wiedereinzug in eine Wohnung an die erste Stelle. Ziel ist es, dauerhaftes und mietvertragtaugliches gesichertes Wohnen zu ermöglichen. Die Betreuung erfolgt durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in mobiler Form.

Die Umsetzung des Wiener Modells von Housing First wird im Jahr 2014 konsequent weitergeführt. Dabei muss es uns vor allem gelingen, dass nicht nur im gemeindeeigenen Bereich, sondern auch im geförderten und privaten Wohnungsbereich Wohnungen für ehemals wohnungslos beziehungsweise obdachlos Menschen zur Verfügung gestellt werden. Menschen, die Schwierigkeiten bei Zahlungsprioritäten oder deren Einhaltung haben, sind oft auf Grund ihres Verhaltens von Wohnungslosigkeit bedroht. Daher wird auch das betreute Konto weiterentwickelt.

Auch im Bereich der Sucht- und Drogenkoordination Wien werden im nächsten Jahr wichtige Arbeitsvorhaben und Projekte in Angriff genommen. Im Rahmen der Ge-

sundheitsreform und basierend auf der Sucht- und Drogenstrategie 2013 wird das Projekt „Alkohol 2020“ umgesetzt. Ziel des Projektes ist es, gemeinsam mit der Wiener Gebietskrankenkasse und der Pensionsversicherungsanstalt eine Strategie und ein Konzept für die Umsetzung eines integrierten Behandlungs- und Betreuungssystems für Alkohol Kranke in Wien zu erarbeiten. Die beteiligten Einrichtungen und ExpertInnen sollen miteinander vernetzt werden und die Angebote aufeinander abgestimmt werden. Ein Pilotprojekt ist Mitte nächsten Jahres geplant. Das Projekt SAM am Hauptbahnhof wird ebenfalls im Oktober 2014 starten.

Ebenfalls 2014 wird, abgestimmt auf die Angebote der sozialmedizinischen Einrichtung Jedmayer, ein weiterer Standort, ein Sprizentausch mit angeschlossenem Café, Beschwerdemanagement und gemeinwesenorientierter Straßensozialarbeit eröffnet. Damit soll eine noch bessere KlientInnenversorgung gewährleistet sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Im Bereich des Psychosozialen Dienstes wird die Übersiedlung der regionalen Ambulatorien fortgesetzt. Das Ambulatorium Hernals wird am neuen Standort mit einer integrierten therapeutischen Tagesstruktur erweitert. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ebenfalls personell erweitert, und die Verbesserung im Schnittstellenmanagement stationärer und ambulanter regionaler Einrichtungen soll weitergeführt werden.

REINTEGRA erwartet für 2014 auf Grund der Reform der Invaliditätspension eine steigende Inanspruchnahme seiner Leistungen, da mehr als die Hälfte der Neuzugänge in der Invaliditätspension Menschen mit psychischer Erkrankung sind. Ziel ist es, die NutzerInnen so rasch wie möglich wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Neue Wege in der Rehabilitationsdiagnostik werden beschritten, um optimale Unterstützungen anbieten zu können. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Erhöhung des Arbeitsangebotes für KlientInnen. Dafür braucht es Netzwerkarbeit in der Wirtschaft. Das Projekt „Kompetenzpaket für die Wirtschaft“ in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer 2012 war ein schöner Erfolg. Daher wird 2014 ein Kompetenzpaket für die Industrie gemeinsam mit der Industriellenvereinigung Wien geschnürt werden. Ziel ist es, Kooperationen mit Industrieunternehmen in Wien zu entwickeln.

Im Bereich der MA 40 wird das neue Standortkonzept der Sozialzentren umgesetzt. Künftig sollen fünf Großstandorte entstehen. Künftige Entwicklungen, moderne und großzügige Frontoffice-Bereiche, beste Erreichbarkeit mit Öffis, Sicherheitsaspekte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lärm- und Schallschutzmaßnahmen wurden berücksichtigt. Das erste Großzentrum wurde bereits am 24.9.2013 im 12. Bezirk in der Wilhelmstraße 64 eröffnet. Und das nächste Zentrum folgt in Kürze am 21.1.2014 im 2. Bezirk in der Walcherstraße 11.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Budgetvoranschlag für das Jahr 2014 zeigt einmal mehr, vor allem im Bereich Soziales, dass die Wiener Stadtregierung niemanden alleine lässt. Weil wir die Problemlagen kennen und weil wir viel Wissen und

Kompetenz in der Stadtverwaltung haben, setzen wir die richtigen Maßnahmen. Wir bieten den Menschen in Wien nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch eine Fülle von Verwirklichungschancen.

Zum Abschluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Sozialbereich tagtäglich mit enormem Engagement, viel Herz und hoher Professionalität tätig sind, recht herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die soziale Sicherheit wird in Wien durch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet, weil Menschen für Menschen da sind. Ohne sie wäre auch die Umsetzung der erfolgreichen und zukunftsweisenden Sozialpolitik der Stadt Wien nicht möglich. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und von GRin Birgit Hebein.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Die selbstgewählte Redezeit ist 5 Minuten. – Bitte.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich glaube nicht, dass es Sie sehr verwundern wird, wenn ich Ihnen mitteile, dass wir dem Budget im Bereich Gesundheit und Soziales nicht zustimmen werden. Es ist ja heute schon viel zum Bereich Gesundheit gesprochen worden. Ich möchte mich auf den Bereich Sozialpolitik in Wien konzentrieren.

Bevor ich das mache, möchte ich allerdings auch ganz kurz auf die Mehrjahresplanung 2014 bis 2018 des Wiener Krankenanstaltenverbundes eingehen. Einer meiner Vorredner - wenn ich mich nicht irre, der Kollege Deutsch - hat ja schon einige Zahlen genannt. Auf Seite 7 beleuchtet diese Jahresplanung die Geriatriezentren und die Pflegewohnhäuser näher. Da gibt es, wie gesagt, den Plan von 2014 bis 2018. Unter anderem wird da ausgewiesen, was im Jahr 2014 an belegbaren Betten geplant ist und wie sich das dann bis ins Jahr 2018 weiterzieht. Im Jahr 2014 plant man, 3 333 belegbare Betten in den Pflegewohnhäusern insgesamt zu haben. Im Jahr 2015 erhöht sich diese Zahl ganz leicht auf 3 354 - und dann passiert etwas sehr Eigenartiges, nämlich: Ab dem Jahr 2016 bis ins Jahr 2018 sinkt die Zahl der belegbaren Betten - in den Pflegewohnhäusern, wohlgemerkt, meine Damen und Herren - auf 3 165.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie glauben, gerade im Bereich der Geriatrie und der Pflegewohnhäuser mit weniger Betten auszukommen als derzeit, denke ich mir: Viel Spaß damit! - Ich kann es mir nicht vorstellen.

Um auch ganz kurz den Bereich der Mindestsicherung anzusprechen - einige Kollegen haben das vor mir schon gemacht -: Die Finanzstadträtin, wenn ich mich recht erinnere, hat gestern sehr oft die beiden Worte verwendet: „Wien wächst.“ - Man müsste diese beiden Worte nehmen und eigentlich einen Satz daraus machen, der dann wie folgt lautet: „In Wien wächst unter Rot-Grün die Armut.“

Wir haben in Wien derzeit, und das ist leider Realität, 160 000 Menschen, die Mindestsicherung beziehen müssen, und diese Zahl steigt Monat für Monat. Diese Zahl kann man, um sie auch greifbar zu machen, am

besten wahrscheinlich damit vergleichen, dass die Stadt Salzburg 150 000 Einwohner hat - und man muss bedenken, die Stadt Salzburg ist die viertgrößte Stadt in Österreich. In Wien gibt es mittlerweile mehr MindestsicherungsbezieherInnen, als die Stadt Salzburg Einwohner hat, meine Damen und Herren. Gratulation an Rot und Grün!

Was heißt das jetzt eigentlich für die einzelnen Betroffenen, die Mindestsicherung beziehen? - Die Armut steigt natürlich gerade bei den alleinerziehenden MindestsicherungsbezieherInnen. Von Armut sind vor allem Kinder betroffen, die durch diese Situation sozial benachteiligt werden und deren Chancen für einen erfolgreichen Start ins Leben von Haus aus gemindert sind. Armut bedeutet eventuell eine kalte Wohnung, eventuell keine Kindergeburtstage, keine Vereinszugehörigkeit für Burschen bei einem Fußballverein oder Ähnlichem, einfach keine Teilnahme am sozialen Leben, meine Damen und Herren.

Armut bedeutet aber oft auch einen schlechteren Gesundheitszustand durch falsche und mangelhafte Ernährung - weil ungesunde Lebensmittel einfach billiger sind - , aber auch medizinische Dinge, die dann oft fehlen, wie zum Beispiel Zahnschienen oder Brillen, weil es sich die Familie einfach nicht leisten kann.

Die Conclusio ist: Chronisch kranke Kinder, meine Damen und Herren, werden in Zukunft zu chronisch kranken Erwachsenen und verursachen selbstverständlich weiterhin hohe Kosten, zum Beispiel durch längere Krankenstände oder Arbeitslosigkeit.

Budgetär sieht das Ganze so aus, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung uns in den letzten 2 Jahren Folgendes kostete: Vor 2 Jahren lagen wir bei 280 Millionen EUR, im letzten Jahr bei 420 Millionen EUR, und dieser Betrag wird weiter steigen, meine Damen und Herren. Nur: Ihnen von Rot und Grün scheint das herzlich egal zu sein. Denn irgendetwas, irgendeinen Antrag oder irgendeine Aktion Ihrerseits, um das zu verbessern, vermisse ich. Es gibt keinen Antrag, es gibt keine Vorschläge, wir sitzen im Gesundheitsausschuss drei, vier, fünf Minuten zusammen - viel länger dauert er ja nicht -, und, so wie mein Kollege schon richtig gesagt hat, manchmal glaubt man, man ist nicht im Gesundheitsausschuss, sondern im Bautenministerium, aber über diese Dinge wird nicht gesprochen. - Meine Damen und Herren! Das ist der Grund, warum wir Ihr Budget ablehnen.

Ich möchte zum Schluss noch folgenden Antrag einbringen:

„Der Gemeinderat fordert die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales auf, für eine Verbesserung und Beschleunigung des Zugangs zur Kurzzeitpflege sowie für ein patientenorientiertes Finanzierungsmodell zu sorgen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an die Geschäftsgruppe beantragt.“ - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Die selbstgewählte Redezeit ist 4 Minuten. - Bitte.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitli-*

chen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen!

Gestern haben wir schon ein atemberaubendes Budget präsentiert bekommen, das mich an und für sich nur an den Herrn Gusenbauer und an seine Tätigkeit bei Novomatic erinnert hat. Wahrscheinlich ist jetzt alles ein Spiel und alles ein Glücksspiel - genau so war dieser Budgetvoranschlag; diesen Eindruck hatte ich zumindest. Es ist halt immer bitter, wenn es dann um Menschen geht.

So wird etwa davon berichtet, dass Wien so stolz ist auf die Neugründungen, darauf, dass wir die Neugründungen verdoppelt haben. In Wirklichkeit kämpfen wir damit, dass diese ganzen Neugründungen, die Ein-Mann-Firmen, nichts anderes sind als Angestellte, die verdrängt worden sind, weil sie zu teuer sind und in die Eigenständigkeit gedrängt werden, damit man sich viel Geld ersparen kann. Das kann ja wirklich nicht die Er rungenschaft sein! Das sind Selbstständige, die dann die Mindestsicherung beantragen und darum bitten, dass sie zumindest so viel bekommen, dass sie gerade noch überleben können.

Aber auch im Gesundheitsbereich sehe ich im Budget ganz einfach zu wenige Anhaltspunkte, und deswegen werden wir heute auch einen Beschlussantrag einbringen, weil zum Beispiel im AKH auf Grund einer Betriebsvereinbarung, die notwendig war, Ärzte nach dem 24-Stunden-Dienst nicht mehr für Routinearbeiten und so weiter zur Verfügung stehen, es zu Engpässen kommt und es auch an Schreibkräften und an Personal fehlt - und weil es nicht so sein kann, dass dann die Turnusärzte oder Ärzte, die ein Praktikum machen, diese Tätigkeit verrichten, ohne dabei ihre Ausbildung genießen zu können. Deswegen bringen wir folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat spricht sich für eine sofortige Besetzung der offenen Personalposten beziehungsweise die Neuausschreibung von Schreibkräften und medizinischem Personal sowie für sofortige Verhandlungen seitens der Gemeinde mit dem Bund zur Lösung der Ärztreproblematik im Wiener AKH aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrags verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das, was wir vom Kollegen Seidl über die Mindestsicherung gehört haben, ist wirklich so. Anscheinend möchte man die Leute über Almosen gängeln und ihnen nicht das Recht auf ein ordentliches Einkommen geben *(GR Godwin Schuster: Jetzt spricht der Herr Betriebsrat!)*, denn sonst würde man sich bei der Zahl der Mindestsicherungsbezieher nicht so zielstrebig von Rekordmarke zu Rekordmarke bewegen. Das ist eine ganz schlechte Politik, weil sie in Wirklichkeit auf dem Rücken der Kinder gemacht wird. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Godwin Schuster: Wer macht Lohn- und Gehaltspolitik in der Privatwirtschaft? Wer? - Du weißt genau, wie das funktioniert!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Die selbstgewählte Redezeit ist 4 Minuten. - Bitte.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitli-*

chen): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Vier Minuten, das ist wenig Zeit für ein großes Thema. Die Sucht- und Drogenproblematik ist ja nicht mehr zu verbergen, sie ist in Wien präsent. Die Schlagzeilen sind voll von Aufgriffen, von Drogenfunden; erst kürzlich wurden in einer Wohnung 1 800 Hanfpflanzen sichergestellt. Es ist viel Geschäft damit zu machen. Die traurige andere Seite davon ist eben, dass viele Menschen dadurch krank werden. Sogar wir Freiheitlichen sagen, es gibt Sucht- und Drogenkranke, wir bezeichnen sie auch als Kranke, aber wir erwarten uns doch, dass Menschen, die so erkrankt sind, auch mitarbeiten, wenn es um ihre Behandlung geht.

In den Sitzungen des jetzt neu definierten Sucht- und Drogenbeirates ist die Diskussion immer sehr konstruktiv. Man sieht, die Stadt Wien ist bemüht, dass man hier Maßnahmen setzt, Maßnahmen ergreift. Jetzt wurde die Drogenstrategie 2013 ausgearbeitet - ich hoffe, dass 2013 nur das Entstehungsdatum ist und dass sie nicht nur bis 31.12.2013 Gültigkeit hat. Diese ist ein Strategiepapier, in dem das Drogenkonzept von 1999 an aufgelistet ist - das Ganze sind 99 Seiten. Man hat das dann auch noch gender-gerecht gemacht, das Gender Mainstreaming untergebracht - das Ganze hat 12 Seiten. Und hinten sind eben dann die Drogensucht und Drogenstrategie dargestellt.

Das liest sich alles sehr gut, da kann man eigentlich nichts dagegen sagen. Nur: Wenn ich einen Urlaub buche und sage, es muss das Wetter immer schön sein, es muss das Hotelzimmer super sein, es darf der Flug keine Verspätung haben und, und, und, dann sind das eigentlich Wunschvorstellungen. Ich glaube auch bei dieser Drogenstrategie nicht, dass das alles in der Behandlung, in der Bekämpfung dieser Problematik auch tatsächlich so eingehalten werden kann.

Es steht zum Schluss auch drinnen: „Bei der Umsetzung aller suchtspezifischen Aktivitäten muss daher gewährleistet sein, dass die Rechte aller KlientInnen in vollem Umfang respektiert werden und in allen Bereichen der Sucht- und Drogenarbeit die entsprechenden rechtlichen Grundvoraussetzungen geschaffen und eingehalten werden.“ - Das bedeutet: Wenn das nicht eingehalten werden kann, dann findet die Behandlung nicht statt. Ich glaube, es wird nicht anders möglich sein, als dass man hier irgendwo Einschnitte in diese Rechte vornimmt, dass man solche vornehmen muss, um ganz einfach die Leute dementsprechend zu behandeln.

Es wurden auch zehn Handlungsfelder ausgearbeitet, wo dargelegt wird, wie man in Zukunft damit umgehen will. Man möchte auch Schülerinnen und Schüler, die Jugendlichen mit diesem Thema konfrontieren. Da gibt es dann Information, und dazu steht Folgendes drinnen: „Es gilt, diese unterschiedlichen Zielgruppen, ihrem Wissensstand entsprechend, umfassend fachlich und sachlich über die Thematik Sucht und Suchterkrankung zu informieren.“

Bitte sagen Sie das auch dem Koalitionspartner, denn Frau GRin Hebein hat vor zwei Jahren in einem Gymnasium gesagt, dass sie für die Legalisierung von Cannabis eintritt und für Heroin auf Krankenschein plä-

diert - was dort, was für mich erschreckend war, zu einem Jubelausbruch der Schülerinnen und Schüler geführt hat. (Zwischenruf von GRin Birgit Hebein.) Da ist dann noch gefragt worden, ob es einen Coffeeshop auch gibt und ob Sie da schon konkrete Vorstellungen haben. - Herr Kollege Dworak war dabei, und ich glaube, er kann sich erinnern, wie das damals abgelaufen ist.

Also wenn man dieses Strategiepapier ernst nimmt, dann bitte auch mit dem Koalitionspartner - wenn ich jetzt die SPÖ ansprechen darf - darüber sprechen, wie man junge Menschen mit diesem Thema konfrontiert und wie sachlich man mit dem Thema grundsätzlich umgeht. - Danke. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Die Redezeit ist 15 Minuten. - Bitte.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die Debatte zu meiner Geschäftsgruppe, die ja, wie heute mehrmals gesagt wurde, eine ganz wichtige, also eine ganz große ist. Die Hälfte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist hier tätig, und auch was das Budget betrifft, ist es ein großer Teil des Wiener Budgets.

Lassen Sie mich eingangs auf einige Wortmeldungen eingehen. Zunächst, Frau Kollegin Korosec, möchte ich mich bedanken für die konstruktive Mitarbeit und auch Zustimmung, was auf der einen Seite das Spitalskonzept 2030 betrifft, aber auch was die Gesundheitsreform betrifft. Wir haben ja erst vor wenigen Wochen die Gesundheitsplattform gehabt, wo auch der erste Zielsteuerungsvertrag hier vorgelegt wurde und wo wir eine sehr offene und konstruktive Diskussion hatten, und das ist, denke ich, etwas, was quer über die Parteigrenzen hinweg wichtig ist, weil es uns ja gemeinsam darum geht, dass die Wiener Bevölkerung die beste medizinische Versorgung auch in Zukunft hat, und zwar unabhängig von der Frage, ob sie eine dicke Brieftasche hat oder nicht. Dafür sind diese Veränderungen notwendig, und ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, dass die ÖVP als Oppositionspartei das mitträgt. Ich sehe, dass das nicht selbstverständlich ist, und möchte das daher hier für das Protokoll festhalten, aber ganz besonders auch der Kollegin Korosec, mit der ich jetzt viele Stunden verbringen durfte, weil wir das Kapitel Pflege im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auch miteinander sehr gut verhandelt haben, sagen, dass das für mich ein sehr wichtiger Punkt ist. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Zum Thema Heizkostenzuschuss, glaube ich, ist alles gesagt, aber noch nicht von jeder. Ich habe meine Meinung nicht geändert und bin auch in diesem Rahmen - Frau Kollegin Hebein hat das ja sehr ausführlich ausgeführt, Frau Kollegin Mörk auch - der Meinung, dass wir hier genau auf dem richtigen Weg sind. Vielleicht haben auch Sie vor wenigen Tagen gelesen - ich habe es in den „Salzburger Nachrichten“ gelesen -, dass der Stromregulator Boltz sich auch ganz eindeutig in diese Richtung äußert und ganz konkret auch das Wiener Projekt mit den Worten hervorhebt - das sind nicht meine Worte, sondern ich zitiere jetzt: „In den anderen Bundesländern

werden 100 EUR oder ähnliche Summen in den Rauchfang verheizt. In Wien geht es darum, dass man nachhaltig - und zwar nicht nur in einem Jahr, sondern nachhaltig - die Lebenssituation für die Menschen verbessert.“

Wir sind auch schon sehr weit in der Frage der Fortführung dieses Projekts, wo es noch stärker darum gehen wird - das wird auch 2014 schon der Fall sein -, dass wir auch sozialarbeiterische Beratung machen, auch noch mehr die Netze, die wir in der Stadt haben, dazu nutzen, dass beraten wird. Aber ja, ich stehe dazu, dass wir die Summe nicht verringern und dass wir im Einzelfall, um nachhaltig zu unterstützen, mehr Geld geben als mit der Gießkanne einer sehr breiten Masse. Da haben Sie vollkommen recht. Aber Geld zu geben - das man in dieser Einkommensgruppe natürlich brauchen kann, darum geht es gar nicht - ist hier kein ausreichender Ansatz, wenn man sich nicht nachhaltig dem Thema Energiearmut widmen kann. Und deshalb halte ich den Weg für richtig, hier in Sachleistungen zu gehen und wegzugehen von Geldleistungen. Wir können durch diese Umstellung auch garantieren, dass nicht nur ein oder zwei Monate, oder seien es drei Monate - länger hat das kein Bundesland -, der Antrag auf einen Heizkostenzuschuss gestellt werden kann, sondern dass wir das ganze Jahr über Rechnungen begleichen können, wenn Nachzahlungen kommen. Und ich sehe, dass das sehr richtig und treffsicher auch ankommt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lassen Sie mich kurz zu einigen Ausführungen der Freiheitlichen Stellung nehmen. Kollege Frigo, bei manchen Dingen bin ich immer intellektuell nicht in der Lage, Ihnen zu folgen - das liegt sicher daran, dass Sie Universitätsprofessor sind und ich nicht. Daher möchte ich mich jetzt gar nicht auf diese Ebene begeben, wenn Sie sagen, der Wiener Hausarzt muss bleiben, und weil der Wiener Hausarzt nicht bleibt, stimmen Sie dem Budget nicht zu, denn ich kann den Konnex hier nicht erkennen. Insbesondere haben wir eine Gesundheitsreform, und Sie waren ja auch bei der Plattformsetzung dabei, wo ganz klar festgelegt wurde, dass es ganz definitiv darum geht, den niedergelassenen Bereich auszubauen - aber eben versorgungswirksam auszubauen, sodass die Patientinnen und Patienten auch einen niedergelassenen Arzt finden, wenn sie ihn brauchen. Das ist derzeit schlicht und ergreifend nicht der Fall.

Ich möchte mich bedanken beim Kollegen Haslinger. Wir haben von einer nicht ganz einfachen Zusammenarbeit aus meiner Sicht jetzt zu einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit im Drogenbeirat gefunden. Ich bedanke mich auch bei Ihnen, dass Sie dieses Thema hier proaktiv angesprochen haben, und habe den Eindruck, dass jetzt hier auch das Bemühen vorhanden ist, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Wir haben uns ja gemeinsam das große Thema Alkohol vorgenommen, ein Thema, von dem wir wissen, dass es eines ist, das in der Beratung und Betreuung jetzt noch ein bisschen stiefmütterlich umgesetzt wird.

Nur einige wenige Worte noch zu einer Anmerkung von Ihnen. Ich glaube, Sie wollten nicht das Wort Zwangsbehandlung sagen, weil Sie die Frage angespro-

chen haben: Na ja, wie machen wir das sozusagen mit dem Einschnitt in die Rechte? - Wenn man der Meinung ist - und Sie haben es selber gesagt, das ist auch fachlich anders gar nicht möglich -, es handelt sich bei einer Suchterkrankung um eine Erkrankung, dann kann die Frage der Therapie nur eine freiwillige sein. Wenn ein Diabetiker nicht bereit ist, Insulin zu spritzen, wird er auch nicht zwangsverpflichtet, Insulin zu spritzen. Daher ist es notwendig, dass wir unsere Angebote so machen, dass sie so geschneidert sind, dass sie auch angenommen werden. Und wir sind hier auf einem sehr, sehr guten Weg. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend einige wesentliche Dinge insgesamt sagen: Wir haben in der Wiener Gesundheits- und Sozialpolitik einen sehr ambitionierten Weg eingeschlagen, wo es darum geht, soziale Gerechtigkeit, beste medizinische Versorgung und leistbare Pflege für alle möglich zu machen - unter schwersten Rahmenbedingungen, weil die Krise natürlich an Wien auch nicht vorbeigegangen ist, aber Sie sehen im Budget des nächsten Jahres, dass wir hier nicht nur planen, sondern auch umsetzen. Ich sage Ihnen aber auch in aller Offenheit, weil hier davon gesprochen wurde, der KAV sei ein Baubüro: Der KAV ist kein Baubüro, aber was es mit mir und mit dem Management des KAV mit Sicherheit nicht gibt, ist ein Vorgehen nach dem Motto: „Ich weiß nicht, wohin, aber dafür bin ich geschwinder dort. Und daher planen wir genau und bauen dann.“

Und wenn dann gebaut ist, eröffnen wir auch, wie zum Beispiel im nächsten Jahr die Regionalpsychiatrie im 3. Bezirk eröffnet wird und im übernächsten Jahr - wobei aber der Baufortschritt besonders im nächsten Jahr stattfinden wird - das Mutter-Kind-OP-Zentrum im Kaiser-Franz-Josef-Spital. Das bedeutet die Übersiedlung des Preyer'schen Kinderspitals - ein Projekt, über das, glaube ich, 1999 oder so irgendwann einmal geredet wurde, aber vom drüber Reden zum Machen ist halt ein gewisser Weg. Und das Krankenhaus Nord wird im nächsten Jahr zur Dachgleiche kommen.

Wir sind in der Gesundheitsreform das Bundesland, das den Landes-Zielsteuerungsvertrag als Erstes beschlossen hat, wo wir, um nur zwei Bereiche zu nennen, nächstes Jahr ganz konkret in der Umsetzung sind mit den Behandlungsangeboten für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, aber auch, Herr Kollege Haslinger, mit dem Behandlungsangebot für alkoholranke Menschen, wo wir den gesamten Bereich gemeinsam mit der Wiener Gebietskrankenkasse und der Pensionsversicherung - weil es da auch um Rehabilitationsleistungen geht - neu aufstellen.

Und der Reformprozess im AKH wird fortschreiten. Ich bitte all jene, die hier auch noch andere Kontakte haben, insbesondere zum Herrn Minister für Wissenschaft, vielleicht hier ein Wörtchen einzulegen, weil das natürlich eine hochpolitische Frage ist. Wir sind in einer sehr guten Kooperation mit der Medizinischen Universität, aber die Frage, wie wir zu einer gemeinsamen Planung, Steuerung und auch Finanzverantwortung kommen, das ist eine politische Frage, und da wird sich auch

der Bund dafür verantwortlich erklären müssen.

Wir haben im Bereich der Umsetzung des Geriatriekonzepts eine Reihe von ganz konkreten Ergebnissen, die wir im nächsten Jahr einfach sehen werden. Wir werden die Pflegewohnhäuser Baumgarten und Innerfavoriten eröffnen. Es wird das Pflegewohnhaus Donaustadt mit dem Zentrum für Langzeitbeatmete fertiggestellt werden, und die Pensionistenwohnhäuser Liebhartstal und Rosenberg werden eröffnet.

Um nur eine Zahl dazu zu nennen: Es werden im nächsten Jahr 1 500 neue Pflegeplätze da sein. Das heißt nicht zusätzliche, aber das heißt, Pflegeplätze, die in einem ganz anderen Glanz erstrahlen, als das jetzt der Fall ist.

Ich möchte mich auch ganz besonders herzlich bedanken für die Information von Ihnen, Herr Kollege Seidl. Ich habe mich schon gefragt, wieso die „Kronen Zeitung“ der Meinung ist, dass wir zukünftig weniger Pflegeplätze haben. Jetzt weiß ich, wo diese Fehlinformation her ist. Dann tue ich mir auch viel leichter, das mit den wahren Zahlen hier aufzuklären.

Wir übernehmen in dieser Stadt soziale und gesellschaftliche Verantwortung. Das soziale Netz ist dabei so dicht wie notwendig und so individuell gestaltet wie möglich. Wir haben diese Debatte schon oft geführt. Uns in dieser Stadt und in dieser Regierung geht es darum, Armut zu bekämpfen und nicht die Armen zu bekämpfen. Daher ist in dieser Stadt eine Situation, dass jeder, der Mindestsicherung braucht, sie auch bekommt. Ich schäme mich nicht dafür, dass die Menschen die Leistung, auf die sie einen Rechtsanspruch haben, in Anspruch nehmen; sondern ich würde mich dafür schämen, wenn ich eine Take-up-Rate von 20 Prozent hätte, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich so, und auch das muss man ganz klar sagen, dass die Stadt Wien nicht in der Lage ist, alle Probleme Österreichs und schon gar nicht alle Probleme Europas zu lösen. Herr Kollege Aigner, ich weiß nicht, ob Sie jetzt da sind, aber deshalb denke ich, dass die Position, die wir hier einnehmen, genau die richtige ist, nämlich: Niemand muss in dieser Stadt erfrieren, ganz egal, wo er her ist. Aber wir brauchen jetzt noch gar nicht als Erstes an die Europäische Union zu appellieren, wenn ich Ihnen sage, dass über 20 Prozent der Menschen, die in Wien in der Wohnungslosenbetreuung sind – und zwar von den Nächtigerquartieren bis zu höheren Versorgungsstufen –, Menschen sind, die aus den Bundesländern nach Wien kommen.

Und wenn wir heute – zumindest jene, die dieses Budget mitbeschließen – beschließen, dass wir im nächsten Jahr 48 Millionen EUR für Wohnungslosenhilfe zur Verfügung haben, dann kann ich Sie auch darüber informieren, dass Niederösterreich für diesen Zweck ein Budget von 4,5 Millionen EUR hat. Dann kann man sich schon vorstellen, wer in dieser Republik Verantwortung wirklich übernimmt: Das ist mit Sicherheit die Stadt Wien, und das wird auch in Zukunft so sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich

für die Debatte. Ich bedanke mich insbesondere bei allen Führungskräften meines Ressorts, die unter schweren wirtschaftlichen Bedingungen, aber auch unter großen Anforderungen, die ich an sie stelle, die Arbeit für die Wienerinnen und Wiener in diesem Kernbereich, den diese Stadt ausmacht, in hervorragender Art und Weise ausüben. Ich bitte Sie, den Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben, die über 32 000 sind.

Der FPÖ gebe ich noch auf den Weg mit: Man kann es einfach googeln. Von Privatisierung spricht man dann, wenn sich die Eigentumsverhältnisse ändern, und nicht, wenn es sich um eine andere Rechtsform handelt. – In diesem Sinne, vielen Dank und gute Verhandlungen noch! *(Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schaue jetzt, ob Kollege Aigner im Saal ist. – Ich möchte es trotzdem jetzt machen. Kollege Aigner hat für eine Passage in seinem Redebeitrag vom Kollegen Kowarik einen Ordnungsruf erhalten. Ich habe nun die gesamte Rede bekommen. Es fiel da ein Satz, der da heißt: „Und das ist genau das grüne Modell. Die GRÜNEN wollen alle letztendlich in ein großes Umerziehungslager stecken. Wer nicht so denkt, wer nicht so spricht wie sie, der gehört weg.“ Für diesen Satz erteile ich ihm einen Ordnungsruf. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ist aber seltsam!) Wir sind in keinem totalitären Staat, das muss man mal zur Kenntnis nehmen. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie reagieren sehr totalitär! Nicht mehr ernst zu nehmen!)*

So, wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm, wobei ich hinweise: Ihre Redezeit ist auf 15 Minuten eingestellt.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, dass ich – auch wenn ich jetzt nicht die Meinung der rot-grünen Stadtregierung teile – mich hier nicht auch der Gefahr aussetze, einen Ordnungsruf zu bekommen, weil ich eine andere Meinung verrete. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Es ist in der Tat so, dass das Ressort im Bereich der Verkehrspolitik bisher eines war, das sachlich, vernünftig in den letzten Jahren diskutiert worden ist; weil es jetzt endlich auch ein Ressort ist, das ja auch eher eine Dienstbarkeit ist. Aber diese Stadtregierung, speziell die Grüne Fraktion, hat es geschafft, dem Verkehrsthema einen Hype zu verschaffen, dieses Thema täglich in die Medien zu bringen; aber nicht etwa, weil die Verkehrspolitik so erfolgreich verlaufen ist, sondern weil sie von einem Chaos und einem Flop zum anderen stolpert. Das ist letztendlich die Zusammenfassung dieser gescheiterten Verkehrspolitik dieser Regierung, sehr geehrte Damen und Herren.

Es beginnt bei der Erweiterung der Parkraumbewirt-

schaftung, die gegen den Willen der Bevölkerung halbherzig durchgeführt worden ist, ohne einen weiteren Parkplatz zu schaffen. Es ist eine Verdrängung. Wir kennen das Problem: Es ist nichts gelöst worden, aber die Parkplatzmisere ist letztendlich durch eine Abzocke ersetzt worden. Die Ergebnisliste der letzten drei Jahre der grünen Verkehrspolitik ist nicht nur traurig, sondern sehr kurz. Die Großtaten sind leider nicht eingetreten, mit Ausnahme dessen, was man vielleicht sich selbst als Großtat gesetzt hat, nämlich der krampfhaft Versuch, aus der Mariahilfer Straße eine Fußgängerzone zu machen – ja, so wenig.

Für mich ist es relativ unverständlich, dass man gerade die Mariahilfer Straße – und das sage ich vor allem in Richtung SPÖ – hergegeben hat für ein Experiment, das letztendlich zu nichts führen wird außer zu weiterem Chaos. Denn es ist und war eine gut funktionierende Einkaufsstraße, eine der größten Europas. Diese hat man letztendlich, so muss man mutmaßen, einem grenzenlosen populistischen Egoismus der GRÜNEN geopfert. Offenbar haben die GRÜNEN irgendein Projekt gebraucht, wo sie sich besonders abarbeiten und Energien hineinstecken konnten, und dieses Projekt scheint offenbar dort gefunden worden zu sein.

Die Begegnungszone funktioniert überhaupt nicht. Jeder, der dort war und sich ehrlich damit auseinandersetzt, weiß das und sieht das auch. Es ist bei den Geschäften bereits zu Einkommens- beziehungsweise Umsatzeinbußen gekommen. Mag schon sein, dass es da und dort leichte Gewinner gibt, aber in Summe und vor allem im Umlandgebiet und auch in den Seitengassen gibt es massive Einbußen. Ich verstehe nicht, dass man hier auch die soziale Kompetenz der Sozialdemokraten derart aufs Spiel setzt, indem man Arbeitsplätze gefährdet, nur weil man einen Koalitionspartner offenbar mit einem Projekt befriedigen möchte.

Die Lebensqualität hat sich auch nicht verbessert, die Staus in der Umgebung sind tagtäglich gegeben. Es gibt dauernd Proteste. Auch heute wieder ist das zu lesen. Da geht es eben wieder um eine Verkehrsführung eines Autobusses, die natürlich auch geändert werden muss. Also in Summe ist dieses Projekt eine Lose-Lose-Lose-Situation, eine letztendlich vergeigte Chance einer an sich guten Einkaufsmöglichkeit, wobei diese ideologische Politik von Rot-Grün auf dem Rücken der Menschen dieser Stadt ausgetragen wird.

Ich denke, es ist auch zum Schaden der direkten Demokratie dort erfolgt, denn die Abstimmungen und Bürgerbeteiligungen, die dort gemacht worden sind, sind eher im Bereich der Lächerlichkeit einzuordnen. Da hat man überlegt, welche Grätzeln und Gruppen man zu Abstimmungen zulässt, um das Sperren von Straßen irgendwie noch mit einer Mehrheit auszustatten.

Meine Damen und Herren, das Ganze ist nicht nur ein Flop, es ist ein Chaos, es ist eine Schande für diese Stadt. Deshalb möchte ich hier gemeinsam mit meinen Kollegen Dr Fritz Aichinger und Mag Bernhard Dworak zwei Anträge zu diesem Thema einbringen. Der eine soll Sie ermuntern, eine Einbindung der Bevölkerung nicht zu scheuen. Ich denke, die Menschen sollen hier eingebun-

den werden.

Es geht um ihre Straße, es geht um ihre Verkehrsstraße, um ihre Einkaufsstraße, um ihre Wohnstraße. Deshalb:

„Resolutionsantrag betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über die Neugestaltung der Mariahilfer Straße noch im Jahr 2013. Drei konkrete Fragen, nämlich:

a) Soll auf der Mariahilfer Straße zwischen der Andreasgasse und Stiftgasse eine echte Fußgängerzone entstehen, also ohne Bus- und Radfahrverkehr?

b) Soll die gesamte Mariahilfer Straße zu einer Fußgängerzone mit einer Begegnungszone werden, also das sogenannte Vassilakou-Projekt?

Oder c): Soll auf der Mariahilfer Straße wieder jene Regelung gelten, die vor der Testphase bestanden hat und gleichzeitig auch alle im Rahmen dieser Testphase durchgeführten Änderungen in den Bezirken Mariahilf und Neubau zurückgenommen werden?“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In weiterer Folge sollte es – man sieht es ja, es ist die Kreativität von Rot-Grün extrem groß beim Geldausgeben, das Budget ist notleidend, aber nicht im Verkehrsbereich, da wird das Geld herausgeworfen – bis zu dieser Entscheidung zu einem Investitionsstopp kommen. Auch dazu möchte ich hier gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak einen entsprechenden Beschlussantrag mit sofortiger Abstimmung einbringen, dass nämlich bis zum Entscheid durch eine solche Volksbefragung keine weiteren Geldmittel für Umbau- oder kosmetische Maßnahmen ausgegeben wird, damit letztendlich Steuergeld geschont wird, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber es ist ja nicht nur das Thema Mariahilfer Straße, das die GRÜNEN hier im Hinterkopf haben, es ist ja letztendlich nur ein Vorgeschmack auf das, was wirklich dahintersteckt. Es wird nämlich über eine Sperre des Ringes diskutiert, dann über eine eigene Fahrspur am Ring für die Radfahrer. Es wird auch über den Franz-Josefs-Kai diskutiert, ob da nämlich nicht eine Spur weggenommen werden soll. Das Verkehrschaos der Stadt wäre damit prolongiert und noch verschärft. Die Fahrrad-Highways sollen ausgebaut werden, wo auch immer man das sehen möchte.

Selbst das Primat des öffentlichen Verkehrs ist durch die grüne Stadtregierungs-beteiligung in Frage gestellt worden. Auf der Ottakringer Straße hat man jetzt die Straßenbahn vom eigenen Gleiskörper wieder in die Mitte gedrängt, was dort letztendlich das Verkehrschaos verursacht, und das nur, um der grünen Klientel eine Dienstbarkeit zu tun, sehr geehrte Damen und Herren.

Dienstbarkeit sollte nämlich die Verkehrspolitik sein. Die Verkehrs- und Infrastruktur einer Stadt dient eigentlich dazu, dem Wirtschaftsleben und der sozialen Infrastruktur Genüge zu tun. Das hat nichts mit Ideologie, sondern letztendlich mit Sachverstand zu tun, und sollte vor allem eine Dienstleistung sein. Ich möchte dazu ermutigen, dass man in dieser Stadtregierung wieder

dazu zurückkommen möge.

Ich habe noch andere Vorschläge über den Ausbau des S-Bahn-Ringes. Der findet sich leider nicht im Budget. Auch nicht der Ausbau der U-Bahn über die Stadtgrenze findet sich nicht im Budget, obwohl er besonders dringend notwendig wäre, wenn hier auch im Pendlerverkehr einiges verbessert werden sollte.

Deshalb möchte ich gerne auch dazu einen entsprechenden Antrag einbringen, nämlich betreffend die Verlängerungen der U-Bahnen in Wien; und zwar der U1 von Leopoldau bis Gerasdorf, der U3 von Simmering bis Schwechat, der U4 bis Auhof, und der U6 in beiden Richtungen, von Siebenhirten bis Mödling und von Floridsdorf bis Stammersdorf, Krankenhaus Nord. – In diesem Fall beantragen wir die Zuweisung. Ich glaube, es ist ein Antrag, der an sich in der Sache alle Fraktionen in diesem Haus einigen sollte. Ich bin neugierig, ob sich das auch im Abstimmungsverhalten zeigen wird, sehr geehrte Damen und Herren.

Ein weiterer Antrag, den ich hier einbringen möchte, betrifft ebenfalls eine neue Sperre, die Bezirksgrenzen wieder durch eine Mauer aufleben lassen soll und vielleicht dahin gehend eine Verhinderung sein könnte, nämlich: Nachdem man die Mariahilfer Straße als Blockadestraße aufgesetzt hat, versucht man das jetzt zwischen dem 4. und dem 5. Bezirk durch die Sperre der Schleifmühlbrücke.

Ich denke, auch das ist wenig überlegt, auch das ist ideologisch untermauert, und auch dazu möchte ich gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Dworak und meiner Kollegin Isabella Leeb einen Antrag einbringen, dass nämlich vor Durchführung dieser Sperre eine entsprechende Volksbefragung durchgeführt wird, nämlich mit einer einfachen Ja-und-Nein-Frage, mit der Fragestellung: „Befürworten Sie die geplante Sperre der Schleifmühlgasse für den Autoverkehr? Ja oder Nein?“ Die Durchführung soll konkret im 4. und 6. Wiener Gemeindebezirk durchgeführt werden. Wir beantragen dazu die sofortige Abstimmung, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man in Richtung öffentlichen Verkehr geht, so bedaure ich, dass das nicht unmittelbar mit dieser Geschäftsgruppe zu tun hat. Da haben die GRÜNEN leider sehr schlecht ihren Koalitionspakt verhandelt. Ein echtes Verkehrsressort hätte natürlich auch den Bereich Wiener Linien einschließen müssen, zumindest die Kompetenz, auch hierüber zu entscheiden. Da es aber einfach wichtig ist, das Thema Verkehr umfassend zu behandeln, komme ich nicht umhin, in dieser Rede auch auf die Wiener Linien einzugehen.

Geld für Neuinvestitionen und auch für Bestandsinvestitionen, wenn man an die Pannen und Sperren vor allem in der U4 denkt, scheint vor allem deshalb zu fehlen, weil offenbar die Betriebskostenzuschüsse, wie wir auch durch eine Analyse eines unabhängigen Institutes beweisen konnten, in dem Betriebskostenzuschuss verschwinden. Dieser ist massiv gestiegen, nämlich von 280 Millionen EUR im Jahr 2012 auf 335 Millionen EUR. Damit fehlt das Geld bei den Investitionen, und das ist letztendlich auch ein Thema, das man in dieser Stadt

noch weiter diskutieren muss.

Die haben Ihnen auch vorgerechnet, dass die Münchner Verkehrsgesellschaft – wobei München eine etwa gleich große Stadt wie Wien ist – doppelt so effizient ist wie die Wiener Linien. Da gibt es nichts herumdudekeln: Die Wiener Linien haben viel Speck angesetzt und damit einen hohen Finanzbedarf verursacht, der dieses Budget belastet.

Aber wahrscheinlich stört Sie das nicht sonderlich, denn durch die höheren Parkometerabgaben, die Sie eingeführt haben, merken Sie ja, dass ausreichend Geld in das Budget gespült wird. Das möchte ich hier auch noch einmal deutlich machen und erwähnen: So rechnet man 2014 mit 110 Millionen EUR an Einnahmen aus der Parkometerabgabe. Da sind natürlich die Strafgebühren nicht berücksichtigt, das macht natürlich in Summe viel mehr aus. Das heißt also: Gegenüber 2011 werden es Mehreinnahmen von 68,7 Millionen EUR sein.

Wer diese Zahlen kennt – und ich werde nicht müde werden, diese hier zu betonen –, weiß, warum diese Stadtregierung eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt hat. Rot, weil sie das Geld brauchen, Grün, weil sie die Autofahrer schikanieren möchten. Dabei wurde kein Parkplatz mehr geschaffen und das Chaos wurde prolongiert, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine ganz schlechte Verkehrspolitik auf den Rücken der Wienerinnen und Wiener!

Auch Einpendler wurden nicht durch technische Maßnahmen bevorteilt. Man vermisst im Budget jegliche weitere Initiative, um Park-and-ride-Plätze zu schaffen, um die Einpendler durch Umstiegsmöglichkeiten zu motivieren. Offenbar möchte man auch das nicht.

Dass die höchste Priorität in der Stadt immer dem Straßenbau dienen sollte, sollte auch klar sein; aber auch davon ist bei dieser Regierung naturgemäß nichts zu merken. Der Regionenring wird auf sich warten lassen. So ist leider zu erwarten, dass dieses Chaos in der Verkehrspolitik prolongiert wird. Ich kann daher nur sagen, dass Sie für so eine Verkehrsstrategie, wie sie unter dieser Stadtregierung gemacht wird, nicht nur die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener nicht hinter sich bekommen werden, sondern selbstverständlich auch uns nicht. Wir werden diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist GR Mag Maresch zu Wort gemeldet. Ich stelle seine Uhr auf 16 Minuten ein.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke schön. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich zunächst beim Büro der Frau Stadträtin und Vizebürgermeisterin bedanken, weil ich die Unterstützung dort durch die ReferentInnen und durch das Büro sehr angenehm finde. Ich bin Ausschussvorsitzender. Ich möchte mich deswegen besonders bedanken bei der Barbara Cerny, die mich immer begleitet bei der Vorbereitung für den Ausschuss und sehr, sehr viel dazu tut, dass das gut funktioniert. *(Beifall von GR Anton Mahdalik.)*

Deswegen mein Dank an die MitarbeiterInnen, damit möchte ich nämlich beginnen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Weiters möchte ich mich bedanken bei den vielen, vielen klugen Menschen in den Abteilungen, die uns dabei mit Rat und Tat unterstützen, die uns immer helfen, die Dinge vorzubereiten, und schauen, dass das auch wirklich gut funktioniert.

Aber jetzt zum Kollegen Stiftner, bevor ich dann auf einige Dinge eingehe. Ich finde es interessant, wie die ÖVP sich heute sozusagen des Budgets annimmt. Wenn man sich dann einen Beschlussantrag von den ÖVP-GemeinderätInnen Stiftner und Dworak (*Heiterkeit bei GR Anton Mahdalik.*) – Gemeinderäten –, so steht im Beschlussantrag, sie hätten gern die U1 von Leopoldau nach Gerasdorf, die U3 von Simmering nach Schwechat, die U4 bis Auhof, die U6 von Siebenhirten nach Mödling, und die U6 von Floridsdorf bis Stammersdorf, Krankenhaus Nord verlängert.

So, wenn man sich zusammenrechnet, was das alles ausmacht, dann kostet das satte 3 Milliarden EUR. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) In Zeiten des Sparens, finde ich, müsste die ÖVP auch sagen, woher das Geld käme. Uns ist dazu nur eingefallen: Vermögenssteuern und noch einmal Vermögenssteuern, das könnte vielleicht das Geld bringen. Also das halte ich, gelinde gesagt, in der jetzigen Situation für irrwitzig und unnötig. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Okay, so viel dazu. Wir werden dem Antrag sicher nicht zustimmen.

Die FPÖ hat es wenigstens nur mit der U4 bis Auhof, immerhin. Auch dem werden wir nicht zustimmen. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Die GRÜNEN sind gegen U-Bahn-Verlängerung!*) – Ja, genau, gegen U-Bahn-Verlängerung. Wenn ich mich nicht täusche, wurde jetzt gerade erst eine U-Bahn verlängert, und gerade in Bau ist die Verlängerung der U1 nach Oberlaa. Also überlegen Sie sich, was Sie da sagen! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Der nächste Punkt, der gekommen ist, war eh das Übliche: Chaos, Flops, gescheitert, Pickerl, Abzüge, erhöht. Es ist so. Das geht in einer Wurst durch. Da muss man sich überlegen: Also im Normalfall ist die Währung in der Politik irgendwie sichtbar, das sind nämlich die Wählerstimmen. Schauen wir uns das einmal an. Wir haben ja schon vor ungefähr einem Jahr von Ihnen gehört: Chaos, Pickerl, böse und Abzocke. Das haben wir heute wieder gehört, so in einem kleinen Aufguss. Dann schauen wir uns doch einmal an, wer die Wahlen in den Bezirken verloren hat.

Die GRÜNEN haben nicht verloren, die SPÖ hat ein bisschen verloren. Aber satt verloren hat die ÖVP! Ihr habt fast verloren im 18. Bezirk, um ganz wenige Stimmen. Und wohl oder übel muss man der FPÖ sagen: Eure Aktivitäten im 6. und 7. Bezirk haben dazu geführt, dass es zwei Bezirke in Österreich gibt, wo die GRÜNEN Stimmenstärkste sind. Das sind Mariahilf und Neubau. Dazwischen liegt die Mariahilfer Straße, und ihr habt verloren, sowohl da als auch dort. Und die Sozialdemokraten haben nicht verloren, das ist ein ganz wichtiger Punkt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Was lernt die ÖVP daraus? Sie sind bei den Natio-

nalratswahlen Gott sei Dank am 4. Platz, und zwar 2,5 Prozent hinter den GRÜNEN. Also was lernt die ÖVP? Nichts, dasselbe noch einmal. Weitermachen, weitermachen! Ich sage: Super, beim nächsten Mal seid ihr in Wien auch auf Platz 4. Gratulation, kann man dazu nur sagen. (*Neuerlicher Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR David Ellensohn: Vielleicht!*)

Vielleicht. Ihr seid ja gerade dabei. Was die Mariahilfer Straße betrifft, kommt Kollege Stiftner hier heraus und kritisiert die Linienführung durch die Windmühlgasse. Jetzt überlegen wir einmal kurz, wer die Windmühlgasse ins Spiel gebracht hat. Raten wir einmal, Herr Kollege! Das war eure Spitzenkandidatin! Eure Spitzenkandidatin, die Frau Jank, ist damit hausieren gegangen, hat diese Geschichte ins Spiel gebracht. Und ich sage: Keine schlechte Idee. Wir haben es umgesetzt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sich jetzt davon zu verabschieden, weil ein paar Leute ein Wohnzimmer auf die Straße gestellt haben mit einem X beim 13A finde ich nicht schlecht. Aber Kollege Stiftner, Sie arbeiten für die Wirtschaftskammer Wien, wenn ich mich nicht täusche. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Nein, ist leider falsch!*) Das heißt, Sie sollten überlegen, ob Ihre Spitzenkandidatin sich nicht vielleicht doch geirrt haben könnte. Oder Sie haben sich geirrt. Beides ist möglich, aber noch einmal: Das war eine Idee, und zwar eine gute Idee, von der Frau Spitzenkandidatin, und wir haben sie umgesetzt.

Nächster Punkt, zum Beispiel Begegnungszone. Dazu hieß es, das wisse überhaupt niemand. Kollege Stiftner, das weiß sehr wohl jemand, und zwar die Bundes-ÖVP. Sie ist in die Wahl gezogen mit einem Wahlkampfprogramm, wo das drinnengestanden ist. Und zwar wurde das in Graz umgesetzt, in Gleinstätten wurde das umgesetzt, in Salzburg bei einem ÖVP-Bürgermeister auf der Bundesstraße 1, überall wurde das umgesetzt! Aber in Wien, sagen Sie, funktioniert das nicht.

Dann kommen Sie mit dem Märchen der Umsatzeinbußen. Wir sind der Wirtschaftskammer entgegengekommen, wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten. Da möchte ich mich noch einmal bedanken bei den Kollegen Kubik und Lindenmayr, den beiden Verkehrssprechern beziehungsweise Planungssprechern, kann man sagen. Faktum ist, wir sind der Wirtschaftskammer entgegengekommen und haben die Lieferzeiten bis 13 Uhr ausgedehnt. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das war doch nicht schlecht! Die Wirtschaftskammerchefin hat sich bei uns dafür bedankt. Dieselbe Dame hat uns dafür anderswo kritisiert. Das heißt, an jedem geraden Tag gibt es Kritik, an jedem ungeraden Tag freuen wir uns gemeinsam. Also ihr müsst euch überlegen: Entweder Kritik, oder er freut sich mit uns.

Also, noch einmal: Wenn ihr weiterhin glaubt, dass die Autoseligkeit vor Lebensqualität geht – dort gibt es wirklich weniger Verkehr in den Bezirken, und zwar deutlich weniger. Dort gibt es wirklich mehr Lebensqualität –, dann tut einfach so weiter. Es wird sich herausstellen, dass ihr einfach noch mehr verlieren werdet. Ich denke, die ÖVP ist in Kärnten nahe daran, sich in die Einstelligkeit zu bewegen, und auch in Wien seid ihr auf dem

besten Wege in die Einstelligkeit. Nur weiter so! Ihr seid für Auspuffdampf, Rot-Grün ist für Lebensqualität. Das ist der Unterschied zwischen euch und uns. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

So, ein wichtiger Punkt noch in der Politik. Ich habe das dem Herrn nichtamtsführenden Stadtrat von der ÖVP auch schon einmal vorgerechnet. Es wird immer wieder gesagt, wir brauchen mehr Park-and-ride-Anlagen. Ja, das stimmt, wir brauchen mehr Park-and-ride-Anlagen, und zwar dort, wo der Verkehr entsteht, an den radialen Schnellbahnlinien draußen, manchmal auch an den Stadträndern. Ja, ist durchaus notwendig, machen wir auch. Gemeinsam mit Niederösterreich gibt es einen Plan, unterzeichnet von der Frau Vizebürgermeisterin und dem Herrn Bürgermeister. Aber der Herr Stadtrat wollte das toppen und sagte, wir brauchen für die Pendler – das sind jetzt 350 000, die jeden Tag mit dem Auto hereinkommen, und nicht Personen, sondern Autos – Park-and-ride-Anlagen.

Dann rechnen wir kurz einmal nach: In den letzten 10 Jahren sind es 100 000 mehr geworden. Wenn man nur die 100 000 nehmen und die in Park-and-ride-Anlagen unterbringen möchte, muss man bedenken, dass ein Platz, günstig hergestellt, 15 000 EUR kostet. Dann kann man sich ausrechnen: 1,5 Milliarden EUR. Wo gedenkt die ÖVP, das herzubringen? Geht nicht! Ihr wollt 3 Milliarden EUR für die U-Bahn und 1,5 Milliarden EUR für Park-and-ride-Anlagen nehmen. Das sind 4,5 Milliarden EUR Schulden. Das würde ja die Schulden der Stadt verdoppeln, ihr Lieben! *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das heißt, rechnen, rechnen! Noch einmal: Ihr seid in Wirklichkeit, wie man so schön sagt, „Schuldenkramer“. Die Finanzministerin ist die Top-„Schuldenkramerin“ von Österreich. Ihr würdet es nicht besser machen, sondern ihr würdet Wien in den Schuldturm bringen. – Nein, brauchen wir nicht, deswegen: Rot-Grün macht das gut.

So, nächste Geschichte ist *(GR Mag Wolfgang Jung: Keine Verkehrsverbindungen!)*: neue Öffis, neue Schnellbahnen, Wien wächst. Die Stadt Wien, also Rot-Grün, setzt eine Entwicklung in Gang, und zwar zum Stadtentwicklungsplan 2025 hin. Da gibt es jetzt viele, viele Vorbereitungsarbeiten. Im Rahmen dieser Vorbereitungsarbeiten ist es notwendig, sich einmal anzuschauen: Wien hat jedes Jahr 25 000 neue BewohnerInnen, Wien wird bald über 2 Millionen BürgerInnen haben. Das heißt, wir müssen vorbereiten. Das heißt, es geht um Stadtentwicklungsgebiete im 21., 22., 23., 11., 10. und 2. Bezirk, es wird in anderen Bezirken noch verdichtet, aber im Wesentlichen wird es dort viel, viel mehr BewohnerInnen geben als bisher.

Was brauchen wir? Wir brauchen neue Infrastruktur, Kanal, Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Grünflächen, aber auch Straßen und Öffis. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Und diese Straßen und Öffis muss ja jemand bezahlen. Das heißt, wir werden viel Geld in die Hand nehmen müssen, um dort neue Straßenbahnen, neue U-Bahnen, neue Autobuslinien zu schaffen. Da werden wir das Geld, das Sie gern verjankern möchten, wirklich gut brauchen. „Verjankern“ ist übrigens kein

Wortspiel. *(GR Mag Wolfgang Jung: Erklären Sie uns das!)*

Also wie gesagt, noch einmal, wir überlegen uns: Verkehrsberuhigung in der Stadt, ausreichende Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, ausreichende Versorgung mit einem ordentlichen Straßennetz, Verbesserungen im FußgängerInnenverkehr, Verbesserungen im Radverkehr; Mariahilfer Straße verkehrsberuhigt, Ottakringer Straße verkehrsberuhigt und Garagen dort, wo sie notwendig sind. Das ist rot-grüne Verkehrspolitik, und das werden wir durchsetzen. Und Sie von ÖVP und FPÖ könnten sich vielleicht einmal konstruktiv daran beteiligen, und nicht überlegen, wie wir noch mehr Geld ausgeben, nämlich 4,5 Milliarden EUR. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist Herr GR Mahdalik zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist auf 15 Minuten eingestellt.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte Herrn Rüdiger Maresch gratulieren. Ich finde es rührend, wie er sich eben Mut zugeredet hat und gemeint hat, der große Wahlsieger in Wien waren die GRÜNEN, weil sie eben das Parkpickerl ausgeweitet haben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wir haben ein bisschen mehr gewonnen als ihr!)* Und der zweite Winner, den du zu erwähnen vergessen hast, war die Mariahilfer Straße. Ich wünsche euch weiter noch so tolle Wahlerfolge wie bei der Nationalratswahl.

Man merkt ja, dass ihr die Leute als Pfosten anschaut. Bei Nationalratswahlen wählen sie doch mehr nach Bundesthemen, nehme ich an, und nicht nach kleinräumigen Verkehrsthemen. *(GR Siegi Lindenmayr: Im 6. und 7. Bezirk seid ihr hinter den NEOS!)* Aber das ist Rufen im Walde, lieber Siegi. Ich glaube, du darfst heute nicht reden, weil die anderen Verkehrs- und Planungssprecher heute dran sind. Aber das hätte der Frank Stronach auch sagen können. Das mit dem Wahlmotiv Parkpickerlausweiterung ist mir nicht ganz „frank“ vorgekommen.

Aber jetzt komme ich, bevor ich es vergesse, zum Antrag der „GemeinderätInnen“ Dworak und Stiftner, wie Rüdiger Maresch so launisch gesagt hat. Der „Herr Ing Leeb“ ist übrigens auch noch draufgestanden auf dem Antrag. Ich sage gleich zur Schleifmühlgasse, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen werden: Weil wir überhaupt keine Abstimmung dort wollen. Wir wollen das nicht. Wir wollen die Schleifmühlbrücke nicht gesperrt haben, weil wir zum Beispiel auch nicht die Reichsbrücke gesperrt haben wollen, wenn dem Charly Hora gerade fad ist und der Norbert Scheed sagt, ja, macht mir eigentlich nichts. Also, manche Sachen wollen wir nicht, und wir sehen auch nicht ein, warum da die Bürger vielleicht befragt werden sollen.

Rot-Grün macht es ja ohnehin nicht, oder Sie machen es erst irgendwann. Kleine Sachen befragt ihr gar nicht, man sieht es ja beim 13A. Womit ich auch beim Thema bin. Ich bin froh, dass ich heute nur so wenig Zeit habe, obwohl ich so viele Anträge habe. Erstens sitzen

die Ordnungsrufe bei den Roten heute locker und zweitens die Klagen bei den Grünen; und je weniger Zeit ich habe, desto weniger kann ich mich als Andersdenkender outen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Gefährlich!*) – Gefährlich.

Zur Schleifmühlgasse haben wir auch einen Antrag eingebracht. Ich muss hier nur ein bisschen Ordnung machen. (*Der Redner blättert in seinen Unterlagen.*) Und zwar ist das der letzte Antrag. Ich werde ihn zuerst einbringen. Wir wollen nämlich ein Verkehrschaos à la „Mahü“ im Bereich zwischen dem 4. und dem 6. Bezirk im Bereich der Schleifmühlbrücke verhindern. Sonst könnten wir überhaupt alle Brücken über den Wienfluss sperren, und das kann wohl nicht Sinn und Zweck der Sache sein, nur weil sich die Frau Kaufmann eine Fußgängerzone auf einer Brücke einbildet.

Darum wollen wir, dass sich der Gemeinderat für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes und gegen die geplante Sperre der Schleifmühlbrücke ausspricht. – Applaus bitte erst ganz zum Schluss, sonst komme ich mit den Anträgen nicht durch. Dafür darf er nachher donnernd ausfallen, ich habe nichts dagegen. (*GR Gerhard Kubik: Du kannst aber schneller reden, Toni! – Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Aber jetzt zu einigen anderen Baustellen – ich habe nur mehr 11 Minuten 41 Sekunden – der Stadt Wien beziehungsweise der Verkehrspolitik, deren es ja nicht wenige gibt. Wir haben uns ja heute nur einige ausgesucht, sonst würden wir mit der Wiener Stunde nicht durchkommen, sondern bräuchten eine Wiener Woche – nicht zu verwechseln mit der „Wienwoche“. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja, ja!*) Stichwort: Live-Bondage mit Teilentmündigten inklusive angeschlossener Natursektbar um 453 000 EUR, wo sich dann manche Familienclans in Beraterfunktion hervortun.

Aber zu einem ganz wichtigen Thema, nämlich zur Mariahilfer Straße, bevor ich dann zum Dauerbrenner Steinhof komme, wobei ich ganz herzlich wieder die Vertreter der Bürgerinitiative auf der Galerie begrüßen darf. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Der Herr Hadinger ist eigentlich schon länger im Saal als ich – er wird sagen, was keine große Kunst ist. (*GR Gerhard Kubik, lachend: Das sagst nur du!*) – Ja, damit du etwas zum Lachen hast. In deiner Fraktion hast du eh lauter Spaßbremsen sitzen, und seitdem ihr mit den GRÜNEN zusammen seid, ist es überhaupt fad. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Kurz zur Mariahilfer Straße: Es ist ja nicht so, dass das ein rasender Erfolg wäre und die „Kronen Zeitung“ daher auf dem Thema sitzen bliebe, weil die Bürger so begeistert wären und die Lobhudeleien per Leserbrief waschrogweise in der Muthgasse abgegeben würden. Nein, ganz im Gegenteil: Die Leute wollen eure Vorgangsweise nicht. Sie wollen auch nicht das Spiel auf Zeit. Jeder Tag kostet die Geschäftsleute 330 000 EUR an Umsatz. Insgesamt sind wir auf über 25 Millionen EUR Schaden für die Wirtschaft.

Wenn ihr bis Ende März weiter macht, haben wir 40 Millionen EUR inklusive der 10 Millionen EUR, die bis jetzt verbaut oder wieder runtergeschreddert worden

sind, nämlich für die Piktogramme: auf, ab, Tafeln, hin, her, 13A-Verlegung. Wobei wir auch dazu einen Antrag einbringen werden. 50 Millionen EUR könnten es Ende März 2014 sein. Darum sagen wir: Jetzt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Volksbefragung Wien-weit, weil die Bedeutung der Mariahilfer Straße als Geschäftsstraße sowie ihre verkehrsmäßige Bedeutung weit über die Bezirke 6 und 7 hinausgeht. Damit hätte ich zwei Anträge schon besprochen.

Steinhof: Da bräuchte ich eigentlich ein bisschen mehr Zeit, denn die letzte Pressekonferenz wurde in einem Kammerl in einem Kaffeehaus in der Stadt abgehalten, und zwar ohne Einladung über die APA. Ausgewählte Journalisten sind dorthin bestellt worden. Aber die Bürgerinitiative bleibt nicht verborgen, darum ist das Kammerl dann ein bisschen aus den Nähten geplatzt. Seltsamer- oder bezeichnenderweise war von Rot und Grün keiner da.

Sonst, bei „tollen“ Projekten, die ihr gemeinsam entwickelt habt und von denen ihr überzeugt seid, sitzt die ganze Riege da; die ganzen Planungsstadträte von den GRÜNEN, eure ganzen Planungs- und Verkehrssprecher sitzen da und lassen sich feiern. Diesmal war aber keiner da. Es waren vier oder drei Architekten dort. Die haben ein paar handgestrickte Taferln gehabt, so à la Mahdaliik. Ich habe aber nicht das Geld, die Macht, die Zeit und die Beamtschaft der Stadt Wien hinter mir. Ich stricke mir die halt selber.

Die sind dort gesessen und haben herumgezeigt und haben dann nicht genau gewusst, wo sie hinzeigen sollen, und haben halt plötzlich statt 200 Wohnungen nur mehr 160 Einheiten angeführt, bis es mir dann zu blöd geworden ist und ich gefragt habe: Wie viel Quadratmeter hat eine dieser Einheiten, wo ja unter anderem auch Arztpraxen oder was weiß ich, was alles Platz finden könnten? Könnten, werden sie aber nicht, eine oder zwei wahrscheinlich.

Also, eine Einheit hat 100 m². Dabei kennen wir alle die Studien: Die Singlehaushalte werden mehr, werden mehr nachgefragt. Und da gehen sich schon, wenn nicht zwei Wohnungen, dann zumindest 1,3 oder 1,4 Wohnungen aus. Also, 220 Luxuswohnungen sollen dort gebaut werden, keine Smart-Wohnungen in dieser Lage. Darum bringen wir heute wieder einmal einen Antrag ein für die über 70 000 Kämpfer gegen die Zerstörung des Otto-Wagner-Ensembles am Steinhof.

„Der Gemeinderat soll sich dafür aussprechen,“ – nein, schon wieder dagegen – „gegen jede Verbauung der Bereiche zwischen den Pavillons und Wohnnutzung der Pavillons selbst sowie für die für den Schutz des Ensembles notwendige Aufnahme des Jugendstiljuwels samt historischer Parklandschaft von Otto Wagner auf die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste.“ – Wir wollen auch das heute sofort abgestimmt wissen.

Jetzt kommen wir wieder von der Planung und vom Denkmalschutz zum Verkehr und gehen jetzt in den Westen Wiens nach Auhof. Dazu haben wir zwei Anträge vorbereitet. Gleich zur Erklärung: Einer hätte vielleicht auch schon gestern eingebracht werden können, nämlich jener, der die geplante Mülltrennungsanlage in Auhof

betrifft. Wir haben uns aber fraktionsintern darauf verständigt, dass es ein Verkehrsthema ist.

Als umweltbewusste Partei sind wir selbstverständlich für eine neue Mülltrennungsanlage, das ist auch eine alte Forderung der Freiheitlichen, aber nicht an diesem Standort, sondern woanders. Für die Gesiba und alle möglichen Wohnbauträger findet ihr auch immer ein Platzerl, wo sie etwas hinbauen können, also werdet ihr auch ein Platzerl für die Mülltrennungsanlage finden, denn – und das ist der erste Antrag: Die FPÖ fordert vor allem in Penzing seit vielen Jahren beziehungsweise Jahrzehnten, seit 20 Jahren, dass die U4 vom Ballungsraum Hütteldorf endlich nach Auhof geführt wird. Gut, damals war vielleicht das Geld nicht da. Man hat es so gemacht wie in Kagran oder am Reumannplatz: Man hat die U-Bahn im dicht verbauten Gebiet enden lassen und hat dann die Per-Albin-Hansson-Siedlung, den Rennbahnweg, Großfeldsiedlung und so weiter nicht angebunden. Das hat man dann nachher repariert, nach langen Jahren freiheitlicher Forderungen.

Die U4 nach Auhof ist aber noch immer nicht ange-dacht, obwohl man damit die Staufalle Westeinfahrt auf Dauer entschärfen könnte. Draußen könnte man ein großes Parkhaus bauen, Platz ist mehr als genug. Die Einpendler aus dem Westen könnten schon vor der Stadtgrenze abgefangen werden. Das wollt ihr ja immer, ihr macht die U-Bahn-Planung aber nicht so. Das werde ich beim nächsten Antrag dann gleich unter Beweis stellen.

Wir wollen die U4 nach Auhof verlängert, eine Park-and-ride-Anlage dort gebaut wissen, sehr groß. Für alle Netzkartenbesitzer der Wiener Linien soll das Parken dort gratis sein, wie es eigentlich bei allen Park-and-ride-Anlagen sein sollte. Für alle anderen sollte der Tarif von 1 EUR am Tag gelten; damit es sich die Leute auch leisten können in Zeiten von über 325 000 armen Leuten in Wien. Den Bundesländern geht es nicht viel besser.

Der zweite Antrag ist Folgender: Wir wollen die Mülltrennanlage nicht dort haben. Ihr habt viele tolle Beamte. Befasst die mit dieser Sache! (*GR Mag Christoph Chorherr: Wo? Nicht hier, aber irgendwo?*) – Entschuldigung, bin ich in der Regierung oder ihr? Ihr habt die Beamten im Hintergrund. Dafür ist eine Regierung da, damit sie nämlich Vorschläge macht. Wir sind dazu da, diese Vorschläge entweder zu goutieren oder zu zerreißen, zu sagen, die finden wir nicht so gut, sucht euch bitte einen anderen Platz, wir wollen sie nicht dort, weil die sinnvolle und zukunftsweisende Verkehrslösung, nämlich die U4-Verlängerung nach Auhof samt Parkhaus, damit verhindert wäre.

Jetzt sind wir schon bei der U2. Es sind drei Stationen zwei Mal eröffnet worden, nämlich einmal vor der Wahl und einmal nach der Wahl, wie es sich gehört, wenn die Roten etwas eröffnen. Und zwar habt ihr es da auch zusammengebracht, bei drei neuen Stationen Hausfeldstraße, nämlich Aspern Nord und Seestadt, keinen einzigen Parkplatz zu schaffen.

Bei Aspern Nord ist es überhaupt „lustig“. Dort kann man nicht einmal jemand aussteigen lassen, außer man bleibt im Feld stehen oder verbotenerweise bei der Bus-

station, das habt ihr wieder wirklich hervorragend gelöst. Die ersten zwei, drei Wochen sind dort ein paar Autos gestanden. Da war etwas asphaltiert und ich habe gewusst, was kommt: Dann ist über den Asphalt eine Erddecke, ein Erdhügel aufgeschüttet worden, der wird jetzt schon schön geformt, dann wird er wahrscheinlich be-grünt, aber es gibt keinen einzigen Parkplatz dort. Auch bei den beiden anderen U-Bahn-Stationen nicht.

Jetzt müsst ihr mir einmal verraten, wie dann jemand aus Orth an der Donau, aus Untersiebenbrunn und so weiter, der vielleicht nicht um 2.45 Uhr in der Früh aufstehen möchte und mit dem Auto nach Wien fährt, je in die U2 umsteigen soll? Geht nicht! Er kann sich irgendwo in einem Siedlungsgebiet reinstellen und von dort mit dem Bus zur U-Bahn fahren. Aber was macht er? Weil es ihm zu blöd ist, fährt er mit dem Auto weiter, durch die Ortskerne von Hirschstetten, Stadlau, Eßling, Breitenlee und so weiter und steigt nicht auf die Öffis um.

Ihr habt ihm noch immer nicht „vorhupfen“ können, wie die 10 000 Niederösterreicher täglich umsteigen sollen. Mit dem Radl können sie auch nicht kommen. Ihr habt wieder viele Radlabstellplätze gemacht. – Super, klass, aber nichts für die Autofahrer. Darum wollen wir, dass bei diesen Stationen oder vielleicht bei einer dieser Stationen eine große Park-and-ride-Anlage gebaut wird, damit die Pendler umsteigen können und der Modal-Split in Richtung öffentlichen Verkehr verbessert wird.

2 Minuten 30 Sekunden vor Schluss komme ich zur Copa Cagrana, um im Bezirk zu bleiben. Da habt ihr jahrelang auf hohem Niveau gejammert: Der hat so einen langen Pachtvertrag und macht nichts. – Und wer hat ihm den Pachtvertrag gegeben? Die SPÖ! Ihr seid da nicht schuld dran. Wird natürlich kein Fernstehender gewesen sein damals. Vielleicht hat er sich aus irgendwelchen Gründen abgewandt, hat nichts gemacht, hat das verfallen lassen. Die dunkelhäutigen Drogendealer sind sich auf die Zehen gestiegen, also das Ganze war für Familien und für Jugendliche, die keine Drogen konsumieren, nicht mehr zu frequentierten, es war unzumutbar.

Nichts ist gemacht worden. Jetzt hat der Pächter, zumindest wurde das so kolportiert, erklärt, er sei bereit, über die Rückgabe der Pachtrechte zu verhandeln. Darum sagen wir: Schnell verhandeln, löst ihm die Pachtrechte ab, und zwar zu einem anständigen Preis. Wenn wir für die Mobilitätsagentur, die ein Halbjahresbetrieb ist, 8,9 Millionen EUR übrig haben – und da wird genau nichts gemacht, außer falsche Zahlen veröffentlicht –, werdet ihr doch für die Ablösung der Pachtrechte und für die anschließende Sanierung des Schandflecks Copa Cagrana ein paar Netsch übrig haben. Das verlangen wir heute hier in einem Antrag.

Womit ich auch schon beim Letzten wäre, nämlich bei der neuen 13A-Trasse, wo man wieder ersehen kann, wie sich Rot und Grün die BürgerInnenbeteiligung vorstellen, nämlich: Sie beschließen etwas im Rathaus, dann wird es durchgeführt, und dann wundern Sie sich, wenn die Leute auf die Straße gehen in einem wirklich grün durchsetzten Bezirk wie dem 6. Bezirk. Im 7. Bezirk wird es euch wahrscheinlich genauso passieren, wenn

ihr die Bustrasse durch die Neubaugasse legt oder sonst irgendeinen Blödsinn anstellt, ohne die Bevölkerung einzubinden.

Da ist nicht einmal irgendeine Informationsveranstaltung vonstatten gegangen, gar nichts. Manchmal macht ihr, bevor ihr das Parkpickerl ausweitet, eine Informationsveranstaltung, wo rote und grüne Funktionäre das Publikum geben; und dann sagt ihr, wir haben die Bevölkerung eh mit eingebunden. – Nichts! Das ist einfach beschlossen worden, die Leute gehen auf die Straße.

Wir sagen: Diese Linienführung muss aufgelassen werden! Bindet die Bürger ein! Findet einen Konsens! Und hört endlich auf, Wien verkehrstechnisch in Geiselschaft zu nehmen. Die Verkehrspolitik ist ein einziger Torso. Wir lehnen das Budget natürlich ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster ist GR Dipl.-Ing Al-Rawi zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und stelle die Uhr auf 15 Minuten ein.

GR Dipl.-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es kommt die Ära der Städte. Das sagt und prophezeit der Politikwissenschaftler und Clinton-Berater Benjamin Barber. Er propagiert einen Umbruch der politischen Ordnung. Nationen sind überholt, genauso wie die Grenzen dazwischen, den Städten gehört die Zukunft. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ist eine Horrorvorstellung!*) Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass 1950 noch 29 Prozent aller Menschen in Städten gelebt haben, mittlerweile sind es schon über die Hälfte; und die Prognose sagt, dass bis 2050 schon 70 Prozent der BewohnerInnen in einer Stadt leben werden.

Das heißt, dass es eine fortschreitende Verstädterung der Weltbevölkerung gibt. Das wirft natürlich neue Probleme und Chancen gleichermaßen auf. Dass die Urbanisierung auch weiterhin unterschiedlich sein wird, ist eh klar. Dass Wien auch keine Megacity sein wird, wissen wir alle. Trotzdem gehört Wien zu jenen Städten, die seit 13 Jahren gewachsen sind. Wir wissen, dass in den letzten 13 Jahren 200 000 Menschen mehr in Wien leben und dass dieser Trend weiterhin fortschreiten wird, nämlich mit einem Plus von 25 000 Menschen pro Jahr, wie wir im Laufe dieser zweitägigen Budgetdebatte schon mehrmals gehört haben.

Mit den Städten steigen auch die sozialen und ökologischen Herausforderungen – Klimawandel zum Beispiel, denn 80 Prozent des CO₂-Ausstoßes werden in Städten verursacht. Zwei Drittel der Gesamtenergie werden in Städten konsumiert, Migration betrifft in erster Linie die Städte. Städte leiden auch überproportional am Klimawandel. Bestimmte Bereiche wie etwa die Gesundheitsversorgung werden durch die Urbanisierung allerdings auch leichter gemacht.

Man darf aber auch nicht vergessen, dass jetzt über 70 Prozent der technischen Innovationen, wissenschaftlichen Errungenschaften und Initiativen davon ausgehen und in Städten stattfinden. Städte sind Horte der Innovation, des Fortschrittes, sie spornen an zu Veränderungen

und zu Entwicklung. Städte und Innovation, das sind für mich Synonyme, sagt auch Benjamin Barber in diesem Interview.

Wer also auf diese Entwicklung und Dynamik nicht rechtzeitig reagiert, ihr keine Richtung gibt, nicht plant, der verschläft auch die Zukunft. Daher ist es immens wichtig, dass der Gemeinderat am 29. September 2011 den Magistrat beauftragt hat, den Stadtentwicklungsplan inklusive gesamtstädtischer Verkehrsfragen zu überarbeiten und bis 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Es ist schließlich auch die Leitlinie für die Stadt und ihre Handlungen.

Wie wir mit diesem Thema und diesem Prozess in der Stadt umgegangen sind, war vorbildlich. Alle Akteurinnen und Akteure der Stadt, alle VertreterInnen der Bezirkspolitik, ExpertInnen, VertreterInnen der Wirtschaft, der Region und der Stadtgesellschaften waren eingebunden.

Der Forscher Boyd Cohen, Begründer des Smart-City-Index, hat jüngst in Wien hinweisend gesagt: „Oft müssten Politikerinnen und Politiker die ‚richtigen‘ Entscheidungen treffen, auch wenn sie nicht dem Willen der Bürgerinnen und Bürger entsprächen, zum Beispiel beim Thema Stadtentwicklung.“

Meine Damen und Herren, genau das betrachten wir als einen vollkommen falschen Ansatz. Wer glaubt, richtige Ideen bedürften nicht der Zustimmung durch die BürgerInnen, sitzt am falschen Dampfer. Wir brauchen diesen Zwiespalt nicht. Nicht umsonst heißt unsere Geschäftsgruppe ja Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Wir glauben, die richtigen Ideen zu haben und wollen unsere Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen, indem wir die Prozesse transparent machen und sie daran teilhaben lassen.

Es gibt nirgends eine derartige Querschnittsmaterie, die alle Bereiche der Stadt einbindet und beinhaltet wie die Erarbeitung beziehungsweise Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes. Da geht es um Lebensqualität, leistbares Wohnen, Zusammenkunft der Generationen, Kulturen und Religionen, eine funktionierende Infrastruktur, Arbeits- und Bildungsplätze, Freiräume und Grünraum, Kultur und Wissenschaft, Energieversorgung, leistungsfähige Mobilität. Wirtschaftsstandort und Gesundheitsversorgung, um nur einige davon zu nennen.

Nirgends spielen die Entscheidungen der Politik eine so wichtige Rolle wie bei der Stadtentwicklung, und nirgends sind auch Menschen so leicht zu motivieren, zu begeistern – aber leider auch zu emotionalisieren –, mitzumachen, wie bei der Stadtentwicklung. Wien ist bisher diesen Weg sehr erfolgreich gegangen, und wir werden die Herausforderungen der Zeit, der Zukunft mit Innovation, Weltblick und Weitsicht, Mut und Verantwortung gehen.

Wien ist lebendig, aufstrebend, attraktiv und prosperierend. Es erhält Wertvolles, erneuert Verbrauchtes und transformiert Überholtes. Zum Antrag des Kollegen Mahdalik auf Aufnahme der Otto-Wagner-Gründe in die UNESCO-Liste: Ist Mahdalik noch da, oder nicht mehr? Also ich weiß nicht, ob wir wirklich die Zukunft und die Entwicklung dieser Stadt weiterhin an andere auslagern

können, sodass ExpertInnen auf Tagungen in Hanoi oder in Vietnam sich treffen und dann dort uns die Richtlinien dafür geben, wie wir uns entwickeln können oder nicht. Ich warne wirklich davor, in diese Richtung zu gehen. *(GR Armin Blind: UNESCO! International sind wir nur dann, wenn es Ihnen passt!)*

Nein, aber ich glaube nicht, dass auch nur ein Tourist mehr oder weniger nach Wien kommen wird je nachdem, ob wir ein Weltkulturerbe wären oder nicht. Ich glaube nicht, dass ein einziger Tourist weniger nach Schönbrunn kommt, ob Schönbrunn nun als Weltkulturerbe gilt oder nicht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich weiß nicht, warum wir die Gestaltung unserer Stadt, unseres Lebens und die Zukunft unserer Kinder in die Hände von ExpertInnen, die nicht in Wien sitzen, verlagern sollten. Wir reden von Subsidiarität, wir reden von der Verlagerung der Dinge hinein in die Städte. Auch das sagt Barber in diesem Interview: Wenn man die Entscheidungshoheit an die Städte und die Kommunen verlegt, gewinnen die Menschen durch Partizipationen und Mitgestaltung. In dem Moment, wo sie die Entscheidungshoheit nach außen verlagern, verschwindet diese Geschichte.

Abschließend möchte ich, meine Damen und Herren, feststellen, dass wir dieses Wachstum als Chance und nicht als Bedrohung sehen. Wachstum ist Fortschritt, alles andere ist Stagnation. Wir wollen uns den Herausforderungen der Zeit stellen und wollen Sie einladen und mitnehmen, wenn es darum geht, da mitzumachen. Eines vor allem wollen wir nicht: Die Zukunft Wiens dem Zufall überlassen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Beamtinnen und Beamten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe, aber auch des Stadtratsbüros bedanken für ihren Einsatz und für die immense Einbringung von sehr viel Innovation in der Erarbeitung dieses Stadtentwicklungsplanprozesses. Denn hier ist und wird, glaube ich, 2014 ein sehr großer Wurf gelingen, mit dem wir für die nächsten 10, vielleicht sogar 20 Jahre die Weichen stellen. – Danke vielmals. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster gelangt GR Ing Mag Dworak zu Wort. Ich erteile es ihm und stelle die Redezeit auf 10 Minuten ein.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zuerst möchte ich darauf hinweisen, dass diese Geschäftsgruppe das zweitkleinste Budget mit 276 Millionen EUR hat – nach jenem der Kultur, das ist das kleinste mit 240 Millionen EUR. Ich möchte auch darauf replizieren, dass Rüdiger Maresch so stolz behauptet hat, dass die GRÜNEN den 6. Bezirk „wiedererobern“ hätten. 2006 hattet ihr schon bei den Nationalratswahlen die relative Mehrheit im 6. Bezirk. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* – Stimmenstärkste, jawohl im Jahr 2006 wart ihr das schon einmal. Es ist also nichts allzu Tolles. Man muss schon ein bisschen bei der Wahrheit bleiben. *(Weitere Zwischenrufe von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* – Vor vielen Jahren, aber das ist auch schon

lang, lang her.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen hauptsächlich mit den Stadtplanungen beschäftigen. Ich behaupte, dass die Frau Vizebürgermeisterin sich selbst blockiert durch die Konzentration auf die Themen Mariahilfer Straße und Parkpickerlerweiterungen. Dazu hatten wir ja vor Kurzem eine Vorher-Nachher-Untersuchung. Die war ja auch nicht so toll, wie beispielsweise Rüdiger uns wissen lässt, dass nämlich die Leute von der Parkpickerlerweiterung so begeistert seien. Dass besonders der 13. Bezirk darunter leidet, ist Faktum, das möchte ich an dieser Stelle festhalten. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Aber ich möchte mich auf die letzte STEKA beziehen. Ich möchte hier erwähnen, dass es einige Projekte gibt, von denen wir glauben, dass sie durchaus ein bisschen Phantasie bedürfen, um sie wirklich zu realisieren. Wir hatten ein altes STEP-Projekt, und zwar das Donaufeld. Jetzt feiert es wieder fröhliche Wiederauferstehung in der STEKA, und das soll ein tolles Projekt werden. Aber, meine Damen und Herren, wenn die Grundstücke nicht im Besitz der Bauwerber beziehungsweise stadtnaher Unternehmen sind, dann frage ich mich wirklich, wie man das umsetzen will.

Es gibt einige andere Projekte – vielleicht wird das Kollege Chorherr noch sagen können – wie zum Beispiel das Projekt In der Wiesen Ost. Da gibt es Gärten, die über weite Strecken des Areals von 33 m hohen Objekten flankiert werden. Die Widersprüchlichkeit dieses Konzepts möchte ich noch aufgeklärt haben. Aber wie schon gesagt: Da gibt es eine ganze Reihe von Projekten, die ins Gebiet der Phantasie gehören.

Übrigens, ein Thema, das wir schon einige Male diskutiert haben, ist die Nachnutzung des Franz-Josefs-Bahnhofes: Stille auf weiter Flur. Ich denke noch an die Kollegin Gretner, die das einmal ganz, ganz toll angekündigt hat, aber man hat seitdem nichts mehr davon gehört.

Ein anderes Projekt, bei dem mir erscheint, dass da nicht sehr viel weitergeht, obwohl die ÖBB die größten Interessen haben müssten, ist im 15. Bezirk nach Fertigstellung des Westbahnhofes die Felberstraße, beziehungsweise was dort weiter kommen soll. Ich habe außer Ankündigungen nichts gehört. Es scheint sich nur um Überlegungen zu handeln.

Ein Projekt, das wir immer wieder hier diskutieren, ist das Projekt Flugfeld Aspern. Das Bauen geht sehr langsam. Die U2 ist fertiggestellt worden. Es fährt zwar nur jeder zweite Zug an die Endstation Seestadt; aber außer der Ankündigung, dass die Hoerbiger Werke aus dem 11. Bezirk dorthin übersiedeln werden plus die Zentrale aus dem 22. Bezirk, Hoerbiger International, und dass einige weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, habe ich nur von einem eigenen Bürostandort der 3420 Aspern Development AG gehört.

Es ist dort ein kleines IQ-Center, wo es zwar praktisch ist, eine U-Bahn-Anbindung zu haben, aber unter uns gesagt, ein bis zwei Jahre zu früh ist, dass die U-Bahn dort hingeführt wurde. Wir wissen, warum: Weil die Planung zwischen Verkehrsressort und Wohnbauressort

hinten und vorne nicht gestimmt hat.

Es sind nur ein paar Projekte, die ich als wirklich negativ betrachte. Unter anderem ist das hier auch das Media Quarter St Marx. Hier gibt es noch eine ganze Reihe von Baulücken und das ORF-reservierte Grundstück. Ich glaube, diese Option hat sich auch zerschlagen, genauso wie beim Media Quarter die Besitzverhältnisse alles andere als erfreulich sind, und zwar die Besitzverhältnisse zwischen der Wien Holding und der sogenannten kasachischen Connection.

Aber wenden wir uns nun zum Westen des Stadtgebietes zu und damit zur Westeinfahrt. Mein Vorredner von der FPÖ hat es ja bereits erwähnt, das Wiental ist im Prinzip schon seit Längerem Stiefkind der Stadtplanung. Im Westen Wiens geht praktisch nichts weiter. Das Einzige war die Gestaltung des Wienflussbettes, auch durchaus Dank den GRÜNEN mit dem Radweg, und der Vorplatz von Schönbrunn. Aber die Kennedy-Brücke ist nach wie vor ein Stiefkind. Hier können sich offensichtlich die drei zuständigen Stadträtinnen, bei der Magistratsabteilung 45 die Ulli Sima, die Wiener Linien mit der VBgmin Brauner und unsere Planungsstadträtin nicht einigen, wie es dort weitergehen soll.

Kommen wir zu dem Bereich Auhof. Ich habe auch schon einige Male erwähnt, dass der Westen als Stiefkind behandelt wird, und jetzt die Idee, einen großen Müllsammelplatz zu Beginn der Stadteinfahrt vom Westen her zu planen, das halte ich für einen Wahnsinn. Die Optik, Lagerplatz an einem Autobahnkreuz plus Tankstellenflair der 80er Jahre, da denke ich mir, das ist einer Stadteinfahrt nicht würdig. Und jetzt komme ich noch zu einem ganz praktischen Punkt. Man will ja im Umweltressort offenbar den Müllplatz von der Zehetnergasse zur Westeinfahrt hin verlegen, das heißt, die Wege, die man vorher stadtnahe hatte, für die hat man dann doppelt so weit hinaus und hinein, und wir wissen alle, wie die Verkehrssituation im Westen Wiens ist. Also, meine Damen und Herren, das ist alles andere als wohl überlegt und ich halte das schlicht und einfach gesagt für eine Fehlplanung. Aber da muss sich die Planungsstadträtin auch mit der Umweltstadträtin auseinandersetzen. Es ist durchaus sinnvoll, eine löbliche Einrichtung wie einen Müllsammelplatz zu machen. Aber an einer Stadteinfahrt hat er nichts zu tun und nichts verloren. Wie man dieses Areal nutzen kann, das haben wir schon einige Male erwähnt: Es wäre eine Verlängerung der U-Bahn nach Auhof in Kombination mit einer Park-and-ride-Anlage.

Ich habe abschließend noch zwei Punkte. Der erste ist das sogenannte 50-Orte-Programm. Ich habe das schon einige Male erwähnt. Hier fehlen sämtliche planerische Impulse von Seiten der Stadträtin. Die Ergebnisse dieses Versäumnisses sind die Konflikte, die wir derzeit in Neustift und Sievering haben. Laufend melden sich hier Bürgergruppen, denen es reicht, wie man mit diesen alten Ortskernen umgeht.

Aber lassen Sie mich abschließend sagen: Genau diese Beispiele machen uns sicher, dass wir diesem Budget nicht zustimmen. Wir glauben, dass hier das Planungsressort nicht auf dem richtigen Weg ist. Danke.

(Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm und stelle seine Uhr auf 8 Minuten.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): In acht Minuten. Sehr geehrte Damen und Herren!

Einige kurze Anmerkungen. In der Früh bei der Wohnbaudebatte wurde vor allem von der Opposition vehement und richtig gesagt: Wir müssen Wohnungen bauen. Wien wächst, ich habe in der Früh die Zahlen genannt, alleine im letzten Jahr um beachtliche 30 000 Menschen in nur einem Jahr. Richtung Beamtenschaft möchte ich sagen, mit demselben Mitgliederstand, Mitarbeiterstand der Beamtenschaft, ohne zu sagen, wir brauchen Mitarbeiter in der Größenordnung der Stadt Graz. Ich erinnere mich, und das sage ich jetzt in Richtung FPÖ, an die letzte Stadtentwicklungskommission, wo sieben Stadtentwicklungsgebiete völlig unterschiedlicher Natur präsentiert wurden, in Summe rund 15 000 Wohnungen. Das Abstimmungsverhalten der FPÖ zähle ich aus Zeitgründen nicht auf: Erstes Projekt - abgelehnt von der FPÖ, zweites Projekt - abgelehnt, drittes Projekt - abgelehnt, viertes Projekt - abgelehnt, fünftes Projekt - abgelehnt, sechstes Projekt - abgelehnt. Und Sie dürfen jetzt raten, was beim siebenten Projekt von Seiten der FPÖ passiert ist? Es wurde abgelehnt! (*Aufregung bei der FPÖ.*) Darum finde ich es so originell, wenn der Kollege Mahdalik sagt, er will es nicht dort haben, sondern irgendwo anders. Ich habe mir den Zwischenruf erlaubt: Wo wäre denn woanders? Nein, nein, nein, nein, das soll die Regierung machen. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Also das disqualifiziert sich von selbst. Wir wollen alles, aber nicht bei uns, sondern irgendwo anders. Und wenn irgendwo anders was passiert, steht sie dort und sagt: Aber nicht dort. Viel mehr will ich jetzt zur FPÖ gar nicht sagen. Oh ja, einen Satz will ich schon noch sagen. Bei den Nationalratswahlen haben wir deutlich mehr dazugewonnen als die FPÖ. Das will ich schon sagen, weil ich stolz darauf bin und mich darüber freue, Herr Kollege Mahdalik. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Hier war übrigens Wien deutlich anders als andere Bundesländer. Also das zieht bei den Wienern und Wienerinnen nicht, und das ist gut so.

Zur seriösen Wortmeldung des Kollegen Dworak, wenn ich Sie aufklären darf. Sie hätten völlig recht, wenn wir im Bereich Donauefeld eine große Entwicklung beginnen wollten und das mit lauter Grundstücken wäre, die nicht umsetzbar wären. Ich weiß nicht, ob Sie bei der Stadtentwicklungskommission waren. Es wird jetzt das gesamte Gebiet planerisch vorbereitet und im Ostteil dort die Widmung begonnen, wo die Grundstücke zu 100 Prozent beim Wohnfonds oder bei Wohnbauträgern sind. Also es ist selbstverständlich, dass man Entwicklungen dort angeht, wo die Verfügbarkeit gegeben ist, man muss aber seriöserweise sagen, mit einem Horizont von 10 bis 15 Jahren. Wenn die Grundstücksverfügbarkeit im zweiten Teil auch gegeben ist, wird es dort fortgesetzt. Die Widmungen werden jetzt natürlich in jenem Bereich gemacht und dringend umgesetzt werden. Das ist aber kein Déjà-vu, sondern man geht jetzt lange Planungen

sehr konkret an.

Sie haben in der Wiesen Ost angesprochen. Auch dort wird der Nordteil jetzt in die Widmung überführt, dort, wo der Wohnfonds Grundstücke hat. Und ja, jetzt bin ich bei dem wichtigen Bereich der BürgerInnenbeteiligung. Ja, es wird neben einer U-Bahn-Station maßvoll für diese Stadt im Ausmaß dessen verdichtet - und das haben wir auch mit der Bezirksvorstehung besprochen und geklärt -, wie Infrastruktur vorhanden ist. Was heißt konkret Infrastruktur? Die Schulversorgung muss gewährleistet sein. Der Widmungsprozess dient jetzt dazu, das zu klären, welche Schule gegeben ist. Wir nehmen auch die Frage des Verkehrs sehr ernst.

Da sehe ich das nicht so gegeben, weil ich da eine U-Bahn-Station unmittelbar daneben habe, also eine ideale Lage der Verdichtung. In anderen Gebieten im 23. müssen wir in der Tat überlegen, wie die öffentliche Infrastruktur entwickelt werden kann. Da ist der 23. ein besonderer Bezirk von allen 23. Darum haben wir auch im letzten Gemeinderat den Beschluss gefasst, dass hier mittel- und langfristig Projekte ins Auge gefasst werden, wobei sich die Vizebürgermeisterinnen dafür sehr stark engagieren werden. Ich sage Ihnen das aber auch deswegen, weil gestern vom 23. wieder eine Bürgerinitiative bei uns war, nämlich die „Initiative Meischlgasse“, und was BürgerInnenbeteiligung heißt und was BürgerInnenbeteiligung nicht heißt. BürgerInnenbeteiligung heißt, dass nicht nur verbal Anliegen ernst genommen werden, dass man hört, was an Know-how lokal vorhanden ist, und dass man versucht, ernsthaft auf diese Argumente einzugehen. BürgerInnenbeteiligung heißt aber nicht, dass die letztendliche Entscheidung, städteplanerisch, architektonisch und auch von der Dichte her, die Anrainer endgültig entscheiden. Würden wir das tun, könnten wir das, was an Stadtwachstum ist, nicht annähernd gewährleisten, weil Anrainer aus verständlichen Gründen zu geringeren Dichten, zu geringeren Höhen und im Zweifelsfall dazu tendieren, in ihrer Umgebung wenig bis gar nichts zu wollen. Darum will ich jetzt eine BürgerInnenbeteiligung besonders positiv hervorheben und hoffe, dass ich andere jetzt nicht damit beleidige.

Es passiert in dieser Stadt nicht häufig, dass ein Projekt, in dem Fall im 2. Bezirk, die Entwicklung des Nordbahnhofs, wo Schrecken, oh Schrecken, 7 Hochhäuser, und zwar wirkliche Hochhäuser, weil oft über Hochhäuser gesprochen wird, die deutlich unter 35 m sind, geplant sind, 7 Hochhäuser in einer Größenordnung von 60 m. Eine intensive BürgerInnenbeteiligung findet dort statt, wo vor zwei Wochen auch wieder eine große Zusammenkunft war, wo nahezu ausnahmslos das Grundleitbild der Stadt, das diese Regierung verfolgt, nämlich auf der einen Seite zu verdichten, um Freiraum zu gewährleisten, dort sehr stark mitgetragen und sehr engagiert eingebracht wird.

Ein allerletzter Punkt, weil man immer über das spricht, zu Recht und verständlich, und da rege ich mich gar nicht darüber auf, was nicht funktioniert und wenig stolz auf das ist, was funktioniert. Die Frau Vizebürgermeisterin hatte eine Aussendung gemacht - die lange Diskussion um das Otto-Wagner-Spital -, um zu sagen,

hier ist auch ein Projekt jetzt einmal positiv erledigt. Lassen Sie mich das noch einmal zusammenfassen, auch aus der Planungssicht: Dort werden nicht, Herr Kollege Mahdalk, Luxuswohnungen gebaut, dort wird die Gesiba, ein gemeinnütziger genossenschaftlicher Wohnbauträger, um einen Nettomietzins von ungefähr 7,50 EUR 160 Wohneinheiten errichten, davon rund ein Viertel für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Menschen mit Behinderung, Wohngemeinschaften, Altersgemeinschaften. Zweitens wird das nicht verkauft, sondern bleibt im Eigentum der öffentlichen Hand und wird über Baurecht der Genossenschaft übergeben, und das in einem Rahmen, der vollständig, wie ursprünglich geplant, das Spitalskonzept der Frau Kollegin Wehsely auch finanziell unterstützen wird. Hier sind von 600 ursprünglich geplanten Wohnungen, wie es auch der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin angestrebt haben, in einem hochqualitativen Prozess eine maßvolle Bebauung realisiert worden oder es soll zügig realisiert werden. Die Steinhof-Gründe als solche werden in keiner Weise berührt. Man zeigt, dass hier Handlungsfähigkeit dazu führt, dass etwas abgeschlossen ist. Es ist, wenn Sie wollen, das Dilemma, wenn was ordnungsgemäß abgeschlossen ist, dann gibt es keine große Diskussion. Die Diskussionen gibt es dann, wenn es einen Wickel gibt. Aber mir ist ein Wickel in einer Regierung, die was weiterbringt, lieber als irgendeine Stille, die uns nicht weiterbringt.

Das sind nur Eckpunkte in sechs Minuten einer zukunftsgerichteten, nachhaltigen, sozialen Stadtplanung. Vielleicht gelingt es uns, auch den einen oder anderen zumindest von der ÖVP noch davon zu überzeugen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm. Die von ihm gewählte Redezeit beträgt 8 Minuten, wobei - nein, es ist noch eine Wortmeldung, kann ich jetzt nicht sagen.

GR Wolfgang **Irschik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Damen und Herren des Gemeinderates! Einen schönen guten Abend auch an den Bezirksvorsteher von Floridsdorf, Ing Lehner.

Nun, gespart wird, und zwar beim U-Bahn-Ausbau. 2010 sind noch 302 Millionen EUR ausgegeben worden, 4 Jahre später nur mehr 186 Millionen, also es ist ein Minus von 116 Millionen EUR. Jetzt sollen aber die Leute doch verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Das wird dann schwierig, wenn nichts investiert wird, und zwar gerade die U6 betreffend. Da war die ursprüngliche Planung dahin gehend, dass man sagte, 2012 ist sie fertiggestellt bis zum Rendezvousberg in Stammersdorf über die Stadtgrenze hinaus. Jetzt schaffen wir nicht einmal die Anbindung. Wir schaffen es nicht einmal, dass die U6 an das Krankenhaus Nord angebunden wird, wo ja Teilbereiche 2015 eröffnet werden sollen oder, wie Kollege Frigo sagte, vielleicht überhaupt erst 2016. Und da haben wir gehört, dass vielleicht gar kein Geld mehr da ist, dann wird es gar nicht eröffnet. Schauen wir einmal, was sich tatsächlich dann tut. Auf alle Fälle schaffen

wir es nicht, von der derzeitigen Endstelle Floridsdorf, entfernungs­mäßig wären das zirka zwei Stationen, dieses Krankenhaus Nord an die U6 anzubinden. Dafür gibt es dann im Gegenzug keine Parkplätze. Allen Ernstes sind im Krankenhaus Nord 180 Stellplätze für mehrspurige Kraftfahrzeuge vorgesehen, dafür aber 240 Fahrradstellplätze. Das wird jetzt im Winter interessant, weil wenn das Krankenhaus eröffnet wird, werden dann im Winter die Patienten und die Besucher und das Personal mit dem Fahrrad fahren. Wie der Kollege Blum von der Mobilitätsagentur verlautbart hat, und da haben wir ja phantastische Zahlen gehört, es wird schon ganz Wien im Winter mit dem Fahrrad fahren. Lassen wir uns überraschen.

Dazu auch die Zahlen des SMZ-Ost, meine Damen und Herren. Als das eröffnet wurde, gab es 400 Parkplätze, das war bald zu wenig. Jetzt hat man 800, und diese 800 Parkplätze im Donauespital sind auch schon zu wenig. Also 800 im Donauespital sind zu wenig, und Floridsdorf kriegt 180, also ein Geniestreich! Und, wie gesagt, keine Anbindung der U6 oder an die U6. Wir werden dann alle mit dem 31er dort rauszuckeln, hin und wieder als Verstärkerlinie der 33er, und die Schnellbahn gibt es halt auch noch. Das wird aber aller Voraussicht nach zu wenig sein.

Fußgängerzonen, Begegnungszonen, bleiben wir in Floridsdorf. Wir Freiheitliche haben vor rund 20 Jahren bereits einen Antrag gestellt und in der Bezirksvertretung eingebracht, dass im Bereich des Amtshauses eine Fußgängerzone errichtet werden soll und haben unsere Meinung auch nicht geändert. Deshalb ist es ein bisschen verwunderlich, wenn der Klubobmann der Floridsdorfer Sozialdemokraten Pressedienste aussendet, wo er sagt, plötzlich ist die Freiheitliche Partei gegen den eigenen Antrag. Na, das ist ein Unsinn. Wir sind nicht gegen den eigenen Antrag, wir sind ja nach wie vor für die Fußgängerzone, nach wie vor. Aber die Begegnungszone wollen wir nicht. Das muss der Kollege Papai dann schon halt auch hinzufügen. Vielleicht kennt er den Unterschied auch nicht, nachzulesen im § 76 der Bundesstraßenverordnung: lit a ist die Fußgängerzone und lit c ist die Begegnungszone.

Ein bisschen verwundert war ich doch auch über die ÖVP, muss ich leider auch sagen, denn wir haben in der letzten Bezirksvertretungssitzung eine Resolution eingebracht, dass in Floridsdorf keine Begegnungszonen errichtet werden sollen. Die SPÖ hat abgelehnt, die GRÜNEN haben auch abgelehnt, soll sein. Aber dass die ÖVP auch ablehnt, das ist doch ein bisschen verwunderlich, denn der StR Juraczka spricht sich hier auch dagegen aus, Causa Mariahilfer Straße, da werden wir morgen noch sehr viel vernünftig darüber sprechen. Er oder die ÖVP lehnt die Begegnungszone in der Mariahilfer Straße ab. Warum man dann unsere Resolution nicht unterstützt? (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.*) Das heißt, in Floridsdorf ist die Begegnungszone gut, auf der Mariahilfer Straße ist sie nicht gut. Vielleicht ist das irgendwie eine Diskrepanz zwischen der Floridsdorfer ÖVP und der Rathaus-ÖVP, vielleicht dem Kollegen Walter, dem Norbert sagen, er ist der Bezirksobmann der

ÖVP-Floridsdorf, er sollte vielleicht ein bisschen mit seinem Klubobmann sprechen, weiß ich nicht. Vielleicht läuft dort irgendwas falsch.

Zu den Leitbildern, der Kollege Chorherr hat das angesprochen, der Kollege Chorherr ist jetzt gerade nicht da. Wir haben das abgelehnt. Ja, als einzige Fraktion haben wir das abgelehnt, das stimmt. Aber warum haben wir das gemacht? Na, selbstverständlich sind die Freiheitlichen nach wie vor für den Wohnungsbau in Wien, und zwar sollen mindestens 5 000 Gemeindewohnungen pro Jahr errichtet werden, keine Genossenschaftswohnungen, mindestens 5 000 Gemeindewohnungen pro Jahr. Nur auf das Wie kommt es an. Wie werden sie errichtet, Baudichte, et cetera? Wo werden sie errichtet, meine Damen und Herren?

Leitbild Leopoldau hat der Kollege Chorherr angesprochen. Was er nicht erwähnt hat, ist, es gibt dort ein sogenanntes Spitzenkraftwerk von Wien Energie. Es wird mit Heizöl leicht befeuert, es gibt auch einen Öltank. Nach Informationen von Wien Energie gibt es keine Pläne, das abzusiedeln. Das heißt, es bleibt noch mindestens 10 bis 15 Jahre dort und dort wird man dann Wohnungen errichten. Was darf ich noch anbieten? Ach ja, natürlich wird der Autofahrer bekämpft. Es gibt ein eingeschränktes Parken im Straßenraum und ein Stellplatzregulativ versorgt uns alle unheimlich. Dafür gibt es vier Sammelgaragen, das werden dann maximal 1 200 Autos. Hoffentlich wohnen die Leute relativ nahe bei der Sammelgarage. Das werden aber nicht alle sein. Alle können nicht in der Nähe der Sammelgarage wohnen. Das wird dann ein Problem für die, die weiter entfernt von der Sammelgarage wohnen, denn das Zufahren wird ja dann sehr schwer möglich sein. Also so viel einmal zum Thema, dass wir den Neubau von Wohnungen abdrehen, wie gesagt. Es kommt darauf an, wie und wo.

Das Gleiche im Donauesfeld, auch interessant. Da hat man in diesem Leitbild gesehen, wo die Straßenbahnlinie 25 verlaufen soll, nämlich in der Fultonstraße und in der Nordmann­gasse. Frage: Warum ist vor wenigen Monaten dann der eigene Gleiskörper in der Tokiostraße errichtet worden? Den können wir dann eigentlich nicht mehr brauchen. Das heißt, das Geld ist rausgeschmissen worden, eigentlich wohl für nichts. Natürlich das Gleiche: Eingeschränktes Parken im Straßenraum, Sammelgaragen. Da sind es dann 6 Sammelgaragen mit à 300 Stellplätzen, 6 mal 3 ist 18, auch interessant. Also wir schaffen 1 800 Parkplätze für 6 000 Wohnungen. Offenbar geht man davon aus, dass sich die Armut ausbreitet und sich keiner mehr ein Auto leisten kann, weil sonst ist es ein Schlag mit der flachen Hand ins Wasser. Es wird nicht funktionieren. Interessanterweise, Kollege Chorherr ist noch immer nicht da, Interview im „Standard“ vom 15. Oktober: „Kritik an den Wohnbauplänen im Wiener Donauesfeld.“ Da gibt es einen gewissen Heinz Berger von der Plattform „Bürgerprotest“. Der wird den GRÜNEN nicht ganz unbekannt sein, man steht in engem Kontakt. Dem gefällt das aber auch nicht. Er schreibt nämlich: „Der Grünzug soll erhalten bleiben.“ Noch interessanter ist es, was der Herr Bezirksvorsteher von Floridsdorf, der Herr Ing Lehner, gesagt hat, nämlich

er bestätigt im Gespräch, dass die natürlichen Grünflächen erhalten bleiben und ausgestaltet werden. Voll unsere Linie, voll unsere Linie. Ob ein Verbindungsbach, das ist auch etwas sehr Gefährliches, nämlich der Donauefeldbach, auf das komme ich dann auch noch zu sprechen, kommt, kann er noch nicht sagen. Also da appelliere ich schon an die SPÖ, an die Mehrheitsfraktion: Bitte, bitte unterbindet's das. Allein die Studie für diesen Schmarren hat 90 000 EUR gekostet, den keiner braucht. Allein die Erdarbeiten würden 3,9 Millionen EUR ausmachen. Einen Donauefeldbach braucht in Wahrheit kein Mensch.

Was hat der Herr Ing Lehner noch gesagt? Jetzt wird es interessant. So wie die weiteren zu entwickelnden neuen Stadtteile in Wien soll, laut Plänen von VBgmin Vassilakou und SPÖ-Planungssprecher Gerhard Kubik, auch das Donauefeld weitgehend autofrei werden. Das sagen die Frau Vizebürgermeisterin und der Kollege Kubik. Und jetzt sagt der Bezirksvorsteher von der SPÖ ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (*unterbrechend*): Kollege Irschik, die Redezeit wäre jetzt schon beendet. Die restliche Redezeit wird dem Kollegen Baron abgezogen, sonst kommen wir nicht zurecht.

GR Wolfgang **Irschik** (*fortsetzend*): Danke, Herr Vorsitzender. Mein Nachredner wird mir das verzeihen. Ist ja klar, danke Herr Vorsitzender, weiß ich.

Wie gesagt, es soll autofrei werden, Vizebürgermeisterin und Vorsteher Lehner. Das wird sich noch zeigen, sagt BV Lehner, der nur ein Durchfahrtsverbot unterstützt, genau wie wir Freiheitlichen. Wir wollen auch keine Durchfahrt. Zufahrt ja, aber keine Durchfahrt. Genau das Gleiche wollen wir auch haben. Keiner will Autoverkehr vor seiner Haustür, aber jeder besitzt ein Auto, es ist Teil der Gesellschaft. Interview im „Standard“ vom 15. Oktober vom BV Heinz Lehner: „Wir unterstützen das voll.“ Da das Widersprüche in sich sind, der Autofahrer massiv bekämpft wird und es hinten und vorne nicht zusammenpasst, stimmen wir diesem Budget nicht zu. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Kubik. Ich erteile es ihm und stelle seine Uhr auf 15 Minuten, Restredezeit insgesamt wären 25 Minuten.

GR Gerhard **Kubik** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es war wirklich erbauend, jetzt im Vorfeld meiner Rede mitzuhören, was alles an Vorschlägen seitens der Opposition gebracht wurde. Die Rechenübungen, die angestellt werden, sind ja wirklich sagenhaft. Dass der Toni Mahdalik nicht gut rechnen kann, haben wir schon beim Malen der grünen Radwege gesehen, wo sich da mit jeder Rede die 10-Millionen-Zahl erhöht. Bis 50, glaube ich, bist du dann am Schluss gekommen, was die Radwege insgesamt kosten würden, (*Zwischenruf von GR Anton Mahdalik.*) 50 war, glaube ich, die letzte Zahl. Ich wollte mir jetzt nur einen Punkt herausnehmen, weil da auch immer angesprochen wurde, es sollen alle U-

Bahnen verlängert werden. Also alles, was jetzt an U-Bahnen besteht, soll dann noch verlängert und hinausgeschickt werden. Am Beispiel Auhof ist es natürlich sehr wirtschaftlich, wenn man eine U-Bahn nach Auhof verlängert. Es kommen dort in der Morgenspitze so in etwa 5 000 PKW durch. Wenn sich alle diese PKWs, damit es im Wiental nicht zu Staus kommt, jetzt in ein Parkhaus stellen würden, und der Kollege hat es gerade vorge-rechnet, rund 300 pro Parkhaus wären das. Damit man alle unterbringt, hätte man dann mit 17 Parkhäusern á 300 Auto das Auslangen gefunden. Ich weiß schon, es ist nicht die Aufgabe der Opposition, zu suchen, wo die dann stehen, weil das ist schon die Aufgabe, das hat sich gezeigt, die Regierung soll suchen, wo sie dann zu stehen haben. Dann würde man es so mit der U-Bahn machen, dann warten wir dann, bis 3 Parkhäuser voll sind, das sind dann 900 PKWs, vielleicht 900 Personen, weil dann eine U-Bahn halbwegs ausgelastet ist, und dann darf die U-Bahn wegfahren. Wenn dann die nächsten 900 da sind, fährt die nächste U-Bahn. Also ich denke, auf der anderen Seite auch zu kritisieren, dass die Betriebskostenzuschüsse zu den Wiener Linien zu hoch sind, dass alles reduziert gehört und nicht effektiv ist, und dann schickt man sie aber überall hinaus, wo sehr wenig Frequenz ist, oder vielleicht in der Früh mehr und dann gar nichts mehr, aber zum selben Geld oder billiger, weil es kann ja alles effizienter gestaltet werden, also das geht bei der Rechnung aus meiner Sicht nicht zusammen. Dann wundert es mich auch nicht, dass man bei der Interpretation des Voranschlages da bei einigen Berechnungen offensichtlich Probleme hatte.

Es hat dann natürlich immer wieder das Thema Mariahilfer Straße gegeben. Das wird ja dann morgen ausführlich diskutiert, darum erspare ich es mir heute. Ich denke, da gibt es auch viel zu sagen, dass der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeister zugesagt haben, dass die Befragung ehest stattfindet, sprich, Anfang 2014. Jetzt heißt es: Man muss rechtliche Rahmenbedingungen einhalten, man hat Fristen einzuhalten, es ist zu veröffentlichen, und, und, und. Also es muss eine ordentliche Befragung sein, das ist zugesagt und das wird Anfang 2014 wahrscheinlich im Februar sein. (*Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.*) Also die Mariahilfer Straße und die Wien-Wahl in einen Zusammenhang zu bringen, das ist lustig. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Das haben die Kollegen von den GRÜNEN, glaube ich, ausführlich dargestellt. Man hat nicht wirklich was gewonnen und es wird auch zukünftig nicht sein. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das war ein Punkt bei der Nationalratswahl!*) Ich glaube auch, dass das Projekt ... Na ja macht nichts, aber trotzdem hat man nichts gewonnen. Ich denke, dass auch das Projekt Mariahilfer Straße als Fußgängerzone, und jeder, der es sich anschaut und nicht nur in der Früh um 7 durchgeht, sondern vielleicht um 11 Uhr vormittags während eines Wochentages, sieht, wie viele Leute dort schon unterwegs sind. Dann (*GR Mag Wolfgang Jung: Das können Sie sich anschauen!*) kann man durchaus der Meinung sein ... Sie können sich ruhig melden, ich verstehe Sie leider nicht. Ich bin ein bisschen verlegt, weil ich verkühlt bin. (*GR Mag Wolf-*

gang Jung: Das können Sie sich anschauen!) Aber morgen werde ich es dann verstehen, wenn Sie es sagen. Ich glaube, es hat durchaus eine Berechtigung, dass eine Fußgängerzone in so einem Bereich natürlich diverse Diskussionen mit sich bringt, ist klar. Aber wie gesagt, wir werden das dann morgen sicher ausführlich diskutieren.

Eigentlich habe ich mir vorgenommen, dass man über den Budgetvoranschlag doch etwas mehr diskutieren sollte. Es ist leider jetzt aus unserem Bereich nicht gekommen. Es wurde ja angeführt, wir sind jetzt nicht ein budgetstarker Bereich, was auch klar ist, weil dort, wo Flächenwidmungen stattfinden, braucht man für die Widmung selber jetzt nicht das Budget. Aber ich denke, wenn trotzdem beim Straßenbau, der Straßensanierung, auch beim Brückenbau, und hier bin ich besonders froh, dass der Holubsteg, der jetzt gebaut und begonnen wird, endlich umgesetzt wird, diese Projekte in die Tat umgesetzt werden, ob das die Stadtstraße ist, die im Voranschlag steht, natürlich auch die Mariahilfer Straße oder Meidling, oder auch, was besonders wichtig ist, eine Förderung von Verkehrssicherheitsmaßnahmen in den einzelnen Bezirken mit alleine 700 000 EUR, dann denke ich, gibt es schon sehr viele Punkte, die man positiv sehen kann.

Es sind auch eine Reihe von Flächenwidmungen begonnen und auf Schiene gestellt worden. Die ÖVP ist da immer sehr differenziert, was okay ist. Man kann da dafür sein und dort dagegen sein. Die FPÖ ist prinzipiell immer dagegen. Sie hat zwar immer Vorschläge in Form von Anträgen, wo der Toni Mahdalik nicht einmal durchgekommen ist, aber wenn es um konkrete Vorschläge geht - und das hat dann zum Schluss auch der Kollege der FPÖ gesagt: Ja, da passen wir nicht zusammen, weil egal, wo du was machst, sie sind immer dagegen.

Also es ist eigentlich egal. Es sollen nur 5 000 Gemeindewohnungen, wie er gesagt hat, gebaut werden. Wie man 5 000 Gemeindewohnungen finanziert, ist nicht gesagt worden. Es kommt wahrscheinlich wieder: „Ist auch nicht unsere Aufgabe. Das soll sich die Regierung überlegen. Wir sagen nur, was wir wollen.“ Ich verstehe schon, wir sind jetzt in der Adventzeit oder beginnenden Adventzeit, Weihnachten rückt näher, man kann sich schon etwas wünschen. Aber dass Weihnachten und Ostern zusammenfällt, das gibt es halt selten. Also man sollte mit seinen Wünschen schon auch realistisch bleiben.

Ich glaube, dass wir auch in vielen Bereichen, ob es jetzt die öffentlichen 50 Plätze sind, die begonnen wurden und auch in Zukunft fortgesetzt werden, zielführend und federführend an der Zukunft arbeiten. Es gibt einige Projekte und ich möchte sie nur aufzählen, weil sie aus meiner Sicht auch viel zu kurz gekommen sind. In St Marx gibt es Entwicklungen, in Aspern natürlich, es gibt am Hauptbahnhof, am Nordbahnhof und am Nordwestbahnhof Entwicklungen. Es gibt das Zielgebiet in Liesing. Es gibt die Floridsdorfer Achse Brünner Straße, Kagran, Donaustadt, Leopoldau, all die angeführten Gebiete in der letzten Stadtentwicklungskommission, Wiental, und so weiter. Also ich glaube, es ist vieles in

Vorbereitung, wo wir sehr viele Tausend Wohnungen bauen werden. Es ist auch notwendig, dass man für eine wachsende Bevölkerungsanzahl auch ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellt. Dieser Wohnraum muss auch leistbar sein. Deswegen ist es auch so schwierig in der Umsetzung. Einen freifinanzierten Wohnbau irgendwo hinzustellen, teuer zu verkaufen und die Leute ziehen ein, das ist ein ganz kleines Segment der Bevölkerung, das es in Wien gibt. Aber der Großteil braucht diese Fördermaßnahmen, um die Wohnung auch leistbar zu erhalten. Da gibt es eine enge Zusammenarbeit auch mit dem anderen Ressort, mit dem Wohnbauressort. Auch wenn es vielleicht medial manchmal anders dargestellt wird, aber nur zu planen und dann in der Umsetzung zu scheitern, wäre natürlich das Schlechteste. Wohnen bedeutet Schule. Wohnen bedeutet Kinderbetreuung. Wohnen bedeutet, dass wir im Umfeld, im Grünbereich, im Freizeitbereich einiges zu machen haben. Also ich glaube, es ist gerade das Ressort Planen und Verkehr eine Schwerpunkt- und Schnittmaterie, wo alle Bereiche betroffen sind. Auch ein Krankenhaus kann nicht neu gebaut werden, wenn es nicht die entsprechende Flächenwidmung gibt.

Ich denke, dass wir da im letzten Jahr einiges zusammengebracht haben, dass wir uns viel vorgenommen haben und ich würde mich freuen, wenn wir im nächsten Jahr bei mehreren Projekten als heuer auch die Unterstützung der Opposition bekommen würden. Hiezu lade ich Sie ein.

Ich möchte mich abschließend vor allem bei allen Mitarbeitern der Stadt, die am Budget mitgewirkt haben, sehr herzlich bedanken. Es ist in schwierigen Zeiten, wo die Wirtschaftskrise, wie heute auch ausgeführt wurde, noch nicht vorbei ist, nicht leicht, ein Budget zu erstellen. Es ist auch eine besondere Aufgabe für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich unseres Ressorts Stadtplanung, das vorzubereiten, weil natürlich, wenn man die Bevölkerung mit einbezieht, es auch viel mehr Arbeit ist und auch viel mehr Emotionen drinnen sind. Auch hier wurde gute Arbeit geleistet. Und natürlich auch den Mitarbeitern in deinem Büro, die wirklich gemeinsam mit den Gemeinderäten, die vertreten sind, in Kooperation eine sehr gute Arbeit, glaube ich, für die Zukunft geleistet haben. Ich weiß schon, Sie stimmen dem Budget nicht zu, aber an sich, wenn man es korrekt sieht und wenn man es wirklich frei und sachlich betrachtet, wäre auch von Ihrer Seite dem Budget zuzustimmen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Baron. Seine Redezeit beträgt 8 Minuten. Es ist sich gerade noch mit der Toleranz ausgegangen.

GR Karl **Baron** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte kurz auf einen meiner Vorredner eingehen, GR Al-Rawi, der doch gemeint hat, dass Steinhof als Weltkulturerbe kaum einen Touristen nach Wien locken würde. Nun, das ist doch eine kühne Meinung. Gehen wir davon aus, dass sich Hamburg schwer darum bemüht, die Speicherstadt als Weltkulturerbe einzu-

reichen und das im April auch gemacht hat und erreicht hat. Was sonst, wenn nicht Weltkulturerbe, lockt Touristen nach Wien oder in die Städte Europas? Darum bemüht sich Deutschland und darum bemüht sich auch Wien. (*Aufregung bei GR Kurt Wagner.*) Ich bin der Überzeugung, dass diese vielen Weltkulturerbe, die Wien eigentlich aufzuzeigen hat, der Grund dafür sind, dass gerade Wien in so großer Zahl von Touristen besucht wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt komme ich zur lebenswertesten Stadt, wie Wien so gern von der SPÖ bezeichnet wird. Ich möchte da etwas weiter ausholen. Wien ist eine Transitdrehscheibe. Da kann die SPÖ nichts dafür. Das ist geographisch so gegeben. Das ist nichts Gutes, das ist nichts Schlechtes, das ist einfach so. Was schlecht an der Transitscheibe Wien ist, ist ganz einfach, dass jeder, der von irgendeiner Seite aus aller Herren Länder nach Wien reinkommt, auf der anderen Seite auch wieder rausfährt. Wien hat keine Umfahrungsstraßen und hat es längst versäumt, diese zu bauen. Das sind klare Verfehlungen der SPÖ-Stadtregerungen der vergangenen Jahre. Ich bin auch der Meinung, dass das auch der Grund ist, warum wir jetzt ein grünes Verkehrsressort haben, das maßgeblich daran beteiligt ist, weil die SPÖ ganz einfach von den Verfehlungen der Vergangenheit ablenken will. Von Verfehlungen, die so tragisch sind, dass sie auch für die Zukunft schwer reparierbar sind. Und von der lebenswertesten Stadt - das muss man einem Bürger einmal erzählen, der jeden Tag im Stau steht und praktisch dann nur von den Dingen hört, wie es eigentlich in anderen Städten sein könnte. Wir haben Park-and-ride-Anlagen. Die erste größere, die gebaut wurde, war die bei der U3 in Erdberg. Ja, was hat denn das für einen Sinn, wenn man eine Park-and-ride-Anlage fast mitten in die Stadt stellt? Das ist ja eine Verhöhnung der Bürger, die praktisch an der Peripherie oder an den Stadträndern wohnen und sich erst recht wieder praktisch stundenlang auf die Südosttangente stellen müssen, um endlich in diese U3-Parkanlage Erdberg zu gelangen.

Endlich wurden die U-Bahn-Linien an die Stadtränder verlängert. Hat eh lang genug gedauert, aber wir haben es Gott sei Dank. Aber wie mein Kollege Mahdalik auch schon sagte: Wo sind die Park-and-ride-Anlagen? Außer der U3-Anlage in Erdberg und ein paar wenigen gibt es wieder nichts.

Täglich verstopfte Straßen, ob es die Erzherzog-Karl-Straße im Osten ist oder andere Einfahrtsstraßen von Wien, das sind die Bilder, die wir täglich erleben und die jeden Tag eigentlich mehr werden. Mit jedem Bauvorhaben, ob es jetzt die Seestadt Aspern ist - ich kann mir gar nicht vorstellen, wenn dort 20 000 Menschen dazukommen, was das dann für ein Verkehrskollaps wird. Ich bin überzeugt davon, dass von einer Nordostumfahrung noch nichts zu sehen sein wird, aber in der Seestadt Aspern werden die Bauten dann wahrscheinlich schon bezogen sein. Das Ganze ist eigentlich nichts anderes als ein Armutszeugnis, ein Armutszeugnis der SPÖ-Stadtregerungen, die uns in jahrzehntelanger verfehlter Verkehrspolitik praktisch nichts anderes als Probleme bereitet haben. Das kann es nicht sein! (*GR Mag Rüdiger*

ger Maresch: Im Ferrari!) Mit dem Ferrari fahren wir nicht überall hin, aber mit dem Fahrrad auch nicht, Kollege Maresch. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ihr habt's eines?*) Mit dem Fahrrad auch nicht. Wie sich jetzt eigentlich herausgestellt hat - Sie bringen mich gerade auf den Punkt, na ganz genau. Was ist denn mit unseren Radwegen? Sie wollen uns die ganze Zeit weis machen, meine Herrschaften von den GRÜNEN, ihr wollt uns weis machen, dass praktisch halb Wien mit dem Fahrrad fährt, und das im Winter und im Sommer. Na, was ist denn rausgekommen? Getürkte Zahlen haben Sie uns aufgetischt, genauso getürkte Zahlen! (*Beifall bei der FPÖ. – Aufregung bei den GRÜNEN.*) Da will man uns tatsächlich weis machen, dass 250 000 Leute jahraus, jahrein auf dem Fahrrad ihre Wege erledigen. Das ist derartig unplausibel und (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) unseriös, dass es im Großen und Ganzen eigentlich ja nichts anderes ist als ein Blödsinn. (*Beifall bei der FPÖ.*) Auf jeden Fall, einer Partei, die mit getürkten Zahlen arbeitet, kann man kein Vertrauen schenken und da kann man auch kein Budget unterstützen. (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Wer weiß, was in dem Budget wieder mit den Zahlen los ist! Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Okay. Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau VBgmin Mag Vassilakou. Ich erteile ihr das Wort und weise auf die maximale 15 Minuten Redezeit hin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren!

Wenn man Wien mit anderen europäischen Hauptstädten vergleicht, dann denke ich, dass man die Entwicklung unserer Stadt in den vergangenen Jahren durchaus als Erfolgsgeschichte bezeichnen kann. Wien ist ein Ort des sozialen Ausgleichs und des sozialen Aufstiegs. Wien ist vor allem durch das Engagement der öffentlichen Hand ein Ort, wo das Leben noch leistbar ist, also im Vergleich vor allem mit anderen europäischen Hauptstädten, etwa was das Wohnen oder die Preise für Mobilität anlangt. Hier sei an dieser Stelle ganz besonders die Jahreskarte, die besonders günstige Jahreskarte der Wiener Linien oder auch das Jugendticket (*GR Dominik Nepp: Ein Euro!*), um das uns andere europäische Städte wirklich beneiden, erwähnt.

Wien ist eine Stadt, in der man sich eine gute Gesundheitsversorgung leisten kann, und zwar jeder und jede.

Wien ist in Zeiten der Wirtschaftskrise ein ökonomisch prosperierender Ort. Nach wie vor ist das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt das elfthöchste. Ich finde, dass das etwas ist, das erwähnenswert ist. Erwähnenswert ist auch insgesamt, dass wir in dieser Hinsicht unter den österreichischen Städten übrigens immer noch führend sind.

Und Wien ist eine internationale Stadt. Wien ist eine Stadt in der sich sehr, sehr viele internationale Organisationen niedergelassen haben, und das kommt auch nicht von ungefähr.

Vielleicht will ich an dieser Stelle noch hervorheben, dass Wien auch eine Stadt ist mit über 50 Prozent Grün-

anteil und damit eine sehr, sehr grüne Stadt und in dieser Hinsicht übrigens auch etwas Besonderes, um das uns andere europäische Städte durchaus beneiden.

Ich glaube, dass die Attraktivität unserer Stadt und die Tatsache, dass wir in so vielen Bereichen eine besondere Position einnehmen, wenn man uns mit anderen Städten vergleicht, auch ein zentraler Grund ist, warum sich so viele Menschen jahrein jahraus dafür entscheiden, sich in Wien niederzulassen und den Rest ihres Lebens oder zumindest eine Zeit ihres Lebens in Wien zu verbringen.

Ich denke, dass die Zahlen des vergangenen Jahrzehnts eine eindeutige Sprache sprechen. Im vergangenen Jahrzehnt sind es 200 000 Menschen mehr, die beschlossen haben, Wienerinnen und Wiener zu werden. Und wenn wir uns anschauen, woher diese Menschen kommen, dann stellen wir fest: Etwa 15 Prozent von ihnen kommen aus anderen Bundesländern, 50 Prozent von ihnen kommen aus dem Raum der Europäischen Union mit Deutschland an erster Stelle, und dann etwa ein schwaches Drittel aus anderen europäischen Ländern außerhalb der Union beziehungsweise auch von außerhalb Europas.

Eines lässt sich heute schon sagen: Dieser Trend scheint ungebrochen zu sein. Mir liegen die aktuellsten Zahlen vor. Zwischen Oktober 2012 und Oktober 2013 war es schon wieder oder waren es in dem Fall schon wieder 30 000 Menschen, die nach Wien in nur innerhalb eines Jahres gezogen sind. Warum ich das alles hier erwähne, ist, weil ich glaube, dass die Stadtplanung im kommenden Jahrzehnt einfach vor einer der größten Herausforderungen steht, von denen ich mir nicht sicher bin, ob jede und jeder von uns hier im Haus an dieser Stelle schon begreift, was eigentlich alles auf uns zukommt und was wir in den nächsten Jahren hier alles zu bewältigen haben werden und das noch dazu vor dem Hintergrund von Sparbudgets. Denn eines ist klar, es ist natürlich sehr schön, wenn man sich hier herstellt und sich alles Mögliche wünscht: Vier, fünf, sechs, sieben U-Bahn-Linien bis sonst wohin. Aber vor dem Hintergrund dessen, dass wir alle wissen, dass wir Sparbudgets zu bewältigen haben werden, vor dem Hintergrund dessen, dass wir wissen, dass auch der Bund Sparbudgets zu bewältigen haben wird, vor dem Hintergrund dessen, dass wir alle wissen, dass der Ausbau der U-Bahn Milliarden Investitionen erfordert, meine ich, dass es sinnvoller wäre, hier kein „Wünsch Dir was“-Programm zu veranstalten, sondern vielmehr darüber zu reden: Was ist wirklich leistbar im Rahmen dessen, was sich die Stadt auch tatsächlich leisten kann? Was ist wirklich leistbar auf vernünftige Art und Weise im Rahmen des Budgets, das wir hier zu bestreiten haben werden? Und was ist es, was wir alle leisten können, um dieses Wachstum, wie gesagt, bestmöglich bewältigen zu können?

Ich kann an dieser Stelle sagen, man kann zu Recht davon sprechen, dass wir derzeit eine zweite Gründerzeit erleben. In wenigen Jahren ab jetzt wird Wien wieder die Zwei-Millionen-Grenze erreichen. Zuletzt war das im Jahr 1918, als man sich in einer ähnlichen Situation mit einem sehr, sehr starken Bevölkerungsanstieg befunden

hat. Ein Unterschied ist meines Erachtens sehr zentral, vergleicht man die heutige Zeit mit dem Ende etwa des 19. Jahrhunderts und den Beginn des 20. Jahrhunderts: Damals ist nämlich die Zahl der Obdachlosen explodiert. Damals hat es Bettgeher gegeben. Heute sind wir eine Stadt, die imstande und willens ist, Tausenden von Menschen, die zuziehen, wie auch künftigen Generationen, das heißt, unseren eigenen Kindern und Enkelkindern, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und das noch dazu in hoher Qualität. Das gute Leben in leistbarer Art und Weise in einer der schönsten Städte weltweit sicherzustellen, das ist die Aufgabe. Die Grundlage dafür ist eigentlich die ureigenste Aufgabe der Stadtentwicklung und darauf will ich mich in den wenigen Minuten, die mir noch zur Verfügung stehen, konzentrieren.

Klar ist, dass uns die Erfahrung vergangener Jahre gezeigt hat, dass Quantität - und ja, wir sprechen von einer hohen Quantität, die wir hier entwickeln müssen, wenn wir daran denken, wie viele neue Wohneinheiten es braucht, um etwa 30 000 Menschen in einem Jahr in einer wachsenden Stadt unterzubringen - sehr gut verbindbar ist und muss auch mit Qualität verbunden werden. Und ohne mich hier sozusagen allzu sehr vertiefen zu können und zu wollen, weil die Zeit dafür sehr knapp ist: Worum es uns hier geht und in den nächsten Jahren gehen muss, ist, die Stadt dort zu entwickeln, wo wir bereits über hochwertige Infrastruktur verfügen. Das heißt, es ist kein Zufall, dass wir hier bemüht sind, etwa die Stadt entlang von U-Bahn-Achsen weiterzuentwickeln. Weil das Thema U-Bahn-Ausbau gekommen ist, will ich in Erinnerung rufen, dass wir gerade eben die Verlängerung der U2 eröffnet haben. Entlang der U2 gibt es eine Vielzahl von hochwertigen Entwicklungsgebieten, die es hier gilt zu nutzen. Dass gerade die U1 bis nach Oberlaa verlängert wird und es auch hier Potenziale gibt, die es gilt, in den nächsten Jahren zu nutzen. Und dass es daher auch für das nächste Jahrzehnt gilt, das Wachstum der Stadt mit dem zu bewältigen, was wir haben. Und wir haben zwei U-Bahn-Verlängerungsprojekte, die uns hier, wie gesagt, durchaus die Möglichkeit bieten, neue Gebiete, neue Stadtgebiete in unmittelbarer U-Bahn-Nähe entstehen zu lassen, und das heißt hier auch mit dem hochwertigsten, wie gesagt, Öffi-Anschluss, den es in einer Stadt überhaupt gibt.

Zudem ist es uns sehr wichtig, hier die Zentrenentwicklung, die Grätzentwicklung sowohl in Altbaugebieten als auch in neuen Stadtentwicklungsgebieten zu forcieren. Daher erkennen wir, dass eine bestimmte Dichte, das heißt, eine bestimmte Quantität auch die Grundvoraussetzung für Qualität ist, denn wenn ich eine Stadt der kurzen Wege erreichen will, in der der Kindergarten, die Schule, die gesundheitliche Versorgung, der Supermarkt, was auch immer man im Alltag eigentlich braucht, fußläufig erreichbar sind, dann liegt es auf der Hand, dass das alles am besten organisierbar und leistbar ist, wenn in einem neuen Stadtentwicklungsgebiet die erforderliche Anzahl an Wohnungen vorhanden ist. Sonst wird hier auch diese teure und durchaus auch organisatorisch aufwändige Infrastruktur, die wir hier

bereitstellen müssen, ja auch bis zu einem gewissen Grad sehr schwer zu leisten sein.

Was ich an dieser Stelle herausgreifen möchte, ist, dass auf alle Fälle unser Ressort hier vor Kurzem sieben neue Stadtentwicklungsgebiete in der Stadtentwicklungskommission vorgelegt hat, die sehr, sehr kurzfristig ein Wachstumspotenzial für die Stadt von 15 000 Wohneinheiten bedeuten. Ich habe darüber hinaus die Magistratsabteilung 21 angewiesen, sich insgesamt anzuschauen, wo es unmittelbar realisierbare Potenziale in der Stadt gibt, sodass wir hier ein Sonderprogramm „Widmung“ ins Leben gerufen haben, das uns ermöglichen wird, bis etwa Ende des Jahres 2014 Potenziale für 20 000 zusätzliche Wohneinheiten zu widmen. Für diejenigen von Ihnen, die in meinem Ausschuss sitzen und daher wissen, von wieviel Arbeit wir hier sprechen, meine ich, dass es uns im kommenden Jahr nicht fad wird. Ich möchte an dieser Stelle auch hoffen, dass es sich die FPÖ nicht so leicht machen wird wie immer, nämlich alles ganz einfach abzulehnen, dann hat man einfach keine Arbeit. Auch das ist eine Möglichkeit (*GR Mag Wolfgang Jung: Sicher nicht!*), diese Arbeit zu bewältigen. Aber ich lade all diejenigen konstruktiven Kräfte hier im Haus ein, die sich in diesen Bereich einbringen möchten und ihren Beitrag dafür leisten wollen, dass wir tatsächlich diesen Wohnraum, den wir hier benötigen, zur Verfügung stellen können. Ich lade Sie alle, wie gesagt, zur Mitarbeit ein und möchte mich auf diesem Weg im Voraus auch für die gute Zusammenarbeit im kommenden Jahr, wenn man so will, bedanken. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Sehr verehrte Damen und Herren, ich habe hier von der wachsenden Stadt gesprochen und was es bedeutet, in diesem Bereich tausende neue Wohnungen schlussendlich innerhalb weniger Jahre zu schaffen.

Aber ich denke, dass wir alle wissen, dass eine wachsende Stadt darüber hinaus einiges im Bereich Mobilität braucht, eine der schwierigsten Aufgaben in einer Stadt, die in nicht allzu weiter Ferne ab jetzt zwei Millionen Menschen haben wird plus eine weitere Million Bewohnerinnen und Bewohner, die auch noch das Wiener Umland bevölkern werden. Das heißt, wenn wir in Summe drei Millionen Menschen in der Region tagtäglich effizient, rasch und darüber hinaus leistbar befördern wollen, dann liegt es auf der Hand, dass das Rückgrat der Wiener Mobilität im öffentlichen Verkehr liegen muss. In diesem Bereich unternimmt Wien eine Vielzahl von Anstrengungen und Investitionen im Rahmen unserer budgetären Möglichkeiten. Nicht umsonst ist ja der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel innerhalb Wiens im täglichen Verkehr mit 39 Prozent, womöglich bereits mit 40 Prozent, wie wir wissen werden, wenn wir die aktuellen Zahlen des Modal-Split in wenigen Monaten ab jetzt bekommen werden, ein rekordhoher Anteil im europäischen Vergleich. Es zeigt einfach auch, dass der Wiener Weg in diesem Bereich ein guter Weg ist, der immer mehr Menschen schlussendlich die Möglichkeit gibt, die öffentlichen Verkehrsmittel auch für ihre täglichen Fortbewegungen zu nutzen. Umso mehr will ich an dieser Stelle die Bedeutung des öffentlichen Raums in einer

Stadt betonen, die wächst und die daher natürlich in ihrem Inneren viel, viel, viel mehr Menschen jahrein jahraus Platz und Raum zum Leben bieten muss. Und ja, es gibt natürlich die Möglichkeit, Lippenbekenntnisse an dieser Stelle abzugeben, aber schlussendlich nichts anzufassen und nichts zu verändern. Oder es gibt die Möglichkeit, Straßen auch als Lebensräume zu betrachten und sie sehr wohl anzufassen und vieles an Veränderung zu erreichen.

Zwei Beispiele sind heute gekommen, das eine ist die Ottakringer Straße. An dieser Stelle möchte ich nur sagen: Ich verstehe ehrlich gesagt wirklich nicht, wie es sein kann, ein Projekt, das von den Bürgerinnen und Bürgern des 16. Bezirks in einem Partizipationsprozess entwickelt wurde, an dem mehrere Hundert Menschen mit hoher Begeisterung mitgewirkt haben und, so sei es an dieser Stelle gesagt, wo ich die Lorbeeren für die Umsetzung dieses Projekts habe. Die Entwicklung allerdings liegt vor meiner Zeit. Also ein Projekt, das hervorragend ist und das einfach zeigt, wie man es in einer Straße schaffen kann, auf der einen Seite weiterhin die Verkehrsleistung bestens aufrechtzuerhalten, aber andererseits viel, viel, viel mehr Platz und Lebensraum für die Bürgerinnen und Bürger des 16. zur Verfügung zu stellen. Ja natürlich, man hat ja immer die Möglichkeit, sozusagen jedes gute Projekt, wenn man so will, schlussendlich schlechtzureden. Aber ich glaube im Gegenteil, dass uns solche Projekte einfach zeigen, wohin die Reise in den nächsten Jahren geht und gehen wird.

Über die Mariahilfer Straße will ich an dieser Stelle nicht weiter viel sagen. Wir hatten viel Gelegenheit, uns darüber zu unterhalten und werden noch viel mehr Gelegenheit dazu haben. Meinerseits nur so viel: Es wird Anfang des Jahres 2014 eine Befragung geben, und spätestens nach dieser Befragung werden wir wissen, welche Basis in der Bevölkerung für dieses Projekt vorhanden ist. So oder so geh ich heute davon aus, dass, wenn das Projekt umgebaut und verwirklicht wird, sehr viel von den Diskussionen, die aktuell vonstatten gehen, der Vergangenheit angehören werden, und sehr viele, die heute Skepsis hegen, entweder weil sie nicht wissen oder weil sie in der politischen Welt nicht wissen wollen, was eine Begegnungszone ist, werden ganz einfach durch eigenes Erleben feststellen, dass das, was in anderen Städten mit großem Erfolg weltweit praktiziert wird, auch in Wien Platz haben kann und Platz finden muss.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich schließe damit ab, dass ich mich an dieser Stelle von Herzen bei meinem Team und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts bedanke, ganz besonders bei den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie leisten harte Arbeit. Sie leisten eine Arbeit, für die man auch immer wieder gute Nerven braucht, und vor allem, sie leisten diese Arbeit mit hoher Loyalität für die Stadt. Dafür will ich mich bedanken (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*). Bei Ihnen allen möchte ich mich für eine fruchtbare Debatte bedanken und lade sie erneut zur Mitarbeit ein. Das Jahr 2014 wird sicher in der Planung spannend. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ja, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erkläre die Debatte zum Voranschlagsentwurf für das Jahr 2014 und zum Gebührenprüfungsantrag, das sind die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung, für geschlossen.

Ich möchte mich auch bei Ihnen herzlichst für die große Disziplin, die an diesen zwei Tagen geherrscht hat, bedanken. Danke auch für die Einhaltung der vorgenommenen Redezeiten. Ich darf Ihnen sagen, wir haben insgesamt, ausgenommen die Redebeiträge der Stadträtinnen und Stadträte, 960 Minuten Diskussion gehabt. Von der Gesamtrededzeit, die wir uns vorgenommen haben, wurden insgesamt 224 Minuten nicht genutzt. Insofern sind auch die Abläufe sehr strukturiert und auch entsprechend schnell vor sich gegangen.

Der Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Renate Brauner, habe ich nun die Ehre, das Schlusswort zu übergeben.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Überraschenderweise wird es auch diesmal kein zweistündiges Schlusswort geben, obwohl natürlich die Bedeutung unserer Diskussion ... (*Allgemeine Heiterkeit.*) Tun Sie mich nicht provozieren, einfallen würde mir genug. Aber so unbeliebt möchte ich mich denn doch auch über alle Fraktionsgrenzen hinweg nicht machen und werde mich darauf reduzieren, Sie im Sinne der Stadtverfassung zunächst darauf hinzuweisen, dass gemäß § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Voranschlagsentwurf 2014 in der Zeit vom 6. November 2013 bis 13. November 2013 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt ist. Von diesem Recht zur Einsichtnahme hat diesmal ein Gemeindemitglied Gebrauch gemacht und auch eine Stellungnahme abgegeben. Ich ersuche, diese Stellungnahme zum Voranschlagsentwurf 2014 dem zuständigen Geschäftsbereich zur Erledigung zuzuweisen.

Insofern bleibt mir nur noch übrig, Ihnen für die ausführliche Diskussion zu danken, zu der zeitmäßig punktgenauen Landung zu gratulieren und den formellen Antrag auf Zustimmung zu den Anträgen auf den Seiten XIX bis XXI im Voranschlagsentwurf zu stellen, um Zustimmung zu ersuchen und Ihnen herzlichst für Ihre Aufmerksamkeit zu danken. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für das Schlusswort.

Wie in der Präsidialkonferenz vereinbart, unterbrechen wir nun die Sitzung für, sagen wir, 20 Minuten, weil manche doch einen etwas längeren Weg haben, zu ihren Sitzungsräumlichkeiten zu kommen. Das heißt, wir beginnen mit der Sitzung wieder um 20 nach 17 Uhr, 10 Minuten vor halb sechs.

(*Unterbrechung der Sitzung von 16.59 bis 17.23 Uhr.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir kommen nun zur Abstimmung, und zwar zuerst über die Postnummer 1 der Tagesordnung. Das ist der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2014. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag zum Voranschlagsentwurf wurde nicht eingebracht. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dem auf den Seiten XIX bis XXI des Voranschlagsentwurfes abgedruckten Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich danke. Das ist mit den Stimmen der Regierungsparteien mehrstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Beschluss- und Resolutionsanträge, die zur Postnummer 1 eingebracht wurden. Ich gehe der Reihenfolge nach vor.

Antrag Nummer 1, eingebracht von der ÖVP, betrifft transparentes Wiener Budget. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 2, Neubenennung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke, eingebracht von der ÖVP. Die Zuweisung an den Bürgermeister wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 3, eingebracht von der ÖVP, beschäftigt sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen in Wiens Schulen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Abstimmungsverhalten, hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 4, eingebracht von der ÖVP, betrifft öffentliche Entschuldigung der Stadt Wien bei den Opfern des Wiener Heimskandals. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Bildung und Jugend wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden als Zuweisung.

Antrag Nummer 5, eingebracht von der FPÖ, betrifft Erhalt der Allgemeinbildenden Höheren Schulen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt, hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 6, eingebracht von der FPÖ, betrifft Ablehnung der Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 7, eingebracht von der FPÖ, betrifft Zuerkennung einer Opferrente für die in städtischen Kinder- und Jugendheimen missbrauchten Kinder und Jugendlichen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt.

Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wiederum dasselbe Stimmverhalten, Opposition und Klubunabhängiger stimmen zu und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 8, Zuerkennung einer Opferrente für die misshandelten Kinder und Jugendlichen, die sich in der Betreuung beziehungsweise unter Obsorge des Jugendamtes befanden und dennoch missbraucht wurden beziehungsweise verwahrlosten, eingebracht von der FPÖ. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von Opposition plus Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 9, eingebracht von der ÖVP, betrifft Sportinfrastruktur in Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten wie zuvor, hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 10, eingebracht von der ÖVP, betrifft Kooperation Schule und Sport – Klammer: Vereine. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten wie zuvor, damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 11 ist ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft Aufstockung des Personals der MA 11. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 12, eingebracht von der ÖVP, betrifft Subventionsbericht der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesen unterstützt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen diesen, damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 13, eingebracht von der ÖVP, betrifft verpflichtende Zielvereinbarung bei Subventionsnehmern der Stadt Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier gleiches Stimmverhalten, Opposition plus Klubunabhängiger, damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 14, eingebracht von der ÖVP, betrifft Zweckbindung Gebührenüberschüsse. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier Opposition und Klubunabhängiger und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 15, eingebracht von der ÖVP, betrifft verstärkte Mülltrennung an Wiens Schulen und Kindergärten. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten, Opposition und Klubunabhängiger und daher keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, eingebracht von der FPÖ, betrifft Originalvorlage von Förderansuchen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Stimmverhalten wie zuvor, damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der FPÖ, betrifft Digitalisierung von Ausschussakten. Hier wird die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Umwelt verlangt. Wer

dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der FPÖ, betrifft Ziesel-Vorkommen beim Heerespital im Bereich des Plandokumentes 7906. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger, erreichen keine Mehrheit.

Antrag Nummer 19, eingebracht von allen Parteien, betrifft Änderung der Wegehalterhaftung im ABGB. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Antrag Nummer 20, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wintergärten bei Eklw-Widmungen. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von der ÖVP unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der ÖVP, betrifft Bekämpfung von Frauenarbeitslosigkeit und Frauenarmut. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppen Bildung und Jugend beziehungsweise Integration, Frauen und so weiter wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Zuweisung wird einstimmig zugestimmt.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der ÖVP, betrifft Ausbau des vorschulischen Bildungs- und Betreuungswesens in Wien. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der ÖVP, betrifft Österreich-weiten einheitlichen Frauenkurznotruf. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen das, hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der ÖVP, betrifft flächendeckende Nachmittagsbetreuung an den Wiener Pflichtschulen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Stimmverhalten wie beim letzten Antrag, daher keine Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der ÖVP, betrifft Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital als UNESCO-Weltkulturerbe. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten wie zuvor und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 27, eingebracht von der ÖVP, betrifft Wiener Heizkostenzuschuss muss wieder eingeführt werden. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Oppositionsparteien inklusive Klubunabhängiger unterstützen dies und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 28, eingebracht von der ÖVP, betrifft Einführung eines Wiener Finanzführerscheins für Jugendliche. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppen

Gesundheit und Soziales und Bildung, Jugend, Information und Sport wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig zugewiesen.

Antrag Nummer 29, eingebracht von der FPÖ, betrifft Volksbefragung für Nachnutzung des Orthopädischen Spitals Gersthof. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger, haben keine Mehrheit.

Antrag Nummer 30, eingebracht von der FPÖ, betrifft Verringerung der Wartezeiten auf Strahlentherapie bei Krebspatienten. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist somit einstimmig angenommen worden.

Antrag Nummer 31, eingebracht von der FPÖ, betrifft Rücknahme von Privatisierungen im Bereich Gesundheit und Soziales. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten wie ansonst, Opposition plus Klubunabhängiger, und damit ist keine Mehrheit erreicht.

Antrag Nummer 32, eingebracht von der FPÖ, betrifft Kurzzeitpflege. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales wurde verlangt. Wer dieser Zuweisung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das erfolgt einstimmig.

Antrag Nummer 33, eingebracht von der FPÖ, betrifft AKH-Personalengpässe. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 34, eingebracht von der ÖVP, betrifft Stopp weiterer Investitionen in die Umgestaltung der Mariahilfer Straße vor der Volksbefragung. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies und damit ist keine Mehrheit gegeben.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der ÖVP, betrifft Durchführung einer Volksbefragung über die Neugestaltung der Mariahilfer Straße noch im Jahr 2013. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Stimmverhalten wie zuvor und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 36, eingebracht von der ÖVP, betrifft U-Bahn-Verlängerungsprojekte für Wien. Die Zuweisung an die Geschäftsgruppen FiWi und Stadtentwicklung, Verkehr et cetera wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Opposition plus Klubunabhängiger unterstützen dies und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 37, eingebracht von der ÖVP, betrifft Durchführung einer Volksbefragung über die Sperre der Schleifmühlbrücke. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von der ÖVP unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der FPÖ, betrifft geplante Sperre der Schleifmühlbrücke für den motorisierten Individualverkehr. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 39, eingebracht von der FPÖ, betrifft Volksbefragung zum Umbau der Mariahilfer Straße. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von Opposition und Klubunabhängigem unterstützt, damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 40, eingebracht von der FPÖ, betrifft Bbauungspläne für Steinhof. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von Opposition und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 41, eingebracht von der FPÖ, betrifft Verlängerung der U4 nach Auhof. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Abstimmungsverhalten wie zuvor und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 42, eingebracht von der FPÖ, betrifft Mülltrennungsanlage im Bereich Auhof - Westeinfahrt. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wiederum gleiches Abstimmungsverhalten wie zuvor und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 43, eingebracht von der FPÖ, betrifft Parkplätze bei den neuen U-Bahn-Stationen der U2-Verlängerung in die Seestadt Aspern. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier gleiches Abstimmungsverhalten und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 44, eingebracht von der FPÖ, betrifft Sanierung der Copa Cagrana. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Abstimmungsverhalten, Opposition und Klubunabhängiger unterstützen dies und damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 45, eingebracht von der FPÖ, betrifft die neue 13A-Trasse. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Abstimmungsverhalten wie zuvor und damit keine Mehrheit.

Die Frau Berichterstatterin hat den Antrag gestellt, die von einem Gemeindemitglied eingebrachte Stellungnahme zum Voranschlagsentwurf dem zuständigen Geschäftsbereich zur Erledigung zuzuweisen. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Wird mit den Stimmen der Regierungsparteien so gemacht. Ich stelle

daher die Mehrstimmigkeit fest.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 2014. Zum Wort ist niemand gemeldet. Daher komme ich zur Abstimmung. Wer der Postnummer 3 die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Mit den Stimmen der Regierungsparteien so angenommen (*GR Kurt Wagner: Die ÖVP ist auch mitgegangen!*) - Entschuldigung! Und der ÖVP mehrstimmig so angenommen.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2014, die Mehrjahresplanung 2014 bis 2018 der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund sowie die definierten strategischen Ziele des Wiener Gemeinderates für die Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund 2014 bis 2018. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Die Postnummer 4 wurde mit Zustimmung der Regierungsparteien so angenommen.

Zur Postnummer 4 liegt ein Beschluss- und Resolutionsantrag vor, eingebracht von der ÖVP, betrifft Anstellung von StationssekretärInnen in allen Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt,

den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag wird mit Zustimmung der ÖVP, der FPÖ und des Klubunabhängigen unterstützt, hat aber nicht die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 5 der Tagesordnung zur Abstimmung. Sie betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2014. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Wer der Postnummer 5 die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Die Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen für das Jahr 2014. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher nur mehr zur Abstimmung. Wer der Postnummer 6 die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Regierungsparteien unterstützen dies und damit ist diese Postnummer ausreichend unterstützt.

Damit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Ich erkläre die 45. Sitzung des Gemeinderats für geschlossen.

Schönen Abend noch! Bis morgen!

(Schluss um 17.45 Uhr.)